

**Immanuel Wallerstein**

**Absturz oder Sinkflug  
des Adlers?**

**Der Niedergang der  
amerikanischen Macht**

Immanuel Wallerstein  
Absturz oder Sinkflug des Adlers?

*Immanuel Wallerstein* ist Professor für Soziologie an der Yale University, Direktor des »Fernand Braudel Center for the Study of Economies, Historical Systems and Civilizations« an der Binghamton University (New York); er ist außerdem an der Maison des Sciences de l'Homme in Paris tätig. Auf deutsch erschienen von ihm zuletzt: Das moderne Weltsystem, Bd. 1-3, Wien 1986-2004; Utopistik. Historische Alternativen des 21. Jahrhunderts, Wien 2002.

Immanuel Wallerstein

# **Absturz oder Sinkflug des Adlers?**

Der Niedergang der amerikanischen Macht

Aus dem Amerikanischen von Britta Dutke

VSA-Verlag Hamburg

[www.vsa-verlag.de](http://www.vsa-verlag.de)

© der amerikanischen Originalausgabe (erschieden unter dem Titel »The Decline of American Power. The U.S. in a Chaotic World« bei The New Press, New York 2003):  
Immanuel Wallerstein

© der deutschsprachigen Übersetzung:  
VSA-Verlag 2004, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg  
Alle Rechte vorbehalten

Druck- und Buchbindearbeiten: Idee, Satz & Druck, Hamburg  
ISBN 3-89965-057-3

# Inhalt

## **Einleitung**

Der amerikanische Traum zwischen gestern und morgen .....	9
--	---

## **Teil 1: Die These**

Kapitel 1: Der Niedergang der USA – Der Adler hat eine Bruchlandung gemacht .....	19
--	----

## **Teil 2: Vielerlei Rhetoriken und Realitäten**

Kapitel 2: Das 20. Jahrhundert – Finsternis am hellichten Tag? .....	35
---	----

Kapitel 3: Globalisierung – Eine langjährige Marschrouten des Weltsystems .....	47
--	----

Kapitel 4: Rassismus – Unser Albatros .....	68
---	----

Kapitel 5: Der Islam, der Westen und die Welt .....	94
---	----

Kapitel 6: Die anderen – Wer sind wir? Wer sind die anderen? .....	114
--	-----

Kapitel 7: Demokratie – Rhetorik oder Realität? .....	136
---	-----

Kapitel 8: Intellektuelle – Die Frage der Wertneutralität .....	153
--	-----

Kapitel 9: Amerika und die Welt: Die Twin Towers als Metapher .....	172
--	-----

### **Teil 3: Worauf steuern wir zu?**

Kapitel 10: Linke Politik I – Noch einmal Theorie und Praxis ..... 197

Kapitel 11: Linke Politik II – Ein Zeitalter des Übergangs ..... 222

Kapitel 12: Die Bewegungen –  
Was heißt es heute, eine antisystemische Bewegung zu sein? ..... 231

Kapitel 13: Geopolitische Klüfte des 21. Jahrhunderts –  
Wie sieht die Zukunft der Welt aus? ..... 242

### **Nachwort**

Die Wiederwahl von G.W. Bush 2004:  
seine Anhänger und seine Agenda ..... 261

Register ..... 266

Textnachweise ..... 274

Für William H. McNeill  
der nicht mit allem einverstanden sein wird,  
dessen beständiger allumfassender Weitblick aber  
all denen, die die menschliche Natur studieren,  
eine Inspiration ist und bleiben wird





# Einleitung

## Der amerikanische Traum zwischen gestern und morgen

Der 11. September 2001 war ein dramatischer und schockierender Moment in der Geschichte der USA. Er war jedoch nicht eindeutig eingrenzbar, sondern nur ein wichtiges Ereignis auf einer Marschroute, die schon viel früher eingeschlagen wurde und der man noch etliche Jahrzehnte folgen wird; eine lange Zeitspanne, die man den Niedergang der US-Hegemonie in einer chaotischen Welt nennen könnte. So gesehen war der 11. September ein aufrüttelnder Schock, auf den zu viele mit Leugnung der Tatsachen und mit Wut reagiert haben. Wir Amerikaner müssen mit so viel Klarheit und Nüchternheit reagieren, wie wir aufbringen können. Wir müssen angesichts grundlegender Veränderungen des Weltsystems unsere positivsten Werte erhalten und unsere Sicherheit maximieren – Veränderungen, die wir möglicherweise beeinflussen, aber nicht kontrollieren können. Wir müssen uns mit Menschen aus anderen Teilen der Welt zusammentun für den Aufbau, den Wiederaufbau einer Welt, wie wir sie uns zum Leben wünschen.

Amerikanische Politiker sprechen gerne vom amerikanischen Traum. Dieser existiert tatsächlich, und die meisten von uns haben ihn verinnerlicht. Es ist ein guter Traum, so gut, dass viele Menschen überall auf der Welt für sich dasselbe erträumen. Woraus besteht dieser amerikanische Traum? Es ist der Traum von den Chancen der Menschheit, von einer Gesellschaft, in der alle darin bestärkt werden können, ihr Bestes zu geben, ihr Möglichstes zu erreichen und zur Belohnung ein angenehmes Leben zu führen. In diesem Traum stehen einer solchen individuellen Erfüllung keine künstlichen Hindernisse im Weg. In diesem Traum ist die Summe solcher individuellen Leistungen – eine Gesellschaft der Freiheit, Gleichheit und gegenseitigen Solidarität – ein großes allgemeines Gut. In diesem Traum sind wir ein Leuchtfeuer für eine Welt, die unter ihrer Unfähigkeit leidet, ihn zu verwirklichen.

Natürlich ist es ein Traum und damit keine exakte Abbildung der Wirklichkeit. Doch er repräsentiert unsere unbewussten Sehnsüchte und ei-

gentlichen Werte. Träume sind keine wissenschaftlichen Analysen, aber sie verschaffen uns Einsichten. Um die Welt, in der wir leben, jedoch zu verstehen, müssen wir über unsere Träume hinausgehen und unsere Geschichte genau betrachten – die Geschichte der USA, des modernen Welt-systems, der USA in diesem Weltsystem. Nicht jeder ist dazu bereit. Manchmal fürchten wir uns vor der Härte der Wirklichkeit oder zumindest davor, dass sie weniger schön ist als unsere Träume. Manch einer sieht die Welt lieber, wie man so sagt, durch die rosarote Brille.

Man sollte meinen, die Ereignisse des 11. Septembers hätten die Illusionen zerschlagen. Und zweifellos taten sie das für viele. Doch die Bush-Regierung versuchte vehement eine nüchterne Betrachtung des Geschehenen zu verhindern, um ein Programm zu verfolgen, das älter ist als diese Ereignisse und das sie unter dem Vorwand dieser Ereignisse durchsetzen konnte. Daher möchte ich hier kurz auf zwei Dinge eingehen: Was der 11. September meiner Meinung nach im Lichte der vorangegangenen Geschichte bedeutet und was ich für das Programm der Bush-Regierung halte. Ich glaube, der 11. September rückte fünf US-amerikanische Realitäten ins Zentrum unserer Aufmerksamkeit: die Grenzen der militärischen Macht der USA, die Intensität des Antiamerikanismus im Rest der Welt, die Katerstimmung nach dem wirtschaftlichen Gelage der 1990er Jahre, die gegensätzlichen Kräfte des amerikanischen Nationalismus und die Zerbrechlichkeit unserer Tradition der bürgerlichen Freiheiten. Keine dieser Tatsachen ist in Einklang zu bringen mit dem amerikanischen Traum, wie wir ihn uns ausmalen. Und die Politik der Bush-Regierung verschärft diese Widersprüche.

Beginnen wir mit der militärischen Situation. Die USA sind – wie man allseits korrekt feststellt – heute die stärkste Militärmacht der Welt, und das bei weitem! Und doch gelang einer zusammengewürfelten Bande von Fanatikern mit ziemlich wenig Geld und sogar noch weniger militärischer Ausrüstung ein ernsthafter Angriff auf US-amerikanischem Gebiet, die Tötung mehrerer Tausend Menschen und die Zerstörung wichtiger Gebäude in New York und dem Gebiet um Washington. Der Angriff war verwegen und effizient. Die Verantwortlichen als »Terroristen« zu bezeichnen und dann einen »Krieg gegen den Terrorismus« zu beginnen, das ist alles schön und gut. Aber zunächst sollten wir uns vor Augen führen, dass der 11. September aus militärischer Sicht nie hätte geschehen dürfen. Jahre später sind die Täter noch nicht gefasst. Und unsere wichtigste militärische Reaktion war der Einmarsch in den Irak, ein Land, das an den Angriffen vom 11. September vollkommen unbeteiligt war.

Antiamerikanismus ist nichts Neues. Er ist allgemein verbreitet, und das schon seit die USA nach 1945 die Hegemonialmacht des Weltsystems geworden sind. Er ist eine Reaktion auf die Inhaber großer Macht und die Arroganz, die diesen Inhabern offenbar fast zwangsläufig zur zweiten Natur wird. Dieser Antiamerikanismus ist manchmal verständlich, manchmal irrational und ungerechtfertigt. So ist das eben. Alles in allem behinderte diese Haltung die USA lange Zeit nicht wesentlich. Zum einen hatte sie ein Gegengewicht in der Ansicht einer signifikanten Anzahl Menschen – besonders in den Ländern, die die USA als Verbündete ansahen – wonach die USA eine wichtige Führungsrolle bei der Verteidigung ihrer Werte im Weltsystem spielten. Für diese Menschen war die US-amerikanische Macht legitim, weil sie den Interessen des Weltsystems insgesamt diene. Selbst in den armen und unterdrückten Teilen der Welt sah man bis zu einem gewissen Grad trotz der negativen Seite der Macht der USA auch die positive, nämlich dass sie universalistischen Werten Geltung verschaffte.

Der 11. September machte deutlich, dass trotz dieser Einstellung der Unmut vielleicht größer war, als die USA sich je eingestanden haben. In unmittelbarer Reaktion auf die Ereignisse brachte man natürlich überall auf der Welt Mitleid und Solidarität mit den USA zum Ausdruck, aber diese Gefühle beginnen sich seither offenbar zu verflüchtigen, während von anderer Seite weiterhin unvermindert heftig Unmut geäußert wird.

Den USA schien es in den 1990er Jahren wirtschaftlich außerordentlich gut zu gehen – die hohe Produktivität, der Aktienboom, die niedrige Arbeitslosenquote, die niedrige Inflationsrate und die Tilgung enormer Staatsschulden schufen einen recht ansehnlichen Überschuss. Dies fasten die Amerikaner im Allgemeinen als Bestätigung für ihren Traum auf, für die Wirtschaftspolitik ihrer Staatslenker und die Aussicht auf eine ewig anhaltende glorreiche Zukunft. Inzwischen ist deutlich geworden, dass dies kein Traum war, sondern eine Illusion, und zwar eine gefährliche.

Der 11. September war nicht die Hauptursache für die heutigen Schwierigkeiten der USA, obgleich er sie zweifellos verschärfte. Schuld an dem Abwärtstrend in den US-amerikanischen Wirtschaftsperspektiven ist die Tatsache, dass der Wohlstand der 1990er Jahre (eigentlich vor allem der späten 90er Jahre) in vielerlei Hinsicht bloß eine Seifenblase war, die – wie sich überall dort zeigte, wo unternehmerische Gier zum Vorschein kam – sehr künstlich aufrechterhalten wurde. Die eigentliche Ursache für den Abwärtstrend liegt jedoch tiefer. Die Weltwirtschaft befindet sich seit den 1970er Jahren in einer langen relativen ökonomischen Stagnation. Wie

immer in einer solchen Phase versuchten die drei Gebiete einflussreicher Wirtschaftsstandorte – die USA, Westeuropa und Japan – sich die Verluste gegenseitig zuzuschieben. In den 1970er Jahren ging es Europa relativ gut. In den 80ern ging es Japan gut und in den 90ern den USA. Aber der Weltwirtschaft insgesamt ging es in keinem dieser Zeitabschnitte gut. Und die ökonomische Last auf der ganzen Welt war enorm. Heute stehen wir auf der letzten Stufe dieser langen Abwärtsspirale und wenn die Konkursmeldungen erst einmal überhand nehmen, wird sich die Weltwirtschaft möglicherweise wieder aufwärts bewegen. Doch es ist durchaus nicht beschlossene Sache, nicht einmal sehr wahrscheinlich, dass die USA Westeuropa und Ostasien bei einem Aufschwung letztlich überflügeln werden. Die heutige US-Politik wird von unterschwelligen Ängsten in Bezug auf diese wenig rosigen wirtschaftlichen Aussichten bestimmt.

Das vierte Problem ist die historische Natur des US-amerikanischen Nationalismus. Die USA sind nicht mehr und nicht weniger nationalistisch als die meisten anderen Länder. Aber weil sie die Hegemonialmacht sind, können die Instabilitäten ihres Nationalismus mehr Schaden anrichten als die der meisten anderen Nationen. Der US-amerikanische Nationalismus kommt in zwei unterschiedlichen Formen zum Ausdruck. Die eine ist der Rückzug, das Einigeln in der Festung Amerika, das gewöhnlich Isolationismus genannt wird.

Doch die USA betrieben schon immer auch Expansionspolitik – zuerst auf dem Kontinent, dann in der Karibik und dem Pazifik. Und Expansion schließt militärische Eroberungen ein – sei es der Gebiete der Ureinwohner, der Mexikaner oder der Filipinos. Die USA hatten ihre Siege (im Mexikanischen Krieg, dem Zweiten Weltkrieg, dem Großteil der Indianerfeldzüge) und ihre Niederlagen oder zumindest uneindeutigen Ausgänge (im Krieg von 1812, in Vietnam). Unsere Bilanz ist in dieser Hinsicht nicht viel schlechter als die anderer militärischer Großmächte. Natürlich spricht kein Land gerne von Niederlagen, wenn es nicht unvermeidlich ist. Gewöhnlich werden Niederlagen in das Unvermögen schwächerer Anführer umdefiniert. Auf dieser »Dolchstoß«-These basiert der militaristische US-amerikanische Macho-Nationalismus, der in der Bevölkerung beträchtliche Unterstützung genießt.

Oberflächlich betrachtet sind Isolationismus und Macho-Militarismus recht verschieden. Aber sie fußen auf der gleichen Grundhaltung gegenüber dem Rest der Welt, den »anderen« – Furcht und Verachtung, kombiniert mit der Unterstellung, unsere Lebensweise sei rein und sollte nicht durch Einmischung in die erbärmlichen Streitereien anderer verunreinigt

werden, es sei denn, wir wären in der Position, ihnen unseren »Way of Life« aufzuzwingen. Daher ist es für Nationalisten nicht schwer, zwischen Isolationismus und Macho-Militarismus hin- und herzuschwenken, selbst wenn die jeweiligen unmittelbaren Konsequenzen für die Politik in Einzelsituationen recht verschieden sein können. Der 11. September hat anscheinend beide Ausprägungen dieser widersprüchlichen Haltung verstärkt. Und natürlich hat er, wie es bei einem offensichtlichen Angriff auf das Land geschieht, andere Stimmen im Großen und Ganzen verstummen lassen.

Schließlich haben wir unsere Tradition der bürgerlichen Freiheiten. Sie ist in der Theorie recht ruhmreich, in der Praxis aber ziemlich zerbrechlich. Die Bill of Rights als Zusätze zur Verfassung zu erlassen, hatte den Sinn, es kurzfristig bestehenden Mehrheiten schwerer zu machen, sie zu ignorieren oder in krasser Weise gegen sie zu verstoßen. Auch so wurden sie ständig übertreten – unverhohlen wie bei Lincolns Aufhebung des Habeas Corpus, den »Palmer Raids« genannten Angriffen auf Sozialisten und Kommunisten oder Roosevelts Internierung japanischstämmiger Amerikaner; weniger offensichtlich, aber ebenso entscheidend durch die wiederholten illegalen Aktionen von Bundesbehörden (dem Justizministerium, dem FBI, der CIA), von lokalen Behörden ganz zu schweigen. Der Oberste Gerichtshof sollte als Bollwerk dieser verfassungsmäßigen Rechte fungieren, aber er tut das äußerst schwankend und ganz und gar nicht zuverlässig.

Für die Bush-Regierung war der 11. September zur Durchsetzung ihres bereits bestehenden Programms zu allen fünf Problemen Gold wert. Ich klage sie nicht paranoid der Verschwörung an, sondern stelle einfach fest, dass sie sofort die Chance ergriff, die Situation auszunutzen und das Programm zu verfolgen, das sie schon vor dem 11. September im Kopf und im Sinn hatte. Sie ist dem militärischen Niedergang mit einer unglaublichen Eskalation der Militärausgaben entgegengetreten. Ob sich das als gigantische Verschwendung erweisen wird – oder, schlimmer, als in militärischer Hinsicht kontraproduktiv – wird man sehen. Sicher ist, dass diese Verstärkung nicht das Ergebnis rationaler Analysen und sorgfältiger politischer Beurteilung war.

Unser aufgerüstetes Militär erfährt seinen ersten großen Einsatz bei der Invasion des Iraks. Ich glaube, diese Invasion wird die militärische Macht der USA nicht im geringsten bekräftigen oder vergrößern, sondern vielmehr kurz-, mittel- und langfristig nachhaltig schwächen. Aber die Bush-Regierung ist in dieser Angelegenheit nicht wirklich zur Dis-

kussionen bereit. Sie bringt lediglich ihre Verachtung für die neu zum Vorschein kommenden »McGovernites« (nach dem früheren Präsidentschaftskandidaten der Demokraten und Vietnamkriegsgegner und heutigen UN-Mitarbeiter George McGovern) und die »old Bushies« (also den Vater des Präsidenten und all seine engen Berater – Brent Scowcroft, James Baker, Lawrence Eagleburger) zum Ausdruck. Volle Kraft voraus ist das Motto der jetzigen Regierung, denn jede Drosselung würde sie närrisch aussehen lassen, und ein späterer Zusammenbruch ist politisch weniger fatal als ein sofortiger.

Die Art, in der die Bush-Regierung mit den antiamerikanischen Haltungen in der Welt umgeht, ist, das muss man zugeben, originell. Ihre Politik verstärkt sie und verbreitet sie unter allen, die bislang dagegen resistent waren – unseren Freunde und Verbündeten, die wir vielleicht bald unsere früheren Freunde und Verbündeten nennen werden. Großmächte sprechen sich selten wirklich mit anderen ab, üblicherweise geben sie dies jedoch zumindest vor. Bei der Bush-Regierung bestehen Besprechungen offenbar aus Ankündigungen: Wir werden das und das tun, stimmt ihr zu, oder stellt ihr euch gegen uns? Und auf jede Antwort, die den Sinn oder die Ratsamkeit eines Vorschlags in Frage stellt, sagt die Bush-Regierung einfach: Dürfen wir euch noch etwas stärker unter Druck setzen?

An der Wirtschaftsfront predigen Bush und seine Berater den Optimismus einer Pollyanna,<sup>1</sup> die Inaktivität des Staates und die Schuld Clintons an jeglichem wirtschaftlichen Gelage der Vergangenheit. Allem Anschein nach glauben sie, der 11. September mache eine solche Haltung stärker. Sie sind offenbar nicht im Geringsten an einer nüchternen Bewertung der momentanen wirtschaftlichen Realitäten interessiert und noch weniger an einer längerfristigen historischen Perspektive. Das einzige, was sie dem ökonomisch konservativen Teil ihrer Koalition angeboten haben, sind Steuersenkungen und der völlige Bankrott des Umweltschutzes. Diese Schritte sind jetzt heilige Kühe, denn die ökonomisch Konservativen sind im Großen und Ganzen »old Bushies« und ansonsten eher unzufrieden mit der jetzigen Bush-Regierung. Man darf sie nicht noch mehr gegen sich aufbringen. Aber die Steuersenkungen machen natürlich New-Deal-Maßnahmen unmöglich – und diese Maßnahmen wären zur Abwehr des

---

<sup>1</sup> Eine aus Verrücktheit oder Verblendung extrem optimistische Person, nach der Hauptfigur in dem gleichnamigen Roman des US-Schriftstellers Eleanor Hodgman Porter (1868-1920) (Editor. Anm.).

mächtigen Verfalls nötig, auf den die Vereinigten Staaten mit Macht zu steuern.

Die Bush-Regierung hofft ersichtlich, dass ihr Macho-Militarismus bei den Wählern den traurigen Zustand der US-Wirtschaft wettmachen wird. Zu allen anderen Gründen, die Bush und seine Ratgeber zu der Einstellung bewegen, die USA sollten gegen die ganze »Achse des Bösen« vorgehen, tritt also die ungeschönte politische Erwägung hinzu: Ein Kriegspräsident gewinnt Stimmen, für sich und für seine Partei. Das entging auch der Aufmerksamkeit von Bushs politischem Topberater Karl Rove nicht. Es ist zu erwarten, dass diese Erwägungen im weiteren Entscheidungsprozess nicht ohne Einfluss sein werden.

Was die bürgerlichen Freiheiten angeht, so haben wir seit dem berüchtigten A. Mitchell Palmer in der Harding-Regierung keinen so ausgemachten, unverhohlenen Übergriff durch einen Generalbundesanwalt gesehen. Darüber hinaus ist man offenbar fest entschlossen, sich in keinsten Weise durch die Justiz einschränken zu lassen. Uns steht eine schlimme Zeit bevor.

Dieses Buch ist einfach aufgebaut. Es hat drei Teile.

Teil I stellt die These vor, derzufolge die USA eine im Niedergang begriffene Hegemonialmacht sind und der 11. September dafür ein weiterer Beleg ist. Dieses Kapitel, ursprünglich 2002 geschrieben und veröffentlicht, wurde für die deutschsprachige Ausgabe ergänzt. Teil II besteht aus einer Reihe von Aufsätzen, die den Unterschied zwischen Rhetorik und Wirklichkeit im Zusammenhang mit den wichtigsten Modewörtern unseres heutigen politischen Diskurses diskutieren: *das 20. Jahrhundert, Globalisierung, Rassismus, der Islam, die »anderen«, Demokratie und Intellektuelle*. Diese Kapitel wurden alle vor dem 11. September geschrieben, die meisten als Vorlesungen oder Vorträge auf Konferenzen. Trotzdem sehe ich keinen Anlass, sie irgendwie zu verändern. Ein weiterer Aufsatz ist nach den Ereignissen geschrieben worden, behandelt die Welt-sicht der Vereinigten Staaten und ist ein Appell zur Reflektion über diese Welt-sicht.

Teil III schließlich ist der Frage gewidmet, wie wir die von Problemen belastete Welt, in der wir leben, verändern können. Die ersten beiden Aufsätze, beide vor dem 11. September geschrieben, diskutieren das Programm, das die Linke, wie ich meine, heute aufstellen sollte, in den USA und der Welt. Die anderen beiden, nach dem 11. September geschriebenen Kapitel widmen sich den Fragen, die für mich heute von einem poli-



tischen Standpunkt aus zentral sind: Was heißt es, heute antisystemisch zu sein? Und welche Zukunft gibt es für die Menschheit?

Ich vertrete in diesem Buch die Ansicht, dass wir alle vor einer dreifachen Aufgabe stehen: der intellektuellen, die Realität kritisch und nüchtern zu analysieren, der moralischen, zu entscheiden, welchen Werten wir heute Priorität einräumen sollten und der politischen, zu entscheiden, wie wir unmittelbar zur Erhöhung der Wahrscheinlichkeit dafür beitragen könnten, dass die Welt aus der momentanen chaotischen strukturellen Krise unseres kapitalistischen Weltsystems hervorgeht in ein anderes Welt-system, das statt nennenswert schlechter nennenswert besser ist als das momentane.

Februar 2003

**Teil 1**  
**Die These**



# Kapitel 1

## Der Niedergang der USA: Der Adler hat eine Bruchlandung gemacht

Die USA im Niedergang? Wenige würden dieser Behauptung heute Glauben schenken. Das tun nur die US-amerikanischen Falken, und diese treten vehement für eine Politik ein, die den Niedergang umkehren soll. Die Annahme, dass das Ende der Hegemonie der USA bereits begonnen hat, entspringt nicht der Verwundbarkeit, die am 11. September 2001 für alle offensichtlich wurde. Tatsächlich werden die USA als Weltmacht schon seit den 1970er Jahren schwächer, und die US-amerikanische Reaktion auf die Terrorangriffe hat diesen Niedergang lediglich beschleunigt. Zu verstehen, warum die so genannte Pax Americana im Schwinden begriffen ist, erfordert eine Untersuchung der Geopolitik des 20. Jahrhunderts, insbesondere seiner letzten drei Jahrzehnte. Diese Aufgabe führt zu einer einfachen und unausweichlichen Schlussfolgerung: Die wirtschaftlichen, politischen und militärischen Faktoren, die zur Hegemonie der USA beigetragen haben, sind die gleichen, die unaufhaltsam den kommenden Niedergang der USA hervorbringen werden.

Der Aufstieg der Vereinigten Staaten zur globalen Hegemonie war ein langer Prozess, der verstärkt 1873 mit der weltweiten Rezession einsetzte. Zu dieser Zeit begannen die USA und Deutschland, sich einen wachsenden Anteil an den globalen Märkten zu sichern, hauptsächlich auf Kosten der stetig schwächer werdenden britischen Wirtschaft. Beide Staaten hatten gerade erst eine stabile politische Basis erlangt – die USA durch die erfolgreiche Beendigung des Bürgerkriegs und Deutschland durch die Reichsgründung und den Sieg über Frankreich im Deutsch-Französischen Krieg. Von 1873 bis 1914 wurden die Vereinigten Staaten und Deutschland zu führenden Produzenten in bestimmten wichtigen Sektoren: die USA in der Stahl- und später Automobilindustrie, Deutschland in der chemischen Industrie.

In den Geschichtsbüchern steht, dass der Erste Weltkrieg 1914 ausbrach und 1918 endete und der Zweite Weltkrieg von 1939 bis 1945 dau-

erte. Es ergibt jedoch mehr Sinn, wenn man die beiden als einen einzigen kontinuierlichen »dreißigjährigen Krieg« zwischen den USA und Deutschland betrachtet, in dessen Verlauf es immer wieder zu Waffenstillständen und lokalen Konflikten kam. Die Konkurrenz um die Nachfolge als Hegemonialmacht nahm 1933 eine ideologische Wendung, als die Nazis in Deutschland an die Macht kamen und begannen, das globale System insgesamt umzugestalten. Sie strebten keine Hegemonie innerhalb des bestehenden Systems an, sondern eine Art globales Reich. Man denke an den Nazislogan vom »tausendjährigen Reich«. Die USA übernahmen ihrerseits die Rolle des Verfechters eines Weltliberalismus der politischen Mitte – erinnert sei an die »vier Freiheiten« des früheren US-Präsidenten Franklin D. Roosevelt (Meinungsfreiheit, Religionsfreiheit, Freiheit von Mangel und Not sowie von Furcht) –, sie schlossen ein strategisches Bündnis mit der Sowjetunion und machten so den Sieg über Deutschland und seine Verbündeten möglich.

Am Ende des Zweiten Weltkriegs stand eine gewaltige Zerstörung, die massenhafte Vernichtung von Menschen und Infrastruktur überall in Eurasien. Vom Atlantik bis zum Pazifik blieb kaum ein Land davon unberührt. Die einzige große Industriemacht der Welt, die intakt – und aus wirtschaftlicher Sicht sogar entschieden gestärkt – aus dem Krieg hervorging, waren die USA, die eilig Maßnahmen ergriffen, um ihre Position zu konsolidieren.

Doch die aufstrebende Hegemonialmacht sah sich mit einigen praktischen politischen Hindernissen konfrontiert. Während des Krieges hatten die Alliierten sich über die Gründung der Vereinten Nationen verständigt. Sie sollten sich hauptsächlich aus Ländern zusammensetzen, die sich an der Koalition gegen die Achsenmächte beteiligt hatten. Die entscheidende Institution der Organisation war der Sicherheitsrat, das einzige Organ, das den Einsatz von Gewalt autorisieren konnte. Die UN-Charta gab fünf Ländern im Sicherheitsrat das Vetorecht, darunter den USA und der Sowjetunion, und dies machte den Sicherheitsrat in der Praxis weitgehend handlungsunfähig. Daher war es nicht die Gründung der Vereinten Nationen im April 1945, die in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts für geopolitische Beschränkungen sorgte, sondern die zwei Monate vorher stattfindende Konferenz in Jalta zwischen Roosevelt, dem Premierminister von Großbritannien Winston Churchill und dem sowjetischen Staatsoberhaupt Joseph Stalin.

Die formellen Abkommen von Jalta waren weniger wichtig als die informellen, unausgesprochenen Übereinkünfte, die man nur beurteilen

kann, wenn man das Verhalten der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion in den folgenden Jahren betrachtet. Als der Krieg in Europa am 8. Mai 1945 endete, stand der Hauptteil der sowjetischen und westlichen (d.h. US-amerikanischen, britischen und französischen) Truppen an einer in Nord-Süd-Richtung verlaufenden Linie im Zentrum Europas, an der Elbe, Deutschlands historischer Trennlinie. Abgesehen von ein paar unbedeutenden Veränderungen blieben sie dort. Im Rückblick lässt sich Jalta als Übereinkunft beider Seiten bezeichnen, dass sie dort bleiben konnten und dass keine Seite Gewalt anwenden würde, um die andere zu verdrängen. Diese stillschweigende Übereinkunft galt auch für Asien, wie die US-amerikanische Besetzung Japans und die Teilung Koreas deutlich machten. Politisch war Jalta damit eine Festsetzung des Status quo, in dem die Sowjetunion etwa ein Drittel der Welt kontrollierte und die USA den Rest.

Washington stand zudem vor ernsthafteren militärischen Herausforderungen. Die Sowjetunion verfügte über die größte Landstreitmacht der Welt, während die US-Regierung innenpolitisch unter Druck stand, ihre Armee zu verkleinern, insbesondere durch die Abschaffung der Wehrpflicht. Die USA beschlossen daher, ihre militärische Stärke nicht auf Landstreitkräfte zu gründen, sondern auf ein Atomwaffenmonopol (samt einer zum Einsatz dieser Waffen fähigen Luftwaffe). Dieses Monopol bestand nicht lange: 1949 hatte die Sowjetunion ebenfalls Atomwaffen entwickelt. Seitdem können die USA nur noch versuchen zu verhindern, dass sich weitere Mächte Atomwaffen (und chemische und biologische Waffen) beschaffen, eine Bemühung, die aus heutiger Sicht offenbar nicht besonders erfolgreich gewesen ist.

Bis 1991 koexistierten die USA und die Sowjetunion im »Gleichgewicht des Schreckens« des Kalten Krieges. Dieser Status quo wurde nur drei Mal ernsthaft in Frage gestellt: durch die Berlinblockade 1948-49, den Koreakrieg von 1950 bis 1953 und die Kubakrise von 1962. Das Ergebnis war jedes Mal die Wiederherstellung des Status quo. Darüber hinaus beschränkte die USA sich bei jeder politischen Krise, mit der die Sowjetunion in ihren Satellitenstaaten konfrontiert war – 1953 in der DDR, 1956 in Ungarn, 1968 in der Tschechoslowakei und 1981 in Polen – fast ausschließlich auf Propagandafeldzüge und ließ damit zu, dass die Sowjetunion weitestgehend so vorging, wie sie es für richtig hielt.

Natürlich erstreckte sich diese Passivität nicht auf die wirtschaftliche Arena. Die USA schlugen Kapital aus der Atmosphäre des Kalten Krieges, indem sie sich massiv um den wirtschaftlichen Wiederaufbau bemühten.

ten, zuerst in Westeuropa und dann in Japan sowie in Südkorea und Taiwan. Der Grund war offensichtlich: Was nützte den USA ihre überwältigende Überlegenheit in der Produktion, wenn der Rest der Welt keine effektive Nachfrage zustande bringen konnte? Darüber hinaus trug der wirtschaftliche Wiederaufbau auf Seiten der Empfängerländer der US-Hilfe zu einem Gefühl der Verpflichtung bei, das wiederum die Bereitschaft förderte, Militärbündnissen beizutreten und, was noch wichtiger ist, politische Ergebnisse an den Tag zu legen.

Schließlich sollte man die ideologische und kulturelle Komponente der US-Hegemonie nicht unterschätzen. In der Zeit unmittelbar nach 1945 erlebte die kommunistische Ideologie möglicherweise den historischen Höhepunkt ihrer Popularität. Heutzutage vergessen wir leicht die großen Stimmenanteile, die kommunistische Parteien bei freien Wahlen in Ländern wie Belgien, Frankreich, Italien, der Tschechoslowakei und Finnland erzielten, ganz zu schweigen von der Unterstützung der kommunistischen Parteien in Asien – in Vietnam, Indien und Japan – und überall in Lateinamerika. Und dabei sind Länder wie China, Griechenland und der Iran, wo freie Wahlen nicht oder nur eingeschränkt stattfanden, wo kommunistische Parteien aber weite Kreise ansprachen, noch gar nicht berücksichtigt. Im Gegenzug starteten die USA eine gewaltige antikommunistische ideologische Offensive. Im Rückblick erscheint diese Initiative größtenteils erfolgreich: Washington überzeugte in seiner Rolle als führende Nation der »freien Welt« offenbar mindestens so sehr wie die Sowjetunion in ihrer Position als führende Macht des »progressiven« und »antiimperialistischen« Lagers.

Aus dem Erfolg der USA als Hegemonialmacht in der Nachkriegszeit entstanden die Bedingungen für das Ende dieser Hegemonie. Vier Symbole stehen für diesen Prozess: der Krieg in Vietnam, die Revolutionen von 1968, der Fall der Berliner Mauer 1989 und die Terrorattacken vom September 2001. Jedes Symbol baut auf dem vorhergehenden auf, was in der Situation kulminiert, in der die Vereinigten Staaten sich heute befinden – eine einsame Supermacht, der es an wirklicher Macht mangelt, ein Anführer der Welt, dem niemand folgt und den wenige respektieren, eine Nation, die gefahrvoll in einem globalen Chaos treibt, das sie nicht kontrollieren kann.

Was war der Vietnamkrieg? Zunächst und vor allem der Versuch des vietnamesischen Volkes, die Kolonialherrschaft zu beenden und einen eigenen Staat zu gründen. Die Vietnamesen kämpften gegen die Franzosen, die Japaner und die Amerikaner und gewannen am Ende – wirklich eine

beachtliche Leistung. Geopolitisch stellte der Krieg jedoch eine Ablehnung des Status quo von Jalta durch die Völker dar, denen damals die Bezeichnung Dritte Welt gegeben wurde. Vietnam wurde zu einem so bedeutenden Symbol, weil Washington dumm genug war, bei dem Kampf seine ganze Militärmacht aufzubieten, die USA aber dennoch verloren. Richtig ist, dass die USA keine Atomwaffen einsetzten (eine Entscheidung, die bestimmte kurzsichtige rechte Gruppierungen lange kritisierten), doch hätte ein solcher Einsatz das Abkommen von Jalta zunichte gemacht und möglicherweise einen nuklearen Holocaust zur Folge gehabt – das konnten die USA einfach nicht riskieren.

Aber Vietnam war nicht nur eine militärische Niederlage oder ein Imageverlust für die USA. Der Krieg verminderte ihre Chancen, die dominierende Wirtschaftsmacht der Welt zu bleiben, entscheidend. Der Konflikt war extrem kostspielig und verbrauchte mehr oder weniger die US-amerikanischen Goldreserven, die sich seit 1945 angehäuft hatten. Zudem erwuchsen den USA diese Kosten, gerade als Westeuropa und Japan einen bedeutenden wirtschaftlichen Aufschwung erlebten. Durch all diese Umstände fand die überragende Bedeutung der USA in der Weltwirtschaft ein Ende. Seit den späten 1960er Jahren sind die Mitglieder dieser Triade wirtschaftlich praktisch ebenbürtig. Zwar war jedes Mitglied eine bestimmte Zeit lang im Vorteil, doch keines gewann einen großen Abstand von den anderen.

Als die Revolutionen von 1968 überall auf der Welt ausbrachen, wurde die Unterstützung der Vietnamesen zu einer wichtigen rhetorischen Komponente. »Schafft zwei, drei, viele Vietnam« und »Ho, Ho, Ho Chi Minh« wurde in manch einer Straße skandiert, nicht zuletzt in den USA. Aber die 68er verurteilten nicht nur die US-Hegemonie. Sie verurteilten die sowjetische Kollusion mit den USA, sie lehnten Jalta ab und sie verwendeten oder adaptierten die Sprache der chinesischen Kulturrevolutionäre, die die Welt in zwei Lager einteilten – die beiden Supermächte und der Rest der Welt.

Die Anprangerung der sowjetischen Kollusion führte logischerweise zur Verurteilung der mit der Sowjetunion eng verbündeten Kräfte in den jeweiligen Ländern, in den meisten Fällen also der traditionellen kommunistischen Parteien. Aber die 68er-Revolutionäre griffen auch andere Teile der alten Linken an – nationale Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt, sozialdemokratische Bewegungen in Westeuropa und die Demokraten des New Deal in den USA –, die sie ebenfalls der Kollusion mit dem beschuldigten, was sie allgemein »US-Imperialismus« nannten.



Die Kritik an der sowjetischen Kollusion mit Washington und an der alten Linken trug weiter zur Schwächung der Legitimität des Abkommens von Jalta bei, auf dem die Vereinigten Staaten die Weltordnung aufgebaut hatten. Sie unterminierte auch den Rang des Liberalismus der politischen Mitte als die einzig legitime globale Ideologie. Die unmittelbaren politischen Folgen der Weltrevolutionen von 1968 waren minimal, die geopolitischen und intellektuellen Auswirkungen dagegen gewaltig und irreversibel. Der Liberalismus der politischen Mitte stürzte von dem Thron, den er seit den europäischen Revolutionen von 1848 innegehabt und der es ihm ermöglicht hatte, Konservative ebenso wie Radikale zu kooptieren. Diese Ideologien kehrten zurück und boten erneut die ganze Skala von Wahlmöglichkeiten. Konservative wurden wieder zu Konservativen und Radikale zu Radikalen. Die Liberalen der politischen Mitte verschwanden nicht, wurden aber auf ihren Platz verwiesen. Und im Zuge dessen begann die offizielle US-Ideologie – antifaschistisch, antikommunistisch, antikolonialistisch – auf einen wachsenden Teil der Weltbevölkerung dünn und wenig überzeugend zu wirken.

Der Beginn der internationalen wirtschaftlichen Stagnation in den 1970er Jahren hatte für die Macht der USA zwei wichtige Folgen. Erstens führte die Stagnation dazu, dass mit dem »desarollismo« – der Ansicht, dass jede Nation wirtschaftlich aufholen könnte, wenn der Staat geeignete Maßnahmen ergreift – die wichtigste ideologische Behauptung der alten linken Bewegungen, die zu dieser Zeit an der Macht waren, ihren Rückhalt verlor. Diese Regimes sahen sich eins nach dem anderen mit inneren Unruhen, sinkendem Lebensstandard, zunehmender Abhängigkeit von internationalen finanziellen Institutionen durch wachsende Verschuldung und schwindender Glaubwürdigkeit konfrontiert. Was in den 1960ern nach einer erfolgreichen Steuerung der Dekolonialisierung der Dritten Welt durch die USA ausgesehen hatte – mit der Minimierung störender Momente und der Maximierung der reibungslosen Machtübertragung auf Regime, die an Entwicklung glaubten, aber kaum revolutionär waren – machte dem Zerfall der Ordnung, unterschwellig brodelnder Unzufriedenheit und ungezügelmtem Aufruhr Platz. Als die Vereinigten Staaten versuchten zu intervenieren, scheiterten sie. 1983 entsandte US-Präsident Ronald Reagan Truppen in den Libanon, um dort die Ordnung wiederherzustellen. Die Truppen wurden faktisch zum Abzug gezwungen. Zum Ausgleich befahl er die Invasion Grenadas, eines Lands ohne Armee. Präsident George H. W. Bush befahl den Einmarsch in Panama, ebenfalls ein Land ohne Armee. Nachdem die USA in Somalia einmarschiert waren,

um dort die Ordnung wiederherzustellen, wurden sie faktisch und ein wenig schmachvoll zum Abzug gezwungen. Da die US-Regierung tatsächlich wenig tun konnte, um diesen Trend des Niedergangs der Hegemonie umzukehren, beschloss sie, ihn schlicht zu ignorieren – eine Politik, die vom Rückzug aus Vietnam bis zum 11. September 2001 vorherrschte.

Indessen begannen wahre Konservative, in wichtigen Staaten und innerstaatlichen Institutionen die Kontrolle zu übernehmen. Die neoliberale Offensive der 1980er Jahre war von den Regierungen Thatcher und Reagan sowie dem Aufstieg des Internationalen Währungsfonds (IWF) in eine Schlüsselposition auf der Weltbühne gekennzeichnet. Wo einst (über ein Jahrhundert lang) konservative Kräfte bemüht waren, sich als die klügeren Liberalen auszugeben, waren Liberale der politischen Mitte jetzt zu der Behauptung gezwungen, sie selbst seien die effektiveren Konservativen. Die Programme der Konservativen waren klar. Ihre innenpolitischen Ziele waren Senkung der Kosten für Arbeit, Minimierung von umweltbedingten Auflagen der Produktion und Kürzungen der staatlichen Sozialausgaben. Die tatsächlichen Erfolge waren bescheiden, daher betraten die Konservativen energisch internationales Parkett. Die Zusammenkünfte des Weltwirtschaftsforums in Davos dienten als Treffpunkt für die Eliten und die Medien. Der IWF diente als Club für Finanzminister und Zentralbankdirektoren. Und die USA drängten auf die Schaffung der Welthandelsorganisation, um den freien Fluss von Handelsgütern über alle Grenzen hinweg durchzusetzen.

Als die USA gerade nicht hinsahen, brach die Sowjetunion zusammen. Ja, Ronald Reagan hatte die Sowjetunion »Reich des Bösen« genannt und mit rhetorischem Bombast den Abriss der Berliner Mauer gefordert, die USA meinten es aber nicht wirklich ernst und waren gewiss nicht für den Untergang der Sowjetunion verantwortlich. In Wirklichkeit brachen die Sowjetunion und ihre osteuropäische Einflusszone wegen der weit verbreiteten Desillusionierung über die alte Linke zusammen, in Kombination mit den Bemühungen des sowjetischen Staatsoberhauptes Michail Gorbatschow, seine Regierung durch die Auflösung des Jalta-Abkommens und die innenpolitische Liberalisierung (Perestroika und Glasnost) zu retten. Die Auflösung des Jalta-Abkommens gelang Gorbatschow, die Rettung der Sowjetunion nicht (obwohl sie ihm, das sei gesagt, fast gelungen wäre).

In den Vereinigten Staaten war man über den plötzlichen Zusammenbruch erstaunt und verblüfft – und unsicher, wie mit den Folgen umzuge-

hen sei. Der Zusammenbruch des Kommunismus bedeutete de facto auch das Ende des Liberalismus, denn er nahm der US-Hegemonie die einzige ideologische Rechtfertigung; eine Rechtfertigung, die von den angeblichen ideologischen Gegnern des Liberalismus stillschweigend mitgetragen worden war. Dieser Legimitätsverlust führte direkt zum Einmarsch des Iraks in Kuwait, den das irakische Staatsoberhaupt Saddam Hussein nie gewagt hätte, wäre das Abkommen von Jalta noch gültig gewesen. Im Rückblick wurde durch den US-amerikanischen Einsatz im Golfkrieg eine Waffenruhe erzielt, die im Wesentlichen der vorher herrschenden glich. Doch kann eine Hegemonialmacht im Krieg mit einer mittelstarken Regionalmacht mit einem Unentschieden zufrieden sein? Saddam demonstrierte, dass man einen Krieg mit den USA vom Zaun brechen und ungestraft davonkommen kann. Mehr noch als die Niederlage in Vietnam hat Saddams dreiste Herausforderung der US-amerikanischen Rechten schwer zugesetzt, vor allem den so genannten Falken, was den Eifer erklärt, mit dem sie einen Einmarsch in den Irak und den Sturz des dortigen Regimes forderten.

Zwischen dem Golfkrieg und dem 11. September 2001 waren der Balkan und der Nahe Osten weltweit die beiden Hauptschauplätze für Konflikte. Die USA spielten in beiden Regionen eine wichtige diplomatische Rolle. Im Rückblick stellt sich die Frage, inwiefern die Ergebnisse bei einer vollkommen isolationistischen Position der USA anders ausgefallen wären. Auf dem Balkan zerfiel Jugoslawien, ein wirtschaftlich erfolgreicher multinationaler Staat, im Wesentlichen in seine Bestandteile. Im Laufe von zehn Jahren haben die meisten der entstandenen Staaten einen Prozess der Ethnisierung vollzogen, der zu ziemlich brutaler Gewalt, der Ausbreitung von Menschenrechtsverletzungen und offenen Kriegen führte. Die Intervention von außen – bei der die USA eine entscheidende Rolle spielten – erwirkte einen Waffenstillstand und beendete die schlimmste Gewalt, kehrte jedoch die Ethnisierung keineswegs um, die jetzt gefestigt und bis zu einem gewissen Grad legitimiert ist. Hätten diese Konflikte ohne Beteiligung der USA anders geendet? Die Gewalt hätte vielleicht länger andauert, doch grundsätzlich hätte das Ergebnis wohl kaum anders ausgesehen. Im Nahen Osten zeigt sich ein sogar noch düsteres Bild, denn hier war das Engagement der USA noch stärker und ihr Scheitern noch spektakulärer. Weder auf dem Balkan noch im Nahen Osten ist es den USA gelungen, ihre hegemonialen Ansprüche effektiv durchzusetzen, nicht weil sie es nicht gewollt oder sich nicht bemüht hätten, sondern weil es ihnen an echter Macht mangelte.

Dann kam der 11. September – der Schock und die Reaktion. Unter dem Druck der Legislative behauptet die Central Intelligence Agency (CIA) jetzt, sie hätte die Bush-Regierung vor möglichen Bedrohungen gewarnt. Doch trotz der Konzentration der CIA auf die Al Qaida und trotz der Sachkenntnisse der Aufklärungsbehörde konnte sie die Terrorschläge nicht vorhersehen (und daher auch nicht verhindern). So argumentiert jedenfalls CIA-Direktor George Tenet. Für die US-Regierung und die US-amerikanische Bevölkerung ist diese Aussage ein schwacher Trost. Was Historiker darüber hinaus auch feststellen mögen, die Angriffe vom 11. September 2001 stellten die Macht der USA vor eine große Herausforderung. Die Verantwortlichen repräsentierten keine wichtige Militärmacht. Sie waren Mitglieder einer nichtstaatlichen Vereinigung mit einem hohen Grad an Entschlossenheit, etwas Geld, einer Schar ergebener Anhänger und einer starken Basis in einem einzigen schwachen Staat. Kurzum, nach militärischen Maßstäben waren sie ein Nichts. Und doch gelang ihnen ein kühner Angriff auf US-amerikanischem Boden.

Als George W. Bush an die Macht gekommen war, hatte er viel Kritik am weltpolitischen Handeln der Clinton-Regierung geübt. Bush und seine Berater gestanden nicht ein – obwohl sie sich zweifellos darüber im Klaren waren –, dass Clintons Vorgehensweise die jedes US-Präsidenten seit Gerald Ford gewesen war, Ronald Reagan und George H.W. Bush eingeschlossen. Sogar die jetzige Bush-Regierung hatte vor dem 11. September so gehandelt. Man muss sich nur ansehen, wie Bush auf den Abschuss eines US-amerikanischen Flugzeugs vor China im April 2001 reagierte, um festzustellen, dass man Besonnenheit walten ließ.

Nach den Terrorangriffen änderte Bush seinen Kurs, erklärte dem Terrorismus den Krieg, versicherte dem amerikanischen Volk, das Ergebnis sei »gewiss« und teilte der Welt mit, »ihr seid entweder für uns oder gegen uns«. Nachdem sie lange, sogar von den konservativsten US-Regierungen, frustriert worden waren, begannen die Falken schließlich, die US-amerikanische Politik zu dominieren. Ihre Position ist klar: Die Vereinigten Staaten verfügen über eine überwältigende Militärmacht, und auch wenn zahllose ausländische Staatsoberhäupter es für unklug halten, wenn Washington seine militärischen Muskeln spielen lässt, können und werden sie nichts tun, wenn die USA dem Rest der Welt schlicht ihren Willen aufzwingen. Die Falken sind aus zwei Gründen der Meinung, die Vereinigten Staaten sollten als Imperialmacht auftreten: Erstens könnten sie damit durchkommen. Und zweitens würden die USA, wenn Washington seine Macht nicht ausübte, zunehmend marginalisiert.

In der letzten Zeit drückte sich diese Position der Falken in drei Handlungsweisen aus: dem Militäreinsatz in Afghanistan, der faktischen Unterstützung des israelischen Versuchs, die palästinensische Autorität zu liquidieren, und dem Einmarsch im Irak. Die drei Jahre seit dem elften September 2001 reichen vielleicht nicht aus, um zu beurteilen, was mit dieser Strategie der Falken letztlich erreicht wird. Bislang hat sie zum Sturz der Taliban in Afghanistan geführt, jedoch ohne die völlige Zerschlagung von Al Qaida oder die Gefangennahme ihrer Führungsriege. Sie hat zu gewaltigen Zerstörungen in Palästina geführt, ohne jedoch Jassir Arafat »irrelevant« zu machen, wie Sharon es zum Ziel erklärt hatte. Und die US-Invasion im Irak stieß auf sehr entschiedene Opposition von Verbündeten der USA in Europa und in der betroffenen Region.

Bei ihrer Interpretation der jüngsten Vergangenheit betonen die Falken, die USA seien bisher damit durchgekommen, und zwar in dem Sinne, dass die Opposition gegen ihr Vorgehen zwar heftig, aber weitgehend aufs Verbale beschränkt gewesen sei. Weder Westeuropa noch Russland, China oder Saudi-Arabien seien bereit, die Beziehungen zu den USA ernsthaft zu gefährden. Die Interpretation der Falken deckte sich weitgehend mit der der globalen Linken, die verzweifelt und lauthals gegen diese Politik protestierte, und zwar unter anderem, weil sie die Chancen der USA auf einen Erfolg offenbar für groß hielt.

Ich glaube, mit dieser Interpretation irren sich die Falken gewaltig, und im Nachhinein wird man erkennen, dass sie wesentlich zur Beschleunigung des Niedergangs der USA, der Verwandlung eines allmählichen Abstiegs in einen schlagartigen Absturz, beigetragen hat. Davon profitiert unter Umständen niemand, denn möglicherweise wird uns so auch ein nuklearer Schlagabtausch beschert. Die Politik der Falken wird aus drei Arten von Gründen scheitern: aus militärischen, wirtschaftlichen und ideologischen.

Die militärische Arena ist der Haupttrumpf der Vereinigten Staaten. Ja, sie ist ihr einziger Trumpf. Heute verfügen die USA ohne Frage über den bei weitem stärksten Militärapparat der Welt. Darüber hinaus behaupten die USA, in den letzten zehn Jahren neue Technologien entwickelt zu haben, mit denen sich kein anderes Land messen kann und die ihre militärische Überlegenheit gegenüber 1990 noch beträchtlich steigern. Ich habe keinen Zweifel, dass dies weitestgehend zutrifft. Doch bedeutet das, dass es den USA durch ihre Invasion im Irak und ihren schnellen Sieg dort gelungen ist, eine ihnen freundlich gesinnte und künftig stabile Regierung einzusetzen? Das bezweifle ich. Und was wir 2003 und

2004 gesehen haben, rechtfertigt eine weitreichende Skepsis. Man muss bedenken, dass von den drei größeren Kriegen, die das US-Militär seit 1945 geführt hat – Korea, Vietnam und der Golfkrieg – einer mit einer Niederlage und zwei unentschieden endeten. Nicht gerade eine ruhmreiche Bilanz.

Die Vereinigten Staaten sind offenbar entschlossen, mindestens bis Januar 2006 im Irak zu bleiben, und ihre Planungen reichen insgeheim möglicherweise noch weit darüber hinaus. Aber sie sind mit einem anhaltenden Guerillakrieg konfrontiert, und die irakischen Regierungen werden sich in dem Dilemma befinden, dass sie einerseits nicht genug eigene Truppen haben, um einem Guerillakrieg des Volkes etwas entgegenzusetzen, andererseits aber innenpolitisch zunehmend unter Druck stehen, die ausländischen Streitkräfte zum Verlassen des Landes aufzufordern. Und das zusätzlich zu ihrem ohnehin bestehenden äußerst komplizierten Problem, die verschiedenen Vorstellungen von Kurden und Schiiten über die Form einer künftigen irakischen Verfassung miteinander in Einklang bringen zu müssen, sowie der unterschwellig drohenden interregionaler oder interethnischer Gewalt.

Wenn die Irak-Invasion eines vor Augen geführt hat, dann die begrenzte Truppenstärke des US-Militärs. Die US-Streitkräfte sind durch das Engagement im Irak gefährlich nah an die Grenze ihrer Belastbarkeit gelangt. Die Vereinigten Staaten mussten ihr Kontingent in Korea verkleinern und werden nun in Westeuropa dasselbe tun. Sie haben ihre Einheiten der Reserve und der Nationalgarde übermäßig beansprucht und ihre Fähigkeit zur Selbsterneuerung gefährdet. Dass die USA sich in naher Zukunft ernsthaft auf eine militärische Konfrontation mit dem Iran, Nordkorea oder selbst Kuba einlassen könnten, ist schwer vorstellbar und würde sicherlich vom Militär selbst mit großem Unbehagen aufgenommen.

Zum Zweiten gibt es die wirtschaftliche Front. In den 1980ern reagierte man in den USA auf den japanischen Vorwärtssprung nahezu hysterisch. Angesichts von Japans finanziellen Schwierigkeiten beruhigte man sich in den 1990ern wieder. Nachdem sie die Geschwindigkeit des japanischen Fortschritts in den 1980er Jahren überschätzten, wirken die US-Experten jetzt selbstgefällig und überzeugt davon, dass Japan weit hinterherhinkt. Dieser Tage hat man sich in den USA darauf verlegt, Japan Vorträge darüber zu halten, was man dort falsch macht.

So las man mit einer gewissen Bestürzung in der *New York Times* vom 20. April 2002: »In einem japanischen Labor ist der schnellste Computer

der Welt gebaut worden. Die Leistungsfähigkeit dieser Maschine entspricht der Verarbeitungskapazität der 20 schnellsten amerikanischen Computer zusammengenommen, und sie übertrifft die bisher beste, eine von IBM gebaute Maschine, bei weitem. Dieser Erfolg ... beweist, dass das technologische Wettrennen, das die meisten amerikanischen Ingenieure mit Leichtigkeit zu gewinnen glaubten, längst noch nicht vorbei ist.« Im Weiteren kommt der Artikel zu dem Schluss, in den beiden Ländern würden »konträre wissenschaftliche und technologische Prioritäten« gesetzt. Der japanische Computer wurde gebaut, um klimatische Veränderungen zu analysieren, die US-amerikanischen dagegen sollen Waffen simulieren. Damit sind wir wieder beim ältesten Phänomen in der Geschichte von Hegemonialmächten. Die herrschende Macht konzentriert sich auf das Militär; der Kandidat für die Nachfolge auf die Wirtschaft. Letzteres hat sich immer reichlich bezahlt gemacht. Auch für die USA. Warum sollte es sich für Japan (wahrscheinlich in einem Bündnis mit China) nicht auch auszahlen? Ich würde sagen, wir sollten diese Frage in zehn Jahren wieder aufgreifen und dann untersuchen, wie gut die USA wirtschaftlich dastehen.

Schließlich gibt es noch die ideologische Sphäre. Im Moment sind die USA wirtschaftlich nicht allzu stark und die Position der Falken ist mit hohen Kosten verbunden. Zudem sind die USA derzeit politisch mehr oder weniger isoliert. Praktisch niemand (außer den israelischen Falken und Tony Blair) hält die Position der us-amerikanischen Falken für sinnvoll oder unterstützenswert. Eine Lösung all dieser Probleme suchten die USA auf recht arrogante Weise in der Ausübung von Druck, doch damit schaden sie sich im Wesentlichen selbst am meisten. Arroganz hat ihre eigenen negativen Seiten. Wiedergutmachungen für erwiesene Hilfsdienste einzufordern heißt, beim nächsten Mal gibt es weniger, wofür man noch Wiedergutmachung fordern könnte. Die erzwungene Fügsamkeit befreundeter Nationen erzeugt wachsenden Unmut, sogar Schadenfreude, wenn die Vereinigten Staaten auf Schwierigkeiten stoßen. Im Laufe der letzten zweihundert Jahre und insbesondere in den letzten fünfzig Jahren haben die USA eine beträchtliche Summe moralischen Kredits erworben. Unter George W. Bush haben sie diesen Kredit noch schneller durchgebracht als ihre Goldreserven unter Lyndon B. Johnson in den 1960ern.

Den Vereinigten Staaten stehen in den nächsten zehn Jahren hauptsächlich zwei Möglichkeiten offen. Entweder gehen sie den Weg der Falken, mit den negativen Konsequenzen, die dies hätte (vor allem für die

USA selbst). Oder sie beschließen, dass die negativen Seiten zu schwer wiegen. Ich würde sagen, die Optionen Präsident Bushs und der Vereinigten Staaten sind extrem eingeschränkt, und der Niedergang der USA als entscheidende Kraft der Weltpolitik wird sich mit Sicherheit im Lauf der nächsten zehn Jahre weiter fortsetzen. Die eigentliche Frage ist nicht, ob die USA als Hegemonialmacht im Niedergang begriffen sind, sondern ob sie einen Weg finden, den Abstieg würdevoll und mit minimalem *Schaden für die Welt und sich selbst* zu gestalten.





## **Teil 2**

# **Vielerlei Rhetoriken und Realitäten**



# Kapitel 2

## Das 20. Jahrhundert: Finsternis am hellichten Tag?

Mitte des 20. Jahrhunderts schrieb Arthur Koestler einen Roman über das Sowjetregime und seine Schauprozesse, den er *Darkness at Noon* nannte (deutscher Titel: *Sonnenfinsternis*). Dieser Titel ist meine Metapher für das gesamte 20. Jahrhundert, nicht nur das Sowjetregime. Aber gleichzeitig schien in diesem Jahrhundert in vielfacher Hinsicht auch die »Helle Sonne um Mitternacht«. Ja, wie wir dieses so schwer zu beurteilende Jahrhundert sehen, hängt sehr stark von Ort und Zeitpunkt unserer Betrachtung ab. Wir haben so etwas wie eine Achterbahnfahrt erlebt. Und wir dürfen nicht vergessen, dass Achterbahnfahrten unterschiedlich enden können. Normalerweise kehren sie mehr oder weniger an ihren Ausgangspunkt zurück, wobei die Mitfahrer entweder Hochstimmung oder große Angst durchlebt haben. Aber manchmal entgleisen die Wagen.

Henry Luce nannte das 20. Jahrhundert »das amerikanische Jahrhundert«, womit er fraglos Recht hatte, obgleich dies nur ein Teil der Geschichte ist. Der Aufstieg der USA zur Hegemonie im Weltsystem begann etwa 1870 mit dem beginnenden Abstieg Großbritanniens von seinen einstigen Höhen. Die USA und Deutschland konkurrierten miteinander als Anwärter auf die Nachfolge Großbritanniens. Was geschah, ist gut bekannt und überschaubar. Sowohl in den USA als auch in Deutschland expandierte die Industrie zwischen 1870 und 1914 stark, und beide Länder übertrafen Großbritannien.

Das eine war jedoch eine See- und Luftmacht, das andere eine Landmacht. Dementsprechend war die Richtung ihrer jeweiligen wirtschaftlichen Expansion unterschiedlich, ebenso wie die Art ihrer militärischen Investitionen. Die Vereinigten Staaten waren wirtschaftlich und politisch verbündet mit der schwächer werdenden ehemaligen Hegemonialmacht Großbritannien. Schließlich kam es zu den beiden Weltkriegen, die am treffendsten als ein einziger im Wesentlichen zwischen den USA und Deutschland ausgetragener »dreißigjähriger Krieg« um die Hegemonie im Weltsystem zu bezeichnen sind.

Deutschland versuchte, das Weltsystem in ein Weltreich, sein »tausend-jähriges Reich«, zu verwandeln. Dieser Weg der imperialistischen Eroberung war innerhalb der Grundstruktur der kapitalistischen Weltwirtschaft nie ein gangbarer Weg zur Vorherrschaft, wie zuvor schon Napoleon erfahren hatte. Der Vorstoß zur Eroberung eines Weltreichs hat kurzfristig den Vorteil der militärischen Dynamik und Schlagkraft. Mittelfristig hat er den Nachteil, sehr teuer zu sein und alle Kräfte gegen sich zu vereinigen. Wie die konstitutionelle und quasilibérale Monarchie von Großbritannien sich gegen Napoleon mit dem autokratischen zaristischen Russland zusammengetan hatte, so tat sich die quasilibérale repräsentative Republik der Vereinigten Staaten gegen Hitler mit der stalinistischen Sowjetunion zusammen – oder besser gesagt: Sowohl Napoleon als auch Hitler verstanden es, die Mächte an beiden Enden der europäischen Landmasse gegen eine zwischen ihnen liegende gierige Machtstruktur zu vereinigen.

Aber wie sind die Folgen dieses Kampfes zu beurteilen? Beginnen wir mit dem materiellen Ergebnis. 1945, nach einem unglaublich zerstörerischen Krieg überall auf dem europäischen Kontinent und einem ähnlich zerstörerischen Krieg in Ostasien – zerstörerisch in Bezug auf Leben wie auf Infrastruktur – waren die USA die einzige große Industriemacht, die wirtschaftlich unbeschadet, ja, in Folge des kriegsbedingten Aufbaus sogar gestärkt zurückblieb. Nach 1945 gab es mehrere Jahre lang in allen anderen ehemals wirtschaftlich hochentwickelten Regionen Hungersnöte, und der grundlegende Wiederaufbau in diesen Gebieten erwies sich als mühsam.

In einer solchen Situation konnte die Industrie der USA den Weltmarkt ohne Schwierigkeiten dominieren. Ihr anfängliches Hauptproblem bestand nicht in zu vielen konkurrierenden Verkäufern, sondern in zu geringer effektiver Nachfrage, zu wenigen Käufern weltweit aufgrund der gesunkenen Kaufkraft in Westeuropa und Ostasien. Dies erforderte mehr als Hilfe, es erforderte Wiederaufbau. Aber wie profitabel ein solcher Wiederaufbau für die US-Industrie auch sein mochte, für die Steuerzahler des Landes war er kostspielig. Die kurzfristigen Kosten zu begleichen, stellte für die US-Regierung ein innenpolitisches Problem dar.

Indessen gab es offenbar auch ein politisch-militärisches Problem. Die UdSSR war trotz der Zerstörung eine große Militärmacht und hielt halb Europa besetzt. Sie erklärte sich zu einem sozialistischen Staat mit der theoretischen Mission, die ganze Welt zum Sozialismus zu führen (und dann, ebenfalls theoretisch, zum Kommunismus). In den Gebieten, in

denen die Rote Armee am Ende des Zweiten Weltkriegs stand, wurde zwischen 1945 und 1948 unter der Ägide der kommunistischen Partei eine so genannte Volksdemokratie nach der anderen eingesetzt. 1946 sprach Winston Churchill von einem »eisernen Vorhang«, der von Stettin bis Triest über Europa gefallen war.

Außerdem erwiesen sich die kommunistischen Parteien in den Jahren unmittelbar nach 1945 in einer Vielzahl von europäischen Ländern als extrem stark. Kommunistische Parteien erzielten 25 bis 40% der Stimmen in den Wahlen der frühen Nachkriegszeit in Frankreich, Italien, Belgien, Finnland und der Tschechoslowakei – Resultat sowohl ihrer früheren Stärke in den Jahren zwischen den Kriegen als auch ihrer Rolle im Krieg, als sie einen erheblichen Teil des Widerstands gegen Nazismus und Faschismus initiierten. Das Gleiche galt für Asien. In China marschierte die kommunistische Partei in Richtung Shanghai gegen eine nationalistische Regierung, die ihre Legitimität verloren hatte. Kommunistische Parteien und/oder Guerillatruppen waren auch in Japan, den Philippinen, Indochina und Niederländisch-Indien außergewöhnlich stark, und auch andernorts waren sie nicht unbedeutend.

Kommunistische Bewegungen hatten Rückenwind. Sie behaupteten, die Geschichte sei auf ihrer Seite und verhielten sich so, als glaubten sie daran. Das taten auch viele andere, von konservativen bis hin zu Mittelrechts-Bewegungen, und ganz besonders die Mehrheit der Sozialdemokraten. Diese anderen fürchteten sich davor, dass in wenigen Jahren auch ihre Länder zu Volksdemokratien würden. Und das wollten sie nicht. Ja, sie waren ausdrücklich dazu bereit, sich aktiv dem zu widersetzen, was jetzt phrasenhaft die kommunistische Bedrohung der freien Welt genannt wurde.

In den letzten dreißig Jahren wurde sowohl von Linken als auch von Rechten eine ganze Menge revisionistischer Geschichtsschreibung produziert. Dabei haben linke Revisionisten meist behauptet, die so genannte kommunistische Bedrohung sei ein Schreckgespenst gewesen, errichtet von der US-Regierung und rechten Kräften der Welt, um die US-Hegemonie im Weltsystem sicherzustellen und linke und Arbeiterbewegungen in westlichen liberalen Staaten zu vernichten (oder zumindest ihre Stärke einzuschränken). Rechte Revisionisten neigten besonders seit der Zugänglichkeit zu sowjetischen Dokumenten nach 1989 zu der Behauptung, es hätte tatsächlich ein weltweites Spionagenetzwerk für die Sowjetunion gegeben, und diese hätten tatsächlich die feste Absicht gehabt, nichtkommunistische Regierungen zu stürzen und ihre Staaten in Volksdemokratien umzuwandeln.

Tatsächlich liegen sowohl die linken als auch die rechten historiographischen Revisionisten wahrscheinlich in ihren empirischen Feststellungen im Großen und Ganzen richtig, in ihren historischen Interpretationen aber grundlegend falsch. Zweifellos behaupteten beide Seiten öffentlich wie vor allem im Privaten das, was sie laut Revisionisten behaupteten. Wahrscheinlich glaubten die meisten Einzelpersonen in den Schlüsselpositionen beider Seiten die offizielle Rhetorik, oder zumindest vieles davon. Ebenfalls steht außer Zweifel, dass einige Handlungen beider Seiten in die Richtung gingen, die expansionistische Rhetorik wahr zu machen. Schließlich wären beide Seiten zweifellos entzückt gewesen, den Zusammenbruch der jeweils anderen zu erleben, und größtenteils hofften sie sogar darauf.

Trotzdem, wir brauchen ein wenig Gelassenheit und »Realpolitik«, um zu verstehen, was wirklich vor sich ging. Im Rückblick scheint mir der Kalte Krieg eindeutig eine äußerst maßvolle, sorgfältig choreographierte und überwachte Übung gewesen zu sein, die nie aus der Kontrolle geriet und nie zu dem Weltkrieg führte, vor dem alle Angst hatten. Ich habe ihn ein Menuett genannt. Überdies ist im Rückblick nicht viel geschehen, das heißt, dass die Grenzlinien von 1989 so ziemlich denen von 1945 entsprachen und dass es weder zu sowjetischer Aggression in Westeuropa, noch zu US-amerikanischem »Rollback« (also der Auflösung kommunistischer Regimes) in Osteuropa kam. Beide Seiten legten häufig sowohl rhetorisches Geschick als auch Geduld an den Tag. Natürlich kann man sagen, das alles war nicht die Absicht, sondern bloß das Ergebnis eines Patts, und bis zu einem gewissen Grad mag das stimmen. Dennoch, Pattsituationen sind von Trägheit begünstigt, die wiederum aus stillschweigenden Absichten resultiert.

Ein solches historisches Szenario erfordert Umsicht bei der Beurteilung der Motive und Prioritäten jeder Seite. Betrachten wir zwei Schlüsselbegriffe: Jalta und Containment. Jalta setzte dem Wortlaut nach die Grenzlinien der Truppenstationierung in der künftigen Nachkriegszeit fest, und damit die Grenzen des geopolitischen Einflusses sowie die Modalitäten der Ernennung von Regierungen in befreiten Ländern. Containment war eine Doktrin, die ein paar Jahre später von George Kennan entwickelt wurde. Kennan sprach für sich selbst, aber indirekt für das US-Establishment, als er für Containment eintrat, für das In-Schach-Halten der Sowjetunion durch die USA – nicht jedoch Containment statt eines Willkommens, sondern Containment statt Rollback; ein Kalter Krieg, der kein heißer werden würde und werden sollte. Ehe John Foster Dulles

1953 unter Eisenhower Außenminister wurde, war er gegen Kennan für das Rollback eingetreten. Doch sobald er an der Macht war, praktizierte Dulles Containment (besonders 1956 im Zusammenhang mit der ungarischen Revolution), und das Rollback wurde in den Diskurs politischer Randfiguren verbannt.

Was Jalta und Containment erreichten – wer wird je die internen Motive aller Akteure kennen? – ist ziemlich klar. Die Sowjetunion hatte eine Zone unter ihrer absoluten Kontrolle (den Großteil Ost- und Mitteleuropas). Die USA erhoben Anspruch auf den ganzen Rest der Welt, mischten sich aber niemals in die sowjetische Zone ein (außer durch Propaganda). Die UdSSR ihrerseits mischte sich nie wirklich mit mehr als politischer Propaganda und ein wenig Geld in irgendeine Zone außerhalb ihres Bereichs ein, mit der einzigen Ausnahme Afghanistans (ein schwerer Fehler, wie sich herausstellen sollte). Tatsächlich ignorierten manche Länder dieses nette bilaterale US-amerikanisch-sowjetische Arrangement; darauf werde ich noch zu sprechen kommen.

Was hatte Jalta zu tun mit der Frage der weltwirtschaftlichen Prioritäten der USA in der unmittelbaren Nachkriegszeit? Wie bereits gesagt, die Vereinigten Staaten mussten weltweit effektive Nachfrage schaffen, hatten jedoch nicht unbegrenzt Geld, um dies zu tun. Bei der Verteilung ihrer Ressourcen gaben die USA Westeuropa den Vorzug, sowohl aus wirtschaftlichen als auch aus politischen Gründen. Das Resultat war der Marshallplan. Wir sollten uns allerdings erinnern, dass Marshall ihn *allen* Alliierten anbot. Wollten die USA wirklich, dass die Sowjetunion das Angebot annahm? Ich bezweifle es sehr stark und erinnere mich, damals gehört zu haben, wie ein Sprecher des Außenministeriums dies öffentlich einräumte.

Jedenfalls lehnte die Sowjetunion ab und sorgte dafür, dass keines der Länder in ihrer Zone positiv entschied. Das eröffnete der US-Regierung aus zwei Gründen eine Goldgrube. Hätte die Sowjetunion sich an dem Plan beteiligt, wäre er zu teuer geworden und außerdem hätte der US-Kongress niemals dafür gestimmt. Das Hauptargument, das beiden Parteien im Kongress die Unterstützung des Marshallplans möglich machte, war die Notwendigkeit, den Kommunismus in Schach zu halten. Was also geschah tatsächlich? Die Hilfe des Marshallplans war die andere Seite des Jalta-Abkommens. Der Sowjetunion stand es frei, einen Handelsblock innerhalb der Weltwirtschaft zu errichten, aber dann würde sie keine Wirtschaftshilfe für ihren Wiederaufbau erhalten. Keine Einmischung, aber auch keine Hilfe. Der einzige Moment, an dem dieses nette Arrangement



gefährdet schien, war die Zeit der Berliner Blockade. Das Endergebnis der Blockade war ein Waffenstillstand, eine Situation wie zu Beginn, denn sie gab den USA einen Vorwand, die NATO ins Leben zu rufen und der Sowjetunion, den Warschauer Pakt zu gründen. Sie lieferte auch jeder Seite einen Vorwand, viel mehr für ihr Militär auszugeben, was kurzfristig, wenn auch nicht auf längere Sicht, wirtschaftlich durchaus zuträglich war.

Natürlich blieb Asien aus diesen Absprachen ein wenig ausgeschlossen, was den Interessen der chinesischen Kommunisten nicht im Mindesten entsprach. Also marschierten sie entgegen den Wünschen Stalins gegen Shanghai. In den Vereinigten Staaten hieß es bei den Rechten, die USA hätten China verloren, aber in Wirklichkeit war es die Sowjetunion, die China verloren hatte, und das erwies sich auf lange Sicht als wichtiger. Dann kam der Koreakrieg. Wer auch immer tatsächlich womit begonnen hat und wann – es scheint mir, abermals im Rückblick, offensichtlich zu sein, dass weder die Vereinigten Staaten noch die Sowjetunion einen solchen Krieg beginnen wollten. Und nach einer langen und scheußlichen Beteiligung, bei der US-Soldaten ums Leben kamen, sowjetische jedoch nicht, endete der Krieg mehr oder weniger an seinem Ausgangspunkt mit einem Waffenstillstand, ein sehr ähnliches Resultat wie das der Berliner Blockade. Aber erneut lieferte dieser Krieg den USA den nötigen Vorwand, die japanische Wirtschaft enorm zu unterstützen und einen Verteidigungspakt zu unterschreiben. Damit war Ostasien, aus US-amerikanisch-sowjetischer Sicht, Teil des Jalta-Abkommens. Und nach der Que-moy-Matsu-Krise von 1955 akzeptierte auch China sie faktisch.

Das amerikanische Jahrhundert war eine geopolitische Realität. Die andere so genannte Supermacht, die UdSSR, hatte darin eine Rolle und eine Stimme, aber nicht wirklich die Macht, etwas zu tun außer in ihrem Käfig herumzustolzieren; und dann, 1989, implodierte der Käfig. Mit dieser Implosion verschwand jedoch auch die eigentliche politische Rechtfertigung für die US-Hegemonie, und die Geopolitik des Weltsystems sollte sich nun ändern – ein Thema, auf das ich noch zurückkommen werde.

Wenden wir uns nun dem zweiten großen Ereignis des 20. Jahrhunderts zu, dem exakten Gegenteil der US-Hegemonie: der langsamen, aber stetigen Zurückdrängung der paneuropäischen Dominanz durch die nicht-westliche Welt. Der Höhepunkt der »Ausdehnung Europas« war um 1900 erreicht, ein ganzes Jahrhundert zuvor. Zu dieser Zeit erklärte W. E. B. Du Bois, »das Problem des zwanzigsten Jahrhunderts ist die Frage der Hautfarbe«. Damals glaubte ihm niemand, aber er hatte vollkommen

Recht. Noch vor dem Ersten Weltkrieg kam es zu einer ganzen Reihe so genannter Revolutionen, bei denen Analysten hätten aufmerken müssen: Mexiko, Afghanistan, Persien, China und nicht zuletzt der japanische Sieg über Russland 1905. Zu dieser Zeit gab es bereits eine sich gegenseitig bejubelnde Gesellschaft der pan-außerwestlichen-Welt, sodass diese Ereignisse weit und breit zur Kenntnis genommen wurden und weitere Aktionen gegen eine paneuropäische Dominanz anregten.

Ich glaube in der Tat, wir sollten die russische Revolution nicht als proletarische Revolution betrachten – was sie eindeutig nicht war –, sondern als die erfolgreichste und spektakulärste der Bemühungen, paneuropäische Dominanz zurückzudrängen. Sicherlich, viele Russen beharrten darauf, dass sie Europäer seien. Und die Bolschewiken standen auf dieser Seite der lange währenden Debatte zwischen Anhängern des Westens und Slawophilen. Doch ist dies nur ein Indiz für die zentrale Ambivalenz der Bewegungen für die Zurückdrängung paneuropäischer Dominanz. Sie forderten gleichzeitig Abgrenzung und Integration, beides im Namen der Gleichheit. Jedenfalls wurde den Bolschewiken nach dem Nichtstattfinden der lang erwarteten deutschen Revolution bewusst, dass ihr Überleben und ihre Rolle in der Welt mit dem weltweiten antiimperialistischen Kampf verknüpft waren. Dies war die Bedeutung des Kongresses in Baku 1920.

Im Zeitraum nach 1945 stand Dekolonialisierung auf der Tagesordnung. Teilweise war das ein intelligenter und zur rechten Zeit stattfindender Rückzug der Kolonialmächte. Die darin zum Ausdruck kommende Weisheit aber war im Großen und Ganzen ein Ergebnis heldenhafter Kämpfe von nationalen Befreiungsbewegungen auf drei Kontinenten. Die größte geopolitische Wirkung hatten sie in Vietnam, Algerien und Kuba. Man kann diese Bewegungen nicht als Agenten der Sowjetunion bezeichnen. Ganz im Gegenteil. Sie widersetzten sich den Übereinkünften von Jalta grundlegend und drängten mit anderen Prioritäten in die geopolitische Arena, denen sich sowohl die Sowjetunion als auch die Vereinigten Staaten schließlich beugen mussten.

Nun macht ein Vergleich zwischen 2000 und 1900 deutlich, wie erfolgreich der antiimperialistische Kampf war, der doch an den Realitäten des Weltsystems viel weniger änderte, als die daran Beteiligten gehofft, beabsichtigt und erwartet hatten. Im Jahr 2000 gibt es keine formalen Kolonien von Bedeutung mehr. Wir haben einen afrikanischen Generalsekretär der Vereinten Nationen. Und formeller, bekennender Rassismus ist zu einem Tabu geworden. Andererseits wissen wir, wie üppig der Neo-

kolonialismus (um Nkrumahs inzwischen vergessenen, doch treffenden Ausdruck zu verwenden) wuchert. Der Generalsekretär der UN mag Afrikaner sein, aber an der Spitze der wichtigeren Weltbank steht ein Amerikaner und an der des Internationalen Währungsfonds ein Westeuropäer. Und obwohl ausgesprochener Rassismus tabu ist, ist er so gegenwärtig wie immer, und jeder versteht den Geheimcode, mit dessen Hilfe er funktioniert.

Tatsächlich war gerade der Erfolg der antisystemischen Bewegungen der Hauptgrund für ihr Scheitern. Im späten 19. Jahrhundert entwickelten die diversen, allesamt politisch schwachen antisystemischen Bewegungen ihre Strategie für den sozialen Wandel, den berühmten Zwei-Stufen-Plan: Zuerst Mobilisierung, um in jedem Staat die Staatsgewalt zu erlangen, dann Gebrauch der Staatsgewalt zur Veränderung der Gesellschaft. Marxisten entschieden sich im Namen der Arbeiterbewegung für diese Strategie. Politische Nationalisten entschieden sich für sie. Sogar die Frauenbewegungen und Bewegungen so genannter Minderheiten entschieden sich für diese Strategie, soweit sie sich auf das Wahlrecht und andere politische Rechte konzentrierten. 1900 schien diese Strategie diesen Bewegungen der einzig plausible Weg zu sein, und wahrscheinlich war sie das. Mit Sicherheit war sie ein schwerer Weg. In den 1960er Jahren war durch die Mobilisierung auf der ganzen Welt Stufe eins erreicht. Die antisystemischen Bewegungen hatten fast überall die Macht, oder zumindest einen Teil der Macht übernommen. Nun konnte Stufe zwei, der soziale Wandel, in Angriff genommen, und ihre Ergebnisse beurteilt werden. Militante Gruppen sowie die Massen befanden die Ergebnisse schließlich für so weit unterhalb ihrer Erwartungen, dass sie ihre Desillusionierung an den Bewegungen selbst und ihren Anführern ausließen, zuerst in der Weltrevolution von 1968 und dann in den auf sie folgenden Ereignissen der nächsten dreißig Jahre.

Die beiden erwähnten Trends des 20. Jahrhunderts flossen in seinen letzten Jahrzehnten zusammen. Der Zusammenbruch des Kommunismus 1989-1991 war der Höhepunkt der Desillusionierung, die 1968 zutage getreten war. Außerdem jedoch und gleichzeitig läutete er die Totenglocke für die globale Macht der USA, denn er untergrub in zweifacher Hinsicht ihr politisches Fundament. Zum einen war die Unterordnung der beiden wirtschaftlichen Haupttrivalen der USA, eines neu belebten Westeuropas und Japans, unter US-amerikanische Führung nun nicht länger politisch gerechtfertigt. Und zum anderen gab es nun nicht mehr die Einschränkungen der politischen Aktivität der Massen durch die antisyste-

mischen Bewegungen, die diese Aktivität kanalisiert und tatsächlich zum großen Teil entpolitisiert hatten. So können wir sagen, die paneuropäische Welt war 2000, im Vergleich zu 1900, tatsächlich geopolitisch und kulturell viel schwächer, aber der Rest der Welt hatte die Munition, die sie mobilisiert hatten, verschossen und suhlte sich in wirtschaftlicher und politischer Verzweigung, ohne die Sicherheit, die diese Bewegungen einst gehabt hatten: dass die Geschichte auf ihrer Seite war. Daher Finsternis zur Mittagszeit sowohl für die paneuropäische als auch die restliche Welt, nach einer langen Zeit (besonders 1945 bis 1970) der hellen Sonne um Mitternacht.

Ich habe in meinem Bericht noch nicht den nazistisch/faschistischen Sturmangriff in den Jahren zwischen den Kriegen erwähnt, ebenso wenig die so genannten ethnischen Säuberungen der jüngsten Zeit oder die Gulag-Schrecken der kommunistischen Regime (aber natürlich auch vieler anderer Regime). Sind sie nicht wichtig? Doch, natürlich, in dem Sinne, dass entsetzliches Leid immer wichtig und seine Verursachung immer moralisch abstoßend ist. Aber wie beurteilen wir erstens die Ursachen dieser Gräueltaten und zweitens die Richtung, in die sie weisen? Laut dem vorherrschenden Mythos der politischen Mitte wurden diese Gräueltaten durch ideologische Vermessenheit und kollektive gesellschaftliche Abweichung von der vernünftigen, soliden Bahn verursacht, die die Mächtigsten des Weltsystems für es vorgesehen hatten. Auschwitz war angeblich das Resultat irrationalen Rassismus, die Gulags die Folge arroganter Aufdrängung (und Erwartung) von Utopien, ethnische Säuberung das Ergebnis atavistischer, kulturell eingefleischter Xenophobien.

Selbst ohne ins Detail zu gehen, ist diese Form der Analyse nicht plausibel. Auschwitz, Gulags und ethnische Säuberung traten alle innerhalb der Struktur eines historischen Gesellschaftssystems auf, der kapitalistischen Weltwirtschaft. Wir müssen fragen, wodurch dieses System solche Phänomene hervorgebracht und zugelassen hat, dass sie im 20. Jahrhundert in einer Weise und einem Ausmaß florierten, die bislang nicht dagewesen waren. Wir leben in einem System, in dem ein ständiger Klassenkampf tobt. Wir leben in einem System, das die stetige Polarisierung der Bevölkerung mit sich bringt – wirtschaftlich, politisch, gesellschaftlich und jetzt sogar demographisch. Wir leben in einem System, das von Anfang an Rassismus und Sexismus in seine Strukturen eingebaut hat. Und natürlich leben wir in einem System, das gerade auch die antisystemischen Bewegungen geprägt hat, die die Legitimität und Lebensfähigkeit des Systems in Frage gestellt haben und stellen.

Einer der Aspekte, in denen sich 1900 von 1800 unterschied und noch viel mehr von 1700 oder 1600, ist, dass der Einsatz beim globalen Casino viel höher geworden war. Zu gewinnen oder zu verlieren hatte für die Kombattanten viel weitreichendere Folgen: Erstens, weil die Möglichkeit gesellschaftlichen Auf- sowie Abstiegs für Individuen und Gruppen noch größer war und zweitens, weil auch die Kluft noch größer war und ständig exponentiell und nicht geradlinig zunahm. Ich werde hier nicht versuchen, die Einzelheiten dieser Phänomene auszuführen. Ich möchte nur nachdrücklich betonen, dass die Erklärung in der Funktionsweise des Systems gefunden werden muss, und nicht in irgendeiner angeblichen Abweichung von seinem ordnungsgemäßen Funktionieren. Auch möchte ich betonen, dass diese Ereignisse, wie schrecklich sie auch für diejenigen waren, die sie erlitten, für die historische Entwicklung des modernen Weltsystems weniger bedeutsam waren als die beiden zentralen Realitäten des 20. Jahrhunderts, der Aufstieg und beginnende Niedergang der US-Hegemonie und die spektakuläre erneute politische Behauptung der außereuropäischen Welt, die weniger veränderte, als man allgemein angenommen hatte.

Ein Vergleich der kapitalistischen Weltwirtschaft des 20. mit der des 19. Jahrhunderts ergibt eigentlich einen bemerkenswerten Unterschied. Das 19. war das Jahrhundert des Fortschritts, in dem das kapitalistische System anscheinend endlich seine technologischen Früchte und sein Potenzial für die Akkumulation von Kapital hervorbrachte. Es war das Jahrhundert, in dem es schien, als räumte der neu aufgehende Stern der liberalen Geokultur mit den letzten kulturellen Spuren des Ancien Régime auf. Es war das Jahrhundert, in dem der Bürger endlich als Träger der Souveränität inthronisiert wurde. Es war das Jahrhundert der Pax Britannica in den Kernzonen (oder zumindest wurden die Menschen dazu verleitet, die gelegentlichen Brüche zu ignorieren) und der letzten imperialistischen Eroberungen in den außereuropäischen Zonen. Es war die Zeit, in der es ein Beleg für Zivilisation war und Fortschritt garantierte, bürgerlich, weiß, männlich, christlich und gut ausgebildet zu sein. Deswegen war der Ausbruch des Ersten Weltkriegs 1914 ein derartiger kultureller Schock innerhalb der paneuropäischen Zonen.

Das 20. Jahrhundert war, wie ich eingangs sagte, eine Achterbahnfahrt. Einerseits übertrifft der technologische Fortschritt in allen Bereichen die Erwartungen des 19. Jahrhunderts bei weitem. Wir leben mitten in einer Jules-Verne-Fantasie, und für die nächsten dreißig Jahre verspricht man uns noch viel mehr. Dasselbe gilt für die Kapitalakkumulation, selbst wenn

wir alles Aktienkapital abziehen, das in den diversen Großbränden zerstört wird. Die Demokratisierung ist ebenfalls geschwind vorangeschritten, in dem Sinne, dass die Forderung nach dem vollen Bürgerrecht von allen und jedem aufgegriffen wird und weit über die Vorstellungen selbst der kühnsten Verfechter des 19. Jahrhunderts hinausgeht. Da haben wir es, helle Sonne um Mitternacht.

Und doch herrscht, wie wir alle wissen, im 21. Jahrhundert abermals überall um uns herum Angst, Verwirrung und verzweifelter Kampf von allen und jedem. Wir sind entmutigt durch die Schrecken des 20. Jahrhunderts. Wir sind sogar noch entmutigter von den Fehlschlägen: dem Versäumnis der USA, das von ihren Ideologen ständig gegebene Versprechen der liberalen Weltutopie zu erfüllen; dem gescheiterten Versuch der antisystemischen Bewegungen, eine neue Gesellschaft zu schaffen, *les lendemains qui chantent*, die sie zumindest noch bis vor ganz kurzem ständig versprochen haben. Es ist, als sei das unglaubliche und immer schnellere Wachstum des kapitalistischen Systems aus der Kontrolle geraten und hätte Krebsgeschwüre erzeugt, die überall Metastasen bilden.

Wir sind der Unsicherheit ausgesetzt. Ilya Prigogine hat leicht reden, wenn er uns sagt, Unsicherheit sei die zentrale Realität des Universums, und nicht bloß die unserer momentanen Situation. Wir mögen sie trotzdem nicht, und wir finden den Umgang damit sehr schwer – psychologisch und politisch. Und doch müssen wir damit umgehen. Wir befinden uns in der Endphase eines historischen Systems, einem »Zeitalter des Übergangs«. Wir müssen unsere intellektuellen, moralischen und daher politischen Pflichten in einem Zeitalter des Übergangs auf uns nehmen. Als erstes müssen wir uns Klarheit darüber verschaffen, wo wir stehen. Rosa Luxemburg hat schon zu Beginn des 20. Jahrhunderts gesagt: »Die revolutionärste Tat ist und bleibt, immer das laut zu sagen, was ist.«

Doch nachdem wir das getan haben, müssen wir mit unseren Freunden, mit unseren Verbündeten, mit allen, die offenbar eine demokratischere und egalitärere Welt wollen, darüber diskutieren, welche Arten von neuen Strukturen wir uns wünschen könnten, jedenfalls in einer groben Skizze, und welche Arten von Strategien wir einsetzen könnten in dem sehr intensiven, aber zwangsläufig verwirrenden Kampf eines großen historischen Übergangs. Wir müssen eine solche Diskussion ohne Hierarchie führen, mit viel Offenheit und einem gewissen Maß an Bescheidenheit, aber andererseits mit einiger Klarheit über minimale Aufnahmekriterien und einigem Beharren auf der Beibehaltung einer langfristigen historischen Perspektive.

Das wird nicht leicht sein. Solche Diskussionen finden natürlich bereits statt, aber nicht in ausreichendem Maße. Wir müssen unsere Stimmen vernehmlich machen, sowohl in wissenschaftlichen als auch in öffentlicheren Arenen. Wir müssen es ernst meinen. Wir müssen Engagement zeigen. Wir müssen kühl und besonnen sein. Und wir müssen phantasievoll sein. Keine kleine Aufgabe. Aber wie Hillel<sup>2</sup> vor zweitausend Jahren sagte, wenn nicht ich, wer dann? Wenn nicht jetzt, wann dann?

---

<sup>2</sup> Hillel, bedeutender rabbinischer Gelehrter, wahrscheinlich Ende des 1. Jhdts. bis Anfang des 2. Jahrhunderts n.u.Z. (Editor. Anm.)

# Kapitel 3

## Globalisierung: Eine langjährige Marschroute des Weltsystems

In den 1990er Jahren brach ein Globalisierungsdiskurs über uns herein. Von allen Seiten hören wir, wir lebten jetzt, und zwar zum ersten Mal, in einer Ära der Globalisierung. Man sagt, die Globalisierung habe alles verändert: Die Souveränität von Staaten habe abgenommen, niemand könne sich mehr den Regeln des Markts widersetzen, kulturelle Autonomie sei uns praktisch nicht mehr möglich, und die Stabilität all unserer Identitäten stehe ernsthaft in Frage. Dieser mutmaßliche Zustand der Globalisierung wird von manchen gefeiert, von anderen beklagt.

Tatsächlich stellt dieser Diskurs eine riesige Falschinterpretation der heutigen Realität dar – einen Betrug, den uns mächtige Gruppen aufgezwungen haben und, noch schlimmer, den wir uns selbst auferlegt haben, oft in Verzweiflung. Dieser Diskurs bringt uns dazu, die echten vor uns liegenden Probleme zu ignorieren, und die historische Krise, in der wir uns befinden, zu missverstehen. Wir stehen wirklich an einem Punkt des Umschwungs. Aber nicht hin zu einer bereits gefestigten neuerdings globalisierten Welt mit klaren Regeln. Statt dessen befinden wir uns in einem Zeitalter des Übergangs, und zwar nicht nur eines Übergangs in ein paar rückständigen Ländern, die den Geist der Globalisierung noch einholen müssen, sondern eines Übergangs, der das gesamte kapitalistische Weltsystem zu etwas anderem machen wird. Die Zukunft, weit davon entfernt, unvermeidlich und ohne Alternative zu sein, wird in diesem Übergang, der ein extrem unsicheres Ergebnis hat, festgelegt.

Die Prozesse, die mit der Rede von Globalisierung gewöhnlich gemeint sind, sind tatsächlich überhaupt nicht neu. Sie existieren schon seit etwas mehr als fünfhundert Jahren. Was wir heute entscheiden müssen, ist nicht, ob wir diesen Prozessen nachgeben, sondern was wir tun, wenn diese Prozesse sich auflösen, wie es momentan der Fall ist. Die meisten Darstellungen lesen sich, als sei »Globalisierung« etwas, das in den 1990er Jahren entstand – vielleicht erst auf den Zusammenbruch der Sowjetunion hin, vielleicht ein paar Jahre früher. Die 1990er kann man jedoch bei



der Analyse der Ereignisse nicht als signifikanten Wendepunkt betrachten. Wesentlich fruchtbarer ist es, die momentane Situation in zwei andere zeitliche Rahmen zu stellen; der eine geht von 1945 bis heute, der andere von etwa 1450 bis heute.

In der Zeit von 1945 bis heute durchlief die kapitalistische Weltwirtschaft einen typischen Kondratieff-Zyklus,<sup>3</sup> der wie immer zwei Teile hatte: eine A-Phase bzw. einen Aufschwung bzw. eine wirtschaftliche Expansion, die in diesem Fall von 1945 bis 1967/1973 ging, und eine B-Phase bzw. einen Abschwung bzw. eine wirtschaftliche Konzentration, die 1967/1973 begann, bis heute andauert und wahrscheinlich noch mehrere Jahre anhalten wird. Die Zeitspanne von 1450 bis heute kennzeichnet dagegen den Lebenszyklus der kapitalistischen Weltwirtschaft, die ihr Zeitalter der Entstehung hatte, ihr Zeitalter der normalen Entwicklung und jetzt in das Zeitalter ihrer letzten Krise eingetreten ist. Um die momentane Situation zu verstehen, müssen wir diese beiden sozialen Zeiten sowie ihre jeweiligen empirischen Belege unterscheiden.

Der Kondratieff-Zyklus, in dem wir uns befinden, ist in vielerlei Hinsichten die leichter zu verstehende soziale Zeit, denn er ähnelt allen vorangegangenen Kontratieff-Zyklen und diese sind gut erforscht. Die A-Phase des momentanen Kondratieff-Zyklus bestand aus dem, was die Franzosen treffend »*les trentes glorieuses*« nennen, »die dreißig glorreichen Jahre«. Sie fiel mit dem Höhepunkt der US-Hegemonie im Weltsystem zusammen und trat innerhalb der Grundstruktur einer Weltordnung auf, die die USA nach 1945 errichtet hatten. Wie wir wissen, gingen die Vereinigten Staaten als einzige große Industriemacht mit intakten Industrieanlagen und ohne wesentliche kriegsbedingte Zerstörung auf ihrem Territorium aus dem Zweiten Weltkrieg hervor. Die US-Industrie hatte ihre Effizienz natürlich über ein Jahrhundert lang perfektioniert. Diese langfristige wirtschaftliche Entwicklung in Kombination mit dem buch-

---

<sup>3</sup> Die Kondratieffschen Zyklen oder »langen Wellen« sind benannt nach dem russischen Ökonomen Nikolai Kondratieff (1892-1938). K. gründete 1920 in Moskau ein Konjunkturinstitut, wirkte an der Ausarbeitung der Fünfjahrespläne für die Landwirtschaft mit, war Befürworter des marktsozialistischen Weges der »Neuen Ökonomischen Politik« (NÖP) und fiel in den 1930er Jahren der Stalinschen Repression zum Opfer. Er ging davon aus, dass »die Dynamik des Wirtschaftslebens in der kapitalistischen Gesellschaftsordnung nicht einfachen und linearen, sondern komplexen und zyklischen Charakters« ist. Basisinnovationen wie die Dampfmaschine, Eisenbahn, Elektrischer Strom, Auto und Informationstechnik generieren eine Abfolge von Boom- und Stagnationsperioden, 40 bis 60 Jahre »lange Wellen«, die die normalen industriellen (Konjunktur-)Zyklen überlagern. (Editor. Anm.)

stäblichen Zusammenbruch der wirtschaftlichen Strukturen an anderen Hauptstandorten der weltweiten Produktion gab den USA zumindest zeitweilig einen enormen Produktivitätsvorsprung, der es den US-amerikanischen Produkten leicht machte, den Weltmarkt zu dominieren. Darüber hinaus ermöglichte er die stärkste Expansion des Werts und der realen Produktion in der Geschichte der kapitalistischen Weltwirtschaft und schuf damit sowohl großen Wohlstand als auch große soziale Spannungen im Weltsystem.

Von 1945 an hatten die Vereinigten Staaten zwei große Probleme. Sie brauchten eine relativ stabile Weltordnung, um von ihren wirtschaftlichen Vorteilen profitieren zu können. Und sie mussten in der restlichen Welt wieder effektive Nachfrage erzeugen, wenn sie für ihre florierenden produzierenden Unternehmen Kunden haben wollten. In der Zeit von 1945 bis 1955 konnten die USA diese beiden Probleme ohne allzu große Schwierigkeiten lösen. Die Lösung des Problems der Weltordnung bestand aus zwei Teilen. Zum einen aus der Gründung einer Reihe von zwischenstaatlichen Institutionen – hauptsächlich der Vereinten Nationen, des IWF und der Weltbank –, die die USA politisch kontrollieren konnten und die die formale Grundstruktur einer Ordnung lieferten. Zum anderen, und noch wichtiger, trafen die Vereinigten Staaten eine Vereinbarung mit der einzigen anderen ernstzunehmenden Militärmacht der Welt nach 1945, der UdSSR.

Das Jalta-Abkommen, das über zehn Jahre lang detailliert ausgearbeitet worden war, enthielt im Wesentlichen drei Klauseln. Erstens sollte die Welt de facto aufgeteilt werden in eine US-amerikanische (der größte Teil) und eine sowjetische Zone (der Rest), wobei die Trennlinie dort verlaufen sollte, wo die jeweiligen Truppen am Ende des Zweiten Weltkriegs standen. Zweitens war es der sowjetischen Zone erlaubt, wenn sie wollte, den Handel mit der US-amerikanischen Zone bis zur Wiedereinsatzbereitschaft ihrer eigenen Produktionsmaschinerie auf ein Minimum zu reduzieren, aber das würde auch bedeuten, dass die USA sich nicht am wirtschaftlichen Wiederaufbau der Zone beteiligen würden. Und drittens stand es beiden Seiten frei, ja, sie wurden dazu ermuntert, sich in leidenschaftlicher, der anderen Seite gegenüber feindseliger Rhetorik zu ergehen, deren Hauptfunktion anscheinend darin bestand, die politische Kontrolle der USA und der UdSSR über ihre jeweilige Zone zu festigen. Die Berliner Blockade und der Koreakrieg, die beide in einem Waffenstillstand endeten und damit die bestehenden Trennlinien bestätigten, waren die Schlusssteine dieser globalen Übereinkunft.

Das Problem, weltweit eine ausreichende effektive Nachfrage für die US-Produktion zu schaffen, wurde durch den Marshall-Plan für Westeuropa und entsprechende wirtschaftliche Hilfe für Japan gelöst, wobei letztere insbesondere nach dem Ausbruch und unter dem Vorwand des Koreakriegs geleistet wurde. Die USA machten sich die Spannungen des Kalten Krieges zunutze, um diese wirtschaftlichen Beziehungen durch militärische Bündnisse zu stützen – die North Atlantic Treaty Organization (NATO) sowie den Japanisch-Amerikanischen Sicherheitsvertrag – die sicherstellten, dass diese Zonen in allen wichtigen internationalen Fragen getreulich der politischen Führung der USA folgen würden.

Sicherlich waren mit diesen Arrangements nicht alle glücklich. Schließlich profitierten nicht alle von Jalta, einige blieben außen vor – die Dritte Welt als Ganze, die in Ungnade stehenden Gruppen innerhalb der westlichen Welt und die sowjetischen Satellitenstaaten in Ost- und Mitteleuropa, die ihr Joch ertrugen, es aber nicht feierten. In den außen vor gelassenen Gebieten kam es mit einer gewissen Regelmäßigkeit zu Ausbrüchen, gelegentlich zu besonders gewaltsamen: China 1945-48, Vietnam, Algerien, Ungarn 1956, Kuba, südliches Afrika. Diese aufeinander folgenden Ausbrüche stellten die US-amerikanische Weltordnung, und tatsächlich auch die Sowjetunion, vor Probleme. Aber sie waren wie Schläge in den Magen eines starken Boxers; sie konnten aufgefangen werden und das wurden sie. Die große Ausnahme war der Vietnamkrieg, der die Vereinigten Staaten allmählich ausblutete, finanziell und in Bezug auf die Verluste und daher auch auf die Landesmoral.

Aber der härteste Schlag gegen die USA, der am schwersten aufzufangen war, war die wirtschaftliche Erholung und anschließende Blütezeit von Westeuropa und Japan. In den 1960ern hatte sich die Kluft zwischen den Produktivitätsraten dieser Länder und denen der USA mehr oder weniger geschlossen. Westeuropa und Japan erlangten wieder die Kontrolle über ihren Binnenmarkt und begannen, auf den Märkten anderer Länder effektiv mit den US-Produkten zu konkurrieren. Sie begannen sogar auf dem US-amerikanischen Binnenmarkt konkurrenzfähig zu sein. Ende der 1960er Jahre war die automatische Überlegenheit der US-Wirtschaft damit größtenteils nicht mehr vorhanden.

Die Steigerung der weltweiten Produktion aufgrund der Erholung und Expansion westeuropäischer und japanischer Produktion führte zu einem Überangebot auf dem Weltmarkt und einem jähen Abfall der Rentabilität vieler Hauptindustriezweige, wie der Stahl-, Automobil- und Elektroindustrie. Den anschließenden Rückgang der Weltwirtschaft markier-

ten zwei große Ereignisse: die notwendig gewordene Abweichung der USA vom Goldstandard und die Weltrevolution von 1968. Das erste wurde durch die Tatsache hervorgerufen, dass sich die Aufrechterhaltung der US-Hegemonie bei nachlassender Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt als recht teuer erwies, sodass der finanzielle Überschuss der USA rasch dahinschmolz.

Die Vereinigten Staaten mussten anfangen, politisch hart zu arbeiten, um die wirtschaftlichen Vorteile, die ihnen in der A-Phase mühelos zugeflogen waren, zu erhalten und begannen damit, den Geldgürtel ein wenig enger zu schnallen.

Die Weltrevolution von 1968 wurde durch die Unzufriedenheit aller ausgelöst, die in der gut organisierten Weltordnung der US-Hegemonie unberücksichtigt geblieben waren. In ihren Einzelheiten waren die Aufstände von 1968 in den diversen Arenen des Weltsystems verschieden, aber überall kam es zu solchen Aufständen: Neben den offensichtlichen, gut bekannten Ereignissen von 1968 in der westlichen Welt und Japan rechne ich die Kulturrevolution in China dazu, die 1966 begann, die Wende zum »Sozialismus mit menschlichem Antlitz« in der Tschechoslowakei 1968 sowie die diversen Ereignisse in Mexiko, Senegal, Tunesien, Indien und vielen anderen Ländern der Dritten Welt. All diese Orte, wie unterschiedlich die Situation dort auch sein mochte, wurden von zwei ständig wiederkehrenden Themen beherrscht. Das erste war die Opposition gegen die US-Hegemonie *und* gegen die sowjetische Kollusion mit dieser Hegemonie.

Und das zweite war die Desillusionierung über die alte Linke in all ihren Formen. Diese Desillusionierung war die unvorhergesehene Konsequenz gerade des Erfolgs dieser alten linken Bewegungen. Tatsache ist, dass diese Bewegungen paradoxerweise (oder vielleicht nicht so paradoxerweise) in der Ära der US-Hegemonie fast überall an die Macht gekommen waren: als kommunistische Parteien in den sozialistischen Ländern von der Elbe bis an den Jalu; als sozialdemokratische Parteien oder ihre Pendanten in der paneuropäischen Welt von Westeuropa, Nordamerika, Australien und Neuseeland; und als nationale Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt oder als ihr Pendant, als populistische Bewegungen, in Lateinamerika. Die Macht hatten sie übernommen, aber die zweite Stufe, die gesellschaftliche Veränderung, hatten sie nicht erreicht – jedenfalls meinten das die Revolutionäre von 1968. So wie sie es sahen, waren die an die Macht gekommenen Bewegungen ihren historischen Versprechungen nicht gerecht geworden.

Genau zu diesem Zeitpunkt trat die Weltwirtschaft in eine lange Phase der Stagnation ein. Die entscheidende Auswirkung einer Stagnation der Weltwirtschaft ist das Absinken der Profite aus der Produktion weit unter ihr Niveau im vorangehenden Zeitraum, der A-Phase. Das hat eine Reihe offensichtlicher Folgen. Erstens versuchen Menschen mit Kapital statt im Produktions- nun hauptsächlich im Finanzbereich Profit zu machen. Zweitens erhöhen sich die Arbeitslosenzahlen weltweit beträchtlich. Drittens kommt es zu bedeutenden Verlagerungen der Produktion aus Ländern mit höherem Einkommen in Niedriglohnländer (was auch »Abwanderung« genannt wird). Dieses Folgentrio lässt sich seit etwa 1970 weltweit beobachten. Spekulationsaktivitäten sind fast grenzenlos in die Höhe geschneilt, was natürlich für eine relativ kleine Gruppe von Menschen sehr profitabel ist, zumindest bis zu dem Moment, in dem die Blase platzt. Es ist zu enormen Verlagerungen der Produktion aus Nordamerika, Westeuropa und sogar Japan in andere Gebiete des Weltsystems gekommen, wo man infolgedessen behauptete, dort fände eine »Industrialisierung« und daher Entwicklung statt. Man kann das, was geschehen ist, aber auch anders beschreiben: Diese halb-peripheren Länder erhielten inzwischen weniger profitabel gewordene Industriezweige. Und die Arbeitslosigkeit ist überall angestiegen – in den meisten Ländern des Südens sowieso, aber auch im Norden. Natürlich müssen Arbeitslosenraten nicht in allen Ländern gleich sein. Weit gefehlt! Tatsächlich bestand eine der Hauptaktivitäten der Regierungen aller Staaten in dieser Zeit in dem Versuch, die Last der Arbeitslosigkeit in andere Staaten zu verschieben, doch solche Verlagerungen können nur zeitweilig erfolgreich sein.

Werfen wir einen Blick zurück auf den Ablauf dieses Szenarios.

Das eindrucksvollste wirtschaftliche Ereignis der frühen 1970er Jahre, jetzt fast vergessen, aber damals überall auf der Welt in den Schlagzeilen, war die Ölpreiserhöhung der OPEC. Plötzlich bildeten die großen erdölproduzierenden Länder de facto ein ernstzunehmendes Kartell und erhöhten den Ölpreis auf dem Weltmarkt beträchtlich. Ursprünglich begrüßten einige dies als intelligenten politischen Schachzug von Drittweltländern gegen die führenden Länder des Nordens. Doch springt sofort eine Merkwürdigkeit ins Auge. Die Entscheidung der OPEC, für die so genannte radikale Staaten wie Libyen und Algerien sich schon seit langem eingesetzt hatten, wurde jetzt allein dadurch möglich, dass die beiden engsten Freunde der USA im Nahen Osten, Saudi-Arabien und der Iran unter dem Schahregime, sie auf einmal eifrig unterstützten. Wie sonderbar!

Die Ölpreiserhöhung hatte unmittelbare Auswirkungen. Praktisch alle Produkte stiegen im Preis, wenn auch ungleichmäßig. Die Produktion vieler Waren wurde verringert, was angesichts des Überangebots positiv war. Länder, die auf das Einkommen aus dem Rohstoffexport angewiesen waren, sahen ihre Einkünfte aus dieser Quelle gerade in dem Moment sinken, in dem ihre Importe sich verteuerten, und gerieten so in akute Zahlungsschwierigkeiten. Die erhöhten Einkünfte aus dem Ölverkauf gingen vor allem an die erdölproduzierenden Länder, und natürlich an die so genannten »Seven Sisters«, die sieben größten internationalen Erdölkonzerne. In den erdölproduzierenden Ländern entstand plötzlich ein finanzieller Überschuss. Dieser floss teilweise in ihre erhöhten Ausgaben, vor allem für Importe aus dem Norden, was zur Wiederherstellung der Nachfrage in den Ländern des Nordens beitrug. Doch zum Teil wurde der Überschuss auf Bankkonten, insbesondere in den USA und Deutschland, transferiert. Die Banken mussten ihre erhöhten Geldmittel an jemanden verleihen und boten daher den Finanzministern ärmerer Länder, die unter Zahlungsschwierigkeiten, akuter Arbeitslosigkeit und demzufolge inneren Unruhen litten, aggressiv Darlehen an. Diese Länder liehen sich viel Geld, hatten dann jedoch Schwierigkeiten, die Kredite zurückzuzahlen, auf die sich Zinsen anhäufte, bis die Schuldenzahlungen um 1980 herum in untragbare Höhen anstiegen. Gerade zu dieser Zeit blühte der japanische Konkurrenzvorteil plötzlich auf, obgleich es Westeuropa auch nicht schlecht ging, während die Vereinigten Staaten unter der so genannten Stagflation litten.

In der Zwischenzeit strebten die USA den Erhalt ihres politischen Einflusses auf Westeuropa und Japan an, indem sie eine bunte Mischung beratender Strukturen errichteten: die Trilaterale Kommission und die G-7 (die zugegebenermaßen eine Idee von Valéry Giscard d'Estaing war, der glaubte, die G-7 könnte die Macht der USA begrenzen; wie sich herausstellte, bewirkte sie jedoch das Gegenteil). Als politische Reaktion auf das Vietnam-Fiasko hielten die USA sich in der Dritten Welt einige Zeit zurück – und gingen in Ländern wie Angola, Nicaragua, Iran und Kambodscha zu flexibleren Strategien über. Aber nicht alle waren bereit, auf solche Flexibilität mit einer Begrenzung der eigenen Forderungen zu reagieren. Das neue Revolutionsregime im Iran unter Ayatollah Khomeini weigerte sich, die zwischenstaatlichen Regeln einzuhalten, brandmarkte die USA als den Großen Satan (und die Sowjetunion als Satan Nummer zwei) und nahm US-Diplomaten in Haft. Liberalismus der politischen Mitte und Keynesianismus gerieten plötzlich aus der Mode. Margaret

Thatcher führte den so genannten Neoliberalismus ein, in Wirklichkeit natürlich einen aggressiven Konservatismus, wie er seit 1848 nicht mehr da gewesen war. Unter anderem bestand dieser in dem Versuch, die Umverteilung des Wohlfahrtsstaats umzukehren, sodass sie den oberen Schichten zugute käme, statt den unteren.

Die 1970er Jahre endeten also mit einem Knall, und die 1980er blieben nicht weit dahinter zurück. Die Darlehen der ärmeren Staaten waren außer Kontrolle geraten und die Schuldenkrise begann. Allerdings nicht, wie oft behauptet wird, 1982 mit der Bekanntgabe Mexikos, es könne seine Schulden nicht zurückzahlen, sondern 1980 mit dem Beschluss der polnischen Gierek-Regierung, ihre Schuldenprobleme durch das Ausbluten der Arbeiterklasse zu bekämpfen, was mit der Entstehung der *Solidarność* in Danzig auf eindrucksvollen Widerstand stieß. Die Ereignisse in Polen läuteten das Ende des sowjetischen Systems der Satellitenstaaten in Ost- und Mitteleuropa ein, eines der Eckpfeiler des Jalta-Abkommens, obwohl der vollständige Zerfall erst zehn Jahre später eintreten sollte. Zur selben Zeit machte die UdSSR den entscheidenden taktischen Fehler, in Afghanistan einzumarschieren. Sie wurde dabei ebenso sehr zur Ader gelassen wie die USA in Vietnam, aber die UdSSR war gesellschaftlich weniger robust und weniger in der Lage, die Folgen zu verkraften.

Man kann die 1980er Jahre in wenigen Schlagwörtern zusammenfassen. Das erste ist die »Schuldenkrise«, die nicht nur den größten Teil Lateinamerikas (ganz zu schweigen von Afrika) zu Fall brachte, sondern auch Ost- und Mitteleuropa. Die Schuldenkrise machte deutlich, wie sehr die wirtschaftlichen Realitäten dort denen der Dritten Welt ähnelten. Das zweite Schlagwort sind die »fliegenden Gänse« Ostasiens – Japans erstaunlicher Durchmarsch durch die Weltwirtschaft, von dem sich zuerst die vier Drachen (Südkorea, Taiwan, Hongkong und Singapur) und schließlich auch Südostasien und das chinesische Festland leiten und mitreißen ließen. Das dritte ist der »militärische Keynesianismus« der Reagan-Regierung, die Rezession und hohe Arbeitslosigkeit in den USA durch die Aufnahme gigantischer staatlicher Kredite, insbesondere von Japan, überwand. Als Vorwand diente ihr dabei der Aufbau militärischer Strukturen, und die größte Einzelfolge war die Entstehung einer unglaublichen Staatsverschuldung der USA. Das vierte sind die an der US-Börse florierenden »junk bonds« (niedrig eingestufte Wertpapiere mit hohen Ertragschancen bei erhöhtem Risiko), was im Wesentlichen dazu führte, dass große Unternehmen gigantische Kredite aufnahmen, um kurzfristig und auf Kosten der Produktion Spekulationsgewinne zu erzielen; das

wiederum zog so genanntes Downsizing nach sich, was bedeutete, dass Schichten mit mittleren Einkommen durch die wirtschaftliche Lage in Jobs mit niedrigeren Löhnen gezwungen wurden.

In den 1980ern schien mit Ausnahme Ostasiens die ganze Weltwirtschaft in schlechter Verfassung zu sein, obgleich das Spekulantentum nicht daran hinderte, erstaunliche Profite zu machen. Und im Zusammenhang damit war eine Zeitlang eine bestimmte Schicht der oberen Mittelklasse, die so genannten Yuppies, erfolgreich, was auf den Märkten für Luxusgüter und Immobilien weltweit Inflationsdruck auslöste. Der größte Teil der Welt aber litt unter Einkommensverlusten und Deflation durch den Zusammenbruch von Währungen. Mitten in diesen weltweiten Schwierigkeiten zerbrach die Sowjetunion. Besser gesagt, Gorbatschow machte einen eindrucksvollen Versuch, dies zu verhindern, indem er Ballast über Bord warf. Er rüstete einseitig ab und zwang die USA zu Gegenleistungen. Er gab Afghanistan auf und faktisch auch Ost- und Mitteleuropa. Und er versuchte vorsichtig das interne politische System zu reformieren. Sein Sturz war der Tatsache geschuldet, dass er die aufstrebenden Kräfte des Nationalismus innerhalb der Sowjetunion selbst schwer unterschätzte, vor allem die des russischen Nationalismus.

Die Widerstandskraft des Jalta-Abkommens schwand somit sehr aufgrund der US-amerikanischen wie der sowjetischen Schwäche. Weder die Vereinigten Staaten noch Gorbatschow wollten seine Auflösung. Aber die lange Stagnation in der Weltwirtschaft hatte es zermürbt. Und Humpty Dumpty<sup>4</sup> konnte nicht wieder zusammengesetzt werden.

Seit 1970 hatte die Weltwirtschaft drei Schuldenzyklen durchschritten, die alle Versuche darstellten, die Kaufkraft des Weltsystems zu erhalten: die Ölgeld-Kredite an die Dritte Welt und die sozialistischen Länder, die Kreditaufnahme der US-Regierung und die Kreditaufnahme großer Unternehmen. Jede Serie von Krediten trieb die Preise künstlich in die Höhe, in manchen Bereichen über den Marktwert hinaus. Jede führte zu großen Schwierigkeiten bei der Rückzahlung, denen man durch diverse Arten von Pseudo-Bankrotten begegnete. Schließlich, 1990, platzte die japanische Immobilienblase, was den Geldwert gewaltig reduzierte. Das letzte Bollwerk produktiver Wirtschaftskraft in der Weltwirtschaft stand unter Beschuss. Das sollte die Geschichte der 1990er Jahre werden.

---

<sup>4</sup> Eiförmige Figur aus einem Kinderreim, die von einer Mauer fällt, aufgegriffen in Lewis Carrolls Erzählung *Through the Looking glass*. (Editor. Anm.)



Die USA wurden nun politisch schwer angegriffen, nicht trotz, sondern gerade wegen des Zusammenbruchs der Sowjetunion. Saddam Hussein beschloss, die nach Jalta bestehende Situation durch eine direkte militärische Herausforderung der Vereinigten Staaten, die Invasion Kuwaits, auszunutzen. Das konnte er tun, weil die UdSSR nicht mehr in der Lage war, ihn in seine Schranken zu verweisen. Er tat es, weil es auf kurze Sicht versprach, die Probleme der hohen Verschuldung des Iraks bei Kuwait zu lösen und seine Öleinkünfte zu vergrößern. Und er tat es, weil er hoffte, diese Invasion könne ihm mittelfristig als Grundlage für eine militärische Vereinigung der arabischen Welt unter seiner Ägide dienen – eine Vereinigung, die er als notwendig ansah für eine direkte militärische Herausforderung des Nordens im Allgemeinen und der USA im Besonderen.

Für Saddam gab es zwei Möglichkeiten; entweder würden die Vereinigten Staaten nachgeben oder nicht. Im ersten Fall hätte er unmittelbar gesiegt. Aber er zählte darauf, dass er, selbst wenn das zweite einträte, langfristig gewinnen würde. Bis zu seiner Festnahme im Dezember 2003 hat die Geschichte ihm keinen Fehler in seiner Kalkulation nachgewiesen. Die USA mobilisierten natürlich die notwendigen militärischen Streitkräfte, um die Iraker aus Kuwait zu verdrängen und dem Irak danach schwere internationale Einschränkungen aufzuerlegen. Aber sie bezahlten einen hohen Preis. Der Golfkrieg demonstrierte, dass die USA es sich finanziell nicht leisten konnten, solche Operationen durchzuführen. Die gesamten Militärausgaben der USA wurden von Saudi-Arabien, Kuwait, Japan und Deutschland getragen. Und der Krieg demonstrierte, dass die USA Saddam nicht innerhalb des Iraks aus dem Weg räumen konnten, denn sie waren nicht bereit, Truppen auf irakisches Gebiet zu entsenden. Die beiden Einschränkungen der Vereinigten Staaten – die finanzielle und die militärische – wurden von der öffentlichen Meinung der USA diktiert, die bereit war, einen Sieg der Nation zu bejubeln, solange er weder Geld noch Leben kostete. Das ist die grundsätzliche Erklärung dafür, wie Saddam sich so lange an der Macht halten und mit einer entsprechenden Bedrohungskulisse versehen werden konnte.

Mit der Schaffung des Euros in den 1990ern machte die Einigung Westeuropas einen entscheidenden Schritt nach vorn und erreichte die notwendige finanzielle Untermauerung, um sich aus der engen politischen Verbindung mit den Vereinigten Staaten zurückzuziehen. Zweifellos wird im kommenden Jahrzehnt die Errichtung einer echten europäischen Armee und damit die Lösung aus der militärischen Bindung an die USA folgen. Der Zerfall der Balkanregion hat klar die sehr eingeschränkte Ef-

ektivität der NATO als politische Kraft demonstriert und es geschafft, die Beziehungen zwischen den USA und Westeuropa noch weiter zu belasten. Inmitten all dessen kam es zu der so genannten Asienkrise. Dem finanziellen Zusammenbruch der südostasiatischen Staaten und der vier Drachen folgte die verheerende Einmischung des IWF, die sowohl die wirtschaftlichen als auch die politischen Folgen der Krise verschärfte. Bemerkenswert an diesem Zusammenbruch ist vor allem, dass die Deflation schließlich Ostasien und die von ihm abhängigen Gebiete traf, gefolgt, wie wir wissen, von Russland und Brasilien. Nun wartet die Welt mit angehaltenem Atem darauf, dass sie die USA trifft. Wenn das geschieht, werden wir in die letzte Subphase dieser Kondratieffschen B-Phase eintreten.

Und danach, wird es dann endlich eine neue Kondratieffsche A-Phase geben? Ja, mit Sicherheit, aber sie wird in eine säkulare Deflation fallen wie im 17. und 19. Jahrhundert, nicht in eine säkulare Inflation wie im 16., 18. und 20. Jahrhundert. Aber es wird noch etwas anderes geschehen. Wir müssen unsere Aufmerksamkeit nun von den Kondratieff-Zyklen ab- und der langfristigen Entwicklung des modernen Weltsystems als historischem System zuwenden.

Die kapitalistische Weltwirtschaft hat sich – wie es jedes System tut – lange durch Mechanismen erhalten, die das Gleichgewicht wiederherstellen, wann immer seine Prozesse davon abgewichen sind. Das Gleichgewicht wird nie sofort wiederhergestellt, sondern erst nachdem eine ausreichende Abweichung von der Norm auftritt, und natürlich wird es nie vollkommen wiederhergestellt. Da Abweichungen ein gewisses Maß erreichen müssen, ehe sie Gegenbewegungen auslösen, hat die kapitalistische Weltwirtschaft, wie jedes andere System, zyklische Rhythmen von unterschiedlicher Art. Eine der Hauptarten, die es ausgebildet hat, habe ich besprochen, die Kondratieff-Zyklen. Sie sind nicht die einzigen.

Das Gleichgewicht wird nie an demselben Punkt wiederhergestellt, denn für die Gegenbewegungen sind einige Veränderung der dem System zugrunde liegenden Parameter nötig. Daher ist das Gleichgewicht immer ein variables Gleichgewicht, und daher hat das System säkulare Trends. Diese Kombination aus zyklischen Rhythmen und säkularen Trends definiert ein »normal« funktionierendes System. Säkulare Trends können jedoch nicht ewig anhalten, denn sie erreichen Asymptoten.<sup>5</sup> Wenn das

---

<sup>5</sup> Asymptote: Linie, die sich beim Fortschreiten ins Unendliche einer Kurve beliebig nähert. (Editor. Anm.)

geschieht, können die zyklischen Rhythmen das System nicht mehr zurück ins Gleichgewicht bringen, und das ist der Moment, in dem ein System ins Schleudern gerät. Dann tritt es in seine letzte Krise ein und kommt an eine Gabelung – das heißt, es befindet sich vor zwei oder mehr alternativen Wegen zu einer neuen Struktur mit einem neuen Gleichgewicht, neuen zyklischen Rhythmen und neuen säkularen Trends. Aber welchen der beiden alternativen Wege das System einschlagen wird, das heißt, welches neue System gebildet wird, ist seinem Wesen nach unmöglich vorherzusagen, da dies eine Funktion einer Unendlichkeit von Einzelentscheidungen ist, die nicht durch einen systematischen Zusammenhang eingeschränkt sind. Das ist es, was momentan in der kapitalistischen Weltwirtschaft geschieht.

Um das zu verstehen, müssen wir die drei entscheidenden säkularen Trends betrachten, die sich ihren Asymptoten nähern. Jeder von ihnen setzt dadurch der Akkumulation von Kapital Grenzen. Da die unendliche Akkumulation von Kapital das bestimmende Merkmal des Kapitalismus als historischem System ist, blockiert dieser dreifache Druck den Hauptmotor des Systems und löst so eine strukturelle Krise aus.

Der erste säkulare Trend ist der Anstieg des prozentualen Anteils der realen Löhne an den Produktionskosten, wenn man den Mittelwert der gesamten Weltwirtschaft berechnet. Je niedriger dieser Prozentsatz, um so höher ist natürlich der Profit, und umgekehrt. Was aber bestimmt das Reallohnniveau?

Die Antwort liegt auf der Hand: das Kräfteverhältnis zwischen der Arbeitskraft in einer bestimmten Zone und Branche der Weltwirtschaft und den Unternehmen, die diese Arbeitskraft beschäftigen. Dieses Kräfteverhältnis bestimmt sich vor allem aus der politischen Macht der beiden Gruppen in dem, was wir den Klassenkampf nennen. Dem Markt die entscheidende Wirkung auf das Lohnniveau zuzuschreiben, ist irreführend, da der Marktwert der Arbeitskraft eine Funktion der diversen Kräfteverhältnisse in den verschiedenen Zonen der Weltwirtschaft ist. Diese veränderlichen politischen Kräfteverhältnisse sind ihrerseits eine Funktion zum einen der Wirksamkeit der jeweiligen politischen Organisationsform einer Arbeiterschaft, zum anderen der echten Alternativen für die Unternehmen in Bezug auf eine Verlagerung ihrer Tätigkeiten. Beide Faktoren sind in ständigem Wandel begriffen.

Festhalten lässt sich, dass die Arbeiterschaft im Laufe der Zeit an jedem Ort und in jeder Branche versuchen wird, irgendeine Form von gewerkschaftlicher Organisation aufzubauen, die es ihren Mitgliedern er-

laubt, effektiver zu verhandeln, entweder direkt mit dem Arbeitgeber oder indirekt mittels ihres Einflusses auf die relevanten politischen Mechanismen. Zweifellos kann eine solche politische Stärke überall durch politische Gegenwehr kapitalistischer Gruppen beeinträchtigt werden, doch ist ebenso sicher, dass die langfristige »Demokratisierung« der politischen Mechanismen in der gesamten Geschichte des modernen Weltsystems die politische Macht der Arbeiterklasse in praktisch allen Staaten des Weltsystems langfristig verstärkt hat.

Das wichtigste Mittel für Kapitalisten überall auf der Welt, um den daraus resultierenden politischen Druck zu vermindern, ist die Verlagerung von Produktionszweigen in andere Regionen der Weltwirtschaft, in denen die Durchschnittslöhne niedriger sind. Doch solche Operationen sind politisch brisant und erfordern außerdem die Berücksichtigung des Qualifikationsniveaus bei der Berechnung der Profitmargen. Daher werden sie, wie oben angedeutet, tendenziell vor allem während Kondratieffscher B-Phasen durchgeführt. Nichtsdestotrotz wurde in der Geschichte des modernen Weltsystems immer wieder so verfahren. Aber warum sind die Regionen, in die die Produktion verlagert wird, überhaupt Niedriglohnländer? Zu sagen, dies sei die Folge »historischer« Lohnniveaus, beantwortet die Frage nicht. Wie kommt es zu dieser geschichtlichen Entwicklung?

Hauptquelle wahrhaft niedrig entlohnter Arbeitskraft waren schon immer neu rekrutierte Migranten aus ländlichen Gebieten, die sich oft zum ersten Mal auf den Arbeitsmarkt für Lohnarbeit begeben. Sie sind aus zwei Gründen bereit, nach globalen Maßstäben niedrige Löhne zu akzeptieren. Erstens liegt ihr Nettoeinkommen tatsächlich über ihrem zuvor erzielten Einkommen aus landwirtschaftlicher Tätigkeit. Und zweitens sind sie gesellschaftlich entwurzelt und demzufolge politisch desorientiert und außerstande, ihre Interessen effektiv zu vertreten. Beide Faktoren verlieren mit der Zeit ihre Wirksamkeit, mit Sicherheit nach etwa dreißig Jahren, und diese Arbeiter beginnen, wie ihre Kollegen in anderen Regionen der Weltwirtschaft, Druck auf das Lohnniveau auszuüben. In einem solchen Fall ist die wichtigste Option für Kapitalisten eine erneute Verlagerung.

Diese Art, den Klassenkampf zu führen, ist offensichtlich davon abhängig, dass es immer wieder neue Regionen des Weltsystems gibt, in die eine Verlagerung stattfinden kann, und dies wiederum ist davon abhängig, dass ausgedehnte ländliche Gebiete existieren, die noch nicht am Lohnarbeitsmarkt teilhaben. Doch gerade in der Abnahme letzterer besteht

nun der säkulare Trend. Die Verstädterung der Welt steigt steil an. Sie vollzieht sich kontinuierlich seit über fünfhundert Jahren, hat sich aber seit 1945 in dramatischer Weise beschleunigt. Mit ziemlicher Wahrscheinlichkeit lässt sich vorhersagen, dass der landwirtschaftliche Sektor in weiteren 25 Jahren weitgehend verschwunden sein wird. Ist das gesamte Welt-system erst verstädtert, können Kapitalisten den Klassenkampf nur noch dort austragen, wo sie sich dann befinden. Und damit stehen die Chancen schlecht für sie. Trotz der verschärften Polarisierung zwischen den Real-lohnniveaus – nicht nur im Weltsystem als Ganzem, sondern auch innerhalb der wohlhabendsten Länder – sammelt auch die untere Schicht immer mehr politische Erfahrungen und lernt die Regeln des Marktes besser kennen. Selbst dort, wo Menschen in großer Zahl offiziell arbeitslos sind und ihr Einkommen, soweit sie eines haben, aus dem informellen Wirtschaftssektor beziehen, bedeuten die realen Alternativen der Arbeiter in den *barrios* und *favelas* des Weltsystems, dass sie in der Position sind, ein vernünftiges Lohnniveau zu fordern, um in den formalen Einkommenssektor zu wechseln. Letztendlich resultiert aus all dem ein ernsthafter Druck auf die Höhe der Profite, der sich im Lauf der Zeit verstärken wird.

Der zweite für Kapitalisten beunruhigende säkulare Trend unterscheidet sich ein wenig vom ersten. Er hat nichts mit den Kosten der Lohnarbeit zu tun, sondern betrifft die Kosten des materiellen Aufwands. Was enthalten die Kosten für Rohstoffe? Nicht nur den Preis, zu dem sie von einer anderen Firma gekauft werden, sondern auch die Kosten ihrer Verarbeitung. Während der Kaufpreis normalerweise voll von dem Unternehmen getragen wird, das am Ende den Gewinn realisiert, werden die Kosten der Verarbeitung oft von anderen mitgetragen. Wenn etwa bei der Verarbeitung von Rohmaterialien giftige oder belastende Abfälle entstehen, fallen Kosten für die Entsorgung an (und bei Giftmüll für die sichere Entsorgung). Firmen wünschen diese Kosten der Müllbeseitigung natürlich zu minimieren. Eine Möglichkeit, dies zu tun, eine sehr verbreitete Praxis ist, die Abfallstoffe nach minimaler Entgiftung irgendwo außerhalb des Fabrikgeländes abzulagern, indem man zum Beispiel chemische Giftstoffe in einen Fluss einleitet. Wirtschaftsfachleute nennen das die »Externalisierung der Kosten«.

Natürlich sind damit die Kosten für die Beseitigung nicht getilgt. Um bei unserem Beispiel zu bleiben: Wenn Giftstoffe in einen Fluss geleitet werden, kann damit das Wasser vergiftet werden und schließlich (vielleicht Jahrzehnte später) kommen Menschen zu Schaden oder es entsteht

Sachschaden, wodurch reale, wenn auch schwer zu kalkulierende Kosten entstehen. Möglicherweise kommt es zu einer gesellschaftlichen Entscheidung, die toxischen Stoffe zu beseitigen, und in diesem Fall trägt die Körperschaft, die die Beseitigung unternimmt – oft der Staat – die Kosten. Eine andere Methode, Kosten zu reduzieren ist, Rohmaterialien zu verwerten, ohne für ihre Erneuerung zu sorgen (sprich zu bezahlen), ein Problem, das besonders bei organischen Stoffen besteht. Eine solche Externalisierung von Kosten bedeutet eine erhebliche Reduzierung der Kosten für Rohmaterialien für die jeweiligen Produzenten und steigert so die Profitrate.

Das Problem liegt hier ähnlich wie bei der Produktionsverlagerung zur Einsparung von Lohnkosten. Die Methode funktioniert so lange, wie es noch ungenutzte Gebiete gibt, wo man Abfallstoffe entsorgen kann. Doch am Ende wird es keine Flüsse mehr geben, die man verschmutzen oder Bäume, die man abholzen könnte – zumindest nicht, ohne die Biosphäre ernsthaft und unmittelbar zu schädigen. In dieser Situation befinden wir uns heute, nach fünfhundert Jahren verantwortungsloser Praktiken, und deswegen haben wir heute eine weltweit rapide wachsende Umweltbewegung.

Was ist zu tun? Was die Regierungen der Welt auf sich nehmen können, ist letztlich eine ausgedehnte Säuberungsaktion und eine gewaltige Kampagne der organischen Erneuerung. Das Problem sind die enormen Kosten einer wirksamen Operation, die daher durch irgendeine Art von Steuer bezahlt werden müssen. Dafür kann es nur zwei Quellen geben: entweder die Firmen, die als Verursacher der Verschmutzung angesehen werden müssen, oder der Rest von uns. Ersteres würde erheblich auf die Profitraten drücken. Letzteres würde die Steuerbelastung deutlich erhöhen, ein Problem, auf das ich später noch zurückkomme. Außerdem haben Säuberung und organische Erneuerung wenig Sinn, solange sich an den heutigen Praktiken nichts ändert, denn dann kämen sie einer Sisyphosarbeit gleich. Der logische Schluss wäre also, die Internalisierung sämtlicher Kosten zu verlangen. Das würde jedoch den Druck auf die Profitrate der einzelnen Firmen noch weiter verstärken. Ich kann mir für dieses gesellschaftliche Dilemma innerhalb einer kapitalistischen Weltwirtschaft keine überzeugende Lösung denken, daher sehe ich in den steigenden Materialkosten den zweiten strukturellen Faktor, der auf die Akkumulation von Kapital Druck ausübt.

Der dritte Druck ausübende Faktor hat mit der Besteuerung zu tun. Steuern sind eine Bezahlung für das Sozialwesen und werden deswegen

als gerechtfertigte Produktionskosten hingenommen, solange sie nicht zu hoch ausfallen. Was bestimmt also die Höhe der Besteuerung? Erstens gibt es selbstverständlich ständig einen Bedarf an Sicherheit (durch Militär und Polizei). Dieser Bedarf hat im Lauf der Jahrhunderte immer weiter zugenommen, weil die Kosten der Sicherheitsmittel, der Umfang militärischer Einsätze und die Zahl der für notwendig befundenen Polizeieinsätze angewachsen sind. Ebenfalls weltweit stetig gestiegen ist die Größe der staatlichen Beamtenapparate, die von der Notwendigkeit zunächst der Steuereintreibung, aber auch der Erfüllung von immer mehr Funktionen eines modernen Staats abhängig ist.

Am stärksten angewachsen ist die Berücksichtigung bestimmter weit verbreiteter Forderungen. Dies ist keine freiwillige Ausgabe. Die Zunahme entsprechender Versorgungsleistungen ist ein wichtiges Mittel zur Sicherung relativer politischer Stabilität in Reaktion auf den wachsenden Unmut der niedrigen Einkommensschichten über die steigende Polarisierung der Reallohniveaus, die stets ein Charakteristikum des Weltsystems gewesen ist. Staatliche Sozialleistungen sind das Bestechungsgeld, das zur Zähmung der »gefährlichen Klassen« eingesetzt wird, also um den Klassenkampf innerhalb gewisser Grenzen zu halten.

Wir nennen die Reaktion auf solche Forderungen aus dem Volk »Demokratisierung«, und diese ist ebenfalls ein sehr realer säkularer Trend. Was gefordert wird, lässt sich in drei große Sparten einteilen: Bildungsinstitutionen, Einrichtungen des Gesundheitswesens und die Garantie eines gewissen Einkommens über die gesamte Lebenszeit (insbesondere Arbeitslosenversicherung und Altersrenten). Dabei gilt es, zwei Eigenschaften dieser Forderungen festzuhalten. Sie wurden in immer mehr Regionen des Weltsystems erhoben und sind heute fast universell. Und innerhalb jedes Landes sind die Höhen dieser Forderungen ständig angestiegen, ohne dass eine klare Grenze in Sicht wäre.

Dies bedeutete zwangsläufig einen stetigen Anstieg der Steuerraten in praktisch jedem Land, nur gelegentlich gab es geringfügige Senkungen. Aber natürlich erreicht eine solche Umverteilungssteuer irgendwann ein Niveau, auf dem sie der möglichen Kapitalakkumulation ernsthaft abträglich ist. Deshalb fordern Kapitalisten heute in Reaktion auf das, was als »Krise der Staatshaushalte« gilt, eine Rückentwicklung und hoffen auf die Unterstützung der Bevölkerung, weil Steuererhöhungen ja auch Privatleute treffen. Das Prekäre daran ist, dass zwar die Forderung nach reduzierten Steuern sehr populär, die Zustimmung zur Begrenzung der Sozialausgaben (für das Bildungssystem, das Gesundheitswesen oder Ein-

kommensgarantien) dagegen gleich null ist. Ja, Klagen über hohe Steuern werden oft genau zur selben Zeit laut wie Forderungen nach mehr staatlichen Leistungen. Hier haben wir also ebenfalls einen strukturellen Druck auf die Akkumulation von Kapital.

Wir stehen damit vor folgendem Resultat: Die Möglichkeit für Unternehmen, Kapital zu akkumulieren, steht in dreifacher Hinsicht unter strukturellem Druck, der durch kontinuierlich stärker werdende säkulare Trends verursacht ist. Diese Krise der Kapitalakkumulation – nicht zu verwechseln mit einer Wachstumskrise – verkompliziert sich noch durch ein weiteres Phänomen: den Legitimationsverlust staatlicher Strukturen. Staaten sind für die Fähigkeit von Unternehmen, Kapital zu akkumulieren, entscheidend. Sie ermöglichen Quasimonopole und damit die einzige Methode, auf ansehnliche Profitraten zu kommen. Außerdem halten Staaten die »gefährlichen Klassen« im Zaum, sowohl durch Repression als auch durch Besänftigung. Und sie sind die wichtigste Quelle von Ideologien, die die Masse der Bevölkerung einigermaßen geduldig stimmen.

Als Hauptargument für solche Langmut diene immer wieder die Unvermeidlichkeit von Reformen. Alles wird besser werden – wenn nicht sofort, dann doch für die Kinder und Kindeskiner. Eine reichere und egalitäre Gesellschaft zeichnet sich am Horizont ab. Das ist natürlich die offizielle liberale Ideologie, die unsere Geokultur seit dem 19. Jahrhundert dominiert. Aber auch bei allen antisystemischen Bewegungen taucht dieses Thema auf, nicht zuletzt bei denen mit dem entschiedensten revolutionären Selbstverständnis. Diese Bewegungen haben es insbesondere dann betont, wenn sie die Staatsmacht innehatten. Sie haben zu ihrer eigenen Arbeiterklasse gesagt, sie »entwickelten« ihre Wirtschaft, und diese Arbeiterklasse müsse Geduld haben, bis die Früchte des Wirtschaftswachstums schließlich ihre Lebenssituation verbessern würden. Sie haben Geduld gepredigt in Bezug auf den Lebensstandard, aber auch in Bezug auf politische Ungleichheit.

Solange sich solche antisystemischen Bewegungen – ob kommunistische, sozialdemokratische oder nationale Befreiungsbewegungen – noch in ihrer Mobilisierungsphase gegen unegalitäre, militaristische, diktatorische, faschistische, koloniale oder auch ganz einfach konservative Regime befanden, war keine Rede von Geduld, sodass dieses Thema der Sicherung breiter Unterstützung der antisystemischen Bewegungen in der Bevölkerung nicht in die Quere kam. Sobald sie jedoch an die Macht gelangt waren, wie in vielen Regionen weltweit in der Zeit von 1945 bis 1970



(also der erwähnten Kondratieffschen A-Phase), wurden sie auf die Probe gestellt. Und überall auf der Welt für zu leicht befunden. Die Bilanz der post-»revolutionären« Regime zeigt, dass sie nicht in der Lage waren, die Polarisierung in der Welt oder auch nur in der eigenen Gesellschaft wesentlich zu reduzieren, ebenso wenig, wie sie im Innern für echte politische Gleichheit sorgen konnten. Zweifellos haben sie viele Reformen durchgesetzt, aber sie hatten viel mehr versprochen als Reformen. Und weil das Weltsystem eine kapitalistische Weltwirtschaft geblieben ist, waren die Regime außerhalb der Kernzone strukturell außerstande, die reichen Länder »einzuholen«.

Dabei geht es nicht nur um akademische Analysen. Diese Realitäten führten zu einer kolossalen Desillusionierung über die antisystemischen Bewegungen. Und die Unterstützung, die sie sich noch erhalten mögen, wird ihnen höchstens als reformistische Gruppe gewährt, die vielleicht besser ist als ihre weiter rechts stehende Alternative, aber mit Sicherheit wird sie nicht als ein Vorbote der neuen Gesellschaft angesehen. Das wichtigste Ergebnis dieser Ernüchterung war ein massiver Rückgang der Investitionen in staatliche Strukturen. Die Massen, die weltweit auf den Staat als Agenten des gesellschaftlichen Wandels gesetzt hatten, begannen wieder, die Fähigkeit des Staates zur Herbeiführung von Veränderungen oder auch nur zur Aufrechterhaltung der gesellschaftlichen Ordnung mit grundlegender Skepsis zu betrachten.

Diese weltweite Konjunktur einer antietatistischen Einstellung hat zwei unmittelbare Konsequenzen. Zum einen greift soziale Angst um sich, und die Menschen nehmen dem Staat die Aufgabe, für ihre Sicherheit zu sorgen, überall wieder ab. Aber das führt natürlich in einen Teufelskreis. Je mehr die Menschen sich so verhalten, desto stärker wird die Tendenz zu chaotischen Gewaltverhältnissen, und je chaotischer die Situation ist, desto weniger kann der Staat sie beherrschen, und desto mehr entziehen die Menschen dem Staat ihr Geld und ihr Vertrauen, was die Fähigkeit des Staates, die Abwärtsbewegung zu bremsen, weiter schwächt. Diese Abwärtsspirale ist in den verschiedenen Ländern unterschiedlich schnell in Gang gekommen, hat sich jedoch fast überall beschleunigt.

Die zweite Konsequenz betrifft die Kapitalisten. Staaten mit schrumpfender Legitimationsbasis können ihre Garantiefunktion für die Quasimonopole, die die Kapitalisten brauchen, sehr viel schwerer wahrnehmen, ganz zu schweigen von ihrer Fähigkeit, die »gefährlichen Klassen« zu zähmen. So kommt es, dass just in dem Moment, da die Kapitalisten sich einem dreifachen strukturellen Druck auf ihre globalen Profitraten

ausgesetzt sehen – und damit auf ihre Fähigkeit zur Kapitalakkumulation – die Staaten weniger denn je in der Lage sind, ihnen aus diesem Dilemma herauszuhelfen.

Wir können mithin davon ausgehen, dass die kapitalistische Weltwirtschaft sich derzeit in ihrer letzten Krise befindet, einer Krise, die sich über ein halbes Jahrhundert hinziehen könnte. So stellt sich in der Tat die Frage, was während dieser Krise, während dieses Übergangs vom aktuellen zu einem anderen historischen Weltsystem oder anderen Weltsystemen geschehen wird. Die analytische Schlüsselfrage ist die Beziehung zwischen den Kondratieff-Zyklen, die ich oben beschrieben habe, und der oben beschriebenen Systemkrise. In politischer Hinsicht lautet die Frage, welche gesellschaftlichen Aktionen während eines systemischen Übergangs möglich und wünschenswert sind.

Kondratieff-Zyklen sind ein Teil des »normalen« Funktionierens der kapitalistischen Weltwirtschaft. Dieses so genannte normale Funktionieren hört nicht auf, weil das System in eine Krise geraten ist. Die diversen Mechanismen, die für das Verhalten eines kapitalistischen Systems verantwortlich sind, funktionieren noch. Wenn die momentane B-Phase zu Ende sein wird, werden wir zweifellos in die A-Phase eines neuen Zyklus eintreten. Die Systemkrise ist jedoch eine ernsthafte Störung der Marschroute. Es ist ein bisschen so, als versuchte man, ein Auto mit intaktem Motor, aber Schäden an Karosserie und Rädern bergab zu fahren. Das Auto würde ohne Zweifel vorwärts rollen, aber sicherlich nicht in der geraden Linie, die man erwartet hätte, und nicht mit denselben Garantien, dass die Bremsen effektiv funktionieren. Es wäre recht schwierig, das Verhalten des Wagens im voraus abzuschätzen. Mehr Gas zu geben, könnte unerwartete Folgen haben. Der Wagen könnte verunglücken.

Schumpeter hat uns vor langer Zeit an die Idee gewöhnt, dass der Kapitalismus nicht aufgrund seiner Misserfolge zusammenbrechen wird, sondern aufgrund seiner Erfolge. Ich habe versucht, hier aufzuzeigen, wie die Erfolge (Methoden zur Gegensteuerung bei einem Rückgang der Weltwirtschaft, Methoden der Maximierung der Akkumulation von Kapital) im Laufe der Zeit gerade der Akkumulation von Kapital, für deren Sicherstellung sie vorgesehen waren, strukturelle Grenzen gesetzt haben. Das sind konkrete empirische Belege für Schumpeters Annahme. Ohne Zweifel könnte, um die Analogie des beschädigten Fahrzeugs weiterzuführen, ein intelligenter Chauffeur unter diesen schwierigen Bedingungen ziemlich langsam fahren. Aber in der kapitalistischen Weltwirtschaft gibt es keinen intelligenten Chauffeur. Keine Einzelperson oder Gruppe

hat die Macht, allein die notwendigen Entscheidungen zu treffen. Und gerade aufgrund der Tatsache, dass diese Entscheidungen von einer großen Gruppe von Akteuren getroffen werden, die voneinander getrennt und jeder in seinem oder ihrem eigenen Interesse agieren, ist es praktisch sicher, dass das Auto nicht langsamer wird. Wahrscheinlich wird es immer schneller werden.

Was wir demzufolge zu erwarten haben, ist Leichtsinn. Wenn die Weltwirtschaft in eine neue Phase der Expansion eintritt, werden sich dadurch gerade die Bedingungen noch verschärfen, die sie in eine letzte Krise getrieben haben. Technisch gesprochen werden die Fluktuationen auf den Märkten immer wilder oder »chaotischer« werden und die Marschroute immer unsicherer, da die Fahrt immer schneller wird und immer mehr im Zickzack führt. Gleichzeitig ist eine Abnahme der individuellen und kollektiven Sicherheit zu erwarten – vielleicht in Schwindel erregendem Maße, da die staatlichen Strukturen mehr und mehr ihre Legitimität einbüßen werden. Die Folge wird zweifellos eine Zunahme der alltäglichen Gewalt rund um den Globus sein. Die meisten Menschen wird das verängstigen, und das sollte es auch.

Politisch steht uns eine Zeit großer Konfusion bevor, denn die politischen Standardanalysen, die wir zum Verständnis des modernen Weltsystems entwickelt haben, werden uns unzutreffend oder veraltet erscheinen. Das wird ein falscher Eindruck sein, doch werden diese Analysen hauptsächlich auf die laufenden Prozesse des existierenden Weltsystems zutreffen und nicht auf die Realität eines systemischen Übergangs. Deswegen ist es so wichtig, sich über den Unterschied im Klaren zu sein und über die Verlaufsformen, in denen sich diese doppelte Realität abspielen wird. Die laufenden Prozesse durch politisches Handeln stark zu beeinflussen, wird fast unmöglich sein. Um zu der Analogie des schadhafte Fahrzeugs auf abschüssiger Straße zurückzukehren: Wir werden uns vielleicht und ganz zu Recht ein wenig hilflos fühlen und vielleicht können wir nichts weiter tun als zu versuchen, den unmittelbaren Schaden für uns selbst zu minimieren. Aber für den Übergang insgesamt gilt das Gegenteil. Gerade weil sein Ergebnis unvorhersagbar ist, gerade weil seine Fluktuationen so wild sind, wird schon die kleinste politische Aktion weitreichende Folgen haben. Für mich ist dieser Augenblick in der Geschichte ein Moment, in dem der freie Wille wahrhaft zum Tragen kommt.

Diesen langen Wandlungsprozess können wir uns als einen gigantischen politischen Kampf zwischen zwei großen Lagern vorstellen: dem Lager derjenigen, die ihre in dem existierenden, ungleichen System beste-

henden Privilegien erhalten wollen, wenn auch in anderer, vielleicht vollkommen anderer Form, und dem Lager derjenigen, die die Entstehung eines neuen historischen Systems anstreben, eines wesentlich demokratischeren und egalitäreren.

Es ist jedoch nicht zu erwarten, dass das erste Lager sich so präsentiert, wie ich es beschreibe. Vielmehr wird man beteuern, Modernisierer, neue Demokraten, Vorkämpfer der Freiheit und progressiv zu sein. Möglicherweise wird man sogar behaupten, man sei revolutionär. Der Schlüssel liegt nicht in der Rhetorik, sondern in der überzeugenden Realität der Vorschläge.

Das Ergebnis des politischen Kampfes wird teilweise davon abhängen, wer wen mobilisieren kann, aber zu einem großen Teil auch von der Fähigkeit, die Vorgänge und die realen historischen Alternativen, vor denen wir kollektiv stehen, besser zu analysieren. Mit anderen Worten, es ist ein Moment, in dem wir Wissen, Phantasie und Praxis vereinigen müssen. Sonst riskieren wir, dass wir in hundert Jahren sagen: »Plus ça change, plus c'est la même chose.« – Je mehr sich geändert hat, desto mehr ist alles beim Alten geblieben. Das Ergebnis ist, darauf bestehe ich, seinem Wesen nach unsicher und genau deswegen für die Einmischung und Kreativität der Menschen offen.

## Kapitel 4

# Rassismus: Unser Albatros<sup>6</sup>

*»Gott schütze dich, alter Seemann,  
vor der Geister plagendem Tross! –  
Du schaust ohne Lust!« – »Mit meiner Armbrust  
erschoss ich den Albatros.«  
Samuel Taylor Coleridge  
Ballade vom alten Seemann*

In Coleridges Gedicht treibt der Wind ein Schiff vom rechten Weg ab in eine unwirtliche Gegend. Der einzige Trost der Seeleute ist ein Albatros, der kommt, um an ihrer Nahrung teilzuhaben. Doch Coleridges Seemann erschießt ihn aus einem unbekanntem Grund – vielleicht aus reiner Überheblichkeit. Daraufhin leiden alle auf dem Schiff, denn die Götter bestrafen die Missetat. Die anderen Matrosen hängen dem Seemann den Albatros um den Hals. Der Albatros, das Symbol für Freundschaft, wird so zum Symbol für Schuld und Schande. Der Seemann überlebt als einziger die Fahrt und ist während seines ganzen restlichen Lebens von seiner Untat besessen. Der lebende Albatros ist der andere, der sich uns in fremden und fernen Ländern geöffnet hat. Der tote Albatros, der uns um den Hals hängt, ist das Vermächtnis unserer Überheblichkeit, unser Rassismus. Wir sind davon besessen, und wir finden keinen Frieden.

Vor einiger Zeit hat man mich gebeten, nach Wien zu kommen, um über »die Sozialwissenschaft im Zeitalter des Übergangs« zu sprechen. Mein Vortrag sollte Teil einer für 2001 geplanten Vorlesungsreihe mit dem Titel »Von der Notwendigkeit des Überflüssigen – Sozialwissenschaften und Gesellschaft« sein. Ich sagte erfreut zu. Ich glaubte, in das Wien zu kommen, das bei der weltweiten Entstehung der Sozialwissenschaft eine so wichtige Rolle gespielt hatte, insbesondere in der Zeit zwischen 1870 und 1930, der Ära von *Traum und Wirklichkeit*. Wien war die Heimat Sigmund Freuds, den ich für die wichtigste Figur der Sozialwissenschaft

---

<sup>6</sup> Dieses Kapitel basiert auf einem am 9. März 2000 in Wien, in einem dramatischen Moment der österreichischen Geschichte, gehaltenen Vortrag.

des 20. Jahrhunderts halte. Oder zumindest war Wien seine Heimat gewesen, bis die Nazis ihn 1939, im Jahr seines Todes, zur Flucht nach London zwangen. Wien war auch während wichtiger Teile ihres Lebens die Heimat Joseph Alois Schumpeters und Karl Polanyis. Die beiden viel zu gering geschätzten Männer mit so auffallend entgegengesetzten politischen Meinungen waren in meinen Augen die beiden wichtigsten Vertreter der Politischen Wirtschaftswissenschaft des 20. Jahrhunderts. Und Wien war die Heimat meines eigenen Lehrers, Paul Lazarsfeld, dessen Kombination aus politikorientierter Forschung und bahnbrechenden methodischen Innovationen mit den *Arbeitslosen von Marienthal* begann, einer Studie, die er gemeinsam mit Marie Jahoda und Hans Zeisel durchführte. Das war das Wien, das ich besuchen wollte.

Dann kamen die österreichischen Wahlen von 1999 mit ihrer durchaus nicht unvermeidlichen Folge, der Beteiligung von Jörg Haider's Rechtsaußenpartei, der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ), an der Regierung. Die anderen Staaten der Europäischen Union reagierten heftig auf diesen Regierungswechsel und setzten die bilateralen Beziehungen mit Österreich aus. Ich musste mir überlegen, ob ich trotzdem kommen würde und zögerte. Dass ich heute hier bin, hat zwei Gründe. Zum einen möchte ich meine Solidarität mit dem anderen Österreich, das seit der Einsetzung der neuen Regierung so deutlich in Erscheinung getreten ist, bekunden. Zweitens jedoch, und das ist mir noch wichtiger, möchte ich meiner Verantwortung als Sozialwissenschaftler gerecht werden. Wir alle haben den Albatros erschossen. Er hängt jedem von uns um den Hals, und wir müssen uns mit Herz und Verstand dafür einsetzen zu büßen, noch einmal von vorn zu beginnen und jenseits des Rassismus, der die moderne Welt so allgegenwärtig und schwerwiegend belastet, ein anderes historisches System aufzubauen. Daher habe ich meinen Vortrag umbenannt. Er trägt jetzt den Titel: »Der Albatros Rassismus: die Sozialwissenschaft, Jörg Haider und der Widerstand«.

Oberflächlich betrachtet sind die Ereignisse in Österreich nicht sehr kompliziert. Mehrere Legislaturperioden hindurch war Österreich von einer Koalition der beiden großen und wichtigsten Parteien, der Sozialdemokratischen Partei Österreichs (SPÖ) und der Österreichischen Volkspartei (ÖVP) regiert worden. Die eine war Mitte-links, die andere Mitte-rechts und christdemokratisch. Ihre Wahlergebnisse, einst zusammengerechnet überwältigend, verschlechterten sich im Lauf der 1990er Jahre. Und bei der Wahl von 1999 erzielte die FPÖ zum ersten Mal das zweitbeste Ergebnis und überholte damit die ÖVP, wenn auch nur um ein paar hun-

dert Stimmen. Die anschließenden Koalitionsverhandlungen zwischen den beiden Parteien der Mitte scheiterten, und die ÖVP suchte zur Bildung einer neuen Regierungskoalition das Gespräch mit der FPÖ. Viele Menschen in Österreich, darunter Präsident Tomas Klestil, reagierten bestürzt auf diese Entscheidung, doch die ÖVP gab nicht nach und die Regierung wurde gebildet.

Auch die politische Führung der übrigen EU-Staaten war über die Entscheidung der ÖVP bestürzt – und, das muss hinzugefügt werden, über- rascht. So beschloss man kollektiv, die bilateralen Beziehungen mit Österreich auszusetzen, und trotz einiger Stimmen, die diesen Beschluss in Frage stellten, hielt die EU an ihrer Position fest. Über dieses Vorgehen der EU waren wiederum viele Österreicher entrüstet, und zwar nicht nur diejenigen, die die Regierung in ihrer jetzigen Zusammensetzung unterstützen, sondern auch viele ihrer Gegner. Letztere vertraten häufig die Position, die EU stelle die Gefahren der Regierungsbeteiligung der FPÖ über- trieben dar, was sich in der weit verbreiteten Formulierung »Haider ist kein Hitler« ausdrückte. Andere argumentierten, Pendant zu Haider lie- ßen sich in allen EU-Staaten und bis zu einem gewissen Grad sogar in deren Regierungen finden, und daher sei das Vorgehen der EU scheinheil- lig. Schließlich vertraten manche Österreicher (und auch andere Europä- er) die Ansicht, es wäre angemessener gewesen, wenn die EU zunächst abgewartet hätte, um erst bei einem Fehlverhalten der neuen österreichi- schen Regierung entsprechende Maßnahmen zu ergreifen. Inzwischen formierte sich in Österreich selbst der Widerstand.

Statt der FPÖ als Partei und dessen, wofür sie steht, möchte ich mir als Objekt meiner Analyse die starke Reaktion der EU auf die Regierungs- beteiligung dieser Partei und die österreichische Gegenreaktion sowie den Widerstand vornehmen. Reaktion wie Gegenreaktion werden erst ver- ständlich, wenn man den analytischen Fokus von Österreich selbst auf das gesamte Weltsystem verlagert, auf seine Realitäten und deren Inter- pretation durch Sozialwissenschaftler. Ich schlage daher vor, diesen grö- ßeren Kontext des modernen Weltsystems in vier zeitlichen Rahmen zu betrachten: in dem seit 1989, seit 1945, seit 1492 und nach 2000. Die Da- ten sind natürlich symbolisch, aber Symbole sind in diesem Fall sehr wich- tig, denn sie helfen uns, sowohl Realitäten als auch deren Wahrnehmung zu erörtern. Ich hoffe, mit dieser Erörterung meine Solidarität mit dem österreichischen Widerstand auszudrücken sowie meiner eigenen Verant- wortung als Sozialwissenschaftler sowohl in moralischer als auch in in- tellektueller Hinsicht gerecht zu werden.

## Das Weltsystem seit 1989

1989 brach der so genannte sozialistische Block zusammen. Die Länder Ost- und Mitteleuropas, die durch die Breschnew-Doktrin (und, noch wichtiger, durch das Jalta-Abkommen) von der Sowjetunion in Schach gehalten worden waren, behaupteten effektiv ihre politische Autonomie, und in jedem von ihnen folgte der Abbau seines leninistischen Systems. Innerhalb von zwei Jahren hatte sich die kommunistische Partei der Sowjetunion selbst aufgelöst, und die UdSSR zerbrach in ihre 15 Bestandteile. Die Geschichte der kommunistischen Staaten in Ostasien und auf Kuba verlief zwar anders, doch das änderte wenig an den Folgen dieser osteuropäischen Geschehnisse für die Geopolitik des Weltsystems.

Seit 1989 wird diesen ehemals kommunistischen Ländern Europas weltweit große Aufmerksamkeit zuteil. Zahllose sozialwissenschaftliche Tagungen widmeten sich ihrem so genannten Übergang, sodass man fast schon von einer »Übergangsmannie« sprechen muss. Und auf dem Gebiet der ehemaligen Bundesrepublik Jugoslawien und in den kaukasischen Teilen der Sowjetunion gab es zahlreiche ziemlich scheußliche Bürgerkriege, in die außenstehende Kräfte in mehreren Fällen aktiv involviert waren. Viele Sozialwissenschaftler belegten diese Gewalt mit Titeln wie »ethnische Säuberung« und bezeichneten sie als Folgeerscheinungen lang anhaltender ethnischer Feindseligkeiten.

Selbst in Staaten, in denen ein hoher Grad interner Gewalt vermieden wurde, wie in der Tschechischen Republik, Ungarn und den Baltischen Staaten, spielten sich unerfreuliche Szenen ab, bei denen es sich offensichtlich um ein erneutes Aufleben ethnischer Spannungen handelte. Zur gleichen Zeit entbrannten in vielen Teilen Afrikas sowie in Indonesien – um nur die offensichtlichsten Fälle zu nennen – aus ähnlichen Gründen ausgewachsene Bürgerkriege, und auch Konflikte auf niedrigerer Stufe flammten auf.

In der paneuropäischen Welt (unter diesem Begriff fasse ich Westeuropa, Nordamerika, Neuseeland und Australien zusammen, nicht aber Ost- und Mitteleuropa) konzentrierte man sich bei der Analyse dieser Bürgerkriege auf die mutmaßliche Schwäche der bürgerlichen Gesellschaft in diesen Staaten und ihr historisch geringes Interesse an Menschenrechten. Niemandem, der die Presse in Westeuropa verfolgt hat, konnte entgehen, in welchem Maße unsere sogenannte postkommunistische Welt bei der Beschäftigung mit diesen ehemals kommunistischen Regionen auf ein »Problem« konzentriert ist. Und das »Problem« wird de facto definiert



als die Abwesenheit des höheren Niveaus an Modernität in diesen Regionen, das man, so die Annahme, in der paneuropäischen Welt vorfindet.

Ebenso erstaunlich ist es, wie wenig Aufmerksamkeit Presse, Politiker und insbesondere Sozialwissenschaftler den Veränderungen in der paneuropäischen Welt selbst seit 1989 schenkten. Politische Regime, die ihr nationales Selbstverständnis daraus ableiteten, dass sie in einen »Kalten Krieg« verstrickt waren, stellten plötzlich fest, dass die seit 40 Jahren aufrechterhaltenen Arrangements sowohl ihren Wählern als auch den Politikern selbst jetzt sinnlos erschienen. Wozu brauchte man in Italien ein um die ständige Mehrheit der *Democrazia Cristiana* angeordnetes System der *pentapartiti* (und seine *tangentopoli*),<sup>7</sup> wenn nicht wegen des Kalten Kriegs? Was konnte eine Gaullistenpartei in Frankreich oder selbst die christlich-demokratische Union in Deutschland noch zusammenhalten? Warum sollte sich die Republikanische Partei in den Vereinigten Staaten weiterhin die Einschränkungen einer »bilateralen Außenpolitik« auferlegen?

Das Ergebnis dieser Selbstzweifel? Die großen konservativen Parteien in der paneuropäischen Welt bröckeln unter der Spannung zwischen einem neuen wirtschaftlichen Ultraliberalismus und einem sozialeren Konservatismus, sei er von der Sorte, die eine staatliche Stützung der gesunden Bürgermoral wünscht, oder von der, die ein patriarchalisches Interesse an sozialen Sicherheitsnetzen bewahrt. Und diese Fraktionen bekämpfen sich gegenseitig, während ihre Anhängerschaft in all dem Durcheinander um ihre bestehenden gesellschaftlichen Positionen und Einkommen fürchtet.

Und wie steht es mit den Mitte-links-Parteien, von denen sich die meisten sozialdemokratisch nennen? Sie sind ebenfalls in Schwierigkeiten. Der Zusammenbruch der kommunistischen Regime kulminierte letztlich nur in einer sich ausbreitenden Desillusionierung über die alte Linke in *allen* drei Hauptversionen – kommunistischen Parteien, sozialdemokratischen Parteien und nationalen Befreiungsbewegungen – einer Desillusionierung, die dramatisch in der Weltrevolution von 1968 zum Ausdruck kam. Diese Desillusionierung war, was gar nicht so paradox ist, gerade die Konsequenz des politischen Erfolgs eben dieser Bewegungen. Denn sobald es

---

<sup>7</sup> *Pentapartiti* bezeichnet die fünf um die christdemokratische Partei herum gruppierten Parteien, die über vierzig Jahre hinweg an fast jeder italienischen Regierung beteiligt waren. *Tangentopoli* ist ein erfundenes Wort, das die weitverbreitete Korruption in all diesen Parteien bezeichnet.

ihnen gelungen war, die Macht zu übernehmen, erwiesen sie sich als nicht wirklich in der Lage, ihr historisches Versprechen einzulösen, sie könnten und würden, hätten sie die Macht erst erlangt, eine neue Gesellschaft aufbauen, beziehungsweise die Gesellschaft substanziell umgestalten in Richtung einer egalitäreren, demokratischeren Welt.

In Westeuropa bestand die alte Linke hauptsächlich aus Sozialdemokraten. Und seit 1968, aber noch mehr seit 1989, wählen die Menschen solche Parteien vielleicht als kleineres Übel, aber niemand tanzt mehr auf den Straßen, wenn sie eine Wahl gewinnen. Niemand erwartet, dass sie eine Revolution herbeiführen, nicht mal eine friedliche. Und am stärksten desillusioniert sind die Führer dieser Parteien selbst, die sich mittlerweile darauf beschränken, in der Sprache der politischen Mitte vom »Dritten Weg« zu sprechen. Außerdem ist mit der Desillusionierung in den Parteien der alten Linken eine Abkehr von staatlichen Strukturen selbst einhergegangen. Bislang von ihrer Bevölkerung toleriert, ja sogar als potenzielle Triebkraft des sozialen Wandels gepriesen, werden Staaten inzwischen hauptsächlich als Triebkräfte der Korruption und des Einsatzes unnötiger Gewalt betrachtet, nicht länger als Schutzwall des Bürgers, sondern als seine Bürde.

Aus dieser Beschreibung ergibt sich, dass Österreich bloß ein weiteres Moment eines allgemeinen paneuropäischen Musters ist. Wozu braucht man eine landesweite Koalition in einer postkommunistischen Ära? Und wozu soll man überhaupt Parteien wählen, die offenbar hauptsächlich am *Proporz* interessiert sind?

Das ist der Kontext, in dem die FPÖ am 3. Oktober 1999 26,9% der Wählerstimmen erhielt, den höchsten Stimmenanteil einer rechtsextremen Partei in Europa seit 1945. Le Pens Front National erzielte 1995 in Frankreich 15,1% und das war bereits ein Schock. Damals beharrten die beiden großen konservativen Parteien jedoch darauf, die Unterstützung des FN auf allen Ebenen abzulehnen.

Als die Ergebnisse der Regionalwahlen von 1998 so ausfielen, dass die konservativen Parteien in zahlreichen Regionen nur mit Unterstützung der gewählten Vertreter des FN Mehrheiten bilden konnten, ignorierten fünf Parteifunktionäre diese Direktive und sicherten sich die Unterstützung des FN für ihre Regionalregierungen. Diese Funktionäre wurden jedoch prompt aus den beiden großen konservativen Parteien, der RPR und der UDR, ausgeschlossen.

Andererseits bildete Berlusconi in Italien eine Regierung mit der Unterstützung von Gianfranco Fini und seiner Alleanza Nazionale, einer

mit der Haiders vergleichbaren Partei. Fini hatte seiner neofaschistischen Vergangenheit allerdings vor der Wahl ausdrücklich abgeschworen.

Warum also hat die EU eine, wie viele Österreicher beharrlich sagen, so extreme Haltung gegenüber den Ereignissen in Österreich eingenommen? Die Antwort ist ganz einfach. Gerade weil die übrigen EU-Staaten sich nicht so sehr von Österreich unterscheiden, befürchteten sie alle, in naher Zukunft vor ähnlichen Entscheidungen zu stehen und möglicherweise versucht zu sein, den Weg der ÖVP zu gehen. Es war die Angst vor sich selbst, die zu der starken Reaktion der EU führte. Die Gegenreaktion Österreichs lässt sich indessen mit dem dort herrschenden Unverständnis erklären, dass man tatsächlich eine Grenze überschritten hatte, die ganz Westeuropa sich nicht 1999, sondern 1945 gesetzt hatte. Ich möchte meine eigene Position hier klarstellen. Ich billige die Entscheidung der EU, die bilateralen Beziehungen mit Österreich auszusetzen. Ich halte es für möglich, dass wir ohne diese Reaktion der EU tatsächlich von einer ideologischen Welle überrollt worden wären, die Westeuropa zerrissen hätte. Aber ich räume auch ein, dass bei der Entscheidung der EU erhebliche Scheinheiligkeit im Spiel war, oder vielmehr ein ziemlicher Selbstbetrug. Um das zu verstehen, müssen wir das Weltsystem seit 1945 betrachten, nicht seit 1989.

Bevor ich das tue, möchte ich jedoch noch ein paar Worte über die Sozialwissenschaft verlieren. Sie ist seit 1989 weltweit in einem jämmerlichen Zustand. Ungeachtet ihrer jeweiligen politischen Neigung sprechen alle nur noch von Globalisierung, als wäre dieser Begriff mehr als ein vorübergehendes rhetorisches Mittel im seit langem bestehenden Kampf innerhalb der kapitalistischen Weltwirtschaft um die Frage, inwieweit der grenzüberschreitende Kapitalfluss unangetastet bleiben soll. Er ist Sand in unseren Augen.

Dasselbe gilt für die endlose Litanei über ethnische Gewalt, und hier sind nicht nur die Sozialwissenschaftler, sondern auch die Menschenrechtsaktivisten verantwortlich. Ich will nicht sagen, ethnische Gewalt sei keine schreckliche und furchterregende Realität, aber sie ist entschieden nicht den weniger glücklichen, weniger klugen, weniger zivilisierten anderen vorbehalten. Sie ist das absolut folgerichtige Resultat der großen und wachsenden Ungleichheiten innerhalb unseres Weltsystems und man kann ihr weder durch moralische Ermahnung noch durch eine *ingérence*<sup>8</sup> der Rei-

---

<sup>8</sup> *Le droit d'ingérence*, »das Recht auf Einmischung« war ein Slogan französischer Menschenrechtsorganisationen in den 1990er Jahren in Bezug auf den Balkan.

nen und Fortgeschrittenen in den von Unreinen und Zurückgebliebenen kontrollierten Zonen begegnen. Die weltweite Sozialwissenschaft bietet uns kein nützliches Instrumentarium zur Analyse der Ereignisse im Welt-system seit 1989 und daher keins zum Verständnis der gegenwärtigen Realität in Österreich.

## Das Weltsystem seit 1945

1945 endete die Schreckensherrschaft der Nazis. Der Antisemitismus wurde weder von Hitler noch von den Deutschen erfunden. Er war vielmehr seit langem der eigentliche Ausdruck des tiefsitzenden Rassismus innerhalb der europäischen Welt gewesen, und in seiner modernen Form war er in Europa mindestens ein Jahrhundert lang heimisch. Bei einem Vergleich zwischen dem Paris und dem Berlin von 1900 käme Berlin unter diesem Aspekt kein bisschen schlechter weg. Überall gab es aktiven Antisemitismus, selbst während des Zweiten Weltkriegs, selbst in den USA.

Warum also waren – jedenfalls nach 1945 – alle so entsetzt über den Nationalsozialismus? Die Antwort springt ins Auge und lässt sich nicht übersehen. Es war die Endlösung. Obwohl sich vor 1945 fast jeder in der paneuropäischen Welt offen und ohne Skrupel rassistisch und antisemitisch verhielt, hatte doch kaum jemand gewollt, dass dieser Antisemitismus in einer Endlösung gipfelte. Hitlers Endlösung ging am eigentlichen Zweck des Rassismus innerhalb der kapitalistischen Weltwirtschaft vollkommen vorbei, denn dieser zielt nicht auf den Ausschluss, noch viel weniger die Vernichtung von Menschen ab, sondern darauf, sie als »Untermenschen« oder Sündenböcke in das System einzubinden, politisch zu benutzen und wirtschaftlich auszubeuten. Was im Nationalsozialismus geschah, würden die Franzosen eine *déravage* nennen – einen groben Fehler, ein Ins-Schleudern-geraten, ein Kontrollverlust. Oder vielleicht war der dienstbare Geist aus der Flasche entwichen.

Man sollte rassistisch sein, aber nur bis zu einem Punkt kurz vor der Endlösung. Es war schon immer eine heikle Gratwanderung, und ohne Zweifel hatte es früher bereits *déravages* gegeben – aber nie in einem solchen Ausmaß, nie in einer so zentralen Arena des Weltsystems und auf keinen Fall jemals so offensichtlich. Als die Truppen der Alliierten 1945 die Konzentrationslager betraten, waren sie wahrhaft persönlich erschüttert. Und die paneuropäische Welt musste kollektiv lernen, mit dem ent-

wichenen Flaschengeist umzugehen. Das tat man, indem man öffentlichen Rassismus, und insbesondere Antisemitismus, mit einem Bann belegte und tabuisierte.

Die Sozialwissenschaftler spielten das Spiel mit. In den Jahren nach 1945 begannen sie, ein Buch nach dem anderen zu schreiben, in denen sie die Bedeutung des Rassenbegriffs<sup>9</sup> und die Unzulässigkeit des Versuchs, Unterschiede jeglicher Art zwischen gesellschaftlichen Gruppen auf angeborene genetische Eigenschaften zurückzuführen, anprangerten. Die Erinnerung an den Holocaust wurde auf den Lehrplan für Schulen gesetzt. Die Deutschen begannen, zuerst ein wenig zögernd, dann aber zunehmend moralisch couragiert, ihre eigene Schuld zu analysieren, um dadurch ihre Schande zu verringern. Und nach 1989 schlossen sich andere Länder der paneuropäischen Welt, zweifellos etwas zögernd, an. Alliierte Mächte wie Frankreich und die Niederlande begannen einzugestehen, dass auch sie Schuld traf – weil sie diese *déravage* geschehen ließen und zumindest manche ihrer Bürger aktiv daran beteiligt waren. Einer der Gründe für die heftige Reaktion der EU auf Haider war die Weigerung Österreichs, seinen Teil der Schuld zu übernehmen und das Insistieren des Landes darauf, dass es hauptsächlich Opfer war. Vielleicht hatte eine Mehrheit der Österreicher den Anschluss 1938 nicht gewollt, aber das lässt sich schwer behaupten, wenn man die Wochenschau-Ausschnitte der jubelnden Massen in Wien betrachtet. Wichtiger ist, dass alle Österreicher, die weder als Juden noch als Roma galten, nach dem Anschluss als Deutsche zum »Dritten Reich« gehörten, und die Mehrheit sich in dieser Tatsache sonnte.

Die Erkenntnis, dass der Rassismus viel zu weit gegangen war und dadurch sein Ende gefunden hatte, führte in der paneuropäischen Welt nach 1945 in erster Linie zu zweierlei. Erstens war man bemüht, die eigenen Vorzüge als integrative, von rassistischer Unterdrückung unbefleckte Nationen zu betonen, als Länder der Freiheit, die dem »Reich des Bösen«, der Sowjetunion, die Stirn boten, deren Rassismus seinerseits zum ständigen Thema westlicher Propaganda wurde.

Diesem Bemühen entsprangen unterschiedlichste gesellschaftspolitische Akzente: die Entscheidung des Obersten Gerichtshofs der USA von 1954, Rassentrennung für ungesetzlich zu erklären, die israelfreundliche Politik der gesamten paneuropäischen Welt, sogar die neue Betonung der

---

<sup>9</sup> Die Unesco sponserte eine ganze Reihe solcher Bücher.

Ökumene innerhalb der christlichen westlichen Welt sowie die Entdeckung der Idee, dass es so etwas gab wie eine gemeinsame jüdisch-christliche Überlieferung.

Zweitens gab es ein ebenso dringliches Bedürfnis, einen bereinigten Rassismus in seiner ursprünglichen Funktion wieder zu etablieren, nämlich bestimmte Menschen als *Untermenschen* in das System einzubinden. Da Juden nicht mehr so behandelt werden konnten und auch Katholiken in protestantischen Ländern nicht, musste man sich in weiterer Ferne umsehen. In der ersten Zeit nach 1945 kam es zu einem unglaublichen Wirtschaftswachstum und gleichzeitig zu einem demographischen Wandel in der paneuropäischen Welt, einer radikal verringerten Geburtenrate. Diese Welt brauchte mehr Arbeiter und brachte selbst weniger hervor denn je. Und damit begann die Ära der Gastarbeiter, wie die Deutschen sie vorsichtig nannten.

Wer waren diese Gastarbeiter? Angehörige mediterraner Völker im nicht-mediterranen Europa, Lateinamerikaner und Asiaten in Nordamerika, Bewohner der Karibischen Inseln in Nordamerika und Westeuropa, Schwarzafrikaner und Südasiaten in Europa. Und seit 1989 Menschen aus dem ehemals sozialistischen Block in Westeuropa. All diese Migranten kamen in großer Zahl, weil sie Arbeit suchten und hier finden konnten, ja sie wurden für den Aufschwung der paneuropäischen Länder dringend gebraucht. Und doch gehörten sie hier zur Unterschicht – in wirtschaftlicher, sozialer und politischer Hinsicht.

Als die Weltwirtschaft in den 1970ern in ihre lange Kondratieffsche B-Phase eintrat und die Arbeitslosigkeit zum ersten Mal seit 1945 anstieg, boten sich die Immigranten als Sündenböcke an. Nachdem sie seit 1945 absolut unzulässig und marginalisiert gewesen waren, tauchten nun plötzlich wieder rechtsextreme Kräfte auf, teils innerhalb der großen konservativen Parteien, teils als eigenständige Gruppierungen. Letztere nahmen nicht nur den konservativen Parteien einen Teil ihrer Unterstützung, sondern auch den Mitte-links-/Arbeiterparteien. In den 90er Jahren gewannen diese Gruppierungen aus Gründen, die ich bereits angedeutet habe, an Bedeutung.

In den großen Parteien herrschte Verunsicherung darüber, wie mit dem Wiederaufleben mehr oder weniger offen rassistischer Parteien umzugehen sei. Man hatte panische Angst, der Geist könnte erneut aus der Flasche entweichen und den sozialen Frieden in ihren Staaten stören. Manche vertraten die Ansicht, diese rechtsextremen Kräfte könnten durch das Aufgreifen einer abgemilderten Version ihrer Anti-Einwanderungs-The-

matik unterminiert werden, andere hielten sie für einen Virus, der möglichst schnell isoliert werden müsse.

Wieder einmal erwiesen sich die Sozialwissenschaftler als nicht sehr hilfreich. Sie versuchten, das Phänomen der Nazis mit der besonderen historischen Situation Deutschlands zu erklären und ließen außer Acht, dass das ganze Weltsystem schon lange mit dem Feuer gespielt hatte und es nur eine Frage der Zeit gewesen war, bis der Funke sich irgendwo entzünden würde. Sozialwissenschaftler suchten, ihre eigene Moral unter Beweis zu stellen (zu deren Verdiensten ich gleich kommen werde) und die paneuropäische Welt aufgrund ihrer heutigen nichtrassistischen Rhetorik freizusprechen, obwohl der Rassismus hier nach 1945 tatsächlich genau so virulent war wie vor 1933 oder vor 1945. Man hatte schlicht die Objekte des Hasses und der Angst ausgetauscht. Diskutieren wir derzeit nicht den so genannten Kampf der Kulturen, einen von einem Sozialwissenschaftler eingeführten Begriff?

In der Tat, so sehr ich die Verurteilung Österreichs durch die EU billige, auch sie hat einen rassistischen Beigeschmack. Denn was ist die zugrundeliegende Botschaft der Europäischen Union? – Haider sei außerhalb der paneuropäischen Welt, auch in so nahegelegenen Ländern wie Ungarn und Slowenien, möglich, vielleicht sogar normal, innerhalb des zivilisierten Europas aber seien sie unerlaubt und undenkbar. Wir Europäer müssten unsere moralische Überlegenheit verteidigen und Österreich drohe, das zu verhindern. Es stimmt: Österreich droht tatsächlich, dies zu verhindern, und muss von seiner jetzigen unhaltbaren Position abrücken. Aber der Grund für die Beanstandung der EU ist selbst nicht über den Verdacht des moralischen Makels erhaben. Denn die universalistischen Werte Westeuropas sind ihrerseits in den chronischen konstitutiven Rassismus der paneuropäischen Welt eingebettet.

Um das zu verstehen und zu begreifen, warum die Sozialwissenschaft es versäumt hat, dies aufzudecken, müssen wir die Geschichte des modernen Weltsystems nach 1492 betrachten.

## **Das Weltsystem seit 1492**

Als die Europäer auf dem amerikanischen Kontinent landeten und begannen, ihn zu erobern, trafen sie auf ihnen vollkommen fremde einheimische Völker. Manche waren in relativ einfachen Jäger- und Sammlergesellschaften organisiert, manche in hochentwickelten komplexen Welt-

reichen. Doch mit ihren Waffen und ihren erworbenen physiologischen Immunitäten (oder eher ihrem Mangel daran) konnten weder die einen noch die anderen den Eindringlingen erfolgreich widerstehen. Die Europäer mussten also entscheiden, wie diese Völker zu behandeln seien. Manche wollten ihre frisch (und oft zum ersten Mal) angeeigneten, riesigen Ländereien so bald wie möglich nutzen und die einheimischen Arbeiter zu diesem Zweck versklaven und ausbeuten. Sie rechtfertigten dies damit, dass die einheimischen Völker Barbaren seien und nichts anderes verdienten als rohe Knechtschaft.

Aber es gab auch christliche Missionare, die über die unmenschliche Behandlung dieser einheimischen Völker durch die Konquistadoren entsetzt waren und entschieden darauf bestanden, dass es möglich und auch notwendig sei, die einheimischen Völker zum Christentum zu bekehren und ihre Seelen zu retten. Einer von ihnen war Bartolomé de Las Casas, dessen Leidenschaftlichkeit und Militanz 1550 in einer berühmt gewordenen Debatte über die Natur des »anderen« gipfelten. Bereits 1574 hatte er Kaiser Karl V. (und allen anderen) recht detailliert von den Schrecken der Ereignisse in Amerika berichtet und sie folgendermaßen zusammengefasst:

»Christen haben lediglich um des Goldes willen, um in kürzester Zeit unermesslich reich zu werden und um höchste Positionen einzunehmen, die ihnen in keinsten Weise zustehen, so viele wertvolle Menschen getötet und ihre Seelen zerstört ... [S]ie erwiesen [diesen bescheidenen, geduldigen und so leicht gefügig zu machenden Menschen] weder Respekt noch Anerkennung noch Achtung. ... Sie haben sie nicht wie Tiere behandelt (gäbe Gott, sie hätten sie so gut und rücksichtsvoll behandelt wie Tiere); sie haben sie schlechter behandelt, wie den letzten Dreck.«<sup>10</sup>

Las Casas war ein leidenschaftlicher und kämpferischer Verteidiger der Rechte der Einheimischen. Interessanterweise war er auch der erste Bischof von Chiapas, wo heute die Neo-Zapatistas zu Hause sind und wo die Sache, für die Las Casas vor fast 500 Jahren eintrat, das Recht der einheimischen Völker auf ihre Würde und ihr Land, immer noch verteidigt werden muss. Diesen Völkern geht es heute wenig besser als zu Las Casas' Zeiten. Daher werden Las Casas und andere neoscholastische spanische Theologen, Philosophen und Juristen teilweise als Vorläufer von

---

<sup>10</sup> Bartolomé de Las Casas, Kurzgefasster Bericht von der Verwüstung des westindischen Landes. Frankfurt a.M. 1990, S. 13.



Grotius und als »die wahren Begründer der modernen Menschenrechte« eingestuft.<sup>11</sup>

Karl V. ließ sich von Las Casas' Argumenten zunächst dazu verleiten, ihn zum Protektor der Indios zu machen. Später kamen ihm jedoch Zweifel, und 1550 berief er eine spezielle Junta von Richtern, um in Valladolid eine Debatte über Grundfragen zwischen Las Casas und einem weiteren Mitglied des kaiserlichen Beraterstabs, Juan Ginés de Sepúlveda, zu hören. Der erklärte Gegner Las Casas' rechtfertigte die von Las Casas beanstandete Behandlung der Indios mit vier Argumenten: Sie seien Barbaren und zivilisierten Völkern daher von Natur aus unterworfen. Sie seien Götzendiener und brächten Menschenopfer dar, ein Verbrechen gegen das Naturgesetz, was ein Eingreifen rechtfertige. Es gelte, das Leben Unschuldiger zu retten. Das Eingreifen würde die Bekehrung der Indios zum Christentum erleichtern. Diese Argumente klingen unglaublich aktuell. Man muss nur den Begriff Christentum durch Demokratie ersetzen.

Las Casas machte gegen diese Argumente geltend: Kein Volk dürfe je gezwungen werden, sich aufgrund seiner angeblichen kulturellen Unterlegenheit einem anderen Volk zu unterwerfen. Man könne kein Volk für Handlungen bestrafen, über deren Kriminalität es sich nicht bewusst sei. Die Rettung Unschuldiger sei nur moralisch, wenn dadurch nicht anderen noch größerer Schaden zugefügt werde. Und das Christentum könne nicht durch das Schwert verbreitet werden. Auch hier wirken die Argumente sehr zeitgenössisch.

Daher wird Las Casas von einigen als der letzte der *Comuneros* angesehen, jener zu wenig erforschten ersten großen demokratischen und kommunitaristischen Protestbewegung im Spanien des frühen 16. Jahrhunderts. Offensichtlich stellten Las Casas Argumente das in Frage, worauf das spanische Weltreich gegründet war. Vermutlich entzog Karl V. ihm deswegen später seine Unterstützung.<sup>12</sup> Ja, in seiner Diskussion des Begriffs Barbaren beharrte Las Casas: »jeder kann einen Barbaren finden, um ihn zu dominieren«, und erinnerte die Spanier damit an ihre eigene

---

<sup>11</sup> Angel Losada, »Ponencia sobre Fray Bartolomé de las Casas«, in *Las Casas et la politique des droits de l'homme*. Aix-en-Provence: Institut d'Etudes Politiques d'Aix und Instituto de Cultura Hispánica, Oktober 1974; Gardanne: Exmenjaud, 1976, 22.

<sup>12</sup> Siehe Vidal Abril Castello, »Bartolomé de Las Casas, el último Comunero«, in *Las Casas et la politique des droits de l'homme*.

Behandlung durch die Römer.<sup>13</sup> Andere vertreten die Position, Las Casas sei in Wirklichkeit bloß der Theoretiker der »guten« Kolonialisierung gewesen, ein Reformler, der »bis ans Ende seines Lebens unermüdlich Alternativlösungen für die Probleme des auf der *encomienda* basierenden Kolonialsystems vorschlug«.<sup>14</sup>

Das Faszinierende an der großen Debatte von Valladolid ist, dass niemand so recht weiß, wie die Junta entschied. In gewisser Weise ist das symptomatisch für das moderne Weltsystem. Haben wir uns je entschieden? Können wir uns entscheiden? Strebte Las Casas, der Antirassist, der Verteidiger der Unterdrückten, auch die Institutionalisierung einer »guten« Kolonialisierung an? Sollte man und kann man überhaupt jemanden durch das Schwert bekehren? Auf diese Fragen haben wir nie eine Antwort erhalten, die logisch zwingend oder politisch so überzeugend gewesen wäre, dass sie alle Diskussionen beendet hätte. Vielleicht gibt es keine solche Antwort.

Zu Las Casas' Zeiten begann der Aufbau einer kapitalistischen Weltwirtschaft, die sich dann über den ganzen Globus ausgebreitet und ihre Hierarchien stets auf der Grundlage von Rassismus gerechtfertigt hat. Sicherlich gab es in ihr auch immer Menschen, die versuchten, die schlimmsten Erscheinungsformen dieses Rassismus zu mildern und damit zugegebenermaßen auch begrenzten Erfolg hatten. Aber ebenso gab es immer brutale Massaker, Endlösungen vor der Endlösung, wenn auch weniger bürokratisch, systematisch und effektiv geplant, und sicherlich weniger sichtbar für die Öffentlichkeit.

Ah, werden Sie sagen, aber dann kam die Französische Revolution und die *Déclaration des droits de l'homme*. Nun, ja und nein. Die Französische Revolution verkörperte tatsächlich auf der Grundlage eines egalitären Universalismus einen Protest gegen Hierarchie, Privilegien und Unterdrückung. Symbolische Geste dieses Protests war die Ablehnung der Anrede »Monsieur« und ihr Austausch gegen »Citoyen«, Bürger. Ja, da liegt's, wie Shakespeare sagt. Der Begriff des Bürgers war als einschließender gedacht. *Alle* Bürger sollten ein Mitspracherecht in ihrer Regierung haben, nicht nur eine begrenzte Gruppe von Aristokraten. Doch da liegt es: Wenn man jedes Mitglied einer Gruppe einschließen will, muss

---

<sup>13</sup> Henry Mechoulan, »A propos de la notion de barbare chez Las Casas«, in *Las Casas et la politique des droits de l'homme*, 179.

<sup>14</sup> Alain Milhou, »Radicalisme chrétien et utopie politique«, in *Las Casas et la politique des droits de l'homme*, 166.

zuerst jemand entscheiden, wodurch sich die Zugehörigkeit zu dieser Gruppe konstituiert. Und daraus folgt notwendig, dass es Menschen gibt, die ihr nicht angehören.

Der Begriff des Bürgers schließt zwangsläufig exakt so viel aus wie er einschließt. Tatsächlich war das Ausschließende an ihm in den zweihundert Jahren, die seit der Französischen Revolution vergangen sind, ebenso wichtig wie das Einschließende. Als der Bürgermeister von Wien, Karl Lueger, 1883 sagte: »Wir sind Menschen, christliche Österreicher«,<sup>15</sup> gab er eine Definition der Grenzen des Bürgerbegriffs, die die Wiener Wähler offenbar zu schätzen wussten, auch wenn der Kaiser das nicht tat. Lueger war nicht bereit, die Judenmadjaren<sup>16</sup> einzuschließen, die für ihn ebenso Fremdlinge waren wie die ausländischen Kapitalisten, die er ebenfalls brandmarkte. War dies Protofaschismus, wie oft behauptet wird, oder bloß »kalkulierter Extremismus«, wie John Boyer gerne unterstreicht?<sup>17</sup> Heute stellen manche dieselbe Frage in Bezug auf Jörg Haider. Aber welchen Unterschied macht das schon? Das politische Resultat ist praktisch identisch.

Gerade zu dem Zeitpunkt in der modernen Geschichte, als die Französische Revolution uns allen dieses Minenfeld des Bürgerbegriffs vermachte, befand sich die Welt des Wissens in großem Aufruhr. Zuvor hatte der Jahrhunderte lange Prozess der Loslösung der Philosophie von der Theologie erfolgreich die Säkularisierung des Wissens herbeigeführt. Nun jedoch sollte noch mehr geschehen als eine Säkularisierung. Etwa in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts begann man, zwei bis dahin wenn nicht synonym, so doch weitgehend deckungsgleich verwendete Begriffe, Wissenschaft und Philosophie, als ontologische Gegensätze zu definieren. Man hatte sich darauf verständigt, diese beiden Kulturen, dieses einzigartige Charakteristikum des Wissens im modernen Weltsystem als scharf gegeneinander abgegrenzt anzusehen. Und mit dieser Spaltung kam es zu einer intellektuellen und institutionellen Trennung der Suche nach Wahrheit einerseits (die Domäne der Naturwissenschaft) und der nach dem Guten und Schönen andererseits (die Domäne der Philosophie oder

---

<sup>15</sup> Helmut Andics, *Ringstraßenwelt, Wien 1867–1887: Luegers Anstieg*. Wien: Jugend und Volk, 1983, 271.

<sup>16</sup> Lueger brandmarkte ebenfalls die Judensozis, den Judenliberalismus und die Judenfreimaurer.

<sup>17</sup> John W. Boyer, *Political Radicalism in Late Imperial Vienna: Origins of the Christian Social Movement, 1848–1897*. Chicago: University of Chicago Press, 1981, xii.

der Geisteswissenschaften). Dieser fundamentale Bruch erklärt die spätere Entwicklung der Sozialwissenschaft und, wie ich meine, auch deren Unfähigkeit, den konstitutiven Rassismus der kapitalistischen Weltwirtschaft beim Namen zu nennen. Darum soll es im Folgenden nun gehen.

Die beiden großen kulturellen Hinterlassenschaften der Französischen Revolution waren die Auffassungen, dass politische Veränderung normal und weder der Herrscher noch eine Gruppe von Honoratioren Träger der Souveränität ist, sondern das Volk.<sup>18</sup> Letzteres drückte schlicht die Logik des Bürgerbegriffs aus. Beide Gedanken waren extrem radikal in ihrer Tragweite, und weder der Sturz des Jakobinerregimes noch das Ende seines Nachfolgers Napoleon konnten verhindern, dass sie sich überall im Weltsystem ausbreiteten und allgemein akzeptiert wurden. Die Herrschenden mussten sich mit dieser neuen geokulturellen Realität arrangieren. Wenn politische Veränderungen als normal gelten sollten, war es wichtig, die Funktionsweise des Systems zu verstehen, um den Prozess der Veränderung besser kontrollieren zu können. Das gab den ursprünglichen Impuls für die Entstehung der institutionellen Sozialwissenschaft, diesem Wissenszweig, der sich mit sozialen Handlungen, sozialem Wandel und sozialen Strukturen beschäftigt.

Hier ist nicht der Ort, um die Geschichte der institutionellen Sozialwissenschaften zu analysieren, was kurz und bündig im Bericht der internationalen Kommission geschehen ist, den ich *Die Sozialwissenschaften öffnen* genannt habe.<sup>19</sup> Hier möchte ich nur zwei Dinge diskutieren: die Verortung der Sozialwissenschaften zwischen den beiden Kulturen und die Rolle der Sozialwissenschaften für das Verständnis von Rassismus.

Die beiden Kulturen teilten die Wissensbereiche in einer Weise unter sich auf, die uns heute selbstverständlich erscheint, obgleich im 17. Jahrhundert oder vorher niemand so gedacht hätte. Die Naturwissenschaft machte sich die natürliche Welt als ihr exklusives Reich zu eigen, die Geisteswissenschaften die der Ideen, der kulturellen Produktion und der in-

---

<sup>18</sup> Siehe Immanuel Wallerstein, »The French Revolution as a World-Historical Event«, in: *Unthinking Social Science*. Cambridge, England: Polity Press, 1991, S. 7–22. Deutsch: »Die Französische Revolution als welthistorisches Ereignis, in: Immanuel Wallerstein, *Die Sozialwissenschaften »kaputtdenken«*, Frankfurt: Beltz-Athenäum, 1995, S. 12–30.

<sup>19</sup> Immanuel Wallerstein et al., *Open the Social Sciences: Report of the Gulbenkian Commission on the Restructuring of the Social Sciences*. Stanford: Stanford University Press, 1996. Deutsch: *Die Sozialwissenschaften öffnen*. Frankfurt a.M.: Campus, 1996.

tellektuellen Spekulation. Um den Bereich der sozialen Realitäten jedoch wetteiferten die beiden Kulturen. Jede beharrte darauf, dass dieser Bereich in Wirklichkeit zu ihr gehöre. Als die Sozialwissenschaften nun im wiedererwachenden Universitätssystem des 19. Jahrhunderts allmählich institutionalisiert wurden, da wurden sie in dieser epistemologischen Debatte, dem Methodenstreit, zerrissen. Die Sozialwissenschaften spalteten sich in zwei Lager, und von ihren Teilen, die nun Disziplinen genannt wurden, lehnten sich zumindest anfangs einige eng an das ideographische, humanistische Lager an (Geschichte, Anthropologie, Orientalistik), und andere an das nomothetische, naturwissenschaftliche (Wirtschaftswissenschaften, Soziologie, Politikwissenschaft). Für das Problem, um das es hier geht, heißt das, die Sozialwissenschaften waren tief zweit in der Frage, ob sie sich nur mit der Suche nach der Wahrheit befassen sollten, oder auch mit der nach dem Guten. Diese Streitfrage haben die Sozialwissenschaften nie gelöst.

Im Bezug auf Rassismus ist das Bemerkenswerteste am Bestand des sozialen Wissens des 19. Jahrhunderts und bis ins Jahr 1945, dass die Sozialwissenschaften sich nie direkt mit diesem Thema befassen und die indirekte Beschäftigung damit zu kümmerlichen Ergebnissen führte. Beginnen wir mit der Geschichtswissenschaft, der einzigen modernen Sozialwissenschaft, die dem Namen und der Vorstellung nach lange vor dem 19. Jahrhundert existierte. Im 19. Jahrhundert durchlief sie eine so genannte wissenschaftliche Revolution, deren zentrale Figur Leopold von Ranke war. Wie Sie sicherlich alle wissen, insistierte Ranke, Historiker müssten Geschichte schreiben, »wie es eigentlich gewesen ist«. Dies bedeutet die Rekonstruktion der Vergangenheit hauptsächlich aus Materialien, die aus der zu untersuchenden Zeit stammen. Daraus ergibt sich die Bedeutung von Archiven als Lagerstätten geschriebener Dokumente aus der Vergangenheit – Dokumente, die als Quellen kritisch analysiert werden müssen.

Ich werde hier die spätere Kritik ignorieren, dieser Ansatz beschränke uns unvermeidlich und praktisch ausschließlich auf das Studium der politischen und diplomatischen Geschichte, denn ihm dienten als Quellen Schriften von staatlichen Institutionen und ihren Herrschern nahe stehenden Personen. Weiterhin werde ich die Tatsache ignorieren, dass die Geschichtswissenschaft sich durch diese zentrale Bedeutung von Archiven als entscheidenden Datenquellen auf eine von den Grenzen der Bereitschaft der Staaten, Wissenschaftler ihre Archive durchsehen zu lassen, definierte Vergangenheit beschränkte. Gestatten Sie mir, nur eine Eigen-

schaft der Geschichtswissenschaft, jedenfalls der vor 1945, herauszustreichen. Geschichte war für sie nur die Geschichte so genannter historischer Nationen und musste es aufgrund der verwendeten Methoden auch sein.

In Österreich-Ungarn war der Begriff der historischen Nation ebenso wenig wie in anderen Staaten bloß ein akademischer Begriff; er war eine politische Waffe. Wer oder was die historischen Nationen sind, ist klar: die mächtigen, modernen Staaten, die sich ausschließlich über sie schreibende Historiker leisten können. Noch in den 1960er Jahren konnte H. R. Trevor-Roper die unglaubliche Behauptung aufstellen, Afrika habe keine Geschichte. Aber, so könnte man fragen, wie viele Seminare über slowenische Geschichte wurden im 19. Jahrhundert an der Wiener Universität angeboten? Ja, wie viele werden heute angeboten? Schon der für die Praxis der Geschichtswissenschaft zentrale Begriff »historische Nation« ist eine rassistische Kategorie. Es ist also kein Zufall, dass weltweit 95% (wenn nicht noch mehr) der Geschichtsschreibung vor 1945 fünf historische Nationen oder Arenen zum Thema hatten: Großbritannien, Frankreich, die USA, die Deutschländer (diese Formulierung wähle ich bewusst) und die Italiens, und die übrigen fünf Prozent größtenteils weniger mächtige europäische Staaten wie die Niederlande, Schweden oder Spanien. Ich sollte hinzufügen, dass sich auch ein kleiner Prozentsatz dem europäischen Mittelalter widmete sowie den mutmaßlichen Quellen des modernen Europas, dem antiken Griechenland und Rom. Aber weder dem alten Persien noch dem alten Ägypten. Trugen die Historiker, die sich mit der Geschichte der Deutschländer befassten, überhaupt zur Erhellung der öffentlichen Diskussion bei, die Karl Lueger und andere im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts in Wien eröffneten? Ich glaube kaum.

Setzten die anderen Sozialwissenschaften sich mehr mit dem Rassismus auseinander? Die Wirtschaftswissenschaftler stellten allgemeine Theorien über den *Homo oeconomicus* auf. So wissen wir seit Adam Smith, dass *alle* Menschen, in seiner berühmten Formulierung, »die natürliche Neigung« haben, »zu tauschen, zu handeln und eine Sache gegen eine andere auszuwechseln«. Seine Schrift *Der Wohlstand der Nationen* sollte uns (und die britische Regierung) in erster Linie davon überzeugen, dass man die Menschen nicht daran hindern soll, dieser natürlichen Neigung zu folgen. David Ricardo illustrierte seine auf dem Begriff der relativen Überlegenheit basierende Theorie des internationalen Handels mit einem ebenfalls berühmt gewordenen hypothetischen Fall als Beispiel, in dem die Namen England und Portugal vorkommen. Er erläutert weder, dass das Beispiel aus der realen Geschichte entlehnt ist, noch inwiefern diese

so genannte relative Überlegenheit durch Großbritanniens Ausspielen seiner Macht gegen das schwächere Portugal zustande gekommen war.<sup>20</sup>

Allerdings vertraten manche Wirtschaftswissenschaftler den Standpunkt, diese Prozesse neuerer englischer Geschichte illustrierten keine allgemeinen Gesetze. Gustav von Schmoller (1838–1917) führte mit den Staatswissenschaften eine ganze Bewegung an, die die Historisierung der ökonomischen Analyse anstrebte.<sup>21</sup> Es war ein Wiener Ökonom, Karl Menger (1840–1921), der den Angriff gegen diese Ketzerei führte, um sie schließlich trotz ihres ehemals starken Rückhalts im preußischen Universitätssystem zur Strecke zu bringen. Vernichtendere Kritik an der klassischen Wirtschaftswissenschaft als von Schmoller übte Karl Polanyi in *The Great Transformation*, einem Buch, das er nach seinem Fortgang aus Wien 1936 in England schrieb. Aber Wirtschaftswissenschaftler lesen Polanyi nicht. Wirtschaftswissenschaftler befassen sich größtenteils überhaupt nicht mit politischer Ökonomie, wenn sie es vermeiden können, und der wichtigste Versuch eines Mainstream-Wirtschaftswissenschaftlers, sich mit Rassismus auseinander zu setzen, war seine Diskussion als Marktentscheidung.<sup>22</sup>

Mainstream-Ökonomen weigern sich, eine Situation außerhalb der Parameter des *ceteris paribus* zu analysieren, und so ist ökonomisches Verhalten, das nicht an die von ihnen definierten Gesetze des Markts angepasst ist, in ihren Augen automatisch nicht der Analyse wert und schon gar nicht als mögliche Alternative ernst zu nehmen. Die vorgeschützte politische Unschuld solcher Annahmen macht die Analyse ökonomischer Quellen oder Folgen von rassistischen Bewegungen unmöglich. Sie streicht das Thema aus dem Aufgabenbereich wissenschaftlicher Analyse. Schlimmer, ein großer Teil politischen Verhaltens, das als rassistisch oder als *Widerstand* gegen Rassismus bezeichnet werden kann, gilt ihnen in ökonomischer Hinsicht als irrational.

Die Politikwissenschaftler waren nicht wesentlich hilfreicher. Ihre frühe Konzentration auf Verfassungsfragen, die aus ihrer historischen Anleh-

---

<sup>20</sup> Siehe S. Sideri, *Trade and Power: Informal Colonialism in Anglo-Portuguese Relations*. Rotterdam: Rotterdam University Press, 1970.

<sup>21</sup> Siehe Ulf Strohmayer, »The Displaced, Deferred or was it Abandoned Middle: Another Look at the Idiographic-Nomothetic Distinction in the German Social Sciences«, *Review* 20, Nr. 3 und 4, Sommer–Herbst 1997; S. 279–344.

<sup>22</sup> Siehe Gary S. Becker, *The Economics of Discrimination*, 2. Auflage, Chicago: University of Chicago Press, 1971.

nung an die juristische Fakultät rührt, machte aus der Analyse des Rassismus ein formales Problem der Gesetzgebung. Demnach war das Apartheidsregime in Südafrika rassistisch, weil Diskriminierung hier formal im Rechtssystem verankert war, Frankreich dagegen nicht rassistisch, weil es dort keine Form legalisierter Diskriminierung gab, zumindest nicht in den Städten. Zusätzlich zur Analyse von Verfassungen entwickelten Politikwissenschaftler vor 1945 auch die so genannte »vergleichende Regierungslehre«. Aber welche Regierungen verglichen sie miteinander? Die unserer alten Freunde, der fünf großen paneuropäischen Länder: Großbritannien, Frankreich, USA, Deutschland und Italien. Kein anderes Land war der Untersuchung wert, denn kein anderes galt als wirklich zivilisiert, nicht einmal, fürchte ich, dieses merkwürdige Österreich-Ungarn.

Nun, wenigstens von den Soziologen, die den Ruf hatten, ein Herd des politischen Radikalismus innerhalb der Universitäten zu sein, sollte man etwas Besseres erwarten können. Doch weit gefehlt! Sie waren die schlimmsten von allen. Die Soziologie vor 1945 lässt sich in zwei Gruppierungen einteilen: Die einen, besonders in den USA vertreten, begründeten explizit die Vorstellung der Überlegenheit der Weißen, die anderen, mit einem sozial engagierten oder religiösen Hintergrund, widmeten sich der Beschreibung der Unterprivilegierten in großen urbanen Zentren, um das »abweichende Verhalten« ihrer Bewohner zu erklären. Die Beschreibungen waren gönnerhaft und gut gemeint, doch es wurde nicht die Vorannahme hinterfragt, dass dieses Verhalten eine Abweichung darstellte und korrigiert werden müsse, um den Normen der Mittelschicht zu entsprechen. Und da sich die unteren Schichten in den meisten Fällen – und zwar nicht nur in den USA – auch ethnisch von der Mittelschicht unterscheiden, ist der rassistische Unterton dieser Untersuchungen eindeutig, auch wenn die Wissenschaftler dieser Gruppe selbst dies nicht erkannten.

Am schlimmsten ist, dass alle vier Grunddisziplinen – Geschichte, Wirtschaftswissenschaften, Politikwissenschaften und Soziologie – nur die paneuropäische Welt analysierten, die als die Welt der Moderne und der Zivilisation galt. Ihre Universalismen beruhten auf den Hierarchien des modernen Weltsystems. Die Analyse der außereuropäischen Welt blieb anderen Disziplinen überlassen: die barbarischen »Völker ohne Geschichte« der Anthropologie, die nichtwestlichen »Hochkulturen«, die jedoch ohne eine europäische Intervention und Reorganisation ihrer gesellschaftlichen Dynamik nicht in die Moderne eintreten könnten, der Orientalistik. Die Ethnographie lehnte jede Vorstellung einer Historizität ihrer »Stämme« explizit ab; angeblich gab es hier zumindest vor einem »Kontakt mit der



Kultur« keine Veränderung. Und die Orientalistik betrachtete die Geschichte der nichtwestlichen Hochkulturen als »starr«.

Die außereuropäische Welt repräsentierte »Tradition«, die paneuropäische Welt Modernität, Entwicklung und Fortschritt. Der Westen gegen den Rest der Welt. Äußerst bemerkenswert ist, dass die Sozialwissenschaft zur Untersuchung der regulären Gegenwart der modernen Welt nicht nur eine, sondern gleich drei Disziplinen einführte: Wirtschaftswissenschaften, Politikwissenschaft und Soziologie. Zur Untersuchung der außereuropäischen Welt hielt man hingegen nicht nur die Geschichtswissenschaft für unnötig, sondern auch die für die paneuropäische Welt erforderliche dreifache Perspektive. Der Grund dafür war, dass man in der »Differenzierung« in einzelne Bereiche gesellschaftlichen Handelns – Markt, Staat und bürgerliche Gesellschaft – eine Errungenschaft, ja das Wesen der Moderne sah. Aufgrund der Trennung von Naturwissenschaft und Philosophie gab es niemanden, der daran erinnern konnte, dass dies nur eine Annahme der liberalen Ideologie war und keine plausible Beschreibung gesellschaftlicher Realität. Kein Wunder, dass die Sozialwissenschaften das Verständnis des Nationalsozialismus nicht sehr gefördert haben. Und auch nach den Modifikationen ihrer Zielsetzungen nach 1945 erwiesen sie sich bei der Einordnung des Phänomens Haider als wenig hilfreich. Und vor allem haben sie nicht die Möglichkeit, Widerstand anders zu erklären denn als ein abweichendes Verhalten, für das man höchstens auf etwas gönnerhafte Weise Verständnis zeigen kann.

Sozialwissenschaftler waren so sehr mit den Geburtswehen des modernen Weltsystems beschäftigt, dass sie sich um das funktionierende Weltssystem nicht kümmern konnten. Ihr Bemühen um wissenschaftliche Neutralität war ihr Kampf gegen die Versuche der Kirche – und in ihrer Nachfolge des Staates –, sich in die Wissenschaft einzumischen. Als Max Weber von der Entzauberung der Welt sprach, bediente er sich einer theologischen Sprache, obgleich er in Wirklichkeit Schimpfreden gegen den preußischen Nationalismus führte. Erst aufgrund der infolge des Ersten Weltkriegs weitreichenden Zerschlagung bürgerlicher Wertvorstellungen sollte Weber in seiner berühmten Rede »Wissenschaft als Beruf« vor den Studenten an der Universität München wieder davon sprechen, dass die Sozialwissenschaft sich nicht von der ständigen Verzauberung der Welt lösen kann:

»Nicht das Blühen des Sommers liegt vor uns, sondern zunächst eine Polarnacht von eisiger Finsternis und Härte, mag äußerlich jetzt siegen welche Gruppe auch immer. Denn: wo nichts ist, da hat nicht nur der

Kaiser, sondern auch der Proletarier sein Recht verloren. Wenn diese Nacht langsam weichen wird, wer wird dann von denen noch leben, deren Lenz jetzt scheinbar so üppig geblüht hat?<sup>23</sup>

## Das Weltsystem nach 2000

Das starke Wählervotum für die FPÖ und die heftige Reaktion der EU sind zwar nicht die ersten, aber doch wichtige Anzeichen für unsere gegenwärtige Krise. Der Wechsel von einem grundlegenden Zukunftsoptimismus, der sicheren Annahme, die Dinge würden besser werden, zu einer grundlegenden Furcht, dem könnte nicht so sein, hat den wohlhabenden Teil der Welt erreicht. In Österreich, in Westeuropa und auch in den Vereinigten Staaten ist das Vertrauen in sinnvolle Reformmaßnahmen einer Politik der Mitte, in einen allmählichen, linearen Fortschritt, einer Skepsis gegenüber den Versprechungen der Mainstream-Politiker gewichen, egal ob sie etwas links oder etwas rechts der Mitte stehen. Der zentrale Konsens des Liberalismus des 19. Jahrhunderts gilt nicht mehr. 1968 grundsätzlich angezweifelt, wurde er 1989 endgültig begraben.

Das Weltsystem, dessen Teil wir sind, ist in eine lange Phase der chaotischen Veränderung eingetreten. Ihr Resultat ist seinem Wesen nach unvorhersehbar. Andererseits können wir es beeinflussen. Das ist die Botschaft der Wissenschaften der Komplexität.<sup>24</sup> Das sollte die Sozialwissenschaft heute vermitteln. Das ist der Kontext, in den wir Jörg Haider und den Widerstand stellen müssen.

Einem Weltsystem, das zusammenbricht, weil seine Anpassungsregularien sich erschöpft haben, stehen die Mächtigen und Privilegierten nicht untätig gegenüber. Sie werden Sorge dafür tragen, dass es durch ein ebenso hierarchisches und unegalitäres Weltsystem ersetzt wird, mag dieses auch auf andere Prinzipien gegründet sein. Für solche Leute ist Haider ein Demagoge und eine Bedrohung. Er versteht so wenig von der heutigen Realität, ihm ist nicht einmal klar, dass Österreich seinen gegenwärtigen Lebensstandard nur durch eine Verdoppelung, Verdrei- oder Vervielfachung der Einwandererzahlen während der nächsten 25 bis 50 Jahre

---

<sup>23</sup> Max Weber, »Wissenschaft als Beruf«, Gesamtausgabe Bd. 17, hrsg. von W. J. Mommsen u.a., Tübingen 1992, S. 251.

<sup>24</sup> Siehe vor allem Ilya Prigogine, *The End of Certainty*. New York: Free Press, 1997.

halten kann, allein damit die Anzahl der arbeitenden Bevölkerung ausreicht, um die Renten und Pensionen für die alternde österreichische Bevölkerung zu gewährleisten.<sup>25</sup> Die Gefahr ist offensichtlich: Die Herrschaft eines neuen Demagogen könnte die paneuropäische Welt noch schneller in zerstörerische Bürgerkriege führen. Bosnien und Ruanda zeichnen sich drohend am Horizont ab. Die Spitzenpolitiker der Europäischen Union sehen das ebenso wie Präsident Klestil. Aber die Parteiführung der ÖVP anscheinend nicht.

Inzwischen leisten Menschen Widerstand. Sie repräsentieren in dieser strukturellen Krise der kapitalistischen Weltwirtschaft für den Wandel eintretende Kräfte, die sich sowohl von der FPÖ als auch von der EU-Führung unterscheiden. Aber sind sie sich im Klaren darüber, was sie wollen? Vielleicht nur ungenau. Die Sozialwissenschaft kann hier eine Rolle spielen, aber nur wenn sie sich weigert, die Suche nach der Wahrheit von der nach dem Guten zu trennen, nur wenn sie den Bruch zwischen den zwei Kulturen überwinden kann, nur wenn sie mit dem Phänomen einer allgegenwärtigen Unsicherheit umgehen und sich an den Möglichkeiten, die eine solche Unsicherheit der menschlichen Kreativität und einer neuen Weberschen materiellen Rationalität bietet, erfreuen kann.

Denn wir müssen dringend alternative Möglichkeiten für ein in seinem Wesen rationelles historisches System erkunden, um das verrückte und sterbende System, in dem wir leben, zu ersetzen. Wir müssen dringend den tiefverwurzelten Rassismus und die darauf fußenden Privilegien aufdecken, die unser bestehendes Weltsystem samt all seiner Institutionen durchdringen, bis hin zu den Strukturen des Wissens und sogar den Kräften des Widerstands selbst. Wir leben in einer Zeit rapider Veränderungen. Ist das etwas Schlechtes? Wir werden in den kommenden Jahrzehnten viel Unruhe und große Veränderungen erleben. Und ja, Wien wird sich verändern. Aber es gab schon immer größere und plötzlichere Umbrüche, als wir in Erinnerung haben oder uns vorstellen können. Die Sozialwissenschaften haben uns mit ihrem Verständnis der Vergangen-

---

<sup>25</sup> Siehe den Report der Bevölkerungsabteilung der Vereinten Nationen vom März 2000 mit dem Titel: »Ersatzmigration: Ist sie eine Lösung für Bevölkerungsrückgang und -alterung?« Österreich wird in dem Bericht nicht erwähnt. Aber über Deutschland wird gesagt, es müsse, allein um die Anzahl seiner Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter konstant auf dem Niveau von 1995 zu halten, von jetzt bis 2050 500.000 Migranten jährlich zulassen.

heit ebenfalls in die Irre geführt. Sie haben uns ein falsches Bild einer traditionellen Welt suggeriert, die sich ach so langsam weiterentwickelt hat. Eine solche Welt gab es in Wirklichkeit nie. Und auch heute existiert sie nicht, weder in Österreich noch anderswo. Mitten in der immensen Unsicherheit über unseren weiteren Weg müssen wir bestrebt sein, in unserer Vergangenheit, wie wir sie jetzt erfinden, das Gute und das Schöne auszumachen und in unsere Zukunft zu integrieren. Wir müssen eine lebenswertere Welt schaffen. Und wir können damit anfangen, indem wir den tief in uns verwurzelten Rassismus ausrotten.

Während der großen Studentenunruhen von 1968 in Frankreich machte der Studentenführer Daniel Cohn-Bendit, genannt Dany le Rouge, den taktischen Fehler, Deutschland einen kurzen Besuch abzustatten. Da er deutscher, nicht französischer Staatsbürger war, konnte die Regierung de Gaulle ihm die Wiedereinreise verweigern und tat dies auch. Daraufhin demonstrierten die Studenten in Paris und skandierten: »Wir sind alle deutsche Juden, wir sind alle palästinensische Araber.« Eine gute Parole, eine, der man sich anschließen kann. Aber man könnte auch demütig hinzufügen: »Wir sind alle Jörg Haider.« Wenn wir die Haider dieser Welt bekämpfen wollen, und wir müssen sie bekämpfen, müssen wir den Blick zuerst nach innen richten. Ich möchte ein kleines, aber aufschlussreiches Beispiel anführen. Nach der Bildung der österreichischen Regierung rief Israel korrekterweise aus Protest seinen Botschafter zurück. Doch nur etwa einen Monat später brachte die Knesset Premierminister Barak mit der Genehmigung des Antrags, dass jedes Referendum zum Rückzug aus den Golanhöhen einer »speziellen Mehrheit« bedürfe – ein Code für eine Vorbehaltsklausel, die den arabischen Bürgern Israels de facto in dieser Sache ihre Bürgerrechte entziehen würde – in große Schwierigkeiten. Einer der Hauptbefürworter dieses Antrags war Natan Sharansky mit seiner aus russischen Emigranten gebildeten Partei, der bekannte Dissident, der gegen den faktischen Antisemitismus des sowjetischen Regimes protestiert hatte. Der Kampf gegen den Rassismus ist unteilbar. Es kann keine unterschiedlichen Regeln für Österreich, Israel, die Sowjetunion oder die Vereinigten Staaten geben.

Ich möchte noch eine weitere, eigenartige Anekdote erzählen. Im Wahlkampf um die US-Präsidentschaft von 2000 gab es eine entscheidende Vorwahl in South Carolina. Während des innerparteilichen Wahlkampfes versuchte sich George W. Bush die Unterstützung der so genannten christlichen Rechten zu sichern, indem er an der Bob Jones University sprach, einer fundamentalistischen protestantischen Institution und Hochburg

dieser Kräfte. Das Problem war, dass die Bob Jones University für zwei Dinge bekannt ist: Dafür, dass sie (als fundamentalistische protestantische Institution) den Papst als den Antichrist brandmarkt und dass sie ihren Studenten verbietet, mit Personen einer anderen Rasse auszugehen. Nach der Rede George W. Bushs wurde das zum großen politischen Thema, was den Kandidaten so in Verlegenheit brachte, dass er sein Bedauern darüber äußerte, sich bei seinem Vortrag an der Universität nicht gegen diese beiden Positionen – die extreme antikatholische Haltung und die Ablehnung gemischter Paare – ausgesprochen zu haben.

Bei der Anekdote geht es nicht um Bushs Verlegenheit, wenn sie auch etwas über die nach 1945 etablierten Tabus sagt. Das Interessante ist die Reaktion von Bob Jones III., dem Universitätspräsidenten, im Licht der öffentlichen Kontroverse. Er trat nämlich in der CNN-Sendung von Larry King auf. Larry King fragte Bob Jones III. als erstes, warum die Universität gemischte Paare verbiete. Die Antwort lautete, die Leiter der Institution seien gegen die Philosophie der »einen Welt«, nach der es keine Unterschiede gebe. Larry King deutete an, es scheine ihm ein ziemlicher Schritt zu sein von der Ablehnung der einen Welt bis zur Ablehnung zweier junger Menschen, die zusammen ausgehen. Bob Jones erhob Einwände, bestand dann aber darauf, dass weder er selbst noch die Universität rassistisch seien (das große Tabu) und sagte, die Universität habe gerade an diesem Tag die Regel aufgehoben, da sie für ihr Ziel, die Förderung des Christentums, sekundär sei. Ich denke, das zeigt, dass öffentlicher Protest manche Rassisten dazu bringt, in der Öffentlichkeit zumindest einen taktischen Rückzieher zu machen. Dies sollte konservativen Kräften eine Lehre sein, die mit dem Albtraum einer rechtsextremen Offensive gegen sie konfrontiert sind. Aber dennoch ist es eine Tatsache, dass der Rassismus, abgesehen von dem taktischen Positionswechsel, bestehen bleibt.

Der Albatros hängt um unseren Hals, ein Dämon, der uns quält und Widerstand zur moralischen Pflicht macht. Dieser kann nur mit Hilfe vorheriger Untersuchungen intelligent und erfolgversprechend sein, und es ist die moralische und intellektuelle Aufgabe der Sozialwissenschaften, solche Untersuchungen durchzuführen. Aber dieselbe Anstrengung, derer es bedarf, um den Rassismus in uns allen auszurotten, müssen die Sozialwissenschaftler auf sich nehmen, um die Art von Sozialwissenschaft aufzugeben, die uns in der Vergangenheit behindert hat, und statt dessen eine nützlichere zu schaffen. Ich komme auf meinen ursprünglichen Titel zurück, »die Sozialwissenschaft im Zeitalter des Übergangs«. In einem

solchen Zeitalter können wir alle die Ereignisse sehr stark beeinflussen. In Momenten struktureller Übergänge sind die Schwankungen heftig, und kleine Anstöße können große Wirkungen haben, im Gegensatz zu normaleren, stabileren Zeiten, in denen große Anstöße bestenfalls kleine Wirkungen haben. Diese Situation bietet uns Möglichkeiten, erzeugt jedoch auch einen moralischen Druck. Sollte die Welt am Ende dieser Übergangszeit nicht entschieden besser sein als jetzt – und das ist gut möglich – dann sind wir selbst dafür verantwortlich. Das »wir« sind die Mitglieder des Widerstands. Das »wir« sind die Sozialwissenschaftler. Das »wir« sind all die gewöhnlichen, anständigen Leute.

## Kapitel 5

# Der Islam, der Westen und die Welt

Mein Titel, »Der Islam, der Westen und die Welt«, enthält zwei geographische Begriffe, daher halte ich es für das Beste, zunächst einen Blick auf die Geographie zu werfen. Es gibt drei so genannte Weltreligionen – das Judentum, das Christentum und den Islam –, die ihren historischen Ursprung in demselben recht kleinen Gebiet haben, an der südwestlichen Spitze von Asien. Alle drei nehmen für sich eine ganz spezielle Beziehung zu dieser Region in Anspruch, sie gilt ihnen als spirituelle Heimat. Keine der drei Religionen blieb jedoch in dieser Region.

Nachdem sie besiegt und ihre Staaten zerstört worden waren, wurden die Juden nach Ägypten umgesiedelt (oder siedelten selbst um), dann nach Babylon, zur Zeit des Römischen Reichs in diverse Gebiete im Mittelmeerraum, später in fast alle Teile Europas und schließlich in der Moderne in die westliche Hemisphäre und viele andere Regionen der Welt. So kam es zur so genannten jüdischen Diaspora. Und wie wir wissen, kehrten im 20. Jahrhundert viele Juden in das Ursprungsgebiet zurück und ein neues politisches Gefüge entstand, der Staat Israel, der seinem Selbstverständnis nach die wieder errichtete Heimat des jüdischen Volks ist.

Das Christentum war anfangs eine religiöse Bewegung unter den Juden in ihrer Heimatregion. Doch schon bald brachen die Christen alle Verbindungen mit der jüdischen Gemeinde ab und missionierten unter Nichtjuden, hauptsächlich innerhalb des zu dieser Zeit ausgedehnten Römischen Reiches. Bereits drei Jahrhunderte später war der christliche Glaube zur Staatsreligion des Reiches geworden, und in den folgenden fünf- bis siebenhundert Jahren bemühten die Christen sich hauptsächlich auf dem ganzen europäischen Kontinent um Bekehrung. Später ging mit dem Aufbau des modernen Weltsystems eine so genannte Expansion Europas einher: in militärischer, politischer, wirtschaftlicher und auch religiöser Hinsicht.

In diesem Kontext umfasste die christliche Missionstätigkeit die ganze Welt; sie war jedoch dort merklich erfolgreicher, wo keine der anderen so genannten Weltreligionen vorherrschte. Die Zahl der Konvertiten in

hauptsächlich islamischen, buddhistischen, hinduistischen und konfuzianisch-taoistischen Gebieten war relativ niedrig, und auf die islamischen Gebiete traf dies in besonderem Maße zu.

Der Islam schließlich kam sechshundert Jahre nach dem Christentum in demselben Gebiet auf. Er war ebenfalls eine bekehrende Religion und verbreitete sich sehr schnell in dem Gebiet, das wir heute den Nahen und Mittleren Osten nennen, in Nordafrika und auf der iberischen Halbinsel. Im 16. Jahrhundert wurde er aus Iberien verdrängt, stieß aber gleichzeitig auf die Balkanhalbinsel vor. Inzwischen hatte er sein geographisches Gebiet in östlicher Richtung bis nach Südostasien und in südlicher bis nach Afrika hinein ausgedehnt. Auch im 20. Jahrhundert breitete der Islam sich weiter aus und reichte schließlich aufgrund von Migration und Konversion bis in die westliche Hemisphäre und Westeuropa.

Bis hierher habe ich nur gängiges Schulwissen zusammengefasst. Dieser geographische Abriss sollte das Kuriosum vor Augen führen, dass wir normalerweise vom Christentum als dem »Westen« denken und sprechen und vom Islam als dem »Osten«, obgleich alle drei Religionen, insbesondere Christentum und Islam, weltweite Ansprüche erheben und über die ganze Welt verteilt sind. Zweifellos beruht diese Verkürzung auf geographischen Fakten, aber diese sind schwächer, als wir gemeinhin annehmen, und verlieren weiter an Bedeutung. Damit stellt sich die Frage, warum wir auf der Verwendung dieser geographischen Verkürzung beharren. Offensichtlich hat sie eher eine politische als eine geographische Bedeutung.

Die Antworten aus der jüngsten Zeit sind wohlbekannt. Samuel Huntington sieht im Westen und dem Islam zwei antithetische »Zivilisationen«, zwischen denen schon seit langer Zeit ein geopolitischer Konflikt besteht. Edward Said sieht im Orientalismus ein falsches Gedankengebäude, aus ideologischen Gründen von der westlichen Welt errichtet und in seinen Auswirkungen so allumfassend wie schädlich. Ich möchte mich dem Problem auf einem anderen Weg nähern und frage, wie kommt es, dass die christliche Welt offenbar gerade die islamische zu ihrem speziellen Feindbild erkoren hat, und das nicht erst vor kurzem, sondern schon seit der Entstehung des Islams? Vermutlich gilt auch umgekehrt, dass das Christentum ein spezielles Feindbild des Islam ist, aber ich glaube nicht, dass ich die Kompetenz habe zu diskutieren, warum oder in welchem Maße das so ist.

Mein Schwerpunkt wird zwar auf der modernen Welt liegen, doch glaube ich nicht, dass man ohne einen Rückgriff auf das europäische Mittelal-



ter erklären kann, was geschehen ist, denn aus dieser Ära rühren unsere Mythen über diese Beziehung. Wie wir alle wissen, waren Christentum und Islam zu dieser Zeit in großen, mehr oder weniger aneinander angrenzenden Gebieten dominant. Obwohl beide von vielfachen inneren Kämpfen zerrissen waren, verstand sich offenbar jedes Gebiet als kulturelle Einheit, und als Hauptkonflikt galt der mit dem jeweils anderen. Teilweise lagen die Gründe dafür in den Religionen, dem in jedem Gebiet vorherrschenden Gefühl, hier sei die ganze und einzig mögliche Wahrheit verkörpert, und wahrscheinlich auch gerade in der Tatsache, dass sie beide ihren Ursprung in derselben kleinen Region hatten. Die Christen behaupteten, sie hätten das jüdische Gesetz erfüllt und ersetzten es daher durch eine neue und endgültige Offenbarung. Die Moslems behaupteten ihrerseits, sie hätten mit einer neuen und wahrhaft endgültigen Form der Verpflichtung gegenüber Allah auf der von Juden und Christen geerbten Weisheit aufgebaut. Ein Teil des Streits war also ein innerfamiliärer um Erbschaft und Wahrheit. Diese Art von Streit ist letztlich oft Ursache größter Uneinigkeit und Verbitterung, denn hier sind sowohl Zuneigung als auch Konkurrenzdenken in hohem Maße im Spiel.

Doch hatte der Konflikt noch eine andere Seite, bei der es weniger um Weltanschauungen ging als um Ressourcen und Macht. Angesichts des Hin und Hers der Eroberungen und Siege – der Vorstoß der Omais nach Iberien und Frankreich im achten Jahrhundert, die christlichen Kreuzzüge ins Heilige Land, die Zurückdrängung der christlichen Eroberer durch die Sarazenen, die Reconquista Spaniens durch die Christen, die Ausdehnung des Osmanischen Reichs bis auf den Balkan, die spätere Zurückdrängung der Osmanen – lässt sich sagen, dass christliche und islamische Welt um die Kontrolle über riesige Gebiete mit ihren Ressourcen und Bevölkerungen rangen und dass für jede Seite die jeweils andere die militärische Hauptbedrohung darstellte. Sicherlich waren beide zu bestimmten Zeiten mit anderen Eroberern aus Nordasien konfrontiert. Diese wurden jedoch nicht nur am Ende zurückgedrängt, sondern viele ihrer Kämpfer wurden bekehrt und damit als kulturelle Bedrohung ausgeschaltet.

All das bildete den Rahmen des modernen Weltsystems, in dem in Westeuropa eine kapitalistische Weltwirtschaft entstand, ihre wirtschaftlichen Grenzen immer weiter ausdehnte und einen immer größeren Teil der Welt umfasste. Der Kern dieses Systems war westeuropäisch und christlich. Man muss aber festhalten, dass die geographische Ausrichtung Europas sich verschob. Die anfängliche Expansion Europas im 16. und

17. Jahrhundert ließ die islamische Welt weitgehend aus, oder zumindest ihr Kernland im Nahen Osten. Europäische Mächte brachen nach Westen auf, wie sie glaubten nach Indien, sie kamen aber stattdessen nach Amerika. Sie umschifften Afrika, wiederum um die Hände nach Asien auszustrecken. Teils weil sie nach dem angeblichen Reichtum Asiens suchten, teils weil es so leichter war. Die islamische Welt schien eine harte Nuss zu sein, insbesondere zu dieser Zeit, auf dem Höhepunkt der osmanischen Macht. Jedenfalls gab es damals offenbar eine Art Lücke, eine Pause in der Konzentration auf die mittelalterlichen christlich-islamischen Kämpfe. Sie waren nicht vergessen, standen aber angesichts der unmittelbaren geoökonomischen und geopolitischen Projekte unter den westeuropäischen Angelegenheiten vorübergehend nicht mehr an erster Stelle.

Ein Blick auf die Geschichte des modernen Weltsystems von seinen Anfängen im langen 16. Jahrhundert bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts zeigt, dass die europäische Vorherrschaft mal die Form direkter Kolonialherrschaft annahm, mal eine indirektere, bei der so genannte Halbkolonien entstanden – Gebiete, die wirtschaftliche Dominanz in Kombination mit politisch-militärischen Einmischungen erdulden mussten, in denen aber keine echte Imperialherrschaft entstand. Hier scheint mir erneut ein kurzer weltweiter geographischer Überblick nützlich. Die kolonialisierten Regionen waren Amerika, der größte Teil Afrikas, der größte Teil von Süd- und Südostasien sowie Australien und Neuseeland. Nicht voll kolonialisiert waren hauptsächlich Osteuropa, der Ferne, der Middle-re und der Nahe Osten. Das ist natürlich eine sehr grobe Zusammenfassung, die in vielerlei Hinsicht spezifiziert und nuanciert werden muss.

In jedem einzelnen Fall gibt es sehr einsichtige Erklärungen dafür, dass in bestimmten Gebieten eine volle Kolonialisierung weder angestrebt noch möglich war, in anderen hingegen schon. Ich werde nicht erörtern, warum Europa die Kontrolle über die einzelnen Regionen auf so unterschiedliche Weise zu erlangen suchte, und statt dessen fragen, welche Folgen es für die Bevölkerung der verschiedenen Regionen hatte, dass sie in der modernen Welt zu Europa im Verhältnis einer Kolonie oder einer Halbkolonie standen. (Natürlich sollte man den Begriff Europa ab dem späten 19. Jahrhundert als kulturellen Begriff verstehen, und so, dass er die Vereinigten Staaten einschließt.)

Für den Moment beschränke ich mich auf die Feststellung, dass Europa im 20. Jahrhundert gerade mit den drei Regionen am heftigsten in politischem Konflikt lag, die nur »Halbkolonien« waren: mit der Sowjetunion, der Volksrepublik China (und Nordkorea), und dem »Islam«. Letz-

terer ist natürlich kein Staat, sondern eine in einem Gebiet verankerte Religion, und Iran, Irak und Libyen stehen nur ganz oben auf der Liste der Staaten, die mit der paneuropäischen Welt in heftigem Konflikt liegen. Aufgrund der Spannungen zwischen diesen drei Regionen und Europa ist es verständlich, dass die Feindbilder in der europäischen Metaphorik dort lokalisiert wurden: Kommunismus, die gelbe Gefahr, der islamische Terrorismus. Heute erscheint das Gespenst des Kommunismus im Westen wie eine historische Erinnerung und China als ein schwieriger, aber kultivierter Freund – sogar Verbündeter. Was bleibt, ist hauptsächlich der islamische Terrorismus – ein im Westen viel diskutierter und viel gefürchteter Dämon, aber letztlich ein unpräzises Konstrukt, ein verschwommenes Bild der Wirklichkeit.

Wie wurde der so genannte islamische Terrorismus zu einer so zentralen Vorstellung der heutigen Welt, insbesondere seit dem Zusammenbruch des Kommunismus 1989-91? Wie wir wissen, gibt es jetzt seit einigen Jahrzehnten wichtige soziale und religiöse Bewegungen in islamischen Ländern, die oft »islamische Fundamentalisten« genannt werden oder, etwas seltener, »islamische Integralisten«. Diese Bezeichnungen sind in der westlichen Welt und den westlichen Medien gebräuchlich, aber soweit ich weiß nicht selbstgewählt. In islamischen Ländern werden diese Bewegungen eher »islamistisch« genannt.

Woher stammen diese westlichen Begriffe und worauf beziehen sie sich? Bemerkenswert ist, dass beide ihren Ursprung nicht in der islamischen Sphäre haben, sondern in der christlichen. Der Begriff »Fundamentalismus« leitet sich aus der Geschichte des Protestantismus in den USA zu Beginn des 20. Jahrhunderts ab, als bestimmte Gruppen, insbesondere innerhalb der Baptistenkirchen, eine Rückkehr zu den *fundamentals*, den Grundlagen, forderten. Damit meinten sie, ihrer Ansicht nach seien diverse moderne, sogar weltliche Vorstellungen in die christliche Theologie und Praxis eingedrungen und brächten sie vom rechten Weg ab. Sie forderten eine Rückkehr zum Glauben und den Sitten einer früheren Ära. Der Begriff »Integralismus« stammt aus der Geschichte des Katholizismus in Westeuropa, vor allem Frankreich, und bezog sich auf eine ähnliche Forderung nach dem »integralen« Glauben, ohne Vermischung mit modernen oder nationalen Ansichten und Sitten.

Analog dazu wurde »islamischer Fundamentalismus« oder »Integralismus« zur Bezeichnung für Gruppierungen innerhalb der islamischen Welt, in deren Augen moderne Ansichten und Sitten die Gläubigen vom rechten Weg abbringen und die eine Rückkehr zu älteren, reineren, kor-

rekteren Ansichten und Sitten fordern. Die Hauptzielgruppe so genannter Fundamentalisten sind Menschen, die sich als Anhänger derselben Religion bezeichnen, aber nach gänzlich weltlichen Bräuchen leben oder religiöse Richtlinien einhalten, die die »Fundamentalisten« als verwässert oder verzerrt ansehen. Religionshistoriker weisen unermüdlich darauf hin, dass »fundamentalistische« Gruppen nie ganz genau die angeblich älteren, reineren, korrekteren Versionen des Glaubens und der Sitten repräsentieren, sondern, wie sie ohne Schwierigkeiten demonstrieren können, die Tradition stets mit zahlreichen und manchmal beträchtlichen Unterschieden zu den tatsächlichen Glaubensinhalten und Sitten der vergangenen Jahre neu erfinden.

Aber natürlich bestehen diese Bewegungen nicht aus auf Rankes Spuren wandelnden Historikern, und sie suchen nicht nach der religiösen Wahrheit, das heißt danach, »wie es eigentlich gewesen ist«. Es sind Bewegungen der Gegenwart, die fordern, jeder solle bestimmte Dinge glauben und sich nach bestimmten Bräuchen richten, und sie haben überhaupt kein Interesse an pedantischen Untersuchungen zur historischen Authentizität ihrer Ansprüche. Diese nützen auch anderen heutigen Zeitgenossen nicht sehr viel, die nicht Mitglieder dieser Gruppen sind und verstehen wollen, was die »Fundamentalisten« tun und proklamieren und warum.

Die Tatsache, dass die gebräuchliche Terminologie aus der christlichen Religionsgeschichte abgeleitet ist, gibt uns einen ersten Hinweis auf das, womit wir es hier zu tun haben. Was immer es ist, es ist nicht dem Islam eigentümlich. Im 20. Jahrhundert hatten wir nicht nur christliche und islamische »Fundamentalisten«, sondern auch jüdische, hinduistische und buddhistische, und sie alle haben offenbar gewisse Eigenschaften gemeinsam: die Ablehnung von »modernen«, weltlichen Tendenzen innerhalb ihrer Gruppe, das Beharren auf einer puritanischen Version religiöser Bräuche, eine Verherrlichung der Integrität sowie der ewigen, unveränderlichen Gültigkeit der religiösen Tradition.

Und ein weiteres Merkmal findet sich bei allen »Fundamentalisten«, auch den christlichen: der Widerstand gegen die dominanten Machtstrukturen des modernen Weltsystems. Diese Kombination – eine reformistische Forderung nach Rückbesinnung auf die »Grundlagen« innerhalb der religiösen Gruppe und eine antisystemische Rhetorik, die über rein religiöse Themen hinausgeht – definiert sie und liefert auch den Schlüssel zur Analyse ihrer Bedeutung in der Entwicklungsgeschichte des modernen Weltsystems.

Ich möchte religiöse Themen einen Moment beiseite lassen und einen Blick auf die politische Ökonomie des Weltsystems werfen. Was zeigt er uns? Die kapitalistische Weltwirtschaft ist ein historisches System, das folgende Elemente in sich vereint: eine achsiale Arbeitsteilung, integriert durch einen nur unvollkommen autonomen Weltmarkt in Kombination mit einem zwischenstaatlichen System angeblich souveräner Staaten, eine Geokultur, die einen wissenschaftlichen Ethos als Untermauerung für ökonomischen Wandel und Gewinnerzielung legitimiert hat, sowie den liberalen Reformismus als Methode, um die weit verbreitete Unzufriedenheit über die stetig zunehmende sozioökonomische Polarisierung im Zuge der kapitalistischen Entwicklung in Grenzen zu halten. Dieses System entstand in Westeuropa, breitete sich im Laufe der Jahrhunderte aus und umfasst nun die ganze Welt.

Im 19. Jahrhundert formierten sich innerhalb dieses Systems antisystemische Bewegungen, die sich die Interessen der vom System Unterdrückten zu eigen machten. Ziel dieser Bewegungen war die Umwandlung des Systems in ein anderes, demokratischeres und egalitäreres. Die meisten von ihnen waren ihrer Form nach entweder soziale oder nationale Bewegungen. Nach 1945 waren sie bereits überall auf der Welt gut organisiert und de facto bestand eine geographische Dreiteilung. Bis zum Ersten Weltkrieg hatten sich die so genannten sozialen Bewegungen in zwei Hauptlager geteilt, in Sozialdemokraten und Kommunisten – die sich international in der Zweiten und Dritten Internationale organisierten. Beide Arten der sozialen Bewegung nahmen für sich in Anspruch, die Interessen der Arbeiterklasse zu vertreten. Sie unterschieden sich von den nationalen Bewegungen innerhalb eines »Reiches«, die für ein in seiner nationalen Identität nicht anerkanntes »Volk« sprachen und die Bildung von Nationalstaaten anstrebten.

Alle drei Arten von Bewegungen hatten sich in der Zeit zwischen 1850 und 1945 gebildet und waren ursprünglich politisch ziemlich schwach, ihre Mitglieder jedoch glaubten, die Geschichte sei auf ihrer Seite, und ihre Sache werde letztlich verwirklicht. In allen dreien hatte man sich nach langen internen Diskussionen für eine zweistufige historische Strategie entschieden: zuerst die Erlangung der Kontrolle über den Staatsapparat, dann die Veränderung der Welt. Man kann sagen, alle drei Arten von Bewegungen vollendeten in den 25 Jahren nach 1945 Stufe eins ihrer Strategie. Diese Leistung hätte Beobachter vom Beginn des 20. Jahrhunderts vielleicht in Erstaunen versetzt, schien aber ihre eigene Gewissheit zu bestätigen, dass die Geschichte auf ihrer Seite sei.

Geographisch teilten die drei Hauptarten von Bewegungen die Welt unter sich auf. Die kommunistischen kamen in einem Gebiet an die Macht, das sich von Mitteleuropa bis zum nördlichen Pazifik erstreckte und etwa ein Drittel der Erdoberfläche umfasste. Die sozialdemokratischen erlangten die Macht (zumindest im Wechsel mit anderen) in der westlichen Welt – Westeuropa, Nordamerika (wenn man die Demokraten des New Deal zu den Sozialdemokraten zählt), Australien und Neuseeland. In Asien und Afrika waren es nationale Bewegungen, inzwischen häufig nationale Befreiungsbewegungen genannt, und in Lateinamerika ähnliche populistische Bewegungen.

Zwei Dinge sind zu diesem beachtlichen politischen Höhenflug der antisystemischen Bewegungen anzumerken. Er ereignete sich genau zu der Zeit, in der die Macht der Vereinigten Staaten im Weltsystem am größten war und die systemstützenden Kräfte daher am besten koordiniert, am besten aufeinander abgestimmt und vermutlich am stärksten. Zweitens hatten praktisch all diese Bewegungen Stufe eins der Strategie – die Erlangung der Staatsmacht – erreicht und konnten also an dem Grad gemessen werden, in dem es ihnen gelang, den Wandel herbeizuführen, den sie als Stufe zwei ihrer Strategie, der Veränderung der Welt, angekündigt und versprochen hatten.

Die weltweite Revolution von 1968 war die Reaktion auf diese doppelte Realität: die weltweite Hegemonie der USA und die Errichtung ihrer Weltordnung auf der einen Seite und auf der anderen das weltweite Erreichen von Stufe eins der Strategie der verschiedenen oft unter der Bezeichnung alte Linke zusammengefassten Bewegungen, die Erlangung der Macht.

Die Revolutionäre verurteilten den ersten Akteur, die Vereinigten Staaten, für ihre Unterdrückung, und sie verurteilten den zweiten Akteur, die Bewegungen der alten Linken, für ihre Unzulänglichkeit als Widerstandsbewegungen gegen, wenn nicht sogar ihre Kollusion mit dem hegemonialen Projekt. Die erste Brandmarkung war für eine radikale Weltbewegung naheliegend, doch die zweite, die laute Brandmarkung der traditionellen antisystemischen Bewegungen, war die folgenreichere.

Die zweite Verurteilung war der Ruf der Betrogenen. Um das nachzuvollziehen, muss man die damaligen Erwartungen und eventuellen Illusionen betrachten. 1968 blickte die Welt auf eine Geschichte des antisystemischen Kampfes zurück, die weit verbreiteten Vorstellungen zufolge mindestens bis zur Französischen Revolution zurückreichte, auch wenn die Kämpfe an einzelnen Orten zu einem späteren Zeitpunkt begonnen

haben mochten, manchmal erst im frühen 20. Jahrhundert. Auf alle Fälle existierte ein weit zurückreichendes historisches Bewusstsein.

Was waren die Hauptelemente dieses historischen Bewusstseins? Zunächst hatte es einen schwierigen Kampf gegeben, aus dem die anfangs noch schwachen Bewegungen erst hervorgingen, um dann durch Mobilisierung von sowohl örtlicher Unterstützung als auch Solidarität aus der Ferne allmählich an Kraft zu gewinnen. Zudem existierte vor Ort nicht nur die Erinnerung an Kämpfe, sondern auch an Unterdrückung, oft schwere Unterdrückung durch eine Übermacht, die von globalen Kräften – am unmittelbarsten von der US-Regierung – aktiv vorangetrieben und unterstützt worden war.

Die zweite Erinnerung war die an die entgegengesetzte Taktik der Unterdrücker, Kooption. Sie hatte die Bewegungen damals gespalten, denn manche ernteten die Früchte der Kooption und andere konnten das aus zwingenden Gründen nicht. Letztere waren wütend, wenn nicht entmutigt, und suchten sich immer radikalere Sprecher. Doch der Prozess der Kooption – der Zugeständnisse, die vielen, aber nicht allen das Leben erleichterten – wiederholte sich laufend und war dadurch verwirrend, denn jede nachfolgende Generation musste ihre Lektion neu lernen, und dies schwächte die Fähigkeit der Unterdrückten, miteinander gemeinsame Sache zu machen und grundlegende Veränderungen zu erreichen.

Es gab ein drittes Element des historischen Bewusstseins, das die anderen beiden, die Erinnerungen an Unterdrückung und an Kooption, neutralisierte. Das war die Erinnerung an das Erreichte – zum einen die zunehmende Stärke der Bewegungen, was sowohl die Anzahl der von ihnen Mobilisierten angeht als auch ihre öffentliche Anerkennung als Akteure auf der politischen Bühne. Zum anderen eine ganze Reihe von Zugeständnissen als Teil der Kooptionsprozesse.

Diese dritte Erinnerung war die Quelle politischer und historischer Hoffnung – der festen Überzeugung, dass »die Geschichte auf ihrer Seite war«, dass den Kindern und Kindeskindern der heute Lebenden ein besseres Leben bevorstand. Diese dritte Erinnerung basierte auf etwas, das man eine quantitative Interpretation der neueren Geschichte nennen könnte – mehr Mitglieder in den Vereinigungen und Verbesserungen im Lebensstil (das bedeutet mehr Geld auf dem Lebenszeitkonto, bessere Ausstattung). Paradoxerweise war gerade diese feste Hoffnung in die Zukunft, diese Sicherheit, dass es mehr Gleichheit und mehr Demokratie geben würde – insbesondere wo sie auf der Tatsache beruhten, dass die Unterdrückten hart für diese Ziele kämpften und dass es ihr Kampf war, wo-

durch sie erreicht wurden – die entpolitisierteste aller möglichen Welt-sichten. Durch sie konnte man die armselige Bilanz der Gegenwart im Licht der großen Errungenschaften, die man für die Zukunft vorhersah, ignorieren.

Diese Zukunftsvision war tatsächlich die wesentliche Botschaft des liberalen Reformismus, und in einer Ironie des Schicksals warben die anti-systemischen Bewegungen selbst wirksam für sie. Und je radikaler die Bewegungen ihrem Selbstverständnis nach waren, desto besser konnten sie die von ihnen Mobilisierten überzeugen, sich in Bezug auf die Wirksamkeit ihrer ungeduldigen und heftigen Demonstrationen in Geduld zu fassen. Auf diese Weise dienten die diversen antisystemischen Bewegungen der alten Linken paradoxerweise als wichtigster Garant für die langfristige politische Stabilität des Weltsystems, trotz ihrer regelmäßigen Aufrufe zu politischem Ungestüm.

Diese Aufforderung zur verborgenen Passivität hinter der Fassade der offenkundigen Aktivität, die durch eine Quantifizierung von örtlichen sowie weltweiten Errungenschaften legitimiert wurde, hatte nur eine negative Seite. Denn letztendlich konnte man die Bedeutsamkeit der erzielten Veränderungen und die Geschwindigkeit, mit der sie tatsächlich vor sich gingen, nachrechnen und beurteilen. Gerade als die sichtbaren Errungenschaften der antisystemischen Bewegungen am größten waren, schien dieser Moment der abschließenden Gesamtrechnung gekommen. Die Weltrevolution von 1968 war das Ergebnis der Beurteilung dieser Jahrhunderte langen Strategie. Und das Urteil fiel negativ aus. Desillusionierung folgte auf die Illusion des Erfolgs. Man erachtete den Erfolg als nicht echt, die Nutznießer der Veränderungen als eine kleine Gruppe (im sowjetischen System die Nomenklatura), die tatsächliche Kluft zwischen den Privilegierten und den unter ihnen Stehenden als größer als je zuvor, trotz aller angeblicher Reformen und Erfolge der alten Linken.

Es ist Zeit, von dieser allgemeinen weltweiten Einschätzung wieder zur islamischen Welt zurückzukehren. Die soeben abgegebene Schilderung traf auf sie ebenso zu wie auf die meisten anderen außerhalb der Kernzonen gelegenen Regionen der Welt – nicht mehr und nicht weniger. Aber natürlich hatte jede Region ihre historischen Spezifika und die Reaktionen nahmen an jedem Ort eine etwas andere Gestalt an. Was war das historische Spezifikum der islamischen Welt, insbesondere ihres historischen arabischen Kernlands?

Ein Blick auf die einander in schneller Folge ablösenden Bewegungen in den diversen arabischen Ländern von etwa 1900 an zeigt, dass alle Auf-



rufe zur *Nahda* – zu einem arabischen Aufstand, einem nationalen Erwachen – in ihrer Rhetorik eine moderne Tendenz hatten. Die von ihnen empfundene Unterdrückung analysierten die Mitglieder dieser Bewegungen als Resultat einerseits der Kontrolle von außen (Imperialismus) und andererseits des internen »Traditionalismus«. Daher forderten sie sowohl eine Absage an äußere Kontrolle als auch interne kulturelle Veränderungen. Die beiden Elemente gehörten zusammen und verstärkten sich gegenseitig, ja, gewissermaßen ermöglichten sie einander. Sicherlich, die gesellschaftliche Basis der durch diese Auffassungen ins Leben gerufenen Bewegungen war verschwommen, und in ihnen bestanden vielerlei Visionen einer gesellschaftlichen Zukunft. Es existierten konservativere und radikalere Ansichten über eine gute Gesellschaft.

Im Allgemeinen spielte der Islam als Religion jedoch für all diese Bewegungen eine untergeordnete Rolle, und für viele eine leicht negative. Sie mochten auf der Tatsache, dass sie Moslems waren, bestehen, aber dies wurde als eine Art kultureller Zugehörigkeit angesehen, und vielleicht als notwendige Aussage, um weniger aufgeklärte potenzielle Anhänger zu beschwichtigen. Die Zukunft, die sie sich ausmalten, war eine moderne, und das hieß eine weltliche. Die diversen arabischen Bewegungen teilten viele der Prämissen des türkischen Kemalismus. Auch die Muslimische Liga im kolonialisierten Indien unterschied sich nicht sehr von ihnen.

Diese Bewegungen, insbesondere die radikaleren, waren in der Zeit nach 1945 im Großen und Ganzen erfolgreich. Sie kamen in diversen Formen an die Macht: Nasser in Ägypten, die Baath-Partei in Syrien und dem Irak, die Neo-Destur-Partei in Tunesien, der Front de Libération Nationale (FLN) in Algerien. Diese Regime schlossen sich gerne mit verwandten Bewegungen in anderen inzwischen so genannten Drittweltländern zu von der Bandungkonferenz inspirierten Bewegungen der »blockfreien Staaten« zusammen. Ja, wie wir wissen, spielte Gamal Abdel Nasser persönlich eine wichtige Rolle in der Schaffung dieses weltweiten Netzwerks, und der algerische FLN stand für das ganze, der vietnamesischen Widerstandsbewegung ähnelnde Netzwerk Modell.

Andererseits ergaben sich in der Zeit nach 1945 große Schwierigkeiten für die arabische und damit auch für die gesamte islamische Welt. Die größte war die Gründung des Staates Israel. Ich möchte hier nicht die ganze Geschichte und alle Vorteile dieser Angelegenheit diskutieren, sondern lediglich ein paar Tatsachen unterstreichen. Die zionistische Bewegung entstand zu Beginn des 20. Jahrhunderts, mehr oder weniger gleich-

zeitig mit den arabischen nationalen Bewegungen, und hatte in ihrer Rhetorik viel mit ihnen gemeinsam – die Notwendigkeit, einen unabhängigen Staat zu gründen, das Gefühl der Unterdrückung durch die Mächtigen des Weltsystems, das Gefühl, die Psychologie des jüdischen Volks müsste intern eine grundlegende Veränderung erfahren, die uneindeutige (und zurückhaltende) Beziehung zum Judentum als Religion. Vor 1948 spielten die Araber in der zionistischen Metaphorik keine Rolle. Der Feind war die christliche Welt und nach 1918 natürlich insbesondere Großbritannien.

Doch diese Metaphorik veränderte sich durch die Gründung des israelischen Staats und den militärischen Widerstand der arabischen Staaten dagegen radikal. Die arabische Welt wurde zum Hauptgegner der Zionisten, und sie war größtenteils islamisch. Diese Haltung wurde durch den israelischen Sieg in den Kriegen von 1967, durch den eine große arabische Bevölkerungsgruppe unter israelische Herrschaft fiel, nur noch verstärkt. Das war der Zeitpunkt, an dem eine moderne palästinensische Nationalbewegung, die palästinensische Befreiungsbewegung PLO, wichtig wurde. Die PLO war eine Bewegung desselben Typs und mit derselben Rhetorik wie die anderen von mir erwähnten modernen nationalen Bewegungen. Und sie hatte dieselbe zurückhaltende, uneindeutige Beziehung zum Islam als Religion, um so mehr, als es in Palästina eine große christliche arabische Bevölkerungsgruppe gibt, die die PLO unterstützt.

Ohne eingehende Untersuchung der Geschichte der israelisch-arabischen und israelisch-palästinensischen Beziehungen von 1948 bis heute lässt sich sagen, dass die Israelis im Großen und Ganzen militärisch und politisch die Oberhand hatten. Ebenso gut lässt sich feststellen, dass die palästinensische Mobilisierung erfolgreich genug war, um die Israelis zu zwingen, größtenteils widerwillig in so genannte Friedensverhandlungen einzutreten, die sehr langwierig, ergebnislos und frustrierend waren und schließlich ganz zusammenbrachen. Die Existenz Israels stellte den arabischen Nationalismus insofern vor ein Problem, als sie der entfernten westlichen Welt einen Feind vor Ort hinzufügte – einen, der weniger zu Konzessionen bereit war als die westliche Staatengemeinschaft. Die einzige echte Parallele in der nichteuropäischen Welt des 20. Jahrhunderts war die Existenz eines Apartheidstaats in Südafrika. Und diese Situation hat sich nun durch die Änderung der Verfassung und die Tatsache, dass der Afrikanische Nationalkongress an die Macht gekommen ist, erledigt.

Die arabische Welt hatte außer Israel noch ein weiteres, fast ebenso schwieriges und mit ihm verwobenes spezielles Problem, das darin be-

stand, dass hier ein großer Teil des weltweiten Erdölvorkommens lagert. Im 19. Jahrhundert war diese Tatsache noch nicht bekannt, sie wurde erst nach dem Ersten Weltkrieg zu einem Faktor, doch seitdem, und insbesondere seit 1945, ist sie eine zentrale geopolitische Realität. Daher ist die Politik dieser Region den Vereinigten Staaten alles andere als gleichgültig, und dasselbe gilt für Russland und Westeuropa. Ein kontinuierlicher Nachschub an Erdöl und eine angemessene Höchstgrenze des Ölpreises gehören zu den Hauptanliegen der Großmächte. Das gab ihnen einen weiteren Grund, Israel zu unterstützen und sich für die Förderung und Stabilisierung eher konservativer Regime in arabischen Ländern einzusetzen.

Wenn man sich die islamistischen Bewegungen in der arabischen Welt ansieht, stellt man fest, dass ihre Geschichte ebenso weit zurückreicht wie die der nationalen Bewegungen und dass sie in manchen Ländern kaum von diesen zu unterscheiden sind. Die Wahhabitiden in der arabischen Wüste und die Senussi in Cyrenaika (Libyen) hatten einige Eigenschaften mit den weltlichen nationalen Bewegungen gemein. Auch sie sorgten sich um Unterdrückung von außen und forderten eine interne Erneuerung, mit der Betonung auf einem reineren, puritanischeren Verhalten. Auch sie tendierten zum Aufbau moderner Staatsstrukturen. Aber natürlich verwendeten sie im Unterschied zu den weltlichen Bewegungen eine religiöse Sprache. Auch sie kamen an die Macht. Das Senussi-Regime wurde 1969 von einem weltlicheren Regime abgelöst. Das saudi-arabische Regime hat bislang ein solches Schicksal erfolgreich abgewehrt.

Worauf stößt man bei einer Betrachtung der so genannten islamistischen Bewegungen? Auf Gruppierungen, die sich auf zwei Aussagen beziehen. Zunächst einmal, dass es all den in den diversen Ländern an die Macht gekommenen Bewegungen nicht gelungen sei, ihre internen Angelegenheiten vom Einfluss fremder Mächte abzulösen oder freizumachen, selbst wenn sie auf dem Papier unabhängige Staaten seien. Sie nehmen das ständige Gewicht der USA in der Region ebenso zur Kenntnis wie die mächtige Präsenz Israels, das in erster Linie als Vorposten des Westens angesehen wird – ein Siedlerstaat ähnlich den Kreuzfahrerstaaten im Mittelalter. Und zweitens sagen sie, gerade die Regime, die ihre Opposition gegen diese Situation beteuerten, begünstigten sie, ja, machten sie möglich – nicht nur die weltlichen Regime, sondern bemerkenswerter Weise auch angeblich religiös fundierte wie das von Saudi-Arabien.

Islamisten sagen also, um die Unterdrückung von außen abzuschütteln und die interne Erneuerung zu befördern, müsse man diese moder-

nen arabischen Regime stürzen – und in diese Kategorie schließen sie die Wahhabiten ein. Natürlich haben Ayatollah Khomeini über das Schahregime im Iran und die Taliban über das pseudokommunistische Regime sowie über seine diversen Nachfolger in Afghanistan das Gleiche gesagt. Bisher ist in der arabischen Welt außer im Sudan kein Islamistenregime an die Macht gekommen.

Überdies machte die Art und Weise der politischen Mobilisierung dieser Islamistengruppen deutlich, dass sie nicht nur der Sprachregelung und damit den Annahmen über die Funktionsweise des modernen Weltsystems der modernen Bewegungen, gegen die sie opponieren, eine Alternative entgegengesetzt haben, sondern dass diese modernen Regime außerdem in ihren Augen bei der Hauptaufgabe moderner Staaten gescheitert sind: für ein minimales kontinuierliches Wohlergehen und die Sicherheit der Bürger zu sorgen. Es ist weithin bekannt, dass die Islamistenorganisationen Bedürftige mit umfangreichen Sozialleistungen versorgen und regelmäßig große Lücken in den Staatsfunktionen ausfüllen. Eine weitere vielbeachtete Eigenschaft von Islamistenbewegungen ist, dass sie häufig und erfolgreich Studenten technischer und naturwissenschaftlicher Fächer rekrutieren, um mit Hilfe ihrer Fähigkeiten dann die eigene Sache voranzutreiben.

Diese beiden Eigenschaften – die soziale Versorgungsfunktion und die Attraktivität des Islamismus für junge Ingenieure und Naturwissenschaftler – zeigen, dass Islamisten keine Romantiker sind, die sich nach einer längst vergangenen bäuerlichen Gesellschaft zurücksehnen. Sie treten vielmehr für eine alternative Form von Modernität ein, die zwar für technischen Fortschritt offen ist, Säkularismus und die damit verbundenen Werte dagegen ablehnt. Ambivalent sind sie in ihrer Haltung staatlichen Strukturen gegenüber.

Solange sie nicht an der Macht sind, treten sie als mächtige staatsfeindliche Kraft auf, nicht nur politisch, sondern auch ideologisch. Sie lehnen das Herzstück des weltlichen Modernismus ab, die Zentralität des allumfassenden, theoretisch neutralen Staats als moralischer und politischer Dreh- und Angelpunkt. Sie beharren auf der Priorität von spirituellen Werten, erläutert durch eine autorisierte Gruppe von Deutern. Aus dieser Priorität erwachsen Probleme, wenn die Islamisten tatsächlich politische Macht erlangen, wie heute zum Beispiel im Iran, und sie führt potenziell zu einer fortdauernden Spannung zwischen staatlichen und religiösen Autoritäten, schafft also genau das Problem, das durch den modernen weltlichen Staat gelöst werden sollte. Bislang ist für den Islamismus

als politische Kraft weiterhin seine außerstaatliche Rhetorik am wichtigsten geblieben.

Wie können wir also die Ereignisse der letzten etwa zwanzig Jahre in den islamischen Ländern interpretieren? Ich glaube, das Hauptelement war die Desillusionierung der gebildeten Elite sowie der allgemeinen Bevölkerung über die Leistungen der historischen antisystemischen Bewegungen der nationalen Erneuerung und Befreiung, in denen sich im 20. Jahrhundert der Kampf des Volkes hauptsächlich ausdrückte. Diese Bewegungen haben sich in all ihren Varianten als unzulänglich erwiesen. Man wirft ihnen vor, sie hätten eine nutzlose Strategie verfolgt. Man wirft ihnen vor, sie hätten zugelassen, dass eine kleine Gruppe eigennützig von dem Kampf profitiert.

Man wirft ihnen vor, sie hätten in ihrem Hauptziel versagt, die Bevölkerung ihrer Region in die Lage zu versetzen, entweder politische Autonomie zu erlangen oder echten wirtschaftlichen Fortschritt im Verhältnis zu den dominanten Regionen der Welt. Ob diese Kritik ein ausgewogenes Urteil über die Aktivitäten dieser Bewegungen darstellt, ist irrelevant; Tatsache ist, es herrscht eine enorme Desillusionierung.

Infolge dessen erschien die zugrundeliegende, langfristige, reformistische Strategie der antisystemischen Bewegungen sinnlos, insbesondere zwei ihrer zentralen Taktiken: der Wandel des Sittenkodex durch Säkularisierung und die Schaffung starker staatlicher Strukturen. Damit stand der Weg für eine alternative Vision offen, eine, die keine dieser angeblich sinnlosen Taktiken anwandte. In der islamischen Welt ist diese alternative Vision der Islamismus. In anderen Teilen der Welt hat dieselbe Desillusionierung andere Visionen hervorgebracht, doch sie alle haben die Ablehnung der angeblich sinnlosen Taktiken gemeinsam.

Aus der Sicht der Mächtigen des Weltsystems sind solche alternativen Visionen sowohl besser als auch schlechter als die inzwischen überholten Taktiken der nationalen Befreiungsbewegungen. Besser, weil sie, wie die alte Linke immer wieder betont, die Menschen nachdrücklich von einer scharfsinnigen Analyse der tatsächlichen Strukturen des modernen Weltsystems abhalten und es dadurch den Privilegierten im Weltsystem leichter machen, diese Strukturen von Tag zu Tag aufrechtzuerhalten. Die Kritik lautet, die Vertreter alternativer Visionen wie des Islamismus würden, wenn sie die Macht im Staat erlangten, feststellen, dass sie entweder keine echte Außenpolitik haben oder eine ineffektive oder dass sie tatsächlich leicht dazu kooptiert werden könnten, innerhalb des Rahmens des Systems zu operieren. Bis zu einem gewissen Grad trifft dieser Vorwurf zu.

Andererseits ist das Aufkommen von Kräften mit einer alternativen Vision aus einem einfachen Grund äußerst schlecht für die Machthaber im Weltsystem. Einer der Hauptstabilisierungsfaktoren des modernen Weltsystems ist das Vertrauen der Bevölkerung darauf, dass ihre staatlichen Strukturen sie wirksam gegen die ganze Palette äußerer politischer Kräfte verteidigen, die ihr tägliches Leben beeinflussen. In diesem Sinne sind Staatsstrukturen die reinsten politischen Demobilisierer, insbesondere wenn weltliche antisystemische Bewegungen die Macht im Staat innehaben. Sie predigen Vertrauen in ihre Führung, und damit predigen sie Geduld. Wenn alternative Bewegungen das Vertrauen in staatliche Strukturen einreißen, heben sie diese politisch demobilisierenden Kräfte auf.

Diese Auflistung positiver und negativer Auswirkungen des Aufstiegs alternativer Bewegungen aus der Sicht der Mächtigen im Weltsystem erklärt vieles an der heutigen Dämonisierung des Islams im Westen. Auch wenn man hier ständig die Möglichkeit der kooperativen Kooption der islamistischen Kräfte in Betracht zieht, betonen westliche Machthaber im Allgemeinen die Gefahren eines Zusammenbruchs des weit verbreiteten Vertrauens in ihre eigenen Staatsstrukturen. In der islamischen Welt wird dies noch durch zwei Faktoren verstärkt, die speziell für die dortigen Länder gelten: die Existenz Israels und die Rolle als Ort des Ölvorkommens. Für sich genommen erklären diese zwei Faktoren wenig, aber als Bestärkung in der Entscheidung für eine taktische Reaktion auf den Islamismus sind sie wesentlich.

Die Existenz der Erdölressourcen ist für die arabische Welt sowohl Segen als auch Fluch, aber in jedem Fall eine Tatsache außerhalb ihrer Kontrolle, selbst wenn sie möglicherweise nicht für immer besteht. Die Existenz Israels andererseits ist historisch kontingent und damit veränderlich und steht so im Mittelpunkt intensiver Bemühungen. Wir müssen daher einen kurzen Blick auf die Quelle der enorm großen Unterstützung der westlichen Welt für den Staat Israel werfen. Sie war nie unumgänglich. Und ich möchte daran erinnern, dass sie 1945 sehr unsicher war, sogar noch 1948. Ja, ich glaube nicht, dass sie vor 1967 in den Vereinigten Staaten oder Westeuropa eine politische Priorität war.

Diese Politik beinhaltet drei Elemente. Zum einen löste die Tatsache, dass der historische, praktisch seit Beginn des Christentums allgegenwärtige Antisemitismus der christlichen Welt im Nationalsozialismus und dem Holocaust einen schändlichen Höhepunkt erreichte, als Reaktion starke Schuldgefühle aus. Den Einfluss dieser Schuldgefühle der Christen auf die momentane Situation darf man nicht unterschätzen. Sie führ-

ten zu dramatischen Veränderungen der Sprache diverser wichtiger sozialer Gruppen im Westen – der von weltlichen Intellektuellen, der katholischen Kirche und fundamentalistischen protestantischen Sekten, von denen nun einige von der Notwendigkeit der Existenz des Staates Israels als Voraussetzung für das zweite Kommen Christi sprechen.

Der Schuldkomplex hätte anderen geopolitischen Erwägungen vielleicht nicht standgehalten, hätte Israel in den Kriegen von 1967 nicht gesiegt. Dieser Sieg bewirkte zweierlei. Einerseits schuf er eine überwältigende und in diesem Maß nie dagewesene Unterstützung Israels auf Seiten der Juden in der Welt. Dieser Sieg über die Araber hatte den psychologischen Effekt einer Kompensation für den Holocaust und erweckte gleichzeitig den Glauben, die arabische Welt drohe, seine Neuauflage zu initiieren. Auch hier möchte ich nicht diskutieren, in welchem Maße eine solche Vision gerechtfertigt war, sondern nur nachdrücklich darauf hinweisen, dass es sie gab.

Die zweite Folge des israelischen Sieges war zweifellos, dass die westliche Welt erstmals überzeugt war, Israel könne die Funktion erfüllen, Unruheherde unter den arabischen Ländern militärisch zu kontrollieren, und Israel damit Teil der westlichen geopolitischen Strategie wurde. Der Preis für diese Entscheidung stieg, als im Dezember 1989 die Intifada begann, woraus sich das Interesse des Westens am so genannten Friedensprozess und die zunehmende Verstimmung der Westmächte über die israelische Regierung erklärt. Aber die grundlegende Unterstützung für Israel wurde nicht zurückgenommen.

Jedenfalls hat die Kombination aus christlichen Schuldgefühlen über den Antisemitismus, weltweiter Unterstützung Israels durch die Juden und der in den Augen des Westens bestehenden Nützlichkeit Israels als Element der politischen Stabilisierung in der Region mit dem größten Ölvorkommen der Erde dazu geführt, dass der so genannte islamische Terrorismus zum großen Feindbild der 1990er Jahre erhoben wurde. Dies wurde noch dadurch verstärkt, dass die Feindbilder des Sowjetkommunismus und der Gelben Gefahr sich offenbar in Luft aufgelöst haben. Und das Maß, in dem der Islam mit dem Christentum kulturell verwandt ist – im Gegensatz zum Buddhismus oder Hinduismus –, macht es umso leichter, ihn zu dämonisieren. Die Atmosphäre der Familienfehde trägt noch zur Irrationalität und Hartnäckigkeit der Dämonisierung bei. Ein weiteres Element, aufgrund dessen der Islam zum Feindbild auserkoren wurde, ist die Tatsache, dass der größte Teil des islamischen Kernlands nie wirklich kolonialisiert war. In einem entscheidenden Sinn ist der Westen

recht selbstsicher im Umgang mit ehemaligen Kolonien. Schließlich hat man diese Gebiete einst militärisch erobert und regiert und glaubt ihre Schwächen zu kennen. Die nichtkolonialisierten oder nur halbkolonialisierten Regionen bewahren eine Aura der Rätselhaftigkeit und damit der Gefahr.

Lassen Sie mich meine Argumente zusammenfassen. Einerseits ist das, was in der islamischen Welt geschehen ist, insbesondere der Aufstieg des Islamismus als soziale und politische Kraft, schlicht eine Variante dessen, was überall in der Peripherie des Weltsystems vor sich gegangen ist. Die grundlegende Interpretation dieser Vorgänge muss den historischen Aufstieg antisystemischer Bewegungen, ihren scheinbaren Erfolg und ihr tatsächliches politisches Scheitern, die anschließende Desillusionierung und die Suche nach alternativen Strategien thematisieren. All das ist fester Bestandteil der Entwicklung des modernen Weltsystems als historisches soziales System.

Andererseits gibt es in der Beziehung des Westens zum Islam einige besondere Elemente, die zu der außerordentlichen Dämonisierung des Islams im Westen geführt haben. Ich habe versucht, den Komplex dieser Elemente aufzuweisen: die tausendjährige Beziehung zwischen Christentum und Islam und die tausendjährige Beziehung zwischen Christentum und Judentum sowie die Tatsache, dass alle drei Religionen durch etwas verbunden sind, was man entferntere Familienbindungen nennen könnte. Des Weiteren erwähnte ich eine unverrückbare, aber theoretisch zufällige geökonomische Tatsache, das Vorkommen von Öl. Und schließlich erwähnte ich das Verschwinden möglicher alternativer Feindbilder aus nichtkolonialisierten Regionen der Welt.

Damit komme ich zu meinem letzten Thema. Kann der Westen ohne Feindbild auskommen? Im Moment bezweifle ich es. Der Westen ist mit einer massiven Krise konfrontiert – nicht nur in wirtschaftlicher, sondern auch in grundlegender politischer und sozialer Hinsicht. Die kapitalistische Weltwirtschaft als historisches soziales System befindet sich in der Krise. Ich habe diese Krise an anderer Stelle detailliert erörtert<sup>26</sup> und kann dies hier nicht wiederholen, führe die Probleme aber an, um auf die große Verwirrung und die Selbstzweifel im Westen hinzuweisen, die sie nach sich ziehen – eine Situation, die immer das Bedürfnis nach Feindbildern hervorruft. Verwirrung und Selbstzweifel herrschen auch in der islami-

---

<sup>26</sup> Siehe insbesondere Utopistik. Historische Alternativen des 21. Jahrhunderts. Wien: Promedia, 2002.



schen Welt, wie die Zickzacktaktik aller Hauptakteure deutlich macht. Die weltlichen Kräfte sind in Auflösung begriffen. Die islamistischen Kräfte sind nicht sehr klar, und unter ihnen besteht keine Übereinstimmung über ihr tatsächliches oder gewünschtes politisches Programm.

Noch einmal, wir sollten dies im Kontext des gesamten Weltsystems betrachten und unsere Aufmerksamkeit nicht auf die islamische Welt beschränken. Systeme, die sich in einer Krise befinden, treten in eine chaotische Zeitspanne ein, aus der schließlich eine neue Ordnung hervorgeht. Der Weg, den sie einschlagen, gabelt sich, und es ist seinem Wesen nach unmöglich vorherzusagen, welche Richtung sich durchsetzen wird. Für die Praxis bedeutet das zweierlei. Selbst leichter Druck in die eine oder andere Richtung ist möglicherweise entscheidend, da das System so weit aus dem Gleichgewicht geraten ist. Und der gesellschaftliche Kampf ist außerordentlich intensiv. Die Frage ist also, wie sich die Seiten im Kampf um die Formung des sozialen Nachfolgesystems ausrichten werden.

Als der Kampf weniger akut war, schien es scharfe Trennlinien zu geben. Daher können wir auch von antisystemischen Bewegungen innerhalb des modernen Weltsystems sprechen. Die Mitglieder dieser Bewegungen glaubten zu wissen, worum es ihnen ging und wer ihr Hauptfeind war. Dasselbe dachte man auf Seiten der Kräfte, die das bestehende System verteidigten. Die letzten 25 Jahre haben uns alle gelehrt – ich bezeichne das als die Lektion der Weltrevolution von 1968 –, dass unsere Vision des Kampfs vollkommen falsch war, dass, egal auf welcher Seite man stand, Gegner nicht wirklich Gegner waren und Verbündete nicht wirklich Verbündete. In diesem Sinne haben die Islamisten vollkommen Recht, wenn sie sagen, wir müssten unser Verständnis davon, welche Probleme das existierende historische System spalten und welche alternativen historischen Möglichkeiten für ein neu aufgebautes Weltsystem existieren, überdenken.

Ihre Kritik trifft ins Schwarze, aber was ist mit ihrer Lösung? Wie gesagt, ich glaube, sie wissen nicht genau, welche Lösung ihnen tatsächlich vorschwebt. Diejenigen von uns, die einige oder die meisten ihrer Prämissen nicht teilen und Erben einer weltlicheren Tradition sind, tun sich mit der Akzeptanz eines Großteils der von ihnen vorgeschlagenen ersten Schritte in eine bessere Zukunft schwer. Ich meine aber, es gibt Bedarf an einem echten Dialog, oder Multilog, über die wesentlichen Begrenztheiten unseres existierenden Weltsystems und die Parameter unserer historischen Alternativen. Ich persönlich glaube, der grundlegende Konflikt besteht zwischen den Befürwortern der Errichtung oder des Wiederauf-

baus einer hierarchischen Weltordnung, in der manche privilegiert sind und die meisten anderen nicht, und den Verfechtern einer möglichst demokratischen und egalitären Weltordnung. Diese Ziele erfordern in meinen Augen zu ihrer Untermauerung unterschiedliche Wertsysteme, und die historischen Weltreligionen können uns viel darüber beibringen, was in solchen Wertsystemen wesentlich ist.

Das eigentliche Problem besteht darin, dass es sowohl in den weltlichen als auch den fundamentalistischen Lagern in allen Teilen der Welt Menschen auf beiden Seiten dessen gibt, was meiner Voraussage nach die große politisch-soziale Streitfrage der kommenden fünfzig Jahre werden wird. Ich selbst glaube, dass uns die Darstellung des Streits als Weltlichkeit in Opposition zu Fundamentalismus elementar von einer klaren Sichtweise ablenkt. Und Klarheit, nicht Feindbilder, ist das, was wir momentan am dringendsten benötigen.

# Kapitel 6

## Die anderen: Wer sind wir? Wer sind die anderen?

*Die Macht des Rassendenkens einzugestehen – wobei Rassendenken (i. O. raciology, d. Übers.) hier als Kurzwort für ein breites Spektrum des beschränkten und verkürzten Denkens steht, das sowohl biologistisch als auch auf Kultur bezogen sein kann –, ist ein wesentlicher Teil der Auseinandersetzung mit der Macht des Rassenbegriffs, um unsere sozialen, wirtschaftlichen, kulturellen und historischen Erfahrungen effektiv aufeinander abzustimmen.*

*Paul Gilroy, Against Race<sup>27</sup>*

Vor gar nicht langer Zeit gab es noch einen Kalten Krieg. Er war als ideologische Schlacht in aller Munde. Manche sahen darin einen Kampf zwischen der freien Welt und dem kommunistischen Reich des Bösen, andere einen zwischen der kapitalistischen Ausbeuterklasse und den Arbeitern der Welt. Aber alle gaben vor zu glauben, es sei ein Kampf auf Leben und Tod über grundlegende politische Werte.

Eines Tages endete der Kalte Krieg. Das Ende kam ziemlich plötzlich und vollkommen unerwartet. Die europäischen Regime, die sich als marxistisch-leninistisch ausgegeben hatten, hörten fast alle auf zu existieren. Die asiatischen Länder mit einer kommunistischen Regierung und Kuba kleideten sich zwar weiterhin in dieselben ideologischen Gewänder, aber im Allgemeinen schien die Welt zu akzeptieren, dass es keinen »Kalten Krieg« mehr gab, und im Großen und Ganzen war man darüber erleichtert.

Diese neue Situation nannten manche reißerisch das »Ende der Geschichte«, doch die meisten Menschen glaubten offenbar, die Geschichte gehe auf ihrer endlosen Bahn weiter voran. Ein neues Wort, »Globalisierung«, wurde allgemein gebräuchlich, um die wunderbare neue Welt zu beschreiben, die bald beginnen sollte oder angeblich bereits begonnen hatte und zu der es keine Alternative gibt, wie Mrs. Thatcher so unvergesslich

---

<sup>27</sup> Motto aus Paul Gilroy, *Against Race: Imagining Political Culture Beyond the Color Line*. Cambridge, Mass.: Harvard University Press, 2000, S. 72.

sagte: TINA – there is no alternative. Genau derselbe Moment der Geschichte sah das Heranreifen eines neuen akademischen Ansatzes mit starkem Zulauf, den es seit den 1970er Jahren gegeben hatte, der aber in den 90ern einen Höhepunkt zu erreichen schien. Er wurde allgemein als Cultural Studies-Ansatz bekannt.

»Kultur« war einst ein huldvolles Wort. Hochkultur war etwas, dessen man sich rühmen konnte. Niemand wurde gern als kulturlos bezeichnet. Kultur bedeutete Zurückhaltung, Kultiviertheit, Geschmack. Aber im neuen Feld der Cultural Studies herrschte eine lebendigere Stimmung. Es war ein akademischer Emporkömmling, und dieser verkündete ohne Mangel an Selbstbewusstsein, er fülle eine schwerwiegende Lücke in den Wissensstrukturen aus. Cultural studies wurden oft in Verbindung gebracht und verbündeten sich oft mit dem Streben nach so genanntem Multikulturalismus, einer politischen Forderung von Gruppierungen, die sich für rechtlos, ignoriert oder unterdrückt hielten. Inzwischen wurden in einem anderen Lager innerhalb des globalen Establishments Stimmen laut, die den Begriff Kultur vollkommen anders verwendeten. Sie sagten für das 21. Jahrhundert einen »Kampf der Kulturen« voraus und meinten, wir müssten uns politisch (impliziert war auch militärisch) wappnen, um der Herausforderung zu begegnen. Was die Befürworter des Multikulturalismus als befreiende Zukunftsaussicht ansahen, nämlich ihre erfolgreiche Wiederbehauptung durch nichtwestliche Kulturen, betrachteten die Befürworter des Kampfs der Kulturen als größte drohende Gefahr.

Was geht hier vor? Und zunächst, in welcher Eigenschaft spreche ich darüber?<sup>28</sup> Spreche ich als Amerikaner in China – ein Bürger des momentan stärksten Staates im Weltsystem vor einem Publikum aus der ältesten Zivilisation der Welt? Oder wende ich mich als Paneuropäer an ein Publikum der nichtwestlichen Welt – ein Weißer unter Nichtweißen? Oder bin ich ein Vertreter der modernen Welt, der in einer Universität vor Publikum spricht, bei der schon der Name Modernität erkennen lässt – einer Universität für Naturwissenschaft und Technik? Oder bin ich schlicht ein Akademiker unter Kollegen, die zufällig in Hong Kong arbeiten oder studieren? Oder versuche ich als Sozialwissenschaftler mit einem Begriff

---

<sup>28</sup> Dieser Vortrag wurde ursprünglich am 20. September 2002 an der Universität für Naturwissenschaft und Technik in Hong Kong gehalten, als Y. K. Pao Distinguished Chair Lecture.

zurechtzukommen, der in erster Linie in den Geisteswissenschaften verortet wird – dem Begriff Kultur?

Ehrlich gesagt, weiß ich nicht genau, ob überhaupt eine dieser Rollen mich genau richtig beschreibt, und wenn ja, welche. Ebenso wenig weiß ich, welche dieser Rollen ich einnehmen möchte. Wir können unsere Biographien viel weniger kontrollieren, als wir denken, und es kann uns außergewöhnlich schwer fallen, in unseren Analysen »objektiv« zu sein, wenn das bedeutet, dass wir für die wissenschaftliche Arbeit unsere Biographien ablegen müssen. Und niemand von uns ist so leicht einzuordnen. Biographien sind komplexe Mischungen, und es ist nicht unbedingt leicht zu erkennen, welche Bedeutung den verschiedenen Orten zukommt, an denen wir uns befinden – weder für andere noch für uns selbst. Außerdem bleiben diese Bedeutungen im Lauf der Zeit nicht unbedingt konstant. Was ich heute bin, ist nicht unbedingt identisch mit dem, was ich gestern war.

Ich glaube, ich bin heute als Sozialwissenschaftler zu Ihnen gekommen, der versucht, die Welt, in der wir leben, zu verstehen, der sehr besorgt ist über die Marschroute dieser Welt und der glaubt, die moralische Pflicht zu haben, in ihr und auf sie einzuwirken. Ich glaube, ich komme als ein Vertreter der modernen Welt, der diese allerdings mit großer Skepsis betrachtet und sich ganz und gar nicht mehr sicher ist, dass sie gegenüber früheren Weltsystemen einen Fortschritt darstellt. Ich kann vermutlich nicht anders, als Amerikaner und Paneuropäer zu sein, und ich sehe keinen guten Grund, das zu versuchen. Und nach meinen vielen Berufsjahren trage ich vermutlich sowohl die Sünden als auch die Tugenden eines Wissenschaftlers mit mir herum.

Ich werde über Zeit sprechen, über Universalismus und Partikularismus, und auf der Basis dieser Diskussion werde ich Ihnen dann etwas darüber erzählen, wer »wir« sind und wer »die anderen« in unserem Denken und unserer Politik. Aber ich muss mich sofort verbessern: Ich werde ausschließlich im Plural über Zeit, Universalismus und Partikularismus sprechen, denn ich glaube nicht, dass diese Wörter im Singular eine Bedeutung haben können. Es gibt vielerlei Zeitlichkeiten, vielerlei Universalismen und vielerlei Partikularismen. Und ein großer Teil unserer Verwirrung in der Kulturdiskussion kommt daher, dass diese Vielheit in der Analyse nicht berücksichtigt wird.

Fangen wir mit den Zeitlichkeiten an. Ich habe zu Beginn meiner Bemerkungen den Kalten Krieg erwähnt. Er wird normalerweise auf die Jahre zwischen 1945 und 1989 datiert. Doch André Fontaine beharrte

vor langer Zeit darauf, dass der Kalte Krieg 1917 einsetzte.<sup>29</sup> Und ihn 1917 beginnen zu lassen, verändert die Analyse beträchtlich. Aber egal. Angeblich ist er vorbei. Doch wenn man manche Stimmen in den USA hört und in China oder Russland, ist er offenbar nicht für jedermann vorbei. Solche Stimmen beurteilen die aktuelle Weltrealität anscheinend immer noch durch die Brille der ideologischen Rhetorik des Kalten Krieges. Vielleicht sollten wir sie nicht allzu ernst nehmen. Befürworter einer *Realpolitik* haben immer vertreten, Ideologie sei bloß Rhetorik, dazu da, die *raison d'état* der Staaten zu verschleiern, und die herrschenden Klassen hätten der Ideologie, die sie offiziell vertraten, nie sehr viel Beachtung geschenkt. Charles de Gaulle hatte offenbar wenig Zweifel, dass die Sowjetunion zunächst und vor allem das russische Reich war und die Vereinigten Staaten das amerikanische Reich, und er stellte seine Analysen und Berechnungen auf dieser Grundlage an. Irrte er sich? Als Richard Nixon zu einem Treffen mit Mao Zedong nach China reiste, ordneten da beide die Ideologie der *raison d'état* unter oder verfolgten beide schlicht langfristige ideologische Ziele? Historiker werden darüber ohne Zweifel noch Jahrhunderte lang weiter debattieren.

Heute haben sich die USA und China offenbar dem gemeinsamen Ziel verschrieben, die Produktion für den Weltmarkt zu fördern. Doch jede Seite definiert die Wurzeln dieser Verpflichtung anders. Amerikanische Politiker und Experten beharren auf der Beschreibung der USA als ein dem Kapitalismus des freien Unternehmertums verschriebenes Land, während chinesische Politiker und Experten auf der Beschreibung Chinas als ein dem Sozialismus verschriebenes Land beharren, heute manchmal Marktsozialismus genannt. Sollten wir als Sozialwissenschaftler so ein Selbstverständnis für bare Münze nehmen? Und wenn nicht, wie wären die Strukturen der beiden Länder dann zu beschreiben?

Ein Faktor des Selbstverständnisses der beiden Länder ist natürlich die Chronosophie,<sup>30</sup> die sie – oder zumindest ihre Führungsriege und die meisten ihrer Bürger – gemeinsam haben. Beide Länder haben sich einem langfristigen Optimismus verschrieben, der auf der Annahme eines linearen Fortschritts beruht. Beide sind offenbar sicher, auf dem Weg in eine

---

<sup>29</sup> André Fontaine, *Histoire de la guerre froide*, 2 vols. Paris: Fayard, 1983.

<sup>30</sup> Zum Begriff der Chronosophie siehe Krzysztof Pomian, »The Secular Evolution of the Concept of Cycles«, *Review* 2, Nr. 4 (Frühling 1979): S. 563–646. Pomian verwendet den Ausdruck in Abgrenzung zu »Chronometrie« und »Chronologie« und sagt: »Sie spricht von der Zeit; sie macht Zeit zum Objekt eines Diskurses oder besser gesagt von Diskurs im Allgemeinen« (S. 568f.).

perfektere Gesellschaft zu sein. Dieses Selbstverständnis ist jedoch in gewissem Sinne ebenso sehr Aussage über die teleologischen Ziele, auf die diese Länder sich zubewegen, wie Analyse der Gegenwart. Aber es gibt weitere Chronosophien, die zu anderen Zeitlichkeiten führen würden. Und selbst innerhalb jeder Chronosophie gibt es verschiedene zeitliche Einteilungen, die ebenfalls zu anderen Zeitlichkeiten führen.

Am wichtigsten ist es, sich daran zu erinnern, dass wir gleichzeitig in vielen dieser sozialen Zeitlichkeiten leben. Beispielsweise können wir die Welt erklären, indem wir auf das moderne Weltsystem als historisches System Bezug nehmen und als zeitlichen Rahmen daher den vom langen 16. Jahrhundert bis zur Gegenwart wählen. Und eine der vielen Möglichkeiten zur Beschreibung dieses Systems ist die Berufung auf die darin periodisch auftretende Verschiebung von Zentrität, eine Reihe aufeinander folgender Hegemonialmächte des Systems, deren Hegemonie immer vorübergehend ist. Würden wir so verfahren, könnten wir sagen, die Hegemonie der USA begann mit dem Aufstieg in den 1870er Jahren, erreichte einen Höhepunkt in der Zeit zwischen 1945 und 1970 und befindet sich jetzt in einem frühen Stadium ihres Niedergangs. Und wir könnten natürlich die Frage stellen, die tatsächlich häufig gestellt wird, wer nämlich die nachfolgende Hegemonialmacht sein könnte. Manche meinen Japan, einige China, und andere glauben, die Hegemonie der USA sei immer noch zu stark, als dass wir über eine solche Frage klar nachdenken könnten.

Oder wir könnten, immer noch innerhalb des Zeitrahmens des modernen Weltsystems, die Geschichte der letzten beiden Jahrhunderte als pan-europäisches Projekt der weltweiten Vorherrschaft (der »Expansion Europas«) ansehen und darüber debattieren, wann diese Expansion ihren Höhepunkt erreichte – 1900, 1945 oder 1989? Und wann die Zurückdrängung begann – mit dem japanischen Sieg über Russland 1905, mit dem Einfall der chinesischen Kommunisten in Shanghai 1949, mit der Bandungkonferenz 1955 oder mit der Niederlage der USA in Vietnam 1973? Und dann könnten wir die Frage diskutieren, ob diese Zurückdrängung Signal für eine strukturelle Krise im modernen Weltsystem ist oder (wie manche behaupten) nur das Ende einer Phase des viel längeren historischen Prozesses, in dem die globale Zentralität Asiens vorübergehend von einem kurzen westlichen oder europäischen Moment abgelöst war.

Die vielerlei Zeitlichkeiten, in denen wir leben, führen möglicherweise zu analytischer Verwirrung, aber viel größere Schwierigkeiten bereitet uns das Nachdenken über und der Umgang mit vielerlei Universalismen.

»Vielerlei Universalismen« ist natürlich ein Oxymoron. »Universalismus« heißt eigentlich die Sichtweise, bestimmte Gesetze oder Wahrheiten träfen auf alle Personen, alle Gruppen, alle historischen Gesellschaftssysteme zu *jeder Zeit und an jedem Ort* zu. Universalismus ist also etwas einheitliches, einmaliges und einziges. Wie kann es mehrere Versionen von etwas geben, das eins ist? Nun, ich könnte mich auf Varianten der christlichen Theologie berufen, die lange die Dreieinigkeit vertreten haben, die Lehre, Gott sei sowohl eins als auch drei, oder auf die hinduistische Vorstellung, die Götter hätten viele Avatare.<sup>31</sup> Dies sind theologische Vorstellungen, keine wissenschaftlichen, aber sie bringen eine Art von Weisheit zum Ausdruck, die die Wissenschaft zu ihrem eigenen Nachteil häufig ignoriert und oft an einem späteren Punkt ihrer eigenen Entwicklung bestätigt gefunden hat.

Aber ich möchte nicht auf theologische Einsichten zurückgreifen. Es ist recht eindeutig, dass vielerlei Universalismen sowohl auf der Ebene populärer, in Gemeinschaften akzeptierter Behauptungen als auch auf der Ebene wissenschaftlicher Erklärungen existieren. Von einem Standpunkt innerhalb des Rahmens einer dieser Erklärungen lassen sich die anderen natürlich als offensichtlich falsch oder zumindest schlecht formuliert zurückweisen, und dies geschieht auch regelmäßig. Die gesamte nomothetische Sozialwissenschaft basiert genau auf diesem Verfahren. Viele Menschen würden darauf beharren, den Begriff »Wissenschaft« denjenigen vorzubehalten, die im jeweiligen Wissensgebiet auf die Bildung des einen Universalismus hinarbeiten. Ich möchte nicht nur behaupten, dass es diesen einen Universalismus nicht gibt und auch niemals geben kann, sondern auch, dass Wissenschaft die Suche nach einer Methode ist, vielerlei Universalismen am besten zu dirigieren in einem Universum, das seinem Wesen nach ungewiss ist und damit hoffentlich kreativ.<sup>32</sup>

Die moderne Welt war für den größten Teil ihrer Geschichte eine Gefangene der aristotelischen Doktrin vom ausgeschlossenen Dritten. Etwas ist entweder A oder nicht-A. Eine dritte Möglichkeit gibt es nicht. Doch die Quantenmechanik hat uns natürlich an die Idee gewöhnt, dass etwas gleichzeitig zwei verschiedene Dinge sein kann, oder zumindest auf zwei ganz verschiedene Weisen gemessen werden oder zwei verschiedene Gleichungen erfüllen kann. Licht ist sowohl Teilchenstrom als auch

---

<sup>31</sup> Bezeichnung für die Verkörperung eines Gottes auf Erden (Editor. Anm.)

<sup>32</sup> Siehe Ilya Prigogine, *The End of Certainty*. New York: Free Press, 1997. Man beachte den Plural im französischen Originaltitel *La fin des certitudes*, Das Ende der Gewissheiten.



kontinuierliche Welle. Wir müssen, oder besser gesagt, wir können nicht entscheiden.

In der Sozialwissenschaft stehen wir vor dem gleichen Problem. Im öffentlichen Leben kommt es regelmäßig zu Streitigkeiten zwischen verschiedenen Gruppierungen wegen unterschiedlicher so genannter Grundwerte oder unterschiedlicher Prioritäten. Auch in unserem persönlichen Leben sind wir ständig mit solchen Fragen konfrontiert. Ich las in der Zeitung über die tragische Situation von zwei als siamesische Zwillinge geborenen europäischen Säuglingen. Laut Aussagen der Ärzte könnten diese Zwillinge, da sie nur ein Herz und eine Lunge haben, nur so getrennt werden, dass ein Zwilling weiterlebt und der andere stirbt; würden sie jedoch nicht getrennt, würden beide innerhalb von Monaten sterben. Die Eltern meinen, sie können nicht zulassen, dass ein Kind getötet wird, damit das andere leben kann. So wurde es den britischen Gerichten überlassen, dieses moralische Dilemma, diesen Widerspruch zwischen verschiedenen moralischen Prioritäten juristisch aufzulösen.

Nicht alle solche Entscheidungen sind tragisch. Nicht bei jeder von ihnen müssen wir zwischen miteinander konkurrierendem Recht auf Leben entscheiden. Aber die zugrundeliegenden Fragen sind allgegenwärtig, und wir alle sind ständig aufgefordert, gemeinschaftlich historische Entscheidungen zu fällen. Alle Debatten über die Einmischung in die »internen Angelegenheiten« eines anderen Landes führen auf der einen Seite zu der Behauptung der Existenz universeller Menschenrechte und auf der anderen zu dem Recht der Länder darauf, dass ihnen nicht in imperialistischer und gebieterischer Weise die Werte anderer aufgezwungen werden. Diese letztere Debatte ist für das moderne Weltsystem von Anfang an zentral gewesen und in den letzten zehn Jahren erneut ins Blickfeld gerückt.

In Wahrheit ist das moderne Weltsystem, die kapitalistische Weltwirtschaft, ein hierarchisches, ungleiches, polarisierendes System, dessen politische Struktur ein zwischenstaatliches System bildet, in dem manche Staaten offensichtlich stärker sind als andere. Zur Beförderung der endlosen Akkumulation von Kapital zwingen stärkere Staaten in dem Maße, in dem es ihnen möglich ist, ihren Willen ständig den schwächeren Staaten auf. Das nennt man Imperialismus, und er wohnt der Struktur des modernen Weltsystems inne. Der Imperialismus hatte jedoch immer auch seine moralische Verteidigung. Er wurde auf der Grundlage der »Zivilisierungsmission« gerechtfertigt, der angeblichen moralischen Notwendigkeit, andere zur Anpassung an durch universelle Werte vorgegebene

Normen zu zwingen. Durch einen merkwürdigen Zufall sind die als universell bezeichneten Werte offenbar stets die, die hauptsächlich in den Augen der Imperialmacht gelten. Der Widerstand der Opfer gegen solch eine fadenscheinige Moralität scheint eine Frage der Ehre zu sein.

Andererseits haben lokale Despotien immer dadurch floriert, dass sie die Grenzen dicht halten und sich jede »Einmischung von außen« in ihre niederträchtigen Taten verbitten konnten. Und angesichts der Ungeheuerlichkeit der Verbrechen, die manchmal unter dem Mantel der Souveränität begangen werden, sind wir für die Probleme der Nichteinmischung immer sensibler geworden. In diesem Zeitalter der Entschuldigungen für frühere Missetaten durch so viele Regierungen und Kirchen sind wir ständig aufgefordert, uns an die vielen – insbesondere die offenbar Mächtigen – zu erinnern, die den Protest gegen die Missetaten anderer versäumten (und damit vielleicht deren Verhinderung). Vom Holocaust bis Ruanda hängt uns der Albatros der Schuld um den Hals. Aber die Schuld der Nichteinmischung begann natürlich nicht mit dem Holocaust. Zuvor gab es bereits die Middle Passage<sup>33</sup> des atlantischen Sklavenhandels und die zahllosen Blutbäder unter indigenen Völkern, ganz zu schweigen von der Kinderarbeit, die bis heute den Globus überzieht.

Wir können uns vor der Beschäftigung mit diesen Bewertungen der Vergangenheit und der Gegenwart also nicht drücken, indem wir das Problem als ein politisches statt eines wissenschaftlichen bezeichnen. Was wir alle unentwegt vermieden haben, ist schließlich eine Diskussion der vielerlei Universalismen. Da es also viele, viele Universalismen gibt, sollten wir ihnen allen dasselbe Gewicht und denselben Raum zugestehen? Das ist eine andere Formulierung der Frage, ob wir vollkommen relativistisch sein sollten. Und die Antwort ist, mit Sicherheit nicht. Denn wenn es auch Formeln gibt, mit deren Hilfe sich viele Universalismen in Übereinstimmung bringen lassen, existieren doch auch miteinander ganz und gar inkompatible Universalismen. Und das zwingt uns zu einer Meta-debatte: Gibt es eine singuläre Hierarchie von Universalismen, von denen einige vernünftig und akzeptabel sind und andere zutiefst abstoßend? Und wenn ja – und ich vermute, dass es so ist – ist dies nicht schlicht ein anderer Weg zurück zu dem einen Universalismus, dem wir zu entgehen

---

<sup>33</sup> Der zweite Schenkel des atlantischen Dreieckshandels, bei dem seit dem 16. Jahrhundert von Europa aus Gewehre, Branntwein und Textilien nach Westafrika verschifft wurden, um von dort Sklaven nach Nord- und Südamerika zu transportieren (Middle Passage), bevor die Schiffe mit Tabak, Zucker, Rum und Baumwolle beladen nach Europa zurückfahren (editor. Anm.).

versuchen? Jedenfalls ist die Feststellung, es gebe eine Hierarchie unter den Universalismen, noch keine Lösung, denn wir müssen immer noch entscheiden, auf welcher Grundlage wir bestimmte Prinzipien entscheiden ausschließen können.

Auf eine solche Frage gibt es keine leichte oder schnelle Antwort. Die einzige echte Alternative ist zu versuchen, verschwommene Grenzen zu ziehen. Wir sind stets bestrebt, das Wahre und das Gute zu vereinigen. Der Weg, nicht das Erreichen eines utopischen Ziels, ist die positive Handlung. Er ist eine moralische Handlung, aber auch eine intellektuelle, außerdem eine Bestrebung, die nur überzeugend durchgeführt werden kann von einem wirklich weltweiten Kollektiv. Jeder wird sich mit einer anderen Biographie in die Aufgabe einbringen, einer anderen Erfahrung mit Prioritäten, einer anderen Einsicht in die möglichen Folgen alternativer Routen. Jeder mag die schlechtesten Impulse oder die schwächste Urteilskraft der anderen in Schranken halten.

In der Praxis wird das moderne Denken von drei Hauptsorten von Universalismen beeinflusst. Zum Einen von den aus den Weltreligionen abgeleiteten (und natürlich gibt es viele Religionen). Zum Zweiten von denjenigen, die auf den für die moderne Welt zentralen weltlichen Idealen der Aufklärung beruhen. Und schließlich von denjenigen, in denen das Gefühl der Mächtigen zum Ausdruck kommt, ihre Macht beruhe auf ihren rechtschaffenen Handlungen, und imperialistische Ausdehnung sei daher eine Tugend und kein Vergehen.

Die letzten zwanzig Jahre haben wieder einmal gezeigt, dass wir den Einfluss der Religionen auf das Denken der Menschen und daher auf die Politik des Weltsystems nicht unterschätzen dürfen. Religionen sind fast per definitionem universalistisch. Selbst wenn sie ihren Ursprung in sehr speziellen Situationen haben, erheben sie fast immer Anspruch auf die universelle Wahrheit und ihre Anwendbarkeit auf alle Menschen. Oft jedoch wird unterstellt, religiöse Universalismen seien mehr als bloß auf alle anwendbar, nämlich sie seien allen als Pflicht auferlegt. Und selbst wenn ihr Ton weniger Zwangscharakter hat, lehren fast alle Religionen, allein ihr Weg führe zur Wahrheit oder zum Heil. Manche Religionen sind ausschließlicher als andere, aber alle beharren auf der Heilkraft gerade ihrer Lehren und Bräuche. Die drei am weitesten verbreiteten Religionen der Welt – Christentum, Islam und Buddhismus – sind alle bekehrende Religionen, die ersten beiden auf aggressive Weise. Das ist zweifellos der Grund dafür, dass sie am weitesten verbreitet sind, oder zumindest könnte ein neutraler Beobachter dieser Meinung sein.

Was also tragen uns die Religionen der Welt auf? Einander zu lieben, jeden zu lieben, und insbesondere diejenigen zu lieben, deren Glauben oder Bräuche wir teilen. Diese Botschaft kann man nicht als eindeutig bezeichnen. Und natürlich waren die Ergebnisse alles andere als eindeutig. Denn obgleich religiöse Autoritäten eindeutig regelmäßig für Frieden und Toleranz eingetreten sind, sind sie doch ebenso eindeutig auch regelmäßig für Gewalt und Intoleranz eingetreten. Die Wege des Herrn sind zweifellos unergründlich, doch wir einfachen Menschen haben es möglicherweise nötig zu versuchen, einen Sinn in diesen Wegen zu erkennen, und – ich wage es kaum zu sagen – etwas Schlüssigeres aus unserem Glauben und unserer Wissenschaft abzuleiten als bloßen Fatalismus.

Humanismus und Naturwissenschaft der Aufklärung sicherten sich natürlich in Rebellion gegen die Vorherrschaft der Religion ihren Anspruch auf einen wirklich universellen Universalismus, zu dem alle Menschen gleichermaßen Zugang hatten durch ihre vernünftige Einsicht und die Fähigkeit zum Verständnis ewiger Wahrheiten, durch ihre Überprüfung dieser Wahrheiten, in Weisen, die jeder nachvollziehen konnte. Wie wir wissen, ist das Problem daran, dass die Menschen mittels all ihrer Einsicht und ihres Verständnisses zu unterschiedlichen Auflistungen von Wahrheiten kamen. Natürlich könnte man vertreten, diese Situation sei vorübergehend und durch eine vernunftgesteuerte Debatte zu lösen (und tat das auch). Aber in der Praxis eliminierte diese Lösung das Problem offenbar nicht. Und Humanismus und Naturwissenschaft der Aufklärung waren gezwungen, eine Hierarchie der Menschen zu schaffen, entsprechend ihrem Maß an Rationalität. Einige waren eindeutig vernunftbegabter als andere, ob dies an ihrer Bildung, ihrer Erfahrung oder ihrer natürlichen intellektuellen Begabung lag. Diese Personen waren die Spezialisten auf dem Gebiet des Wissens, und es erschien einleuchtend, dass eine vernünftiger Welt entstehen könnte, wenn rationellere Personen das, was aus den von ihnen erkannten ewigen Wahrheiten für die Praxis folgte, allen aufzwingen. So beschränkten Humanismus und Naturwissenschaft der Aufklärung denselben uneindeutigen Weg wie die Weltreligionen. Einerseits wurden wir aufgefordert, alle Menschen als vernunftbegabt anzusehen, andererseits die überragende Bedeutung und den politischen Vorrang derjenigen zu respektieren, die vernunftbegabter waren. Wir wurden aufgefordert, einander zu respektieren, jedermann zu respektieren und insbesondere diejenigen zu respektieren, die unsere leistungsorientierten Fähigkeiten und verdienten vorteilhaften Positionen teilen. Auch hier wieder keine eindeutige Botschaft.

Diejenigen, die ihre Universalismen auf den Imperativ des »Macht vor Recht« gründeten, waren zumindest aufrichtiger. Im Grunde genommen standen sie auf dem Standpunkt, alles, was ist, sollte auch so sein, und polarisierende Hierarchien müssten wohl eine Folge von Ungleichheiten in Fähigkeiten, Intelligenz und moralischer Tugendhaftigkeit sein. Im 19. Jahrhundert führte man diese Ungleichheiten auf biologische Ursachen zurück, doch seit die Nazis die logischen Folgerungen aus diesen Theorien konsequent umgesetzt haben, sind biologisch begründete Erklärungen nicht mehr en vogue. Aber nur nicht verzagen! Es war ganz leicht, diese biologischen Erklärungen durch kulturelle zu ersetzen. Über die Inhaber von Macht und Privilegien sagt man, sie seien in dieser Position, weil sie Erben einer Kultur seien, die ihnen Fähigkeiten, Intelligenz und Tugendhaftigkeit mitgegeben hätte. Es ist bemerkenswert, wie auch in diesem Kontext der Begriff der Kultur ins Blickfeld gerät.

Womit jedoch keine der drei Arten von Universalismen – die religiöse, die humanistisch-naturwissenschaftliche oder die imperialistische – dienen kann, ist eine Theorie der vielerlei Universalismen oder sogar die einer Hierarchie von Universalismen. Anscheinend ist jede zu sehr vom Konkurrenzdenken geprägt. Das erklärt vielleicht, warum in der Geschichte der Menschheit das 20. Jahrhundert, in dem Universalismen die größte Rolle spielten, das brutalste war und dasjenige, das die meisten Todesopfer forderte.

Wenn Universalismen verwendet werden, um zu zerstören oder zu unterdrücken, nehmen Menschen zu Partikularismen Zuflucht. Das ist eine naheliegende Verteidigung, meistens eine sehr notwendige, und bis zu einem gewissen Grad funktioniert sie. Partikularismen negieren Universalismen per definitionem. Sie sagen faktisch: »Wir sind anders und Andersartigkeit ist eine Tugend. Eure Regeln treffen auf uns nicht zu oder haben negative Auswirkungen auf uns oder wurden speziell dazu aufgestellt, uns zu schaden. Daher ändern wir sie oder lehnen sie rundheraus ab, und unsere Ablehnung ist moralisch zumindest gleichwertig mit eurer Aufstellung universalistischer Regeln.« Bei näherer Betrachtung wird jedoch klar, dass man aus unterschiedlichen Haltungen heraus auf Partikularismen bestehen und die politische Bedeutung der im Namen der diversen Partikularismen erhobenen kulturellen Ansprüche recht verschieden sein kann.

Zunächst sind da die von den momentanen Verlierern der universalistischen Konkurrenz vorgebrachten Partikularismen. Die momentanen Verlierer sind im Allgemeinen die, die wir »Minderheiten« nennen, wo-

bei Minderheit in erster Linie kein quantitativer Begriff ist, sondern einer des sozialen Ranges; es sind diejenigen, die als (in einer bestimmten Hinsicht) von der dominanten Gruppe verschieden definiert werden – dominant im Weltsystem, dominant in einer institutionellen Struktur innerhalb des Weltsystems, etwa im Staatssystem, der Klassenstruktur, auf den Skalen der Leistungsgesellschaft oder in den konstruierten Rassen- bzw. ethnischen Hierarchien, die wir überall vorfinden. Minderheiten rufen nicht unbedingt als erstes Partikularismen aus. Oft versuchen sie vorher, gleiche Rechte zu fordern, indem sie sich nach den universalistischen Kriterien der Gewinner richten. Doch wie sie dabei regelmäßig feststellen, werden diese Kriterien dann so angewendet, dass die Minderheiten in jedem Fall verlieren. Daher wenden sie sich Partikularismen zu, um damit der so genannten Mehrheit entgegenzutreten.

Der Mechanismus dieser auf Konfrontation ausgerichteten Partikularismen ist bekannt. Er besteht in der Beteuerung, die Verlierer hätten nach universalistischen Kriterien tatsächlich langfristig vor den Gewinnern gelegen, seien aber durch einen Akt der unrechtmäßigen Gewalt vorübergehend zurückgedrängt worden, und die Rangordnung werde mit Sicherheit erneut umgekehrt werden. Oder in der Beteuerung, die universalistischen Kriterien seien in Wirklichkeit partikularistisch und um nichts besser (ja, schlechter) als die partikularistischen Kriterien der Minderheit, und die Rangordnung werde bestimmt wieder umgekehrt werden. Oder im Bestreiten der Möglichkeit irgendwelcher wirklich universalistischer Kriterien, also in der Beteuerung, die Rangordnung sei immer eine Frage der Gewalt und würde, da die Minderheiten zahlenmäßig die Mehrheit bildeten, mit Sicherheit wieder umgekehrt werden. Oder darin, all diese Thesen gleichzeitig zu vertreten. Bei dieser Art von Partikularismus wird immer das »Aufholen« zu der momentan dominanten Gruppe und öfters auch ihr »Übertreffen« betont. Selten die Suche nach einem neuen Universalismus, höchstens einem, der durch die völlige Eliminierung der derzeit dominanten Gruppe erreicht werden kann.

Dann gibt es die Partikularismen der absteigenden Teile der Mittelschicht. In der Sozialwissenschaft ist viel darüber geschrieben worden. Diese Gruppen können sich auf diverse Weisen definieren – über ihre Klasse, Rasse, ethnische Herkunft, Sprache oder Religion. Durch die unablässige Polarisierung der kapitalistischen Weltwirtschaft gibt es immer Gruppen von Menschen, deren Status in der Prestigehierarchie und deren Lebensstandard im Vergleich mit der jüngeren Vergangenheit gesunken sind. Und es ist natürlich, dass solche Menschen voller Sorge, Res-

sentiment und Aggression sind. Möglicherweise konzentrieren sie ihre Wut auf die für ihren Niedergang Verantwortlichen, die ihrerseits zu ihrer Verteidigung auf die Notwendigkeit der Veränderungen für eine Maximierung der gesamtwirtschaftlichen Effektivität der Produktion hinweisen. Aber oft ist nicht leicht festzustellen, welche Handlungen der Mächtigen zum Abstieg führen. Und so geschieht es, dass diejenigen, die solch einen Abstieg erleiden, Gruppen zu Sündenböcken machen, die offenbar noch schwächer sind als sie selbst (von denen man aber, oft fälschlich, annimmt, ihr Status und ihr Einkommen stiegen an).

Diese Geschichte ist überall auf der Welt in den letzten Jahrhunderten so bekannt geworden, dass sie kaum wert ist, weiter ausgeführt zu werden. Beachtenswert ist jedoch, dass wir es in solchen Situationen mit heftig und oft besonders bösartig verfochtenen Partikularismen zu tun haben. Und als Reaktion setzen sich die Gruppen, die zum Ziel dieser Wut und dieses Hasses werden, in extremer Weise für ihre eigenen Partikularismen ein. Damit geraten wir in einen Kreislauf sinnloser Gewalt, der sehr lange anhalten kann, bis die kämpfenden Gruppen sowie der Rest der Welt es leid sind und eine Art Waffenstillstand verhängt wird. Im Laufe dieser Ereignisse wird es auch zum Spiel Dritter, Sündenböcke zu finden. Sie definieren den Konflikt als Ergebnis ewiger Feindschaften. Solche Behauptungen sind häufig offensichtlich falsch, aber sie haben zur Folge, dass den Opfern beider Seiten die Schuld gegeben wird – der ursprünglichen Gruppe, die aufgrund der Zwänge der Kapitalakkumulation einen Abstieg erfährt, und der noch schwächeren Gruppe, der die erste die Schuld gibt – und dass unsere Chance, die relevanten Ursachen des wilden, für beide Seiten verlustreichen Kampfes zu analysieren, minimiert wird. In solchen Situationen kulturelle Partikularismen ins Feld zu führen, ist in keiner Weise positiv, selbst wenn wir verstehen können, wie sie aufgekommen sind. Am Ende können wir aus diesem Teufelskreis nur ausbrechen, indem wir uns auf relevante Universalismen berufen.

Eine dritte Spielart des Partikularismus ist der der ständigen Unterschicht, wie immer sie definiert ist. Dass die zu ihr gehörigen Gruppen sich absondern und von anderen ausgesondert werden, ist für die gesellschaftliche Identitätsbestimmung natürlich elementar. Sie sind die Ausgestoßenen unseres Systems – Schwarze, Roma, Unberührbare, Burakumin, Indios, Aborigines, Pygmäen. Die Behauptung ihrer speziellen Identität war im ganzen und besonders im späten 20. Jahrhundert ein wesentliches Element ihrer politischen Mobilisierung, um minimale politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Rechte zu erhalten. Dass sie ihre

Argumente in manchen Fällen übertrieben, dass sie sich von Zeit zu Zeit dem Gegenrassismus hingaben, scheint weniger relevant als die Tatsache, dass sie trotz all ihrer Bemühungen bestenfalls kleine Erfolge beim Abschütteln der Kategorie der Ausgestoßenen hatten. Tatsache ist, dass immer noch keine dieser Gruppen irgendeine Chance hat, in der Gesellschaft zu bestehen. Und eines der Hauptmittel, mit dem sie im Zaum gehalten werden, ist, dass man jedes Mal, wenn sie das fordern, was in den USA »affirmative action« genannt wird – einen Ausgleich für die oder Hilfe bei der Überwindung der gesammelten negativen Auswirkungen der Jahrhunderte langen (oder längeren) Diskriminierung – das Primat der universalistischen Normen bekräftigt. So zerstörerisch die Folgen der Partikularismen der absteigenden Mittelschicht sein mögen, haben die Partikularismen der ständigen Unterschicht doch insgesamt tendenziell positive Folgen für alle sozialen Schichten. Und die größten Nutznießer der »affirmative action« sind langfristig die so genannten Mehrheiten.

Eine vierte uns allen bekannte Spielart des Partikularismus ist der der saft- und kraftlosen Snobs, die sich ihrer Hochkultur (wieder dieses Wort) rühmen und die Vulgarität der Massen anprangern. Nicht dass die Massen nicht vulgär wären. Das Wort »vulgär« kommt immerhin von dem lateinischen Ausdruck für gewöhnliche Leute. In alten Zeiten definierten die Mitglieder der Aristokratie ihr eigenes Verhalten als Hochkultur und verboten es den gewöhnlichen Leuten, ihre Gewohnheiten zu übernehmen, es gab beispielsweise Kleiderordnungen. Aber das moderne Welt-system hat eine oberflächliche Demokratisierung der Kultur bewirkt. Wir alle dürfen die Bräuche der Hochkultur übernehmen, und immer mehr Menschen auf der ganzen Welt tun das.

Die saft- und kraftlosen Snobs – manchmal besonders unter Menschen sinkenden Wohlstands anzutreffen – sind tatsächlich das Segment der Oberschicht, das entschlossen ist, an seiner kulturellen Abgrenzung von den Massen festzuhalten. Das führt zu einem seltsamen Spiel. Jeder zur Hochkultur gehörige Brauch und jedes solche Artefakt werden, wenn vom allgemeinen Volk kopiert oder sich genehmigt, als vulgär umdefiniert. Und die schwachen Snobs suchen hastig nach neuen Artefakten und Bräuchen. Einer der Orte, an denen sie fündig werden, sind gerade die protestlerischen antisystemischen Praktiken der ständigen Unterschichtgruppen. Dies erzeugt eine ständige Spannung, da diese Artefakte und Bräuche inmitten großer Verwirrung eine dauernde Neubewertung und ständige Neuzeichnung erfahren und alle darum ringen, der eigenen Gruppe die Rechte daran zu sichern.



Es gibt noch eine fünfte Sorte Partikularismus, den der dominanten Eliten. Das ist nicht ganz derselbe wie der der Snobs, denn er gibt sich nicht als Hochkultur aus, sondern als Menge grundlegender kultureller Voraussetzungen, die ich Geokultur genannt habe, die »Unterseite der Geopolitik«.<sup>34</sup> Diese Form des Partikularismus versteckt sich hinter dem Schleier des Universalismus – in der heutigen Welt hinter dem Universalismus der Rationalität. Diese Form des Partikularismus benützt die Brandmarkung des Partikularismus als effektivstes Mittel, um ihre eigene Vorrangstellung geltend zu machen. In den USA nennen wir die sich daraus ergebenden Debatten inzwischen die »culture wars«, die Kriege der Kulturen – wieder dieses Wort!

Diese Spielarten des Partikularismus sind natürlich nicht stärker durch das Gesetz vom ausgeschlossenen Dritten eingeschränkt als die Spielarten des Universalismus. Wir alle bewegen uns ständig zwischen all diesen Varianten hin und her und nehmen zu jeder Zeit und an jedem Ort mehrere dieser Positionen ein. Ebenso wenig sind ihre jeweiligen politischen Implikationen in Stein gemeißelt. Ihre Rolle ist eine Funktion der gesamtgesellschaftlichen Situation, in der sie auftreten und wahrgenommen werden. Aber wir können diese Rollen natürlich beurteilen und wir können sie je nach unseren eigenen Prioritäten unterstützen, ignorieren oder ablehnen.

Wenn wir die lange historische Evolution des modernen Weltsystems betrachten, sehen wir, dass die Entscheidungen zwischen Zeitlichkeiten, Universalismen und Partikularismen einen zentralen Ort in unseren politischen Kämpfen eingenommen haben. Eine der Waffen der Mächtigen war die falsche Definition dieser Debatten und damit ihre Verdunkelung. Sie verwendeten eine Metaphorik, die Zeit und Raum schlicht als Kontexte behandelt, in denen wir leben, statt als Konstrukte, die unser Leben formen. Universalismus und Partikularismus wurden zur kritischen Antinomie erklärt, und wir sollten sie zur Analyse alles sozialen Handelns verwenden können und uns ein für alle Mal für eine der beiden Seiten entscheiden. Das half den Gewinnern und ganz und gar nicht den Verlierern, was der zwingendste Grund dafür ist, warum wir diese Antinomie aus unserem Denken löschen und ein viel komplexeres Verständnis der uns allen offenstehenden Optionen entwickeln müssen.

---

<sup>34</sup> »The Underside of Geopolitics« ist der Titel des zweiten Teils von Immanuel Wallerstein, *Geopolitics and Geoculture: Essays on the Changing World-System*, Cambridge; England: Cambridge University Press, 1991.

Auch Kultur ist nicht einfach da. Schon ihre Definition ist ein Schlachtfeld, wie ich bereits früher ausgeführt habe.<sup>35</sup> Außerdem ist der Gebrauch des Kulturbegriffs mannigfaltig, wie ich in dieser Diskussion zu zeigen versucht habe. Eine der dringlichsten Aufgaben der Cultural Studies heute besteht darin, emotional eine größere Distanz zur Kultur einzunehmen, den Begriff der Kultur selbst sowie die Studierenden des Begriffs als Untersuchungsobjekt zu betrachten. Ebenso müssen wir unser Verständnis der Politik und der Ökonomie der Kultur vertiefen. Die heilige Dreifaltigkeit der liberalen Ideologie – das Politische, das Ökonomische und das Soziokulturelle – ist eine der repressivsten Waffen des Partikularismus der dominanten Schicht. Diese Dreifaltigkeit ist vermutlich die Vorstellung, deren Eliminierung aus dem Denken am schwierigsten und am notwendigsten ist. Wenn ich könnte, würde ich alle drei Adjektive aus unserem Vokabular streichen. Aber ich glaube, das kann ich noch nicht – auch deswegen nicht, weil ich nicht weiß, womit ich sie ersetzen soll.

Stehen Kulturen also in Konflikt miteinander? Zweifellos, aber das allein sagt noch nicht viel. Wir müssen uns bewusst sein, dass unser heutiges historisches System dadurch floriert, dass es möglichst alles zur Ware macht. Mit der Hochkultur geschieht dies seit mindestens zweihundert Jahren, und während der letzten fünfzig Jahre haben wir erlebt, wie die Profitabilität der Hochkultur für alle Beteiligten – für Hersteller kultureller Produkte und Künstler, deren Produkte vermarktet werden – spektakulär in die Höhe geschneilt ist.

Die letzten zwanzig Jahre haben gezeigt, wie auch Protestkultur zu einer Ware gemacht werden kann. Man offenbart seine Identität nicht, man bezahlt, um sie zu offenbaren und man bezahlt dafür, zu beobachten, wie andere ihre offenbaren, und manche Leute verkaufen uns sogar unsere Identität.<sup>36</sup> Man lässt Kultur urheberrechtlich schützen. Heute herrscht ein Kampf zwischen Produzenten von Musik-CDs, die diese CDs verkaufen wollen, und den Betreibern von Internet-Websites, von denen Konsumenten diese CDs kostenfrei herunterladen können. Aber natürlich erwarten die Betreiber der Websites, ihr Geld durch auf der Website platzierte Werbung zu verdienen. Praktisch niemand in diesem Disput

---

<sup>35</sup> »Culture as the Ideological Battleground of the Modern World-System«, *Hittotsubashi Journal of Social Studies* 21, Nr. 1 (August 1989): S. 5–22, Wiederabdruck in Wallerstein, *Geopolitics and Geoculture*, S. 158–83.

<sup>36</sup> Siehe eine hervorragende Diskussion dieses Phänomens in Gilroy, *Against Race*, Kapitel 7 und passim.

spricht sich dafür aus, dass kulturelle Produkte aus dem Warenstatus zurückgeholt werden.

Ist die Kultur, für deren Vorführung wir bezahlen, Ausdruck unseres Erbes, unserer Seele oder sogar unserer politischen Forderungen? Oder zeigt sich hier nur unsere Internalisierung von uns aufgezwungenen Werten, zugunsten des Profites derer, die an der Übertragung dieser Vorführung verdienen? Können wir das überhaupt unterscheiden? Nicht einmal Folklore, die traditionell nicht als Ware definiert wird, entgeht dieser tiefen Verstrickung in die endlose Akkumulation von Kapital.

Wer sind wir also? Wer sind die anderen? Das hängt davon ab, welche Schlacht wir schlagen. Eine lokale, landesweite oder weltweite? Es hängt auch von unserer Einschätzung darüber ab, was innerhalb unseres historischen Systems geschieht. Ich behaupte nun schon seit einiger Zeit, dass unser historisches System, die kapitalistische Weltwirtschaft, sich in einer strukturellen Krise befindet. Ich habe gesagt, wir stehen mitten in einer chaotischen Zeitspanne, in der es zu einer Gabelung kommt, und im Laufe der nächsten fünfzig Jahre wird nicht nur unser momentanes System an sein Ende kommen, sondern auch ein neues beginnen. Schließlich habe ich den Standpunkt vertreten, die Natur dieses neuen Systems sei ihrem Wesen nach unvorhersehbar, würde aber dennoch grundlegend durch unsere Handlungen in dieser Ära des Übergangs geformt, die offenbar für den »freien Willen« optimal ist. Schließlich habe ich behauptet, der unsichere Ausgang könne in einem historischen System münden, das moralisch besser, schlechter oder etwa gleich wie das momentan bestehende ist, es sei aber unsere moralische und politische Pflicht, nach einem besseren zu streben.

Ich werde hier nicht meine Argumente für das Bestehen einer solchen strukturellen Krise wiederholen und auch nicht für die Chronosophie, die ich verwende. Stattdessen möchte ich die möglichen »Wirs« und die entsprechenden anderen in diesem entscheidenden Abschnitt eines Kampfes umreißen, der gleichzeitig politisch, wirtschaftlich und kulturell ist.

Beginnen möchte ich mit der Zurückweisung einiger möglicher »Wirs«. Ich glaube nicht, dass wir wirklich einen Kampf der Kulturen erleben oder erleben sollten, in dem die westliche, die islamische und die ostasiatische Welt sich feindlich gegenüberstehen. Manche Menschen möchten uns dies glauben machen, um unsere Position in den wirklichen Schlachten zu schwächen. Aber über das Gerede von Politikern und Kommentatoren hinaus sehe ich wenige echte Belege für einen solchen Konflikt. Die vielerlei Universalismen und Partikularismen, die ich skizziert habe, existieren

tieren innerhalb jeder dieser angeblichen Arenen der Zivilisation, und zwar in nicht signifikant unterschiedlichen Proportionen.

Der Kampf der Kulturen ist natürlich eine der Formeln, um Nord-Süd-Konflikte zu umreißen. Ich glaube zwar, dass Nord-Süd-Konflikte eine grundlegende politische Realität der heutigen Welt sind – wie könnten sie das nicht sein in einem sich ständig polarisierenden Weltsystem? –, aber ich schließe daraus nicht, dass Tugend sich aus Geographie ableitet oder dass die Sprecher jeder Seite zu irgendeiner Zeit notwendigerweise die Interessen der größeren Gruppe vertreten, die sie angeblich repräsentieren. Es sind zu viele querlaufende Interessen im Spiel, zu viele taktische Torheiten, als dass irgendwer sich in den endlosen Gefechten vorbehaltslos auf die eine oder andere Seite schlagen könnte. In der Grundaussage jedoch, dass es ein Ende der Polarisierung und eine drastische Verschiebung in Richtung einer gerechteren Verwendung der weltweiten Ressourcen geben muss, kann es in meinen Augen keine Uneindeutigkeit geben. Sie ist für mich eine moralische und politische Priorität.

Besteht das »Wir« also aus denen, die im Klassenkampf auf unserer Seite stehen? Nun, natürlich, aber was genau bedeutet das? Wir können eine Trennlinie ziehen zwischen denjenigen, die vom durch andere produzierten Überschuss leben, und denjenigen, die nicht den gesamten von ihnen produzierten Überschuss behalten, und die so entstandenen Gruppen können wir Bourgeoisie und Proletariat nennen oder ähnlich. Aber natürlich besteht tatsächlich innerhalb jeder dieser Kategorien eine komplexe, sich überschneidende interne Hierarchie. Das existierende System hat nicht zwei homogene Klassen hervorgebracht (und noch viel weniger eine homogene Menschheit), sondern ein subtiles Geflecht von Privilegien und Ausbeutung. Deswegen haben wir so viele Arten von Partikularismen. Dieses Bild auf zwei Lager zu reduzieren, ist keine einfache Aufgabe, wie kein anderer als Karl Marx in seiner klassischen politischen Analyse *Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte* demonstrierte. Wenn sogar Mao Zedong darauf bestand, dass der Klassenkampf innerhalb einer sozialistischen Gesellschaft weitergehe, macht uns das bewusst, wie vorsichtig wir damit sein müssen, »Wirheit« auf der Grundlage von Klasse zuzuschreiben.

Dann gibt es die »Wirheit« der Nationalität. Der Nationalismus hat sich in den letzten zweihundert Jahren als extrem starker Appell an die Solidarität erwiesen, und wenig deutet darauf hin, dass er seinen Reiz verloren hat. Wir sind uns alle der aus dem Nationalismus erwachsenen zwischenstaatlichen Konflikte bewusst. Aber ich möchte an die aus dem

Nationalismus erwachsenen Konflikte innerhalb von Staaten erinnern. Denn Nationalismus ist kein kostenloses Gut.

Nehmen wir zum Beispiel Japan. In der Post-Meiji-Ära wurde der Nationalismus zur starken Waffe beim Aufbau eines modernen Staates, eines mächtigen Staates, der seine Ziele, was die Verbesserung des relativen Status Japans im Weltsystem angeht, erreichte. Er führte letztlich zur Einnahme Koreas, der Invasion Chinas, der Eroberung Südostasiens und dem Angriff auf Pearl Harbor. Japan verlor den Zweiten Weltkrieg und bezahlte mit Hiroshima einen grauenhaften Preis. Nach dem Krieg wurde der Nationalismus selbst zu einem Element des internen Konflikts in Japan. Manche fürchten, jegliche Wiederbelebung nationaler Symbole könnte die Wiedereinsetzung eines militaristischen, aggressiven und intern repressiven Regimes auslösen, andere haben das Gefühl, allein Japan würde, zum Schaden der so genannten traditionellen Werte, seine nationale Identität verweigert.

Japan steht nicht allein in diesem Konflikt um den Nutzen einer national(istisch)en Identität. Sowohl in China als auch in den USA existiert derselbe latente (und nicht so latente) Konflikt. Aber das gilt für eine ganze Reihe weiterer Staaten überall auf der Welt. Ich ziehe daraus den Schluss, dass die Berufung auf eine nationale Identität so ähnlich ist wie ein riskanter operativer Eingriff. Beides ist in manchen Situationen überlebenswichtig (oder wichtig für eine Verbesserung der Gesundheit), aber man muss sich vor dem Chirurgen (politischen Oberhaupt) hüten, dessen Hand abrutscht, und vor den Nebenwirkungen, die kein Chirurg (politisches Oberhaupt) hätte verhindern können.

Wenn ich also Zivilisation, Klasse und Nation als leichte, einfache Kriterien für »Wirheit« ablehne (ganz zu schweigen von Rasse, einem vollkommen böswilligen und aus der Luft gegriffenen Kriterium), was hilft uns dann in den kommenden fünfzig Jahren bei der Navigation durch die schwierigen Wasser eines chaotischen Übergangs von dem historischen System, in dem wir leben, zu einem alternativen System, in dem unsere Nachkommen leben werden? Nichts, was so leicht zu bestimmen wäre.

Beginnen wir mit dem Aufstellen moralischer und politischer Ziele. Wenn ein historisches System in der Krise ist, kann man sich, wie mir scheint, in eine von zwei Grundrichtungen bewegen. Man kann versuchen, die hierarchische Struktur des bestehenden Weltsystems zu erhalten, wenn auch in neuen Formen und vielleicht auf neuen Grundlagen. Oder man kann versuchen, die Ungleichheiten so weit wie möglich zu verringern, wenn nicht sogar vollkommen zu eliminieren. Und daraus

folgt, dass die meisten (aber nicht alle) von uns sich je nach dem Maß an Privilegien, die wir im heutigen System genießen, für eine der Alternativen entscheiden werden. Es könnten also zwei große Lager entstehen, die weder anhand von Zivilisation, noch von Nationalität, noch von heutigen Definitionen des Klassenstatus identifizierbar wären.

Die Politik der zwei Lager ist nicht schwer vorherzusagen. Das für Hierarchien eintretende Lager wird die Vorteile seines momentanen Wohlstands genießen, seine Macht also, durch die es über Intelligenz und Kultiviertheit, ganz zu schweigen von Waffenarsenalen, verfügt. Dennoch, seine Stärke ist zwar offensichtlich, aber einer Einschränkung unterworfen, nämlich der Sichtbarkeit. Da dieses Lager per definitionem die numerische Minderheit der Weltbevölkerung darstellt, muss es andere zu seiner Unterstützung gewinnen, indem es neben Hierarchien weitere Themen anspricht. Es muss seine Prioritäten weniger sichtbar machen. Das ist nicht immer leicht, und sofern es gelingt, kann es Verwirrungen auslösen und die Solidarität unter seinen Kernmitgliedern verringern. Es ist also kein garantierter Sieg.

Ihm gegenüber stünde das Lager der numerischen Mehrheit. Doch dieses ist von den vielerlei Partikularismen und sogar von den vielerlei Universalismen stark gespalten. Die Formel, die diese Uneinigkeit überwinden kann, wurde bereits aufgestellt. Es ist die Formel der Regenbogenkoalition. Aber das ist viel leichter gesagt als getan. Die Vorteile jedes Teilnehmers in solch einer Formel sind mittelfristig, und kurzfristige Überlegungen drängen sich uns allen mit großer Regelmäßigkeit auf. Wir haben selten die Disziplin, oder auch nur die Ressourcen, um kurzfristige Vorteile zu ignorieren. Schließlich leben wir als Individuen in der kurzen Frist. Nur als Kollektiv leben wir im mittelfristigen Bereich und können so eine alternative Zeitlichkeit in unserer Prioritätenliste berücksichtigen. Und wenn man über die Bildung einer weltweiten statt einer landesweiten Regenbogenkoalition nachdenkt, wird klar, was für eine gewaltige politische Aufgabe das ist und wie wenig Zeit zum Schmieden einer solchen Koalition bleibt.

Wie also packt man den Versuch dazu an? Zum Teil ist dies eine politische Aufgabe, der gleichzeitig auf lokaler, landesweiter, regionaler und globaler Ebene nachgegangen werden muss. Soll die Bildung einer einflussreichen Koalition erfolgreich sein, muss man sich auf die mittelfristige Frage konzentrieren, wie das neu zu errichtende System aussehen soll, darf dabei aber das kurzfristige Problem der Linderung des Leidens unter dem bestehenden System nicht aus den Augen verlieren. Ich glaube, es

ist nicht meine Funktion, eine politische Strategie noch genauer zu skizzieren. Stattdessen möchte ich mich auf den intellektuellen Beitrag konzentrieren, den die Sozialwissenschaft in dieser Ära des Übergangs leisten kann.

Ich glaube, als erstes können wir die sozialwissenschaftlichen Kategorien, die das bestehende Weltsystem uns vermacht hat und die uns bei unseren Analysen nicht nur der heutigen Realität, sondern auch der von uns zu schaffenden möglichen Alternativen so sehr behindert haben, aus dem Denken löschen. Die Existenz der vielerlei Zeitlichkeiten, vielerlei Universalismen und vielerlei Partikularismen zu erkennen, ist ein erster Schritt. Aber wir müssen viel mehr tun, als ihre Existenz bloß einzugestehen, wir müssen anfangen herauszubekommen, wie sie sich ineinander fügen und was in welcher Situation die optimale Mischung ist. Das ist das Programm für einen Riesenumbau unserer Wissenssysteme.

Bis jetzt habe ich noch nicht über die »zwei Kulturen« gesprochen – diese angeblich grundlegende epistemologische Spaltung zwischen den Geistes- und den Naturwissenschaften. Diese Spaltung, innerhalb der Sozialwissenschaften im *Methodenstreit* zwischen ideographischen und nomothetischen Ansätzen reproduziert, ist tatsächlich eine neuere Erfindung. Sie ist nicht älter als 200 bis 250 Jahre und ein wichtiges Werk des modernen Weltsystems. Sie ist außerdem äußerst irrational, da Naturwissenschaft ein kulturelles Phänomen ist, eine Gefangene ihres kulturellen Kontexts, und die Geisteswissenschaften keine Sprache haben, die nicht wissenschaftlich wäre, denn ansonsten könnten sie ihre Botschaft nicht kohärent kommunizieren.<sup>37</sup>

Eine Sache, die wir alle tun müssen, ist, viel mehr zu lesen. Lesen ist ein Teil des Prozesses der theoretischen Entdeckungen, des Aufdeckens der Hinweise und Verbindungen, die in der Masse der abgelegten Wissensprodukte vergraben liegen. Wir müssen unseren Studenten den Weg weisen zur Reflexion über grundlegende epistemologische Fragen. Wir müssen aufhören, uns vor Philosophie oder Naturwissenschaft zu fürchten, denn letztlich sind sie dasselbe, und wir können nur eine davon betreiben, indem wir beide betreiben oder indem wir erkennen, dass sie ein einziges Unterfangen sind. In diesem Prozess werden wir uns vollkom-

---

<sup>37</sup> Meine Argumente zur Erläuterung dieser These finden sich in »The World of Knowledge«, dem zweiten Teil von Immanuel Wallerstein, *The End of the World As We Know It: Social Science for the Twenty-first Century*. Minneapolis: University of Minnesota Press, 1999.

men der vielerlei Universalismen bewusst werden, die unser Universum regieren, und zum ersten Mal wesentlich rationell sein, das heißt, einen Konsens erreichen, wie vorläufig auch immer, über die Prioritäten der Werte und der Wahrheiten in einem Universum, in dem wir uns ständig entscheiden und daher kreativ sein müssen.

Wenn Sozialwissenschaftler – nein, wenn alle Wissenschaftler, egal in welchem Feld – Erfolg haben bei solch einem Neuanfang ihres Unternehmens, und das ist ein sehr großes Wenn, werden wir massiv zu den historischen Entscheidungen beigetragen haben, die alle von uns in dieser Ära des Übergangs notwendigerweise treffen. Auch das wird nicht das Ende der Geschichte sein. Aber es wird uns gestatten, auf einer besseren Basis weiterzumachen.

Angeblich gibt es ein Sprichwort der Qing-Dynastie: »Die Menschen fürchten die Herrscher; die Herrscher fürchten die fremdländischen Teufel; die fremdländischen Teufel fürchten die Menschen.« Natürlich hatten die Qing bereits Erfahrungen mit dem modernen Weltsystem. Aber wir, die Menschen, wir sind auch die fremdländischen Teufel. Letztlich gibt es keine anderen, oder zumindest keine anderen, die wir nicht kontrollieren können, wenn wir es uns kollektiv vornehmen, es diskutieren, Alternativen abwägen und uns kreativ entscheiden. In einer sozial konstruierten Welt sind wir es, die die Welt konstruieren.



# Kapitel 7

## Demokratie: Rhetorik oder Realität?

### Demokratie und das Weltsystem bis heute

Heute ist Demokratie die allgemeine Parole. Wer würde sie nicht zu einer guten Sache erklären und welcher Politiker nicht beteuern, die Regierung, deren Teil er ist, praktiziere sie und die von ihm repräsentierte Partei wolle sie erhalten und ausweiten? Nur mit Mühe erinnert man sich, dass »Demokratie« in der Zeit von der Französischen Revolution bis mindestens 1848 ein Wort war, das nur gefährliche Radikale verwendeten.<sup>38</sup> Diverse linksextreme Organisationen in den 30er- und 40er Jahren des 19. Jahrhunderts nannten sich »demokratisch«.<sup>39</sup> Jemandem in der Zeit der Heiligen Allianz vorzuwerfen, er sei Demokrat, war nach damals geltenden Normen etwas Ähnliches wie in der westlichen Welt nach 1945 die Bezeichnung als Kommunist.

---

<sup>38</sup> Siehe die Diskussion über das wie ein Talisman verwendete Wort Demokratie zum Zusammentrommeln der revolutionären Linken in James Billington, *Fire in the Minds of Man*. New York: Basic Books, 1980. Billington beschreibt die Entwicklung einer revolutionären Sprache von »Demokratie« bis »Kommunismus« in der Zeit von 1789 bis 1848.

<sup>39</sup> Die meisten dieser Gruppierungen waren kurzlebig und klein, aber die von ihnen gewählten Namen sind aufschlussreich: Democratic Friends of All Nations, Fraternal Democrats, Association Démocratique, Comité Central Démocratique Européen. Siehe auch die Namen der Zeitschriften: *Demokratisches Tagebuch für das Deutsche Volk*, *Le Débat social, organe de la démocratie*. Als sich 1837 in England eine Gruppe von der Working Men's Association abspaltete, weil diese zu friedliebend war, nannte sie sich Democratic Association. Siehe A. Müller Lehning, *The International Association 1855-1859: A Contribution to the Preliminary History of the First International*. Leiden: E. J. Brill, 1938, 4, 11-18. Noch 1872 erklärte Fustel de Coulanges, dessen Politik konservativ, aber republikanisch war, die Entstehung des Zweiten Reiches so: »Wenn die Republikaner, die Louis-Philippe gerade [von seinem Thron] vertrieben hatten, nicht auch naive Demokraten gewesen wären und nicht das allgemeine Wahlrecht eingeführt hätten, hätte die Republik in Frankreich in diesen letzten 24 Jahren ganz bestimmt weiter bestanden (Coulanges, »Considérations sur la France«, in François Hartog, *Le XIXe siècle et l'histoire: Le Cas Fustel de Coulanges*, Paris: Presses Universitaires de France, 1988, 238).

Nach einer heftigen Auseinandersetzung zwischen Mazzini (der sich selbst Demokrat nannte) und den Sozialisten 1848 nahmen diese in ihr Motto den Begriff »sozial« auf und traten künftig dem Wortlaut nach »für eine allgemeine, demokratische und soziale Republik« ein.<sup>40</sup> Das ist vermutlich der Ursprung des späteren Begriffs »Sozialdemokraten«, dessen Wortteil »sozial« zur Unterscheidung für notwendig erachtet wurde, weil »demokratisch« allein, nun da auch Vertreter einer mehr zur Mitte tendierenden Politik sich das Wort zu eigen gemacht hatten, nicht länger radikal bedeutete. Es sollte noch mindestens fünfzig Jahre dauern, ehe auch Konservative es sich aneignen würden.

Bei jedem Wort hängt alles davon ab, mit welchem Inhalt wir es füllen. Ein möglicher Gebrauch von »Demokratie« ist die heutzutage weitverbreitete Definition der Freiheit von willkürlicher politischer Macht. Dieser Definition zufolge ist Demokratie mehr oder weniger die Umsetzung einer individualistischen liberalen politischen Agenda. Äußerlicher Maßstab für die in einem Land herrschende Demokratie ist für sie, ob dort mehrere Parteien in freien Wahlen gegeneinander antreten, ob dort keine unter direkter politischer Kontrolle der Regierung stehenden Kommunikationsmedien existieren, ob man ohne staatliche Einmischung seinen religiösen Glauben ausüben kann – kurz der Umfang, in dem all das, was man gewöhnlich »bürgerliche Freiheiten« nennt, tatsächlich auf dem Gebiet eines bestimmten Staates ausgeübt wird.

Unter Verwendung dieser Definition wird die geschichtliche Entwicklung von Demokratie meist als linear verlaufender Prozess beschrieben. Das gebräuchliche theoretische Modell beginnt implizit mit einem »absoluten Monarchen« oder seinem Pendant. Dem Staatsoberhaupt die Entscheidungsgewalt abzurufen, oder es zumindest zu zwingen, seine Macht mit einer gewählten Legislative zu teilen, ist ein Entwicklungsschritt. Das legale Eingreifen des Staats in die so genannte Privatsphäre zu begrenzen, ein weiterer. Sicherzustellen, dass Kritiker weder zum Schweigen gebracht noch bestraft werden, wiederum ein Entwicklungsschritt. Wenn man diese Kriterien anwendet, stellt man fest, dass es in der paneuropäischen Welt (Westeuropa, Nordamerika, Australien und Neuseeland) heute am besten aussieht und in der übrigen Welt, in sehr unterschiedlichem Grade, weniger gut. Ein Teil des Protests, den die Aufnahme der Partei Jörg Haider in die österreichische Regierung letztes Jahr auslöste, war die Angst,

---

<sup>40</sup> Siehe Lehning, International Association, S. 24-25 und Anhang 10, S. 90-96.

dass Österreich auf dieser Art von Zählkarte künftig schlechter aussehen würde.<sup>41</sup> Wenn westliche Politiker heute darüber sprechen, wie demokratisch ein Land ist, ist dies normalerweise ihr Maßstab. Ja, die US-Regierung gibt jetzt seit ein paar Jahren jährlich formale Protokolle über andere Regierungen heraus und wendet dabei genau solche Kriterien an.

Nun sind bürgerliche Freiheiten tatsächlich sehr wichtig. Immer, wenn sie ernsthaft beschnitten werden, wissen wir ganz genau, wie wichtig sie sind. Unter Regimen, die die bürgerlichen Freiheiten einschränken und die wir üblicherweise als »Diktaturen« bezeichnen, gibt es immer ein gewisses Maß an Widerstand, insbesondere von Personen, die ihre Meinung in der Öffentlichkeit vertreten möchten (Intellektuelle, Journalisten, Politiker, Studenten), eine Opposition, die bei sehr starker Unterdrückung möglicherweise tief im Untergrund tätig ist. Wenn das Regime aus irgendwelchen Gründen schwächer wird und sein Sturz gelingt, feiern die Menschen normalerweise unter anderem das Ende dieser Arten von Unterdrückung. Wir wissen also, dass bürgerlichen Freiheiten, wo und wenn sie existieren, geschätzt, geachtet und genutzt werden.

Aber wir wissen auch, dass die Durchschnittsperson bürgerliche Freiheiten zwar als wünschenswert ansieht, aber selten ganz oben in ihrem politischen Programm stehen hat. Und in Staaten, in denen die bürgerlichen Freiheiten durch das Regime im Großen und Ganzen respektiert werden, reicht allein das offenbar meist nicht aus, um nach Auffassung des Durchschnittsmenschen eine demokratische Gesellschaft zu gewährleisten. Sonst gäbe es bei uns nicht so viel politische Gleichgültigkeit und Politikabstinenz. Bei einem Blick auf die so genannten liberalen Staaten mit einem relativ hohen Grad an bürgerlichen Freiheiten finden wir eine ganze Reihe anderer Themen, die für die meisten Menschen von Bedeutung sind, ihnen Anlass zur Beschwerde geben und ihre politischen Prioritäten beeinflussen.

Die Beschwerden lassen sich, wie mir scheint, in drei Hauptkategorien einteilen: Beschwerden über Korruption, materielle Ungleichheiten und den unangemessenen Umfang des Bürgerbegriffs. Beginnen wir mit Korruption. Diesem Thema wird mit einem unglaublichen Maß an Zynismus begegnet, und dazu gibt es auch allen Grund. Man hätte Schwierigkeiten, sollte man weltweit eine einzige Regierung nennen, die während der letzten hundert Jahre nicht in einen, mehrere oder viele Korruptionsskandale verstrickt gewesen wäre. Natürlich ist auch das ein wenig eine Frage der

---

<sup>41</sup> Das ist nur ein Teil der Geschichte um Jörg Haider. Siehe Kapitel 4.

Definition. Wenn wir mit Korruption die private Sicherstellung der Dienste oder Entscheidungen einer öffentlichen Figur, eines Politikers oder eines Beamten meinen, so findet sie natürlich ständig statt, oft in Form von Provisionen aus Regierungsverträgen. In ärmeren Ländern ist dies möglicherweise häufiger oder wird häufiger publik gemacht; bei denjenigen, die hier für Korruption sorgen, handelt es sich oft um Staatsbürger wohlhabenderer Länder, um Unternehmer sowie Repräsentanten anderer Regierungen. Offene Bestechung ist jedoch der kleinste Teil der Geschichte.

Ein viel grundlegenderes Problem ist das Maß, in dem Geld Zugang verschafft. Diese Art der Korruption ist allgegenwärtig in den Operationen der Regime wohlhabenderer Staaten – genau denen mit den besseren Ergebnissen bei den bürgerlichen Freiheiten. Politik in einem Mehrparteiensystem ist ein teures Spiel und wird ständig teurer. Die meisten Politiker und die meisten politischen Parteien haben finanzielle Bedürfnisse, die weit über das hinausgehen, was die relativ kleinen Beiträge ihrer Unterstützer einbringen können. Wir alle wissen, was als Folge dessen geschieht. Wohlhabende Spender (Einzelpersonen oder Unternehmensgruppen) bieten, manchmal mehreren konkurrierenden Parteien gleichzeitig, große Summen. Und dafür erwarten sie ein gewisses stillschweigendes Entgegenkommen ihren Bedürfnissen gegenüber und einen Ansatzpunkt für ihre Lobbyarbeit.

Theoretisch operieren Kapitalisten über den Markt und wollen, dass die Regierung sich aus dem Marktgeschehen heraushält. In der Praxis ist die Regierung, wie jeder Kapitalist weiß, in mehrfacher Hinsicht für den Markterfolg entscheidend – indem sie relative Monopole möglich oder unmöglich macht, im großen Stil ein fast monopsonistischer Käufer teurer Güter ist und makroökonomische Entscheidungen trifft, darunter natürlich die der Besteuerung. Kein seriöser Kapitalist kann es sich leisten, Regierungen zu ignorieren, weder seine eigene noch die der Länder, in denen er operiert. Aber da es die Priorität von Politikern sein muss, an der Macht zu bleiben oder sie zu erlangen, und da sie große finanzielle Bedürfnisse haben, kann es sich ein seriöser Kapitalist ebenfalls nicht erlauben, diese offensichtliche Möglichkeit zur Druckausübung auf die Regierung zu ignorieren, sonst wird er gegenüber seinen Konkurrenten oder feindlichen Interessen den Kürzeren ziehen. Daher ignoriert auch kein seriöser Kapitalist Regierungen, und allen seriösen Kapitalisten ist die Tatsache, dass Politiker finanzielle Bedürfnisse haben, sehr präsent. Folglich ist Korruption absolut normal und aus dem politischen Alltag der kapitalistischen Weltwirtschaft nicht wegzudenken.

Dennoch, Korruption ist nicht nur illegal, sie verstößt gegen die regelmäßig erklärten Normen eines ehrlichen Regierungsstils und einer neutralen Verwaltung. Wenn einer wichtigen Norm täglich zuwidergehandelt wird, ist die einzig mögliche Folge weitverbreiteter Zynismus. Und den haben wir. Zynismus kann zu recht unterschiedlichen Reaktionen führen. Eine Reaktion ist, »rein da mit unseren Jungs«. Eine andere ist, alles zu tun, um den Schaden durch Korruption zu begrenzen. Eine dritte ist, sich aus der aktiven Teilnahme an der Politik zurückzuziehen. Jede Reaktion ist mit eigenen Schwierigkeiten verbunden. Das Problem daran, »unsere Jungs da reinzubringen«, ist, dass es selten die Kluft zwischen der Norm und der Realität schließt. Das Problem an dem Versuch der Schadensbegrenzung ist, dass sie so schwer zu bewerkstelligen – ja, fast unmöglich – ist, dass der Versuch oft nicht der Mühe wert zu sein scheint. Und dies bringt mehr und mehr Menschen dazu, sich für die dritte Reaktion zu entscheiden, den Rückzug, was die Korrupten ungestört weiter regieren lässt.

Eine weitere Möglichkeit ist jedoch, Demokratie neu zu definieren, indem man die vorherige Definition erweitert und auf entscheidenden Resultaten – zusätzlich zu bloßen Wahlen – besteht. Das Wahlrecht hat natürlich in den letzten beiden Jahrhunderten eine wichtige Entwicklung erfahren. Inzwischen ist das allgemeine Erwachsenenwahlrecht in fast jedem Staat die Norm. Wenn man bedenkt, wo die Welt vor zweihundert Jahren stand, ist dies eine große strukturelle Veränderung. Und wie bereits gesagt, wird das allgemeine Erwachsenenwahlrecht regelmäßig als Ankunft der Demokratie gefeiert. Ein Blick auf die Geschichte der Ausweitung des Wahlrechts<sup>42</sup> zeigt unmittelbar, dass diese immer Ergebnis eines politischen Kampfes und meist ein Zugeständnis der Machthabenden an Bewegungen von Menschen ohne Wahlrecht war.

In jeder Diskussion um solch eine Erweiterung des Wahlrechts debattierten unter den Lenkern der politischen Maschinerie hauptsächlich die Ängstlichen (die die Knallharten mimten) mit den Fortschrittlichen. Die Ängstlichen meinten, das Wahlrecht auszudehnen, hätte für die Kontrolle im Staat schwerwiegende negative Konsequenzen, denn damit würde Personen politische Macht in die Hände gelegt, die das existierende so-

---

<sup>42</sup> Siehe zum Beispiel die Arbeit von Stein Rokkan, darunter den Artikel über die Ausdehnung des Wahlrechts, »Electoral Systems«, in *Citizens, Elections, Parties: Approaches to the Comparative Study of the Processes of Development*. Oslo: Universitetsforlaget, 1979, S. 147-168.

ziale System ruinieren würden. Das war das Thema der »ungewaschenen Massen«, die drohten, gesellschaftlich wichtige Personen zu vertreiben. Die Fortschrittlichen vertraten die entgegengesetzte Position, die »gefährlichen Klassen« würden, hätte man ihnen erst das Wahlrecht gewährt, schon durch die Tatsache ihrer nominellen Einbindung in den politischen Prozess weniger gefährlich und die gefürchteten politischen Veränderungen würden entweder nicht auftreten oder sich als unwichtig erweisen.

Die breiten Zugeständnisse, für die die Fortschrittlichen eintraten, wurden schließlich großflächig übernommen, und wie sich herausstellte, hatten diese mit ihrer Vorhersage, ein erweitertes Wahlrecht würde nicht zum Umsturz führen, Recht gehabt. Im Gegenteil, die Zugeständnisse durchkreuzten die revolutionären Neigungen der ungewaschenen Massen offenbar tatsächlich. Allerdings lag das natürlich teilweise daran, dass die Zugeständnisse über das bloße Wahlrecht hinausgingen. Sie betrafen außerdem das, was allgemein der »Wohlfahrtsstaat« genannt wird. Wenn wir diesen grob definieren als alle staatlichen Handlungen, die Erhöhungen des Lohnniveaus unterstützen und möglich machen, sowie die Verwendung des Staates für einen gewissen Grad der Umverteilung des weltweiten Überschusses, dann existiert der Wohlfahrtsstaat natürlich gewissermaßen schon seit über einem Jahrhundert und praktisch überall auf der Welt (allerdings natürlich in sehr unterschiedlichem Maße).

Tatsächlich können wir die positiven Folgen der Umverteilung durch den Wohlfahrtsstaat in drei Hauptkategorien einteilen, Reaktion auf drei grundlegende Forderungen, die Durchschnittsmenschen an Staaten stellen. Diese Kategorien sind Gesundheit, Bildung und Lebenseinkommen. Praktisch alle Menschen wollen Leben und Gesundheit für sich und ihre Familien so weit wie möglich verlängern. Praktisch alle Menschen wollen Bildung und Ausbildung für sich und ihre Familien, hauptsächlich um ihre Lebenschancen zu verbessern. Und fast alle Menschen sorgen sich um die unterschiedliche Höhe ihres realen Einkommens im Laufe ihres Lebens und wollen nicht nur ihr momentanes Einkommen erhöhen, sondern auch heftige Schwankungen abfedern. All das sind natürlich vollkommen vernünftige Ziele, und sie spiegeln sich regelmäßig in aktuellen politischen Programmen wider.

Tatsächlich ist im Laufe der letzten zweihundert Jahre in dieser Hinsicht einiges erreicht worden. In Sachen Gesundheit hatten wir Regierungen, die sich aktiv für die Verbesserung der hygienischen Verhältnisse, die Bereitstellung medizinischer Präventivmaßnahmen (wie Massenimpfungen), die Subventionierung von Krankenhäusern und Kliniken, die

Verbreitung medizinischer Informationen und die Bereitstellung diverser Arten von Krankenversicherungen sowie bestimmter kostenloser Dienste eingesetzt haben. In Sachen Bildung steht heute, während vor zweihundert Jahren praktisch niemand eine formelle Bildung erhielt, eine Grundbildung fast überall zur Verfügung, weiterführende Bildung ist weit (wenn auch unregelmäßig) verbreitet und selbst universitäre Bildung ist, zumindest in den wohlhabenderen Staaten, einer signifikanten Zahl von Menschen zugänglich. Was ein garantiertes Lebenseinkommen angeht, so haben wir Programme der Arbeitslosenversicherung, Altersrenten und diverse andere Methoden, Schwankungen im Lauf der Lebensspanne auszugleichen. Allerdings sind Programme zur Garantie eines Lebenseinkommens viel ungleichmäßiger über das Weltsystem verteilt als Gesundheits- und Bildungsmaßnahmen.

Wir sollten diese positiven Auswirkungen des Wohlfahrtsstaats vorsichtig bewerten. Einerseits stellen sie einen bemerkenswerten strukturellen Unterschied zur Situation vor zweihundert Jahren dar, als diese Programme und Mechanismen fast alle unbekannt und politisch undenkbar waren. Andererseits profitiert aus diesen Programmen hauptsächlich der Teil der Weltbevölkerung, den wir die Kader des Systems nennen könnten, oder die Mittelschicht. Diese Mittelschicht ist, das ist wichtig festzuhalten, nicht gleichmäßig über das Weltsystem verteilt. In einem Drittweltland mögen höchstens fünf Prozent der Bevölkerung in eine solche Kategorie fallen, während sie in den wohlhabendsten Staaten vielleicht 40 bis 60 Prozent ausmacht.

Durch die Linse der nationalen Statistik betrachtet haben wir also die Situation, dass es in der Minderheit der Staaten der Mehrheit der Bevölkerung besser geht als ihren Vorfahren vor zweihundert Jahren. Gleichzeitig ist die gesellschaftliche Polarisierung des Weltsystems mit rasender Geschwindigkeit weitergegangen, nicht nur zwischen den Ländern, sondern auch innerhalb der Länder. Darüber hinaus ist diese Polarisierung nicht bloß relativ, sondern für einen gewissen Teil der Weltbevölkerung (der schwer zu messen ist, aber nicht sehr schwer zu beobachten) absolut.

Und doch, obwohl die Auswirkungen wohlfahrtsstaatlicher Umverteilung viel geringer ausfallen, als wir gewöhnlich glauben oder die Propagandisten des Weltsystems uns ständig erzählen, sind die Kosten der Umverteilung, soweit sie stattgefunden hat, doch beträchtlich, und dies spiegelt sich in den relativ hohen Steuersätzen der wohlhabenderen Länder wider. Diejenigen, die Steuern zahlen sollen, beschweren sich fortwährend über deren Höhe. Aber es stimmt, dass die Steuerbeträge heute

höher sind als vor 50, 100 oder 200 Jahren – für die Ober- sowie die Mittelschicht der Weltbevölkerung und für kapitalistische Unternehmen.

Natürlich bewirkt diese Umverteilung Vorteile für Kapitalisten, denn sie erhöht die effektive Nachfrage. Aber es ist überhaupt nicht gesichert, dass die Erhöhung der effektiven Nachfrage den Verlust durch Steuern langfristig wettmacht. Und dies gilt aus einem einfachen Grund. Politisch wurde die weitverbreitete Forderung nach Demokratisierung in die Forderung nach Umverteilung in einem ständig höheren Maß übersetzt – und nicht nur steigt dieses Maß innerhalb der Länder an, sondern diese Forderungen breiten sich auch in mehr und mehr Länder aus, was einen Anstieg innerhalb des gesamten Weltsystems bedeutet.

Nun ist diese Art der Demokratisierung bei Kapitalisten im Allgemeinen weniger beliebt als bürgerliche Freiheiten, und die Bemühung um Begrenzung der Umverteilung, Umkehrung des Trends und möglichst weitgehende Verringerung der Rate ist das A und O konservativer politischer Programme. Ich habe keinen Zweifel, dass konservative Kräfte wiederholt Siege feiern können, die es ihnen ermöglichen, den Anstieg des Umverteilungsniveaus aufzuhalten oder dieses Niveau sogar zu senken. Doch wenn man das Bild über zweihundert Jahre hinweg betrachtet, scheint es mir eindeutig, dass die Besteuerung angestiegen ist. Jede Umkehrung des Trends war klein im Vergleich zum nächsten Vorwärtsschritt. Die neoliberale Offensive der 1980er (Thatcherismus-Reaganismus) und die Globalisierungsrhetorik der 1990er waren nichts als eine solche Bemühung, den Anstieg aufzuhalten. Durch sie wurde etwas erreicht, aber viel weniger, als ihre Befürworter gehofft hatten, und die politische Reaktion hat überall auf der Welt bereits eingesetzt.

Ich möchte nun zur dritten Art von Beschwerden übergehen, der über den unangemessenen Umfang des Bürgerbegriffs. Den Begriff »Bürger« verdankt das politische Vokabular der Welt, wie wir wissen, der Französischen Revolution. Er sollte die Ablehnung eines Schichtsystems symbolisieren, in dem Adel und Bürgerliche unterschiedlichen sozialen Rang und verschiedene politische Rechte hatten. Die Absicht war, alle einzuschließen. Bürgerliche wie Adel sollten in den politischen Prozess eingebunden werden. Alle Menschen, das heißt, alle Bürger, sollten gleich sein. Alle Bürger hatten Rechte.

Sofort stellte sich das Problem, was die »Bürgerrechte« beinhalten sollen. Mehrere Versuche, sie auf einen Schlag sehr weit zu definieren, wurden von »Konterrevolutionen« zurückgeschlagen. Aber im Lauf der letzten zweihundert Jahre gab es eine langsame Ausweitung, die insbesonde-



re in den letzten fünfzig Jahren beschleunigt wurde. Ein Element war die Ausdehnung des Wahlrechts von den Besitzenden auf die Nichtbesitzenden, von den älteren auf die jüngeren Menschen, von Männern auf Frauen, von der ethnischen Kerngruppe auf die so genannten Minderheiten. Eine zweite Front war der Kampf gegen die Sklaverei und danach gegen andere Formen der Knechtschaft. Und eine dritte die Bemühung, formale Diskriminierung abzuschaffen, indem Staaten sie aus ihrer Praxis eliminierten und im privaten Bereich verboten. Heute haben wir eine lange Liste von gesellschaftlich illegitim gewordenen Gründen für Diskriminierung: Klasse, Rasse, Ethnizität, Zugehörigkeit zu einheimischen Volksstämmen, Geschlecht, Alter, Sexualität, Behinderungen. Und diese Liste wird ständig verlängert.

Auf eine letzte Spielart der Beschwerden über die Demokratie soll noch hingewiesen werden, nämlich die, dass wir theoretisch darauf beschränkt sind, uns über das in unserem Land herrschende Maß an Demokratie zu beschweren und etwas dafür zu unternehmen. Es hat immer Menschen gegeben, die mit Bewegungen für soziale Gerechtigkeit oder Bürgerrechte oder nationale Befreiung in anderen Ländern solidarisch waren. Es hat Kosmopoliten gegeben, die in andere Länder gegangen sind, um sich aktiv an ihren Kämpfen zu beteiligen, auch an ihren Revolutionen. Aber in dem Recht, in die Kämpfe anderer Staaten einzugreifen, sind Staaten beschränkt und haben sich selbst durch das Prinzip der gegenseitigen Anerkennung ihrer Souveränität eingeschränkt. Im 19. Jahrhundert wurde die gegenseitige Anerkennung der Souveränität nur Staaten gewährt, die man als Teil des zwischenstaatlichen Systems der »zivilisierten« Staaten ansah. Die Regionen der Welt, die man nicht als »zivilisiert« betrachtete, waren dem selbsterklärten Recht der »zivilisierten« Staaten unterworfen, eine »Zivilisierungsmission« durchzuführen, die Eroberung, Fremdherrschaft und zwangsweise Veränderung bestimmter Bräuche einschloss. In der Blütezeit des Imperialismus, im späten 19. Jahrhundert, war der Begriff »Imperialismus« ein Ehrenwort, zumindest in den Ländern, in denen er die Grundlage der Politik bildete.

Die Einstellung zur Legitimität des Imperialismus änderte sich nach dem Zweiten Weltkrieg. Plötzlich wurde das Wort negativ besetzt. Und wir traten in die Ära der nationalen Befreiungsbewegungen ein, die ihr Hauptziel, die Souveränität ihres lokalen Staates, in der Zeit nach 1945 mehr oder weniger überall erfolgreich durchsetzen konnten. Unmittelbar darauf entstand jedoch, insbesondere in der westlichen Welt, eine neue Bewegung für »Menschenrechte«, die als die verschiedenen Arten der er-

wähnten demokratischen Rechte definiert wurden, von bürgerlichen Freiheiten bis zu Bürgerrechten.

Außerhalb der angeklagten Länder gründeten sich Organisationen, die versuchten, auf die Regierungen der Staaten mit einer laut Definition unangemessenen Rechtssituation direkt Druck auszuüben oder indirekt über die Regierungen der Staaten, in denen diese Menschenrechtsorganisationen ihren Sitz hatten. Dieser Druck konnte vielerlei Formen annehmen – Publicity, Boykotte und schließlich »das Recht auf Einmischung«. Die neuesten Aktivitäten der NATO-Staaten auf dem Balkan sind alle unter der Rubrik »Menschenrechte« und dem »Recht auf Einmischung« durchgeführt worden.

Wo stehen wir also in diesem Diskurs über Demokratie? Ist sie eine Realität, eine Illusion oder etwas dazwischen? Ist sie realisierbar, aber noch nicht realisiert? Die Apologeten des schrittweisen Fortschritts behaupten, man hätte viel erreicht. Die Sprecher der vielen Gruppen, die sich auf vielerlei Weise für mehr Demokratie einsetzen, meinen größtenteils, das Ziel gleicher Rechte sei noch lange nicht umgesetzt. Ich glaube, wenn man sich zu diesen unvereinbaren Bewertungen äußern und die von mir zusammengefassten historischen Realitäten in den Blick nehmen will, dann müssen wir das Thema noch einmal ein wenig analytischer angehen, indem wir unsere Beurteilung des Fortschritts der Demokratie in drei Kategorien aufteilen: Demokratie als Rhetorik, Demokratie als Praxis, Demokratie als Möglichkeit.

## Demokratie als Rhetorik

Warum entwickelte sich der Begriff »Demokratie« vom Ausdruck revolutionärer Aspirationen zu einer allgemeinen Plattitüde? Ursprünglich, in der westlichen politischen Philosophie von den Griechen bis ins 18. Jahrhundert, wurde die Bedeutung des Worts Demokratie als das aufgefasst, was seine griechischen Wurzeln bezeichnen, die Regierung des Volkes – das heißt, die Regierung des Volks im Gegensatz nicht nur zur Regierung einer Person, sondern mehr noch zur Regierung der *besten* Menschen, der Aristokratie. Damit war Demokratie zunächst ein quantitativer Begriff. Er implizierte die Forderung nach Gleichheit in einer grundlegend unegalitären Situation, denn wenn es die »besten« Menschen gab, musste es auch »weniger gute« Menschen geben – unwissend, ungewaschen, roh, arm.

Wer die besten Menschen sind, spielt nicht wirklich eine Rolle. Sie wurden unter Bezugnahme auf Blut/Abstammung/formale Attribute definiert. Und unter Bezugnahme auf Reichtum/Besitz/Managerrolle in der Wirtschaft. Und auf Bildung/Intelligenz/komplexe Fertigkeiten. Und mit all diesen Formen der Klassifizierung der Besten ging die Annahme einher, ein »zivilisiertes« Benehmen/eine »zivilisierte« Lebensweise sei Charakteristikum der besten Menschen. Das wesentliche Element war immer, zwischen zwei Gruppen zu unterscheiden – denen, die per definitionem die Fähigkeit zur Teilnahme am Prozess kollektiver Entscheidungen hatten, und denen, die diese Fähigkeit angeblich nicht hatten. Demokratie als Idee, als Bewegung, entstand ursprünglich in der Absicht, eine solche Unterscheidung als Basis für die Organisation des politischen Lebens abzulehnen. Über dieses Thema gab es nie wirklich eine entscheidende Debatte und konnte es keine geben, bis der Begriff des »Bürgertums« im normalen politischen Diskurs gebräuchlich wurde. Und dieser kulturelle Wandel ist das große sprachliche Vermächtnis der Französischen Revolution. Jetzt sind wir alle Bürger.

Doch sind wir das wirklich? Die Grundsatzdiskussion über die Implikationen des Begriffs Bürger fand an zwei Zeitpunkten statt. Zu Beginn des 19. Jahrhunderts nahm sie die Form einer internen nationalen Debatte in Großbritannien, Frankreich, den USA und ein paar anderen Ländern an und konzentrierte sich auf die Frage des Wahlrechts.<sup>43</sup> Die grundlegende Alternative war die zwischen dem Wahlrecht der Besitzenden, das die Franzosen *suffrage censitaire* nannten, und dem allgemeinen Wahlrecht. Wir wissen, dass sich letztlich zuerst in diesen Ländern und später auch anderswo das allgemeine Wahlrecht durchsetzte; außerdem wurde das, was der Begriff »allgemein« umschloss, ständig erweitert.

Aber sobald das Prinzip des allgemeinen Wahlrechts akzeptiert (wenn auch noch nicht voll umgesetzt) worden war, verschob sich der Ort der Debatte. Mit der Ausweitung des Wahlrechts in den westlichen Ländern

---

<sup>43</sup> Siehe Stuart Wolf zur Unterscheidung zwischen Nation und Volk in der Aufklärung, so wie sie das Denken der napoleonischen Ära durchdrang: »Die Auffassung von ›Nation‹ war eingeschränkt auf die ›Gebildeten‹ oder, etwas weiter, die herrschenden Eliten ... Autoren der Aufklärung unterscheiden stets scharf zwischen den Gebildeten, an die ihre Botschaft sich richtet und dem ›zahlreichsten und nützlichsten Teil der Nation‹. Die ›Leute‹, per definitionem nicht minder bemittelt, aber leicht zu beeinflussen, bräuchten eine moralische, technische (und physische), ihrem Status angemessene Ausbildung, die ihnen am besten das Rüstzeug für das Leben eines Arbeiters mitgeben würde« (Wolf, »French Civilization and Ethnicity in the Napoleonic Empire«, *Past and Present*, Nr. 124 [August 1989]; 106).

(und dem Aufkommen weiterer Elemente bürgerlicher Freiheiten in diesen Ländern), wurde der Begriff »Bürger« in diesen Ländern legitimer und mehr und mehr in seiner einschließenden Intention verwendet. Dennoch schließt er immer exakt so viel aus, wie er einschließt. Denn Bürger setzt notwendig auch Nichtbürger voraus. Wenn die gefährlichen Klassen nicht mehr gefährlich sind, wenn die unzivilisierten Arbeiterklassen jetzt als Bürger akzeptiert sind, verschiebt sich die rhetorische Grenze zwischen zivilisiert und unzivilisiert so, dass sie zur Grenze zwischen zivilisierten und unzivilisierten Ländern wird. Dies sollte zur hauptsächlichsten rhetorischen Rechtfertigung der Imperialherrschaft werden und zur rhetorischen Grundlage, um die Teilnahme der Arbeiterklasse an den Herrlichkeiten der zivilisatorischen Mission zu fordern und zu erreichen.

Zu diesem Zeitpunkt war »Demokratie« kein Ausdruck für die Forderungen der Unterschicht in einem landesweiten Klassenkampf mehr, sondern ein Begriff, der den dominanten Kräften für ihre Politik im weltweiten Kampf zwischen den so genannten Zivilisierten und den Nichtzivilisierten, zwischen dem Westen und dem Rest, zur Rechtfertigung diente. Da der Klang des Begriffs Demokratie sich geändert hatte, kam es dazu, dass genau die Gruppierungen, die sich in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts vor dem Wort gefürchtet hatten, es am Ende des Jahrhunderts übernahmen und in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts zu ihrem Leitmotiv machten. Zu dieser Zeit wurde Demokratie hauptsächlich zum Symbol und Beweis für Zivilisation sowie zu ihrer Folge erklärt. Der Westen ist demokratisch, der Rest nicht. Die Hegemonialkräfte der Weltwirtschaft erklären sich so zu den moralischen Führern. Ihre Hegemonie ist die Basis des weltweiten Fortschritts. Sie bieten Demokratie als den heiligen Gral an. Deswegen verkörpern sie die Tugend.

## Demokratie als Verwirklichung

Die neue Rhetorik hätte ohne eine empirische Grundlage dieser Behauptungen nicht funktioniert. Woraus bestand diese? Um das zu beurteilen, müssen wir den grundsätzlichen Unterschied zwischen einem kapitalistischen und einem vorkapitalistischen System in Bezug auf soziale Schichten bedenken. In einer vorkapitalistischen Gesellschaft hatte die Oberschicht die Macht inne, weil sie die Mittel zur Gewaltausübung kontrollierte. Dadurch erhob sie Anspruch auf einen überproportionalen Anteil an Reichtum. Wer auf anderem Weg als durch militärische Aneignung

Reichtum erwarb – beispielsweise über den Markt – galt nicht als Teil der Oberschicht und lebte daher in ständiger Angst vor Beschlagnahme. Daher suchte man dieses Schicksal durch ein Einkauf in die Aristokratie zu vermeiden, was viel Zeit in Anspruch nahm, manchmal vier Generationen. In der kapitalistischen Weltwirtschaft sind die Schichten genauso scharf voneinander abgegrenzt wie in den vorkapitalistischen Systemen, aber die Beziehungen zwischen ihnen sind anders. Die Oberschicht hat ihren Rang nicht aufgrund ihrer vergangenen militärischen Fähigkeiten inne, sondern aufgrund ihres früheren wirtschaftlichen Geschicks. Diejenigen, die nicht an der Spitze stehen, aber Fähigkeiten haben und die wir die Kader der Mittelschicht des Systems nennen, leben nicht in Angst vor Beschlagnahme. Im Gegenteil, sie werden faktisch ständig umworben und beschwichtigt von der Oberschicht, die ihre Hilfe braucht, um das politische Gleichgewicht des gesamten Weltsystems aufrechtzuerhalten, also um die gefährlichen Klassen in ihre Schranken zu weisen.

Die Ausweitung des Wahlrechts, die Zuwendungen des Wohlfahrtsstaats, die Anerkennung partikularistischer Identitäten, das alles ist Teil des Programms, diese Kader zu beschwichtigen, ihre Loyalität gegenüber dem Gesamtsystem sicherzustellen und vor allem ihre Hilfe dabei, die Mehrheit der Weltbevölkerung auf ihrem Platz zu halten. Denken wir uns das kapitalistische Weltsystem in sozialer Hinsicht als (symbolisch) in drei Teile geteilt: ein Prozent an der Spitze, 19% Kader und 80% unten. Dann fügen wir das bereits erwähnte räumliche Element hinzu. In dem singulären System der kapitalistischen Weltwirtschaft sind die 19% nicht gleichmäßig auf alle politischen Einheiten verteilt, sondern auf wenige konzentriert.

Unter diesen beiden Voraussetzungen – einem dreigeteilten Schichtsystem mit geographischer Häufung – ist es wohl offensichtlich, dass das Motto »Demokratie« für die 19% eine enorme Bedeutung hatte, denn es versprach eine wirkliche Verbesserung ihrer politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Situation. Doch ebenso leicht ist erkennbar, dass es für die 80% eine sehr geringe Bedeutung hatte, denn für sie hatten die angeblichen Vorteile sehr wenig Konsequenzen, sei es in politischer, wirtschaftlicher oder gesellschaftlicher Hinsicht. Und die Tatsache, dass eine kleine Gruppe von Ländern mehr Reichtum, einen liberaleren Staat und ein mehr oder weniger funktionierendes Mehrparteiensystem besitzt – kurz, die Tatsache, dass ein paar Länder zivilisiert sind –, ist nicht die Ursache, sondern gerade die Folge der großen Ungleichheiten im Gesamtweltsystem. Und das ist der Grund dafür, dass die Rhetorik in man-

chen Teilen des Weltsystems wahr zu sein scheint und in den anderen, größeren, so hohl klingt.

Also keine Verwirklichung der Demokratie? Natürlich nicht. Es ist nicht einmal nötig, wäre aber möglich, zu demonstrieren, dass die Demokratie, egal nach welcher Definition, sogar in den so genannten liberalen Staaten eingeschränkt ist und lahmt. Es reicht festzustellen, dass sie im größten Teil der Welt überhaupt nicht in irgendeinem signifikanten Maß funktioniert. Wenn westliche Staatsoberhäupter einem Drittweltland die Vorzüge der Demokratie predigen, und das tun sie ziemlich regelmäßig, sind sie entweder absichtlich blind für die Realitäten des Weltsystems oder zynisch oder sie machen die moralische Überlegenheit ihres Landes geltend. Ich möchte die Diktaturen der Welt keineswegs rechtfertigen. Unterdrückung ist nirgends eine Tugend, von Massenmord ganz zu schweigen. Es geht schlicht darum festzustellen, dass diese Phänomene weder zufällig sind noch eine Folge der angeblich unzivilisierten Kulturen gewisser Länder, und schon gar nicht die Folge der ungenügenden Offenheit dieser Länder für den Kapitalfluss. Zwei Drittel der Menschen in der Welt haben keine liberalen Staaten aufgrund der Struktur der kapitalistischen Weltwirtschaft, die es ihnen unmöglich macht, solche politischen Regime zu haben.

## Demokratie als Möglichkeit

Wenn Demokratie also meiner Meinung nach in unserer heutigen Welt weitgehend nicht verwirklicht ist, ist es möglich, sie zu verwirklichen? Darauf gibt es zwei mögliche Antworten: »Ja, in weiteren Schritten« und »Nein«. Viele sagen »Ja, in weiteren Schritten«. Dabei stellen sie sich vor, die Zuwendungen, die jetzt 19% der Menschen gewährt werden, könnten bald 21% gewährt werden, dann 25% und so weiter. Was nötig ist, sagen diese Menschen, ist mehr organisierter Druck – durch die sozialen Bewegungen, durch die NGOs, durch aufgeklärte Intellektuelle oder durch die kulturelle Reformation der unzivilisierten Völker.

Das Hauptargument für die Richtigkeit solcher Prognosen ist, dass der Prozess während der letzten zweihundert Jahre so verlief, und in dieser Zeit die Zugeständnisse, die man Demokratisierung nennen kann, tatsächlich durch Kämpfe, tatsächlich schrittweise gewonnen wurden. Was diese Prognose außer Acht lässt, ist die kumulative Auswirkung der schrittweisen Veränderung auf das Funktionieren des Systems. Privilegierte Per-

sonen reagieren auf Forderungen nach Demokratisierung hauptsächlich mit Zugeständnissen, um die Wut zu entschärfen, die Aufrührer zu integrieren, aber den grundlegenden Rahmen des Systems stets zu bewahren. Diese Strategie verkörpert das Di-Lampedusa<sup>44</sup>-Prinzip: »Wenn wir wollen, dass alles bleibt, wie es ist, müssen wir alles ändern.«

Das Prinzip di Lampedusas ist sehr wirksam, bis zu dem Punkt, an dem es kippt. Forderungen nach – wenn auch nur schrittweise – weiterer Demokratisierung, weitergehender Umverteilung des politischen, wirtschaftlichen und sozialen Kuchens sind, weit davon entfernt, sich erschöpft zu haben, endlos. Und die Demokratisierung der letzten zweihundert Jahre war, auch wenn nur meine hypothetischen 19% der Weltbevölkerung davon profitiert haben, für das eine Prozent teuer und hat ein erkennbares Stück des Kuchens verbraucht. Sollten die 19% zu 29% werden, von 89% ganz zu schweigen, wäre für die Privilegierten nichts mehr übrig. Um es konkret zu sagen, die unaufhörliche Akkumulation von Kapital, die schließlich die *raison d'être* der kapitalistischen Weltwirtschaft darstellt, könnte es nicht mehr geben. Also muss entweder dem Demokratisierungsprozess ein Ende gemacht werden, und das ist politisch schwierig, oder man muss in ein anderes System übergehen, um die hierarchische, unegalitäre Realität aufrechtzuerhalten.

Ich glaube, wir steuern heute genau auf diese Art von Wandel zu. Ich werde hier nicht meine detaillierte Analyse all der Faktoren wiederholen, die zur, wie ich es nenne, strukturellen Krise des kapitalistischen Weltsystems geführt haben. Demokratisierung als Prozess ist nur einer der Faktoren, die das System in seinen momentanen chaotischen Zustand gebracht und zu seiner nahe bevorstehenden Gabelung geführt haben. Was ich für die nächsten fünfundzwanzig bis fünfzig Jahre voraussehe, ist eine intensive politische Auseinandersetzung um die Nachfolgestruktur der kapitalistischen Weltwirtschaft. In meinen Augen wird das ein Kampf sein zwischen denen, die ein grundlegend demokratisches System wollen, und denjenigen, die das nicht wollen. Daher bin ich etwas unglücklich über die Andeutung einiger, Demokratie könnte »ihrem Wesen nach ein nicht fertigzustellendes Projekt« sein. Eine solche Formulierung beschwört ein Bild des tragischen Zustands der Menschheit herauf, ihre Unvollkom-

---

<sup>44</sup> *Giuseppe Tomasi di Lampedusa* (1896–1957), italienischer Schriftsteller aus einem alten sizilianischen Adelsgeschlecht. Berühmtheit erlangte er vor allem mit seinem historischen Roman *Il Gattopardo* aus dem Sizilien zur Zeit Garibaldis, aus dem auch das Zitat stammt. (Editor. Anm.)

menheit, ihre ewige Verbesserungswürdigkeit. Gewiss, wer könnte ein solches Bild bestreiten? Aber die Formulierung lässt die Möglichkeit außer Betracht, dass es Momente der historischen Entscheidung gibt, die einen Riesenunterschied ausmachen können. Zeitalter des Übergangs von einem historischen System in ein anderes sind genau solche Momente der historischen Entscheidung.

Selbst wenn wir nie ein vollkommen demokratisches System haben können, glaube ich doch, dass ein größtenteils demokratisches System möglich ist. Ich glaube nicht, dass wir es jetzt haben, aber wir könnten es haben. Damit wird es wichtig, ans Reißbrett zurückzukehren und festzustellen, worum es bei dem Kampf geht. Es geht nicht um bürgerliche Freiheiten, obwohl eine demokratische Gesellschaft natürlich so viele bürgerliche Freiheiten hätte, dass es John Stuart Mill warm ums Herz würde. Und dass sollte sie auch. Es geht nicht um Mehrparteiensysteme, eine Technik demokratischer Entscheidung im großen Stil, die nur eine von vielen möglichen ist und heutzutage nirgends weitverbreitete Verwendung findet, außer bei regelmäßigen Wahlen auf nationaler oder unterhalb der nationalen Ebene.

Demokratie bedeutet, das muss gesagt werden, Gleichheit, also das Gegenteil von Rassismus, der allgegenwärtigen Haltung im politischen Leben der kapitalistischen Weltwirtschaft. Ohne Gleichheit in allen Arenen des gesellschaftlichen Lebens ist überhaupt keine Gleichheit, nur ein Trugbild von ihr möglich. Freiheit existiert nicht, wo es keine Gleichheit gibt, da sich in einem ungleichen System normalerweise immer die Mächtigen durchsetzen. Deswegen sind Beschwerden über Korruption unserem System eigen. Deswegen handelt es sich dabei um Beschwerden über die ungleiche Verwirklichung der Bürgerrechte. Deswegen der Zynismus. Ein egalitäres System wäre möglicherweise ziemlich unpolitisch, aber es wäre nicht zynisch. Zynismus ist die psychologische Verteidigung der Schwäche gegen die Macht.

Die Forderung nach einem System, das relative Gleichheit mit einer relativ demokratischen Politik verbindet, wirft die Frage auf, ist dies möglich? Dagegen spricht hauptsächlich, dass es in der Geschichte nie da gewesen ist. Das scheint mir ein sehr schwaches Argument zu sein. Menschliche Gesellschaften existieren letzten Endes erst eine sehr kurze Zeit. Wir können niemals künftige Möglichkeiten auf der Grundlage unserer kurzen historischen Vergangenheit ausschließen. Die einzige Schlussfolgerung, die man aus dem Pessimismus ziehen kann, ist jedenfalls, ihn aufzugeben.



Das zweite wichtige Argument gegen Gleichheit ist die jämmerliche Vorstellung der leninistischen Regime. Aber natürlich waren sie zu keiner Zeit je egalitär, wenn sie auch in frühen Stadien eine egalitäre Rhetorik verwendeten und bis zu einem gewissen Grad daran geglaubt haben mögen. Aber ihre Praxis war sehr unegalitär, eine bloße Variante anderer Regime in peripheren und halbperipheren Regionen der kapitalistischen Weltwirtschaft. Ihre Erfahrung sagt absolut nichts aus über die Möglichkeiten eines egalitären Gesellschaftssystems.

Grundlegend ist, dass heute, an diesem Punkt der sich entwickelnden Geschichte der kapitalistischen Weltwirtschaft, eine weitere Hoffnung auf schrittweise Entwicklung keine echte Alternative ist. Wir haben, wie mir scheint, innerhalb des Rahmens unseres momentanen historischen Gesellschaftssystems eine Grenze erreicht. Das System befindet sich in der Krise und wird sich unvermeidlich verändern. Aber nicht notwendig zum Besseren. Das ist die politische und moralische Entscheidung dieser Ära des Übergangs. Ich glaube nicht, dass es einen Grund gibt, von der Unvermeidlichkeit des Fortschritts auszugehen, sei es ein politischer oder moralischer Fortschritt. Ich glaube jedoch an die Theorie des möglichen Fortschritts.

Was müssen wir also tun? Erstens müssen wir uns darüber im Klaren sein, wo wir stehen, und über die Tatsache, dass wir Wahlmöglichkeiten haben, denn das System gabelt sich und endet daher. Zweitens müssen wir unter uns darüber diskutieren (wobei das »Wir« diejenigen umfasst, die sich ein egalitäres Nachfolgesystem wünschen), mit Hilfe welcher politischen Taktiken wir ein solches System schaffen und wie wir die dazu notwendigen Bündnisse aufbauen könnten. Und drittens müssen wir die Sirengesänge derjenigen meiden, die ein neues, aber immer noch hierarchisches und unegalitäres System unter der [Ägide] von etwas Progressivem schaffen wollen. Nichts von all dem ist leicht. Und es gibt keine Garantie, dass es uns gelingen kann. Worüber wir uns sicher sein können, ist, dass die Privilegierten die Absicht haben, ihre Privilegien in der einen oder anderen Form zu behalten und mit Vehemenz und Intelligenz dafür kämpfen werden.

Also, Demokratie? Ich denke darüber wie Mahatma Gandhi, als er gefragt wurde, was er von westlicher Zivilisation halte. Er antwortete: »Ich glaube, sie wäre eine gute Idee.«

# Kapitel 8

## Intellektuelle: Die Frage der Wertneutralität

In meinem Buch *The End of the World As We Know It: Social Science for the Twenty-first Century*<sup>45</sup> vertrete ich die Position, das moderne Weltsystem gehe seinem Ende entgegen und trete in eine Ära des Übergangs in ein neues historisches System ein, dessen Gestalt wir nicht kennen und im Voraus nicht kennen können, an dessen Aufbau wir uns aber aktiv beteiligen können. Die Welt, die wir kennen (im Sinne von *cognoscere*) ist eine kapitalistische Weltwirtschaft, und sie ist strukturellen Belastungen ausgesetzt, mit denen sie nicht mehr fertig wird.

Ich kann die Ursachen dieser Belastungen und ihre Funktionsweise hier nur äußerst knapp skizzieren. Es sind insgesamt drei. Die erste ist die Folge der Verstädterung der Welt, die weit vorangeschritten ist und wahrscheinlich innerhalb der nächsten 25 Jahre weitgehend abgeschlossen sein wird. Es handelt sich hier um einen Prozess, der den prozentualen Anteil der Lohnkosten am geschaffenen Gesamtwert unaufhaltsam ansteigen lässt. Die zweite ist die langfristige Folge der Externalisierung der Kosten, Erschöpfung von Ressourcen und Umweltverschmutzung. Dadurch steigt der prozentuale Anteil der Kosten für Rohmaterialien am geschaffenen Gesamtwert. Und die dritte ist die Folge der Demokratisierung der Welt, die immer höhere Forderungen nach öffentlichen Ausgaben für Bildung, Gesundheit und Garantien eines Lebensinkommens nach sich zieht. Das treibt den prozentualen Anteil der Steuerausgaben am geschaffenen Gesamtwert in die Höhe.

Aus der Kombination dieser drei Faktoren entsteht langfristig massiver struktureller Druck auf die Profite aus der Produktion, und so wird das kapitalistische System allmählich für Kapitalisten unprofitabel. Ich werde dies hier nicht erörtern, da ich das an anderer Stelle getan habe.<sup>46</sup>

---

<sup>45</sup> Minneapolis: University of Minnesota Press, 1999.

<sup>46</sup> Für eine detailliertere Darlegung dieser Argumente siehe Kapitel 3.

Bei der Diskussion der Themen, um die es hier gehen soll, werde ich die Kombination dieser drei Ursachen voraussetzen.

Im Zuge der strukturellen Krise der kapitalistischen Weltwirtschaft erleben wir auch das Ende unserer Weise, die Welt zu kennen (im Sinne von *scire*), das heißt, das Ende der Zweckmäßigkeit des Grundgerüsts unseres Erkenntnissystems. Insbesondere die Vorstellung, dass naturwissenschaftliche und philosophisch/humanistische Erkenntnis radikal verschiedene, intellektuell entgegengesetzte Weisen der Welterkenntnis darstellen – eine Vorstellung, für die der Ausdruck »die zwei Kulturen« steht – liefert uns nicht nur keine Erklärung für den massiven gesellschaftlichen Übergang, den wir durchleben, sondern erweist sich als sehr hinderlich für unsere Fähigkeit, intelligent mit der Krise umzugehen. Wir dürfen nicht vergessen, dass die Vorstellung von den »zwei Kulturen« tatsächlich nur zweihundert Jahre alt ist und nie zuvor in einem anderen historischen System existierte.

Die Vorstellung wurde als Teil des ideologischen Entwurfs des modernen Weltsystems entwickelt und wird möglicherweise mit dem voraussichtlichen Ende dieses Systems überholt sein. Denn ein Übergang von einem historischen System zum anderen, die Folge einer Gabelung in unserem Weg, ist wie ein chaotischer Wirbel, der dem Bekannten seine Struktur nimmt, übertrieben in jede Richtung schießt und uns alle dabei natürlich verwirrt, und damit ist so ein Übergang in seinem Ausgang notwendigerweise unsicher.<sup>47</sup> So stellt sich die Frage, welche Rolle Intellektuelle inmitten des rapiden, unsicheren, aber entscheidenden Wandels unserer Welt, den wir alle durchleben, spielen, spielen könnten oder spielen sollten.

Wir haben immer gewusst, dass man es beim Streben nach sozialwissenschaftlicher Erkenntnis nicht nur mit intellektuellen, sondern auch mit moralischen und politischen Fragen zu tun hat. In der modernen Welt gab es jedoch ausgedehnte Diskussionen über die Beziehung dieser drei Fragetypen untereinander, die sich insbesondere darum drehten, ob man die intellektuellen, moralischen und politischen Fragen wirklich radikal voneinander trennen kann. Die Gemüter erhitzen sich in dieser Debatte.

In den vielen Kulturen, die der Konstruktion des modernen Weltsystems vorangingen, gab es viel weniger Diskussion. Man erkannte stets an, dass die drei Sorten von Fragen – intellektuelle, moralische und politische – untrennbar verwoben waren und dass überall dort, wo Konflikte

---

<sup>47</sup> Siehe Ilya Prigogine, *The End of Certainty*. New York: Free Press, 1997.

zwischen ihnen entstehen, moralischen Überlegungen der Vorrang gegeben und das Ergebnis von ihnen bestimmt werden sollte. Die Idee einer Trennung dieser Fragetypen ist ebenso wie die Idee der zwei Kulturen eine Erfindung des modernen Weltsystems. Ja, die beiden Vorstellungen sind logisch miteinander verknüpft. In der modernen Welt erklärten Gelehrte, die sich selbst Naturwissenschaftler nannten, die Naturwissenschaft zur einzigen Domäne der Wahrheitssuche und wiesen damit Philosophie, Literatur und den Geisteswissenschaften die Rolle einer Domäne der Suche nach dem Guten und Schönen zu. Diese Aufteilung der erkenntnistheoretischen Ziele wurde im Großen und Ganzen auf beiden Seiten akzeptiert. Ja, diese Glaubenssätze werden regelmäßig als eine der großen Errungenschaften der Moderne, eins ihrer ureigenen Kennzeichen angeführt.

Wie sehr sich diese Vorstellung von früheren Weltsichten unterscheidet, kann man durch eine Betrachtung des alten Griechenlands feststellen. Moderne westliche Denker erklären oft, die griechische Kultur sei ihre intellektuelle Quelle und stünde ihnen auch aufgrund der Zentralität des »Rationalismus« im griechischen Denken in ihrer Metaphysik recht nahe. Der Zivilisation des alten Griechenlands wird unter allen vormodernen Zivilisationen die größte Nähe zu der der westlichen Welt zugeschrieben. Doch was ist der große symbolische Moment in der Geschichte der griechischen Kultur in Bezug auf das Thema Trennung der Wahrheitssuche vom Streben nach dem Guten? Der, in dem Sokrates dazu gebracht wird, Schierling zu trinken, weil er angeblich die Jugend Athens verderbe. Er muss nicht einfach den Schierling trinken, sondern er tut es ohne Widerstand und erkennt in gewisser Weise die Legitimität der Forderung an. Im weiteren Verlauf der westlichen Kultur kann man die Inquisition als Fortsetzung der Weltsicht ansehen, die zur Verurteilung Sokrates' in Athen führte. Intellektuelle waren eine beliebte Zielscheibe der Inquisition.

Eigentlich müssen Intellektuelle in der modernen Welt, trotz aller »Modernität« immer noch recht häufig Schierling trinken; sie werden immer noch auf dem Scheiterhaufen verbrannt. Aber heute wird solche Unterdrückung von den Opfern nicht mehr als legitim akzeptiert, ebenso wenig wie vermutlich von den meisten Menschen. Das Thema Toleranz für Intellektuelle ist sehr stark in der Metaphorik der modernen Welt. Intellektuelle versuchen, dieses theoretische Bekenntnis zur Toleranz zu nutzen, um einen gewissen Raum für sich selbst zu schaffen. Aber in dieser Metaphorik liegt viel Scheinheiligkeit, da Theorie und tatsächliche Praxis

so weit auseinanderliegen. In Wirklichkeit stehen Intellektuelle unter ständigem Druck der Herrschenden.

In den letzten 500 Jahren und insbesondere in den letzten 150 Jahren haben Intellektuelle auf zwei unterschiedliche Weisen gegen die Unterdrückung ihrer Selbstdarstellung angekämpft – zwei ganz verschiedene Weisen, die zwei ganz verschiedene politische Haltungen widerspiegeln.

Die Hauptargumentation innerhalb der Sozialwissenschaften basiert auf der hypothetischen Unterscheidung zwischen der Wissenschaft als Reich der Wahrheit und der Politik als Reich der Werte. Heute meinen die meisten Sozialwissenschaftler, sie als Wissenschaftler äußerten sich ausschließlich im Reich der Wissenschaft, und so überlassen sie jede Diskussion über Werte und die aufgrund dieser Werte zu ziehenden Schlussfolgerungen aus dem von Sozialwissenschaftlern erstellten Bild der Wirklichkeit der Öffentlichkeit. Sie treten laut eigener Aussage für »Wertneutralität« ein und erklären diese zur einzig angemessenen Haltung des Intellektuellen im Allgemeinen und des empirischen Sozialwissenschaftlers im Besonderen. Solch eine Neutralität rechtfertigt angeblich die soziale und politische Toleranz für die Sozialwissenschaft, die die Intellektuellen im Gegenzug einfordern.

Die genaue Definition von Wertneutralität wird viel diskutiert, aber die Grundidee ist, die Erhebung von Daten und die Interpretation ihrer Bedeutung sollten unabhängig davon durchgeführt werden, ob die Ergebnisse die Werte der Forscher, der größeren Gemeinschaft oder des Staates bestätigen oder ihnen entgegenstehen. Ob eine Beschreibung korrekt ist oder wahr, ist demnach völlig unabhängig davon, ob das Beschriebene wünschenswert ist; das heißt, es wird die Verschiedenheit dessen, *was ist*, und dessen, *was sein sollte*, erklärt.

Ein weiteres Unterargument ist, damit werde es zur moralischen Verpflichtung des Forschers, die Ergebnisse der Forschungsarbeit der Öffentlichkeit ehrlich zu präsentieren, welche Auswirkungen dies auch für das öffentliche Leben haben mag. Und umgekehrt ist es ein Kennzeichen der liberalen Gesellschaft, dass sie Intellektuelle, Forscher oder Wissenschaftler nicht an der Bekanntgabe von Forschungsergebnissen hindert, die aufgrund ihrer moralischen oder politischen Implikationen für Unruhe sorgen könnten.

Eine der einflussreichsten Darstellungen dieses grundlegenden Standpunkts innerhalb der Sozialwissenschaften und eine, die regelmäßig zitiert wird, ist die von Max Weber in seiner Diskussion über »Wertfreiheit« und »Objektivität«:

»[Es] scheint mir ohne die Möglichkeit eines Zweifels feststellbar: dass auf dem Gebiet der praktisch-politischen (speziell also auch der wirtschafts- und sozialpolitischen) Wertungen, sobald daraus Direktiven für ein wertvolles Handeln abgeleitet werden sollen: 1. die unvermeidlichen Mittel und 2. die unvermeidlichen Nebenerfolge, 3. die dadurch bedingte Konkurrenz mehrerer *möglicher* Wertungen miteinander in ihren *praktischen* Konsequenzen das einzige sind, was eine *empirische* Disziplin mit ihren Mitteln aufzeigen kann. *Philosophische* Disziplinen können darüber hinaus mit ihren Denkmitteln den »Sinn« der Wertungen, also ihre letzte sinnhafte Struktur und ihre *sinnhaften* Konsequenzen ermitteln ... Am allerwenigsten kann diese Wahl *unsere* streng empirische Wissenschaft dem Einzelnen zu ersparen sich anmaßen, und sie sollte daher auch nicht den Anschein erwecken, es zu können.«<sup>48</sup>

Die von Weber verwendete Sprache ist aufschlussreich: Die Sozialwissenschaft kann die Schwierigkeiten der Entscheidungsfindung niemandem ersparen. Er scheint sich bewusst zu sein, wie quälend eine solch asketische Selbstverleugnung für den Wissenschaftler ist. In seinem berühmten Vortrag vor Münchner Studenten direkt nach dem Ende des Ersten Weltkriegs, in dem er »Wissenschaft als Beruf« diskutierte, erinnert er uns an das, was Tolstoi gesagt hat: »Wer beantwortet, da es die Wissenschaft nicht tut, die Frage: Was sollen wir denn tun? Und: wie sollen wir unser Leben einrichten?« Weber gesteht ein, dass Wissenschaft uns eine solche Antwort zweifellos nicht gibt. Aber was schließt er daraus?

»Es ist das Schicksal unserer Zeit, mit der ihr eigenen Rationalisierung und Intellektualisierung, vor allem Entzauberung der Welt...

Wer das Schicksal der Zeit nicht männlich ertragen kann, dem muss man sagen: Er kehre lieber, schweigend, ohne die übliche öffentliche Renegatenreklame, sondern schlicht und einfach, in die weit und erbarmend geöffneten Arme der alten Kirchen zurück. ...

[Schlichte intellektuelle Rechtschaffenheit aber] gebietet uns, festzustellen, dass heute für alle jene vielen, die auf neue Propheten und Heilande harren, die Lage die gleiche ist, wie sie aus jenem schönen, unter die Jesaja-Orakel aufgenommenen endomitischen Wächterlied in der Exilzeit klingt: »Es kommt ein Ruf aus Seir in Edom: Wächter, wie lang noch

---

<sup>48</sup> Max Weber, »Der Sinn der »Wertfreiheit« der soziologischen und ökonomischen Wissenschaften«, in *Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre*, Tübingen 1922, S. 451-502; 470.

die Nacht? Der Wächter spricht: Es kommt der Morgen, aber noch ist es Nacht. Wenn ihr fragen wollt, kommt ein ander Mal wieder.« (Jesaja 21, 11/12) Das Volk, dem das gesagt wurde, hat gefragt und geharrt durch mehr als zwei Jahrtausende, und wir kennen sein erschütterndes Schicksal. Daraus wollen wir die Lehre ziehen: dass es mit dem Sehnen und Harren allein nicht getan ist, und es anders machen.«<sup>49</sup>

Dies ist ein nüchterner, sogar pessimistischer Text, aber angesichts aller Not hält Weber beharrlich an seiner Vorstellung von einer »entzauberten« Welt fest und erkennt das Ideal der objektiven Wissenschaft an.

Eine eingehende Betrachtung von Webers Standpunkt zeigt natürlich die Komplexität der Position, nicht nur seiner persönlichen Position, sondern der Position im Allgemeinen. Wie Runciman anmerkt: »Trotz seines späteren Eintretens für eine wertfreie Sozialwissenschaft machte Weber weiterhin seinen Einfluss auf die Sozialpolitik geltend, wo er konnte ... Doch dies ist nicht inkonsistent ..., denn wie er ...im Leitartikel von 1904 geschrieben hatte, sind wissenschaftliche Objektivität und die Abwesenheit persönlicher Überzeugungen ganz verschiedene Dinge.«<sup>50</sup>

Dennoch scheint Webers Grundposition bei aller Komplexität seiner eigenen Argumentation letztlich deutlich durch:

»[D]ie *Geltung* solcher Werte zu *beurteilen*, ist Sache des *Glaubens*, daneben *vielleicht* eine Aufgabe spekulativer Betrachtung und Deutung des Lebens und der Welt auf ihren Sinn hin, sicherlich aber nicht Gegenstand einer Erfahrungswissenschaft. ... Für diese Scheidung fällt nicht ... entscheidend ins Gewicht die empirisch erweisliche Tatsache, dass jene letzten Ziele historisch wandelbar und streitig sind.«<sup>51</sup>

Wie gesagt, wandte sich die hier vertretene Position gegen die Unterdrückung Intellektueller. Diese Haltung ist dort am eindeutigsten, wo sie sich innerhalb des modernen Weltsystems zum ersten Mal zeigt. Die Argumente für Wertneutralität haben ihren Ursprung nicht in den Sozialwissenschaften, sondern unter Naturwissenschaftlern und Philosophen, die gegen den starken Einfluss der christlichen Theologie auf ihr Leben und ihre Arbeit rebellierten. Der klassische Kultheld dieser Rebellion ist Galilei, den die Inquisition zwang, seinem wissenschaftlichen Standpunkt

---

<sup>49</sup> Max Weber, »Wissenschaft als Beruf«, Gesamtausgabe Bd. 17, hrsg. von W. J. Mommsen u.a., Tübingen 1992, S. 109-111.

<sup>50</sup> W.G. Runciman, *A Critique of Max Weber's Philosophy of Social Science*. Cambridge: University Press, 1972, 6-7, n. 7.

<sup>51</sup> Max Weber, »Die Objektivität sozialwissenschaftlicher und sozialpolitischer Erkenntnis«, in *Gesammelte Aufsätze*, 146-214; 176.

über das Kreisen der Erde um die Sonne abzuschwören, dem man jedoch nachsagt – romantisch und zweifellos bar jeglicher Wahrheit –, er habe am Ende seiner feierlichen Erklärung gemurmelt: »Eppur si muove!«, und sie bewegt sich doch. In den Naturwissenschaften hat man bis heute den Eindruck, man müsse sich gegen politische Einmischungen in die eigene Arbeit wehren.

In Bezug auf Weber stellte Runciman 1972 fest, in der Welt nach 1945 mochten Webers Ansichten die orthodoxe Haltung der »großen Mehrheit« sein, dies sei jedoch zu Webers Lebzeiten nicht der Fall gewesen: »Ja, viele Leser des Essays über ›Die Bedeutung von ›Wertfreiheit‹« hatten möglicherweise wie Halbwachs das Gefühl, Weber mache unnötig viel Wind um etwas Offensichtliches. Die unmittelbare Antwort darauf ist jedoch, dass Weber trotz aller Offensichtlichkeit bei der geschlossenen Versammlung des Vereins für Sozialpolitik, für die der Essay ursprünglich bestimmt war, auf der Seite der Verlierer, nicht der Gewinner stand.«<sup>52</sup>

Zur Frage, gegen wen Weber sich unmittelbar richtete, gibt es viele Interpretationen. Offensichtliche Zielscheiben waren Heinrich von Treitschke und die rechten Professoren in deutschen Universitäten, die sich mehr dem Deutschen Reich als der wissenschaftlichen Wahrheit als Abstraktum verpflichtet fühlten.<sup>53</sup> Und natürlich waren Marxisten, oft ausdrücklich, ein Sekundärziel.

Es ist jedoch offensichtlich, dass sich eine die Wertneutralität befürwortende Position äußerst bequem in die politischen Argumente und Grundannahmen der liberalen Mitte einfügt und sowohl ihre Betonung der öffentlich-politischen Rolle von Spezialisten als auch den politischen Wunsch, mit Hilfe von Debatten innerhalb bestimmter Grenzen einen Konsens zu erzielen, bestärkt. Ein solcher Liberalismus der Mitte schließt

---

<sup>52</sup> Runciman, *Critique of Max Weber's Philosophy*, 49.

<sup>53</sup> Siehe Arnold Brecht: »Die ursprünglichen deutschen Relativisten waren Gelehrte mit demokratischen, liberalen oder sozialistischen Neigungen, die in einem Land lebten, das von einer halb-autoritären, monarchischen Regierung geleitet wurde. Sie waren umgeben von einer großen Mehrheit anderer Gelehrter, die diese Art der Regierung als ideal akzeptierten und häufig ihre Vorlesungen und wissenschaftlichen Arbeiten mit einem gefühlsbetonten Patriotismus und Konservatismus durchsetzten. Nicht bereit, sich in ihrer eigenen Arbeit den autoritären Formen und Werten zu unterwerfen, waren die liberalen Akademiker aus Selbstverteidigung gezwungen, das richtige Verhältnis zwischen Wissenschaft und politischen Wertungen sorgfältiger zu studieren, als ihre Kollegen in demokratisch regierten Ländern zu tun Anlass hatten.« (Brecht, *Politische Theorie – Die Grundlagen politischen Denkens im 20. Jahrhundert*, Tübingen 1976, S. 287f.).



eine breite Skala von Positionen ein und kann fast alles tolerieren, was Forscher/Wissenschaftler sagen und tun, vorausgesetzt, sie drücken in ihrer Arbeit kein politisches Engagement für etwas aus, das zu irgendeinem Zeitpunkt als »Extrem« des politischen Panoramas definiert wird. Engagement für die Werte der Allgemeinheit gilt dagegen als normal, ja als obligatorisch.

So schaffen die Befürworter der Wertneutralität ihrem Selbstverständnis nach Raum für das Erkenntnisstreben in all seinen Formen, denn sie verteidigen diejenigen, die ihm nachgehen, sowohl gegen die etablierte Ordnung von Kirche, Staat und Gemeinschaft als auch gegen die Ordnungsgegner der antisystemischen Bewegungen. Die Rechtfertigung der Wertneutralität ist selbstreferenziell: Sie bietet angeblich nicht bloß den besseren, sondern den einzigen Weg zur Wahrheit. Daher glaubt man, ihre Verteidigung repräsentiere schon an sich ein Gut für die gesamte Gesellschaft/den gesamten Staat/das gesamte Weltsystem. Darüber hinaus wird behauptet, diesem Gut sei am besten gedient, wenn die Kontrolle über einen möglichen Missbrauch der Privilegien, die dieses System Spezialisten gewährt, vollständig innerhalb der Forschungsgemeinschaft selbst liegt.

Die zweite mögliche Haltung der Unterdrückung Intellektueller gegenüber lehnt im Gegensatz zur ersten die Vorstellung der Wertneutralität ab. Diese Ansicht wurde historisch sowohl innerhalb der politischen Linken als auch der Rechten vertreten und besteht aus der Behauptung, die Wertneutralität sei ein Feigenblatt für die Vorherrschaft des Liberalismus im Bereich der Ideen. Die einflussreichste Version dieser Argumentation war die von Antonio Gramsci, der meinte, alle Intellektuellen seien notwendig in ihrer Klassenzugehörigkeit verwurzelt. Noch entscheidender, Klassen verspürten das Bedürfnis, innerhalb ihres Kreises eine Gruppe hervorzubringen, die Gramsci »organische Intellektuelle« nannte:

»Jede Gesellschaftsklasse, die sich bildet, weil sie eine wesentliche Funktion innerhalb der Welt ökonomischer Produktion innehat, schafft sich zugleich organisch eine oder mehrere Schichten von Intellektuellen, die ihr Homogenität und Bewusstsein der eigenen Funktion nicht allein auf ökonomischem, sondern auch auf gesellschaftlichem und politischem Gebiet verleihen. ...

Man kann beobachten, dass die »organischen« Intellektuellen, die jede Klasse zugleich mit sich selbst schafft und ihrer fortschreitenden Entwicklung entsprechend Gestalt annehmen lässt, meistens »spezialisierte«

Teilaspekte der ursprünglichen Tätigkeit jenes neuen gesellschaftlichen Typus sind, den die neue Klasse hervorgebracht hat.«<sup>54</sup>

Es ist bemerkenswert, wie Gramsci hier die Neutralität der Wertneutralität Intellektueller in Frage stellt, indem er erklärt, diese seien organisch mit ihrer Klassenzugehörigkeit verwachsen. Das wirft natürlich die Frage auf, was, wenn überhaupt, Wahrheitswert repräsentiert, und vor allem, wer. Wie wir wissen, verwendeten die Kommunistischen Parteien der Welt diese Definitionsweise für die Rolle Intellektueller, um zu postulieren, Intellektuelle müssten ihre persönlichen Analysen denen des Kollektivs unterordnen, als das wiederum die Partei galt, denn die Partei beanspruchte für sich, die Interessen der Arbeiterklasse zu repräsentieren. Die Postmoderne übernahm die Kernelemente von Gramscis Behauptung des Organischen im Wesentlichen, dehnte sie aber neben »Klassen« auf andere Gruppen aus und lehnte gleichzeitig das Recht politischer Gruppen auf Kontrolle ihrer Äußerungen ab.

Gramscis Idee führte historisch gewissermaßen vom Regen in die Traufe. Um der Dominanz rechter nationalistischer Intellektueller im akademischen Leben in Deutschland zu entgehen, postulierte Weber die Legitimität der Wertneutralität. Um der Dominanz des Liberalismus der Mitte, repräsentiert durch Wertneutralität, in der italienischen intellektuellen Arena zu entgehen, betonte Gramsci den organischen Charakter der Intellektuellen, was als Forderung ihrer Unterordnung unter die politische Führung interpretiert wurde. So wie der Anspruch Intellektueller, von denjenigen frei zu sein, die ihrem Selbstverständnis nach die etablierte (christliche) Moralität verkörperten, durch die moralische Erzählung von der Verfolgung Galileis untermauert wurde, wurde der Anspruch auf Freiheit von der Partei, die ihrem Selbstverständnis nach die antisystemische Moralität verkörperte, durch die moralische Erzählung von der Verfolgung sowjetischer Biologen durch Lysenko/Stalin untermauert.

---

<sup>54</sup> Antonio Gramsci, »Die Herausbildung der Intellektuellen«, in: *Philosophie der Praxis. Eine Auswahl*, hrsg. v. C. Riechers, Frankfurt a. M., 1967, S. 405–413; 40f. In einer Fußnote nach dem letzten Satz führt Gramsci näher aus, was er mit dieser Feststellung meint, indem er auf das Beispiel Gaetano Moscas zurückgreift: »Die *Elementi di scienza politica* von Gaetano Mosca ... müssen in diesem Zusammenhang untersucht werden. Die so genannte »politische Klasse« Moscas ist nichts anderes als die Kategorie der Intellektuellen der herrschenden Gesellschaftsklasse: der Begriff der »politischen Klasse« steht dem Elite-Begriff Paretos nahe... Das Buch von Mosca ist ein enormes soziologisch-positivistisches Sammelsurium; die zusätzliche Tendenz der unmittelbaren Politik macht es weniger schwer verdaulich und literarisch lebhafter.« (Gramsci, *Philosophie der Praxis*, S. 406).

Und an diesem Punkt blieb die Debatte während des 19. und besonders des 20. Jahrhunderts stehen, ein wahrer Dialog der Tauben, inmitten immer heftigerer interner Machtkämpfe, wie die neuesten »Kulturkriege« gezeigt haben.<sup>55</sup> Diese Art von intellektuellen Streitigkeiten ist eine natürliche Reflexion der Spannungen in einem bestehenden historischen System, aber die Auseinandersetzung hilft uns wenig, wenn wir mit einem systemischen Übergang konfrontiert sind, voller Unsicherheit über seine Folgen, aber in dem sicheren Wissen, dass wir am Punkt einer chaotischen Gabelung stehen, an dem unser existierendes Weltsystem auseinanderfallen oder verschwinden wird. Wir müssen besser verstehen lernen, was möglich ist und was nicht, was wünschenswert ist und was nicht, wenn wir ein optimales Ergebnis des Übergangs herbeiführen wollen.

Das moderne Weltsystem hat eine besonders seltsame Eigenschaft. Es erstellt reihenweise theoretische, angeblich sowohl realistisch-deskriptive als auch normative Studien über sich selbst, die jedoch alle ungenau sind. Ihnen zufolge basiert der Kapitalismus auf dem Wettbewerb des freien Marktes, und das sollte er auch. Die Staaten, unsere obligatorischen politischen Rahmenstrukturen, sind demnach souverän und sollten das auch sein. Der Bürgerstatus basiert ihnen zufolge auf gleichen politischen Rechten, und das sollte er auch. Und Forscher/Wissenschaftler praktizieren Wertneutralität, und das sollten sie auch. Jede dieser Aussagen ist eine Beschreibung und gibt gleichzeitig eine Norm vor. Keine dieser Beschreibungen ist jedoch auch nur annähernd *genau*, und die Mehrheit der Weltbevölkerung richtet sich ebenso wenig nach diesen Vorgaben wie die zur Elite gehörigen Verteidiger des Systems. Wir wollen jede dieser Beschreibungen bzw. Normen unter die Lupe nehmen.

Der freie (oder vom Wettbewerb geprägte) Markt ist das große Lösungswort der kapitalistischen Weltwirtschaft und angeblich ihr bestimmendes Charakteristikum. Aber jeder aktive Kapitalist weiß, dass auf einem wirklich freien Markt, wie Adam Smith ihn definierte – mit einer Vielzahl von Verkäufern, einer Vielzahl von Käufern und vollkommener Transparenz der Operationen, einschließlich des genauen Wissens aller Käufer und Verkäufer über den tatsächlichen Stand des Markts – jeglicher Profit für irgendwen absolut unmöglich wäre. Denn die Käufer würden die Verkäufer immer auf einen Preis knapp über den Produktionskosten drücken, wenn nicht darunter (zumindest für eine gewisse Zeit).

---

<sup>55</sup> Siehe Lingua Franca (Hrsg.), *The Sokal Hoax: The Sham That Shook the Academy*. Lincoln, Neb.: University of Nebraska Press, 2000.

Was für einen Profit notwendig ist, ist eine Art von zumindest teilweiser Einschränkung des Marktes, ein gewisser Grad an Monopolisierung. Je größer die Einschränkung oder Monopolisierung, desto größer der potenzielle Profit für die Verkäufer. Natürlich haben Monopole ihre negativen Seiten, und wir werden regelmäßig auf sie hingewiesen. Beendet werden Monopole jedoch nicht aufgrund eines gesellschaftlichen Bewusstseins ihrer Nachteile, sondern aufgrund der Tatsache, dass sie, durch die rationellen und unvermeidlichen Bemühungen neuer Produzenten/Verkäufer um eine Beteiligung an äußerst profitablen Märkten, zu ihrer eigenen Zerstörung führen. Diese Bemühungen haben früher oder später Erfolg, verringern dabei jedoch die Profitabilität des Marktes, zu dem die Produzenten/Verkäufer sich Zugang verschafft haben.

So spielt der Markt tatsächlich eine wichtige Rolle in der Funktionsweise des Kapitalismus, aber nur als Mechanismus, mit dessen Hilfe die einen Produzenten/Verkäufer ständig versuchen, die Monopolstellungen der anderen aufzubrechen. Resultat hiervon ist jedoch, dass die früheren Profiteure eines monopolisierten Marktes, die nun dem voraussichtlichen Ende ihres Vorteils ins Auge blicken, ihre Gewinne nehmen und weiterziehen oder versuchen weiterzuziehen, um einen anderen – oft neuerdings – monopolisierten Marktbereich zu finden. In diesem Hin und Her ist die Rolle des Staates zentral für die Schachzüge aller – als Garantiegeber oder Erzeuger von Monopolen sowie als »neutraler« Legitimierer monopolistischer Praktiken, aber auch als Zerstörer von Monopolen. Den Staat auf seiner Seite zu haben, ist der Königsweg zu Profiten im großen Rahmen. Und Hauptanliegen von Unternehmern, die den Staat nicht auf ihrer Seite wissen, ist die Veränderung der Politik des Staates. Kapitalisten brauchen den Staat, um echte Profite zu machen, allerdings einen, der auf ihrer Seite steht.

Souveränität andererseits ist das Losungswort des zwischenstaatlichen Systems. In der modernen Welt erhebt jeder Staat Anspruch auf Souveränität, und jeder gibt vor, die Souveränität der anderen zu respektieren. Aber wie wir wissen und wie jeder Vertreter der *Realpolitik* eingestehen wird, laufen die Dinge in Wirklichkeit anders. Es gibt stärkere und schwächere Staaten, wobei die Beziehungen der Staaten von ihrer Stärke und Schwäche abhängen. Stärkere Staaten mischen sich regelmäßig in die internen Angelegenheiten schwächerer Staaten ein, während schwächere Staaten ständig versuchen, stärker zu werden, um solche Einmischungen zu verhindern. Aber selbst schwächere Staaten können sich in die Politik stärkerer Staaten einbringen, wenn auch mit größeren Schwierigkeiten.

Und alle Staaten, selbst die stärksten, sind durch die Operationen der Allgemeinheit des zwischenstaatlichen Systems eingeschränkt. Die Rede von der »balance of power« ist ein Ausdruck für genau solche Einschränkungen.

Wären alle Staaten wahrhaft souverän, hätte und bräuchte kein Staat einen Geheimdienst, ebenso wenig übrigens wie Streitkräfte. Aber natürlich haben alle Staaten diese Institutionen und brauchen sie auch, wollen sie Grund haben zu der Hoffnung, die Geschehnisse innerhalb ihrer Grenzen in einem minimalen Ausmaß kontrollieren zu können. Nicht dass die Parole der Souveränität bedeutungslos wäre. Sie setzt dem Maß und der Art der Einmischung ein normatives Limit und dient daher den schwächeren Staaten – bis zu einem gewissen Grad – zur Begrenzung des Schadens, der ihnen von stärkeren Staaten zugefügt wird. Die Vereinten Nationen sind heute eins der Hauptmittel für solche Beschränkungen. Aber wie ernst wird die UN in den Außenministerien dieser Welt genommen?

Seit der Französischen Revolution hat jeder Staat »Bürger« im Gegensatz zu Untertanen. Bürger haben Rechte. Bürger sind als Gleiche an den politischen Entscheidungen ihres Staats beteiligt. Nur hat seit dem Aufkommen des Begriffs praktisch jeder Staat mit allen Mitteln versucht, seine Anwendung im wirklichen Leben einzuschränken. Beispielsweise dadurch, dass eine ganze Reihe binärer Unterscheidungen im Weltsystem verdinglicht und ihnen in einem bis dahin unbekanntem Maße politisches Gewicht beigemessen wurde: bürgerlich-Mittelklasse/proletarisch-Arbeiterklasse, Mann/Frau, weiß/schwarz (oder farbig), Ernährer/Hausfrau, produktiv/unproduktiv, sexuell der Mehrheit entsprechend/sexuell anomal, die Gebildeten/die Massen, rechtschaffen/kriminell, geistig normal/geistig anomal, volljährig/minderjährig, zivilisiert/unzivilisiert. Und natürlich gibt es noch mehr.

An diesen binären Unterscheidungen, die im 19. Jahrhundert alle theoretisch und sehr detailliert erörtert wurden, gilt es zu beachten, dass uralte Unterscheidungen ihre Grundlage bilden, denen aber Signifikanz, Verwobenheit und Starrheit verliehen werden, wie sie sie selten zuvor hatten. Außerdem ist entscheidend, dass jede mit Signifikanz versehene binäre Unterscheidung eine echte Einschränkung des Bürgerstatus bedeutet. Der Bürgerstatus als Idee schließt theoretisch alle ein. Die binären Unterscheidungen reduzieren dieses »alle« auf eine relativ kleine Bevölkerungsminderheit. Das lässt sich leicht ermessen, wenn man das Wahlrecht betrachtet, und noch mehr das Maß der Akzeptanz für echte politische Beteiligung.

Schließlich kommen wir zur Wertneutralität, einem Begriff, der entstand, um die ungebärdige, schwierige und pseudointelligente Gruppe der Intellektuellen in die Schranken zu weisen. Theoretisch haben sich alle Forscher und Wissenschaftler der abstrakten Wahrheit verschrieben und berichten das, was wirklich ist, wie ihre Forschung sie die Welt verstehen lässt. Sie behaupten, ihre Forschungsgegenstände allein aufgrund des ihnen innewohnenden Interesses für Wissenschaft und Forschung auszuwählen und ihre Methoden nach ihrer Gültigkeit und Zuverlässigkeit zu wählen. Sie ziehen keine für die öffentliche Arena bindenden Schlussfolgerungen. Sie fürchten keinen gesellschaftlichen Druck. Sie geben keinem finanziellen oder politischen Druck nach, ihre Resultate oder ihre Darstellung der Resultate zu verändern.

Das ist ein schönes Märchen, aber jeder, der eine gewisse Zeit an einer Universität oder Forschungseinrichtung tätig war und immer noch daran glaubt, ist bewusst oder unbewusst naiv. Der materielle Druck ist enorm, der Karrieredruck fast ebenso groß und der politische Druck immer verfügbar, wenn die anderen nicht wirken. Nicht dass es keine Galileis mehr gäbe. Es gibt viele, und manche tun mehr als zu murmeln »*eppur si muove*«. Aber auch im liberalsten Staat ist Widerspruch mutig.

Warum diese vier Mythen – der freie Markt, die souveränen Staaten, die gleichen Rechte aller Bürger und der wertneutrale Forscher/Wissenschaftler – für das Funktionieren des modernen Weltsystems notwendig sind, warum sie so laut propagiert und weitgehend geglaubt werden (jedenfalls oberflächlich), ließe sich leicht erklären, aber das ist hier nicht mein Anliegen. Vielmehr möchte ich diskutieren, was bei einer strukturellen Krise des aktuell bestehenden historischen Systems und seiner beginnenden Gabelung geschieht, in der Situation also, in der wir uns meiner Meinung nach heute befinden. Und insbesondere, was mit dem wertneutralen Forscher/Wissenschaftler geschieht oder mit ihm oder ihr geschehen sollte.

Ich glaube, wir Intellektuellen müssen uns als erstes des Mythos entledigen und mit einiger Klarheit die wirkliche Situation vor Augen führen, dass nämlich alle Debatten gleichzeitig intellektuell, moralisch und politisch sind. Damit würde man die Begrenztheit der komplizierten Position Webers tatsächlich anerkennen, ohne jedoch die zu stark vereinfachte Position Gramscis zu akzeptieren. Ich habe bewusst drei Wörter verwendet – *intellektuell*, *moralisch* und *politisch* – um zu charakterisieren, womit Intellektuelle umgehen, weil ich glaube, die drei Arten der Analyse wirken zwar in Debatten zusammen, sind aber nicht identisch, und jede

sollte zu ihrem Recht kommen. Darüber hinaus halte ich es für das Sinnvollste, diese drei Analysearten in einer bestimmten Reihenfolge zu behandeln: erstens die intellektuelle Beurteilung, worauf wir zusteuern (unsere aktuelle Marschrichtung), zweitens die moralische Beurteilung, worauf wir zusteuern wollen, und drittens die politische Beurteilung, wie wir am wahrscheinlichsten an den Punkt gelangen, auf den wir unserer Meinung nach zusteuern sollten. Jede dieser Beurteilungen ist schwierig. Alle drei in enger Abfolge sind sogar noch schwieriger. Aber wenn wir an dieser Aufgabe nicht interessiert sind, sollten wir in einer anderen Branche arbeiten.

Worauf steuern wir zu? Zur Beantwortung dieser Frage sind eine Chronosophie, eine Analyseeinheit und eine Perspektive notwendig.<sup>56</sup> Für mich sind sie klar. Die Perspektive meiner Analyse ist das, was ich die »Analyse von Weltsystemen« nenne. Meine Analyseeinheit ist ein historisches soziales System. Und meine Chronosophie basiert auf der Annahme eines Zeitpfeils in herabfallenden Gabelungen, was einen Fortschritt (der ein moralischer Begriff ist) möglich, aber keineswegs notwendig macht. Ich nenne dies die Theorie des möglichen Fortschritts. Gestatten Sie mir, sie ausdrücklich in eine konkretere Sprache zu übersetzen.

Unser bestehendes historisches Gesellschaftssystem ist das moderne Weltsystem, eine kapitalistische Weltwirtschaft, die seit dem langen 16. Jahrhundert existiert. Dieses System hat sich geographisch ausgedehnt, bis zum letzten Drittel des 19. Jahrhunderts alle anderen historischen Gesellschaftssysteme verdrängt oder vereinnahmt und umfasst heute den ganzen Globus. Wie alle historischen Systeme operiert es von Beginn an nach bestimmten Regeln, die sich verdeutlichen lassen und sich in den zyklischen Rhythmen und säkularen Trends des Systems widerspiegeln. Wie bei allen Systemen stoßen die linearen Projektionen seiner Trends an bestimmte Grenzen, an denen das System stark von seinem Gleichgewicht abweicht und beginnt sich zu gabeln. An diesem Punkt befindet sich das System in der Krise und durchläuft eine chaotische Zeit, in der es versucht, eine neue und andere Ordnung zu stabilisieren, das heißt, den Übergang in ein anders System zu vollziehen. Wie diese neue Ordnung aussieht und wann sie sich stabilisieren wird, ist unmöglich vorherzusagen, aber die Entscheidung wird stark von den Handlungen aller Beteiligten während des Übergangs beeinflusst. Und das ist der Punkt, an dem wir heute stehen.

---

<sup>56</sup> Zur Chronosophie siehe Kapitel 6, Anmerkung 24.

Die Rolle des Forschers/Wissenschaftlers ist es, die eigenen Fähigkeiten für diesen Übergang einzusetzen und vor allem die historischen Wahlmöglichkeiten darzulegen, die er uns allen individuell und kollektiv bietet. Da diese Zeit chaotisch und ihr die Unvorhersehbarkeit ihres Ergebnisses eigen ist, ist die intellektuelle Aufgabe einer Analyse des Übergangs und der durch ihn bestehenden Wahlmöglichkeiten weder einfach noch offensichtlich. Auch in gutem Glauben handelnde Personen können und werden bei der intellektuellen Analyse zu unterschiedlichen, vielleicht ganz verschiedenen Ergebnissen kommen. Dieser Prozess bringt eine intellektuelle Diskussion mit sich, unter Verwendung der Regeln für intellektuelle Diskussionen. In diese Debatte möchte ich, wie viele andere auch, eintreten.<sup>57</sup>

Ist »Worauf steuern wir zu?« die einzige intellektuelle Frage, die wir stellen können? Nein, aber während eines systemischen Übergangs ist es für unsere kollektive Zukunft vermutlich die entscheidende. So ist es sowohl wünschenswert als auch letztlich unvermeidlich, dass sie uns ein zentrales gemeinsames intellektuelles Anliegen wird. Vorausgesetzt natürlich, die von mir gewählte Chronosophie, Analyseeinheit und Perspektive geben einen grundsätzlich korrekten Anfangspunkt ab. Manche, vielleicht auch viele, werden das bestreiten. Und wir müssen eine gewisse Menge unserer Energie auf die Debatte über diese Fragen, die man präanalytisch nennen könnte, verwenden. Aber offen gesagt, nicht zu viel. Allen, die von der Richtigkeit der verwendeten Prämissen ausreichend überzeugt sind, sei ans Herz gelegt, wir können es uns nicht leisten, so viel Zeit mit der Rechtfertigung der zugrundeliegenden Prämissen zu verbringen, dass wir zu den verwickelten Problemen der Diagnose der heutigen Realität auf der Basis dieser Prämissen nicht mehr kommen.

Bei der Debatte über die Art des Übergangs angelangt, müssen wir uns der kniffligen Aufgabe widmen, die unsere Marschroute beeinflussenden Vektoren, die Parameter, innerhalb derer sie operieren, und ihre wahrscheinlichen Alternativwege auszubuchstabieren, wobei wir nie vergessen dürfen, dass es in einer chaotischen Situation viele Überraschungen und plötzliche Umkehrungen geben wird. Das schwerste ist die Unterscheidung des schlichten Andauerns der zyklischen Muster, die Teil des alten Systems sind, vom wirklich Neuen. Sie wird durch eine der Eigenschaften unseres bestehenden Weltsystems noch erschwert, nämlich seine Ideologie der Neuheit, die sich beispielsweise in der Neigung von For-

---

<sup>57</sup> Siehe Kapitel 3.



schern und Wissenschaftlern und insbesondere von Publizisten äußert, jede kleinste Veränderung der realen Welt als »neu« zu feiern und damit entweder als »wundervoll« oder als »schrecklich«. Wir brauchen bei unserer Beurteilung eine gewisse kühle Distanz.

In einer chaotischen Situation ist für uns eines gewiss, und zwar, dass uns neue Wege offen stehen und wir ganz real dazu aufgefordert sind, zwischen ihnen zu entscheiden. An diesem Punkt kommen moralische Fragen ins Spiel, die wir weder abwehren können noch vernachlässigen dürfen. Die Entscheidung ist nie mechanisch und nie eine der formalen Rationalität. An ihr ist das beteiligt, was Weber die »materiale Rationalität« nannte, die uns zur Entscheidung zwischen Zwecken statt zwischen Mitteln dient. Und wenn ich von Zwecken spreche, meine ich keine engen und technisch definierten Zwecke, sondern die gesamte Gestalt und die grundlegenden Werte eines neuen von uns zu errichtenden historischen Gesellschaftssystems.

Diese Frage stellt sich natürlich allen, nicht nur und nicht einmal hauptsächlich Forschern und Wissenschaftlern. Aber letztere können sie auch nicht durch die Behauptung umgehen, solche Entscheidungen zu treffen sei Aufgabe des »Bürgers« oder einer anderen gesellschaftlichen Figur außerhalb der intellektuellen Domäne. Denn unsere Entscheidungen auf diesem Gebiet legen fest, wie wir intellektuellen Aufgaben nachgehen werden. Das ist unausweichlich miteinander verknüpft. Unsere Entscheidungen bestimmen, was formal rational ist und zur inneren Domäne des Forschers/Wissenschaftlers gehört. Das bedeutet, wir müssen den Kreis der Faktoren ausweiten, die in unseren Analysen sowie unseren normativen Vorgaben zu berücksichtigen sind. Ob beispielsweise eine bestimmte Umwelt- oder Wirtschaftspolitik sinnvoll ist bzw. als rational bezeichnet werden kann, hängt teilweise von der Reichweite ihrer Folgen ab und davon, ob wir kollektiv bereit sind, den Preis für diese Politik zu bezahlen. Daraus ergibt sich unmittelbar die Frage, wer zu diesem »Wir« zählt, die den Preis bezahlen. Wir müssen den Kreis der in dieses »Wir« eingeschlossenen Menschen ausdehnen, im Hinblick auf die gesellschaftlichen Gruppierungen des Systems, in geographischer Hinsicht und im Hinblick auf die Generationen, die bislang noch Ungeborenen eingeschlossen. Keine leichte Aufgabe!

Dann müssen wir uns der Tatsache stellen, dass heute manche privilegiierter sind als andere, und es realistisch ist zu erwarten, dass die Privilegierteren den Erhalt ihrer Privilegien in der während des Übergangs notwendig entstehenden Strömung wünschen werden. Kurz gesagt, eine Ära

des Übergangs ist kein Freundschaftsspiel. Sie ist ein harter Kampf um die Zukunft und wird zu heftiger Uneinigkeit führen. Wenn man fragt: Was ist der größte moralische Streitpunkt, mit dem wir in einer Ära des Übergangs konfrontiert sind?, ist die Antwort zweifellos ziemlich einfach: Wird das historische Folgesystem oder die historischen Folgesysteme die Muster des existierenden und der vergangenen Systeme beibehalten, nämlich das eines hierarchischen, unegalitären Systems, oder wird es bzw. werden sie relativ demokratisch und egalitär sein?

Das ist ganz eindeutig eine moralische Frage: Was ist die gute Gesellschaft? Aber auch eine intellektuelle: Welche Art von Gesellschaft ist möglich? Möglich? Angesichts wovon? Angesichts einer mutmaßlichen menschlichen Psychologie? Angesichts eines gewissen Niveaus von Technologie? Hinter jeder großen Frage der Sozialwissenschaft der letzten zweihundert Jahre steht diese moralische Thematik: Was ist die gute Gesellschaft? Und wir sind heute einem Konsens in dieser Frage nicht näher als 1989, 1968, 1914-18, 1870, 1848 oder 1789 – um nur ein paar große Momente gesellschaftlicher Uneinigkeit im modernen Weltsystem zu nennen.

Es ist also ein hitziger Kampf zwischen zwei moralischen Lagern zu erwarten, von denen jedes intellektuelle Behauptungen sowie moralische Ansprüche aufstellen wird. Außerdem werden die Behauptungen nicht unbedingt ehrlich sein – ehrlich in dem Sinne, dass die Vertreter einer Position wirklich glauben, sie stellen tatsächliche und nicht bloß erwünschte Vorgänge dar. Ja, wer für eine Position eintritt, weiß selbst nicht immer, wann er in dieser Hinsicht nicht vollkommen ehrlich ist. Folglich ist intellektuelle Klarheit Teil der moralischen Anstrengungen, und dies schließt die Bemühung um Skizzierung der Verzerrungen der Analyse ein, die im weitesten Sinne des Wortes durch Propaganda entstanden sind.

Und wenn es uns gelingen sollte, an der Grenze zwischen intellektuellen und moralischen Fragen erfolgreich zu navigieren und jeder Seite Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, stehen wir immer noch vor der größten Hürde, den politischen Fragen. Denn es reicht nicht, klar zu sehen, was auf dem Spiel steht und moralische Implikationen sowie moralische Präferenzen eindeutig abzuwägen; wir müssen auch verstehen, was in der politischen Sphäre vor sich geht und wie wir tatsächlich material rational sein, das heißt, unsere Vorstellung vom Wahren und Guten tatsächlich umsetzen können. Der Faschismus als Ideologie bedeutete und bedeutet die Ablehnung sowohl intellektueller als auch moralischer Ansprüche im Namen des Vorrechts der Gewalt. »Wann immer ich das Wort ›Kultur‹

höre, greife ich zum Revolver«, sagten die Naziführer. Es gibt immer noch Leute mit Revolvern, die so handeln. Historische Entscheidungen sind keine Gartenpartys und sie können hässlich verlaufen, wie rational die Analysen der Forscher und Wissenschaftler auch sein mögen.

Hier stellt sich also die Frage, wie wir uns in einer Ära des Übergangs organisieren können. Auch sie ist nicht nur und nicht einmal hauptsächlich eine Frage für Intellektuelle, aber ebenfalls eine, mit der wir unausweichlich konfrontiert sind. Wer sagt, er wolle sie nicht direkt angehen, betrugt entweder uns oder sich selbst. Das große Problem für die zum Kampf für eine demokratischere, egalitärere Welt Entschlossenen ist jedoch das Vermächtnis der Desillusionierung aufgrund der Errungenschaften und der Niederlagen der antisystemischen Bewegungen in den letzten 150 und insbesondere den letzten 50 Jahren. Wir alle sind Bewegungen gegenüber misstrauisch geworden – dem Triumphgeschrei, dem Zentralismus und der entschiedenen Intoleranz gegenüber, die sie an den Tag gelegt haben.

Was lässt sich also über eine Politik des Übergangs sagen? Zunächst, dass Klarheit Vorrang hat gegenüber der Mobilisierung. Wenn wir mobilisieren, müssen wir wissen, warum, und nicht bloß wie. Und das Warum ist eine intellektuelle sowie eine moralische Frage, nicht bloß eine politische. Ich kann das nicht stark genug unterstreichen. Das ist der Punkt, an dem Intellektuelle ihren Beitrag zu leisten haben. Intellektuelle werden theoretisch als diejenigen definiert, die sich mehr als alle anderen um die analytischen Fähigkeiten bemüht haben, die der Klarheit zugrunde liegen. Intellektuelle Fragen haben ihren Platz im Strudel der Ereignisse genau hier, im Streben nach Klarheit.

Eine der von Intellektuellen aufzuzeigenden Realitäten der modernen Welt ist, dass wir uns mit vielen einander überschneidenden Gruppen identifizieren, die für uns wie für das Weltsystem mal mehr, mal weniger signifikant sind. Dies ist teilweise eine Folge der Fülle von binären Unterscheidungen, die im 19. Jahrhundert im Weltsystem institutionalisiert wurden und von denen wir uns nicht so leicht freimachen können. Für den Augenblick müssen wir mit diesen Unterscheidungen leben, selbst wenn wir ihre Übertreibungen missbilligen. Zentralismus, wie demokratisch auch immer, wird nicht und kann nicht funktionieren. Das haben die Revolutionen von 1968 gelehrt, und die Bewegungen haben die Lektion seitdem teilweise gelernt und internalisiert. Aber nur teilweise!

Die Befürworter des Erhalts von Hierarchien und Privilegien in einem zukünftig zu errichtenden historischen Gesellschaftssystem haben gegen-

über dem Rest von uns zwei große Vorteile. Zum einen stehen ihnen enormer Reichtum, Macht und die Möglichkeit zum Erwerb des nötigen Fachwissens zur Verfügung. Außerdem sind sie intelligent und gebildet und können sich mehr oder weniger zentral organisieren. Diejenigen, die als zukünftig zu errichtendes historisches Gesellschaftssystem ein relativ demokratisches und egalitäres befürworten, sind in beiden Hinsichten im Nachteil. Sie haben weniger Geld und Macht zur Verfügung, und sie können nicht mit zentralisierten Strukturen operieren.

Das bedeutet, ihre einzige Chance besteht darin, diese Begrenzung ihrer Möglichkeiten in einen Vorteil umzukehren. Sie müssen auf ihre Vielfalt bauen. Ob wir das eine »Regenbogenkoalition«, »*la gauche plurielle*« oder die »*frente amplio*« nennen, ist weniger wichtig als die Grundidee der unumgänglichen Notwendigkeit, eine weltweite Familie antisystemischer Bewegungen ohne – oder zumindest weitgehend ohne – hierarchische Strukturen zu bilden. Das ist aus zwei Gründen organisatorisch schwierig. Eine so lose Struktur ist möglicherweise nicht in der Lage, eine durchführbare, kohärente Strategie zu entwerfen, und sie ist sehr verwundbar durch Infiltrationen und Störungen von innen.

Außerdem erfordert eine so lose Struktur, will sie Bestand haben, gegenseitiges Verständnis und Respekt. Auch hierin kommt Intellektuellen eine Rolle zu. Soweit sie sich der Leidenschaftlichkeit des Augenblicks entziehen können, können Intellektuelle möglicherweise als Dolmetscher zwischen den vielen Bewegungen dienen, als diejenigen, die die Prioritäten jeder Bewegung in die Sprache der anderen übersetzen und in die gemeinsame Sprache, die es allen von ihnen ermöglichen wird, die vor ihnen liegenden intellektuellen, moralischen und dann auch die politischen Fragen zu verstehen.

Im 21. Jahrhundert glaube ich, könnte man Gramsci von der Klugheit einer in dieser Weise revidierten Haltung überzeugen. Ich glaube, man könnte vielleicht sogar Weber überzeugen, obwohl das schwieriger wäre. Aber wir müssen es mit aller Kraft versuchen. Wenn es nicht gelingt, die Max Webers dieser Welt zu überzeugen, ist ungewiss, ob wir die Art von gesellschaftlichem Wandel erzielen könnten, der uns vorschwebt.

Das Ergebnis des Kampfes ist vollkommen ungewiss. Aber in Übergangszeiten steht niemandem der Luxus zu, unbeteiligter Zuschauer zu sein.

# Kapitel 9

## Amerika und die Welt: Die Twin Towers als Metapher

### 1. Amerika die Schöne

*O beautiful for patriot dream  
That sees beyond the years  
Thine alabaster cities gleam  
Undimmed by human tears!  
America! America!  
God shed his grace on thee  
And crown thy good with brotherhood  
From sea to shining sea!*  
Katherine Lee Bales, »America the Beautiful«

*O wie schön ob deines patriotischen Traums,  
der über die Jahre hinausblickt,  
deine Städte glänzen vom Alabaster,  
ungetrübt von Menschentränen,  
Amerika! Amerika!  
Gott überschütte dich mit seiner Gnade  
und kröne dein Wohl mit Brüderlichkeit,  
vom Meer bis zum leuchtenden Meer!*

Am 24. Oktober 1990 wurde ich gebeten, den Eröffnungsvortrag der *Distinguished Speakers Series* zur Feier des zweihundertjährigen Bestehens der Universität von Vermont zu halten. Ich nannte diesen Vortrag »Amerika und die Welt: heute, gestern und morgen.«<sup>58</sup> Darin diskutierte ich den Segen, mit dem Gott Amerika bedacht hat: in der Gegenwart Wohlstand, in der Vergangenheit Freiheit, in der Zukunft Gleichheit. Diese Gaben hatte Gott nicht überall und an jeden verteilt. Ich stellte fest, die Amerikaner seien sich dieser ungleichen Verteilung der Gnade Gottes sehr bewusst. Ich sagte, die USA hätten sich und das, womit sie gesegnet sind, immer am Maßstab der Welt gemessen. Wir sind besser, wir waren besser,

---

<sup>58</sup> Veröffentlicht in *Theory and Society* 21, Nr. 1 (Februar 1992); S. 1-28.

wir werden besser sein. Vielleicht wird ein allgemein verbreiteter Segen nicht als echter Segen angesehen. Vielleicht verlangen wir von Gott, dass er nur eine Minderheit rettet.

Heute leben wir im Schatten eines Ereignisses, das die meisten von uns erschüttert hat, die Zerstörung der Twin Towers am 11. September 2001 durch eine Gruppe von Personen, die sich ihrer Ideologie und ihrem moralischen Zorn gegen die USA so sehr verschrieben hatten, dass sie jahrelang heimlich einen tödlichen geopolitischen Schlag gegen die USA und ihre weltweiten Unterstützer planten und ihn dann in einer Weise ausführten, die die Opferung ihres eigenen Lebens nötig machte. Die meisten Amerikaner reagierten auf diese Ereignisse mit großer Wut, patriotischer Entschlossenheit und doch auch mit beträchtlicher und anhaltender Verblüffung über zwei Dinge: Warum ist das geschehen? Und wie konnte es geschehen? Die Verwirrung war mit großer Unsicherheit verknüpft: Was muss und was kann man tun, damit ein solches Ereignis nie wieder geschehen wird, geschehen kann?

Wenn ich auf das zurückblicke, was ich vor elf Jahren gesagt habe, möchte ich nichts daran ändern. Aber mir ist etwas unbehaglich angesichts der Haltung, aus der heraus ich damals sprach. Ich schrieb, als sei ich ein Ethnologe von woanders her, vielleicht vom Mars, der versucht, diese seltsame Spezies, *Humanus americanus*, zu verstehen. Das reicht mir heute nicht mehr. Ich bin natürlich ein Mensch und das Schicksal der Menschheit ist mir ein Anliegen. Aber ich bin auch US-Staatsbürger. Hier wurde ich geboren, hier habe ich die meiste Zeit meines Lebens gewohnt. Und ich trage die volle Verantwortung, ebenso wie jeder andere in meiner Position, für das, was hier geschehen ist und hier geschehen wird. Ich bin moralisch verpflichtet, Amerika von innen zu betrachten.

Daher möchte ich die USA und die Welt ein zweites Mal betrachten, diesmal aber nicht unter dem Gesichtspunkt, wie Amerikaner sich selbst durch das Prisma der Welt sehen, sondern unter dem, wie Amerikaner die Welt gesehen haben und wie sie sie von jetzt an vielleicht sehen wollen. Und es ist mir sehr wohl bewusst, dass ich hier umstrittenes Gelände betrete.

Es ist kaum ein Präsident der Vereinigten Staaten, zumindest im 20. Jahrhundert, denkbar, der nicht irgendwann gesagt hätte, die USA seien das großartigste Land der Welt. Ich bin nicht sicher, ob unsere allgegenwärtigen Meinungsforschungsinstitute diese Frage der amerikanischen Öffentlichkeit je direkt vorgelegt haben, aber ich vermute, die Zustimmung der US-Bevölkerung zu einer solchen Feststellung ist tatsächlich sehr hoch.

Ich möchte Sie bitten darüber nachzudenken, wie eine solche Aussage klingt, nicht nur in den Ohren von Personen aus armen Ländern, die sich kulturell sehr stark von unserem unterscheiden, sondern auch in denen unserer nahen Freunde und Verbündeten – Kanadier, Briten und natürlich Franzosen. Glaubt Tony Blair, die USA seien das großartigste Land der Welt, großartiger als Großbritannien? Würde er es wagen, das zu glauben? Glaubt es Papst Johannes Paul II.? Wer, außer US-Amerikanern und Menschen, die in die USA auswandern wollen, glaubt es?

Nationalismus ist natürlich kein auf die Menschen in den USA beschränktes Phänomen. Die Bewohner fast jedes Landes sind patriotisch und oft chauvinistisch. Amerikaner bemerken das ohne Zweifel. Doch nichtsdestotrotz sind sie sich meist bewusst, dass viele Menschen von überallher in die USA auswandern wollen und dass offenbar kein anderer Ort unter potenziellen Auswanderern so beliebt ist, und sie nehmen dies zur Bestätigung ihres Glaubens an Amerikas nationale Überlegenheit.

Aber won in unseren Augen unsere Überlegenheit? Ich glaube, US-Bürger neigen zu der Annahme, andere hätten von vielem, was wir haben, *weniger*, und die Tatsache, dass wir mehr haben, sei ein Zeichen der Gnade. So werde ich versuchen, die vielen Bereiche, in denen diese Vorstellung des »Weniger« möglicherweise besteht, näher auszuführen. Ich werde mit dem beginnen, dessen sich die meisten Amerikaner offenbar recht sicher sind. Andere Länder sind weniger modern, wobei Modernität hier mit dem Niveau der technologischen Entwicklung gleichzusetzen ist. Die Vereinigten Staaten haben die fortgeschrittenste Technologie der Welt. Diese Technologie findet sich in unseren Haushaltsgeräten quer durch das ganze Land, in den Kommunikations- und Transportnetzwerken, in der Infrastruktur des Landes, in den Instrumenten zur Erforschung des Weltraums und natürlich in der militärischen Ausrüstung unserer Streitkräfte. Aufgrund dieser Anhäufung von Technologie glauben Amerikaner, das Leben in den USA sei bequemer, unsere Produktion könnte erfolgreicher auf dem Weltmarkt konkurrieren und wir gewinnen daher ganz gewiss die Kriege, in die andere uns vielleicht hineinziehen.

US-Amerikaner halten auch ihre Gesellschaft für effizienter. Die Dinge gehen glatter – am Arbeitsplatz, im öffentlichen Sektor, in sozialen Beziehungen, in unserem Umgang mit Verwaltungen. Wie groß unsere Beschwerden über all diese Bereiche auch sein mögen, offenbar haben wir, wenn wir woanders hinfahren, den Eindruck, dort sei alles weniger gut geregelt. Andere scheinen nicht den amerikanischen Elan zu haben.

Sie sind weniger einfallsreich bei der Lösung kleiner oder großer Probleme. Sie sind zu sehr in ihren Traditionen oder Formalien verhaftet. Und das hindert die anderen am Vorwärtskommen, während Amerika voranprescht. Daher sind wir gerne bereit, allen und jedem – Nigerianern, Japanern, Italienern – freundschaftliche Ratschläge darüber zu erteilen, wie sie alles besser anpacken könnten. Wenn andere Länder Amerika nacheifern, wird dies bei ihrer Beurteilung durch US-Amerikaner als großes Plus angesehen. Die Basis für eine Bewertung komparativer politischer Ökonomie besteht aus Daniel Boone plus Peace Corps.<sup>59</sup>

Aber natürlich würden die meisten Amerikaner das »Weniger« der anderen nicht bloß im Materiellen verorten. Es betrifft auch den spirituellen Bereich. Oder, wenn der Ausdruck »spirituell« weltlichen Geisteswissenschaftlern zu ausschließlich ist: Es betrifft auch den kulturellen. Unsere Präsidenten sagen uns und unsere patriotischen Lieder erinnern uns daran, dass wir das Land der Freiheit sind. Andere sind weniger frei als wir. Die Freiheitsstatue streckt die Hand allen »bedrängten Massen, die sich danach sehnen frei zu atmen«, entgegen.

Unser Maß an Freiheit wird in so vielen Dingen anschaulich. Welches andere Land hat eine Bill of Rights? Wo werden Pressefreiheit, Religionsfreiheit und Redefreiheit so in Ehren gehalten? Wo werden Einwanderer so sehr in das politische System integriert? Wäre es in einem anderen Land möglich, dass jemand, der als Teenager immigriert ist und immer noch mit einem starken deutschen Akzent Englisch spricht, Außenminister wird, Hauptrepräsentant der Amerikaner in der übrigen Welt? Gibt es irgendein anderes Land mit so schnellen gesellschaftlichen Aufstiegsmöglichkeiten für Leistungsbereite? Und welches Land kann uns in Bezug auf unser Maß an Demokratie das Wasser reichen? Demokratie nicht nur in der kontinuierlichen Offenheit unserer politischen Strukturen, der Zentralität eines Zweiparteiensystems, sondern auch in unserem Sittenkodex im Alltag? Sind die Vereinigten Staaten nicht das Land, das sich durch die Beibehaltung des Prinzips »wer zuerst kommt, mahlt zuerst« auszeichnet, im Gegensatz zu einem System, in dem Privilegierte bevorzugt behandelt werden? Und dieser demokratische Sittenkodex, im

---

<sup>59</sup> *Daniel Boone* (1734-1820), legendärer amerikanischer Pionier und Grenzer. – *Peace Corps*: Das Friedenskorp wurde 1961 gegründet. Es bildet Freiwillige für einen zweijährigen Dienst im Ausland aus und vermittelt sie an die einzelnen Länder. Freiwillige des Friedenskorp sind heute in 80 Ländern tätig und unterstützen die Einheimischen in der Landwirtschaft, im Handwerk, im Gesundheitswesen, in der Bewahrung der Natur sowie im Erziehungswesen. (Editor. Anm.)



öffentlichen wie im Gesellschaftsleben, datiert mindestens zweihundert, wenn nicht fast vierhundert Jahre zurück.

Vom Schmelztiegel bis zur Multikulturalität rühmen wir uns der unglaublichen ethnischen Pluralität des echt amerikanischen Lebens – in unseren Restaurants, unseren Universitäten, unserer politischen Führungsriege. Ja, wir haben unsere Fehler, aber wir haben mehr getan als irgendein anderes Land, um sie zu überwinden. Waren wir im Lauf der letzten zwanzig Jahre nicht führend darin, die Barrieren von Geschlecht und Rasse einzureißen, im ständigen Streben nach der perfekten Leistungsgesellschaft? Selbst unsere Protestbewegungen geben uns Grund zum Stolz. Wo sind sie so hartnäckig, so vielfältig, so legitim?

Und in dem einen Bereich, in dem wir bis 1945 zugegebenermaßen nicht die Avantgarde der Welt waren, in der Hochkultur, hat sich dort inzwischen nicht alles geändert? Ist New York heute nicht weltweites Zentrum der Welt des Theaters, der Musik, des Tanzes, der Oper? Unser Kino ist so überlegen, dass die französische Regierung protektionistische Maßnahmen ergreifen muss, damit das französische Publikum sich nicht noch mehr davon ansieht.

Das alles lässt sich mit einem Ausdruck zusammenfassen, den US-Amerikaner zumindest seit dem 11. September nicht oft in den Mund genommen haben, aber größtenteils bei sich denken: Wir sind zivilisierter als der Rest der Welt, die Alte Welt, wie wir früher etwas verächtlich gesagt haben. Wir repräsentieren das höchste Streben aller, nicht nur der Amerikaner. Wir sind Anführer der freien Welt, weil wir das freieste Land der Welt sind, und andere verlassen sich darauf, dass wir Führungskraft beweisen und das Banner von Freiheit und Zivilisation hochhalten.

Ich meine nichts von all dem ironisch. Dieses Bild, der Rest der Welt hätte von allem weniger, ist nach meiner festen Überzeugung in der US-amerikanischen Psyche tief verwurzelt, egal wie viele von meiner Darstellung peinlich berührt sind und entschieden behaupten, sie seien nicht Teil eines solchen Konsenses, sie seien (wenn wir es so nennen wollen) kosmopolitischer in ihren Ansichten. Und vor allem in diesem Sinne sind die Twin Towers eine perfekte Metapher. Sie signalisierten unbegrenztes Streben, sie signalisierten technologische Errungenschaften, sie waren ein Leuchtf Feuer für die Welt.

## 2. Angriff auf Amerika

*Was die USA heute durchmachen, ist eine Kleinigkeit verglichen mit dem, was wir jahrzehntelang durchgemacht haben. Unsere Nation hat diese Demütigung und Verachtung mehr als achtzig Jahre lang erfahren... Aber wenn das Schwert nach achtzig Jahren auf die USA fällt, zeigt die Scheinheiligkeit ihr hässliches Gesicht und beklagt den Tod dieser Mörder, die das Blut, die Ehre und die heiligen Orte der Moslems besudelt haben. Das mindeste, was man diesen Menschen nachsagen kann, ist dass sie moralisch minderbemittelt sind.*

Osama bin Laden, 7. Oktober 2001

Osama bin Laden findet Amerika nicht schön. Er hält Amerikaner für moralisch minderbemittelt. Nun halten natürlich auch manche US-Amerikaner die meisten ihrer Landsleute für moralisch minderbemittelt. Das tönt aus der Ecke, die man die kulturelle Rechte der USA nennen könnte. Aber während die Kritiken der US-amerikanischen kulturellen Rechten und Osama bin Ladens sich dort überschneiden, wo sich beide auf den Sittenkodex des Alltags beziehen, richtet sich bin Ladens grundlegende Verurteilung gegen die von ihm so genannte Scheinheiligkeit der USA in der Weltarena. Was aber die USA in der Weltarena betrifft, so würden nur sehr wenige Amerikaner dieser Charakterisierung zustimmen, und selbst diejenigen, die etwas Ähnliches sagten, würden diese Ansicht in einer Weise differenzieren wollen, die für bin Laden irrelevant und inakzeptabel wäre.

Dass es Personen in der Welt gibt, die den Handlungen und Motiven der USA in der Weltarena absolut jeden guten Glauben absprechen, war für US-Bürger eines der beiden großen Schockerlebnisse des 11. September. Wie können Menschen, die von allem Erstrebenswerten weniger haben, bezweifeln, dass andere einzig aufgrund ihrer Leistungen mehr haben? Die moralische Unverschämtheit bin Ladens verblüffte Amerikaner und ärgerte sie maßlos.

Natürlich war bin Laden bei weitem nicht der Erste, der diese Art von verbalem Angriff führte, aber ihm gelang es als erstes, diesen verbalen in einen physischen Angriff auf US-amerikanischen Boden umzusetzen, der Amerika überrumpelte und, zumindest für den Moment, hilflos machte. Bis dahin hatten Amerikaner es sich leisten können, die schier unerschöpflichen verbalen Attacken in der Welt zu ignorieren und als Geschwätz von Narren abzutun. Doch nun waren aus Narren Schurken geworden. Darüber hinaus waren die Schurken anfänglich erfolgreich, und das war der zweite große Schock. Wir glaubten durch unsere angebliche grund-

sätzliche Unverwundbarkeit in der Position zu sein, solche Kritik ignorieren zu können, und stellten jetzt fest, dass wir nicht unverwundbar sind.

Es ist oft gesagt worden, die Welt werde nach dem 11. September nie wieder dieselbe sein. Das halte ich für eine alberne Übertreibung. Aber die US-amerikanische Psyche wird vielleicht wirklich nie wieder dieselbe sein. Denn wenn das Udenkbare erst geschehen ist, wird es denkbar. Und ein direkter Angriff einer verstreuten Schar von Individuen auf die kontinentalen USA war immer undenkbar gewesen. Jetzt wurde es nötig, ein Office of Homeland Security einzurichten, ein Amt für Heimatschutz. Jetzt diskutiert man im Pentagon, ob ein so genanntes Area Command eingerichtet werden soll, eine militärische Struktur, die bislang auf Gebiete außerhalb der USA beschränkt war und den ganzen Rest der Welt abgedeckt hatte und nun die Vereinigten Staaten selbst sichern würde.

Vor allem beinhaltet unser Vokabular jetzt »Terroristen«. In den 1950ern wurde intensiv von dem Ausdruck »Kommunisten« Gebrauch gemacht. Er schloss nicht nur Mitglieder kommunistischer Parteien ein, nicht nur von sich selbst oder anderen so genannte »Sympathisanten«, sondern sogar Personen, die es an »Begeisterung« für die Entwicklung einer Wasserstoffbombe mangeln ließen. Das war schließlich die genaue Anklage, die die US-Atomenergie-Kommission 1953 dazu führte, J. Robert Oppenheimer die Unbedenklichkeitsbescheinigung zu entziehen, gerade der Person, die bekannt war und bis dahin geehrt wurde als »Vater der Atombombe«.

In der gleichen Weise wird der Begriff »Terrorismus« heute sehr weit gefasst. Im November 2001 schaute ich die Fernsehsendung *Law and Order*. Der Plot dieser speziellen Episode drehte sich um den Brand eines noch im Bau befindlichen Gebäudes. Hintergrund ist, dass der Bauunternehmer das Land, ehemals ein von der ganzen Nachbarschaft gemeinschaftlich gepflegter Garten, von der Stadt erhalten hat, und es nun in der Nachbarschaft Widerstand gegen den Bau gibt. Eine Gruppe junger, als »Umweltaktivisten« bezeichneter Menschen beschließt, das Gebäude aus Protest niederzubrennen. Die Lage wird dadurch verkompliziert, dass sich ohne das Wissen dieser Protestgruppe zufällig jemand in dem Gebäude aufhält und im Feuer umkommt. Am Ende werden die Brandstifter gefasst und verurteilt. Das Interessante an dieser banalen Story ist, dass die Brandstifter während der gesamten Sendung wiederholt »Terroristen« genannt werden. Nach jeder Definition muss man diesen Ausdruck sehr weit fassen, um ihn in diesem Fall anwenden zu können. Aber

das macht gar nichts! Er wurde so gebraucht und wird auch weiterhin so gebraucht werden.

Wir sind das Land der Freiheit, aber heutzutage werden Stimmen laut – in der Regierung, der Presse und der allgemeinen Bevölkerung – die sagen, wir hätten zu viel Freiheit gewährt, insbesondere den Nicht-Staatsbürgern, und nun hätten »Terroristen« unsere Freiheit ausgenutzt. Daher, so meinen sie, müssten die Privilegien der Freiheit abgelöst werden durch Verfahrensweisen, die unser Sicherheitsbedürfnis erfüllen. Zum Beispiel sind wir offenbar besorgt, dass die »Terroristen«, wenn wir sie gefangen haben und unter Anklage stellen, möglicherweise ein öffentliches Forum haben und vielleicht nicht verurteilt werden, oder dass sie, wenn sie verurteilt werden, vielleicht nicht die Todesstrafe erhalten. Um diese Dinge zu verhindern, schaffen wir also Militärgerichte, die durch den Präsidenten einberufen werden und deren Regeln er allein aufstellt. Ursprünglich sollten die Angeklagten nicht einmal das Recht haben, bei irgendetwem Berufung einzulegen, und die Gerichte sollten unter völliger Geheimhaltung operieren. Auch jetzt werden die Gerichte noch zu einem schnellen Schluss gelangen können – vermutlich zur Todesstrafe. Das Maß, in dem die normalen Rechte der Verteidigung sichergestellt werden, ist immer noch offen. Und in unserem Land der Freiheit wird dies von allen Seiten gutgeheißen.

Wir glauben und haben öffentlich erklärt, der Angriff auf Amerika sei ein Angriff auf unsere Werte und die Zivilisation selbst gewesen. Wir finden einen solchen Angriff unerhört. Wir sind entschlossen, den weltweiten Krieg gegen den Terrorismus zu gewinnen – gegen Terroristen *und all diejenigen, die ihnen Unterschlupf und Unterstützung gewähren*. Wir sind entschlossen zu zeigen, dass wir trotz dieser Angriffe das großartigste Land der Welt sind und bleiben. Um das zu beweisen, ermahnt uns unser Präsident nicht zu individuellen Opfern, nicht einmal dem kleinen Opfer höherer Steuern, sondern dazu, unser Leben wie gewohnt weiterzuleben. Es wird jedoch von uns erwartet, vorbehaltlos gutzuheißen, was immer unsere Regierung und unsere Streitkräfte tun werden, auch wenn das nicht normal ist.

Das Maß dieses Anspruchs der »Vorbehaltlosigkeit« lässt sich an der weitverbreiteten Brandmarkung derjenigen ablesen, die versuchen zu »erklären«, wie es zu den Ereignissen des 11. September kommen konnte. Jede Erklärung gilt als Rechtfertigung und damit praktisch als Billigung des Terrors. Der American Council of Trustees and Alumni (ACTA), eine von Lynne Cheney und Senator Joseph Lieberman gegründete Organisa-

tion, veröffentlichte im November 2001 eine Druckschrift mit dem Titel »Die Zivilisation verteidigen: Wie unsere Universitäten Amerika im Stich lassen und was man dagegen tun kann«. <sup>60</sup> Es ist eine kurze Broschüre, die ihre Argumente mit bemerkenswerter Prägnanz vorbringt. Da heißt es, »die Lehrkörper der Colleges und Universitäten sind das schwache Glied in der Reaktion Amerikas auf den Angriff«. Und im Weiteren folgt diese Analyse: »Selten erwähnten Professoren öffentlich Heldentum, selten diskutierten sie die Unterschiede zwischen Gut und Böse, das Wesen der westlichen politischen Ordnung oder die Vorteile einer freien Gesellschaft. Ihre öffentliche Botschaft enthielt zu wenig Patriotismus und zu viel Selbstgeißelung. Ja, die Botschaft eines großen Teils der akademischen Welt war: GEBT ZUERST AMERIKA DIE SCHULD!«

Den größten Teil der Druckschrift bildet ein Anhang von 117 Zitaten, mit denen die Autoren ihren Standpunkt veranschaulichen wollen. Darunter finden sich nicht nur Äußerungen von Leuten wie Noam Chomsky und Jesse Jackson, sondern auch von Personen, die gewöhnlich nicht zur Zielscheibe solcher Angriffe werden – der Dekan der Woodrow Wilson School in Princeton, ein ehemaliger stellvertretender Außenminister. Kurz, die Autoren der Broschüre schossen weit über ihr Ziel hinaus.

Soviel ist inzwischen klar, selbst wenn die Ereignisse des 11. September die grundlegenden geopolitischen Realitäten der heutigen Welt nicht ändern werden, haben sie möglicherweise nachhaltige Auswirkungen auf die politischen Strukturen der USA. Wie viel, bleibt abzuwarten. Es scheint jedoch so, als würden wir nicht, oder zumindest jetzt noch nicht dazu ermuntert, auf die verblüfften Fragen der Amerikaner, von denen ich gesprochen habe – warum ist dies geschehen? Und wie konnte es geschehen? – zu antworten.

Die Twin Towers sind auch eine Metapher für den Angriff auf die USA. Sie wurden mit großer technischer Kunstfertigkeit gebaut. Sie sollten angeblich jedem vorstellbaren Unfall und jeder versuchten Zerstörung standhalten. Doch anscheinend hatte niemand daran gedacht, dass Flugzeuge voller Kerosin bewusst auf die Türme gelenkt werden und sie genau auf vier Fünfteln ihrer Höhe treffen könnten, dem Punkt, der die Zerstörung maximieren würde. Ebenso wenig hatte jemand den langsamen und erschütternden Zusammenbruch der Gebäude vor aller Augen vorhergesehen, bei dem sie andere Gebäude mit sich rissen. Niemand hätte je damit

---

<sup>60</sup> Die Autoren sind Jerry L. Martin und Anne Neal.

gerechnet, dass bei einem solchen Zusammenbruch Brände entstünden, die noch monatelang anhalten würden. Die Vereinigten Staaten können die Angriffe vielleicht rächen, doch sie können sie nicht ungeschehen machen. Die Technologie erweist sich als unvollkommener Schutzschild.

### 3. Amerika und die Weltmacht

*Der Antikatholizismus, der sich [im Großbritannien des 18. Jahrhunderts] herausbildete, hatte gewöhnlich eine dialektische Funktion, indem er die Aufmerksamkeit auf den angeblichen Despotismus und Aberglauben sowie die militärische Unterdrückung und materielle Armut der katholischen Regime lenkte und damit die angeblichen Freiheiten, die Seeherrschaft und den Agrar- und Handelsreichtum Großbritanniens und damit die Überlegenheit des Empire deutlicher hervortreten ließ.*

Linda Colley, »Multiple Kingdoms«

Ich beginne mit diesem Zitat von Linda Colley,<sup>61</sup> um daran zu erinnern, dass die USA nicht die erste Hegemonialmacht in der Geschichte des modernen Weltsystems sind, sondern die dritte, und dass Hegemonie sowohl ihre kulturellen Regeln hat als auch ihre Verwundbarkeiten. Eine der kulturellen Regeln besteht in der Unerlässlichkeit der Verunglimpfung anderer zur Aufrechterhaltung der internen Selbstsicherheit, die eine effektive Ausübung von Weltmacht erst ermöglicht.

Nichts macht so blind wie Erfolg, und die USA hatten davon in den letzten zweihundert Jahren eine ganze Menge. Erfolg hat die unangenehme Konsequenz, offenbar fast unvermeidlich die Überzeugung hervorzubringen, er werde notwendigerweise anhalten. Erfolg ist ein schlechter Berater für eine kluge Politik. Ein Scheitern führt zumindest oft zur Reflexion, Erfolg tut das selten.

Vor fünfzig Jahren gründete sich die US-Hegemonie im Weltsystem auf eine Kombination aus einer alle potenziellen Rivalen weit übertreffenden Leistungsfähigkeit, einem weltpolitischen Programm, das von den Verbündeten in Europa und Asien aus vollem Herzen gebilligt wurde, und militärischer Überlegenheit. Heute hat die Leistungsfähigkeit der US-Unternehmen mit beträchtlicher Konkurrenz zu kämpfen, hauptsächlich von Unternehmen aus den engsten Bündnisstaaten. Infolgedessen wird

---

<sup>61</sup> »Multiple Kingdoms«, London Review of Books, 19. Juli 2001, S. 23.

das weltpolitische Programm der USA nicht mehr aus vollem Herzen gebilligt und häufig offen angefochten, selbst von Verbündeten, insbesondere seit dem Untergang der Sowjetunion. Was momentan bleibt, ist militärische Überlegenheit.

Es lohnt sich, über die Ziele der US-Außenpolitik, wie sie während der letzten fünfzig Jahre von mehreren aufeinanderfolgenden Regierungen verfolgt wurden, nachzudenken. Offenbar hatten die USA mit Drohungen durch Regierungen zu tun, die sie als feindlich oder zumindest den US-Interessen abträglich ansahen. Daran ist nichts verkehrt oder außergewöhnlich. Dasselbe gilt für die Außenpolitik jedes Staates im modernen Weltsystem, besonders für jeden mächtigen. Die Frage ist, wie die Vereinigten Staaten glaubten, mit solchen Bedrohungen umgehen zu können.

In den 1950ern und 60ern waren die USA offenbar so stark, dass sie ihnen nicht genehme Regierungen ohne allzu große Schwierigkeiten und unter minimalem Einsatz von Zwangsmaßnahmen entweder neutralisieren (das nannten wir Containment) oder, bei schwächeren Regierungen, mit Hilfe interner Kräfte stürzen konnten, die insgeheim von der US-Regierung unterstützt und gelegentlich durch ein wenig altmodische Kampfhubschrauberdiplomatie gefördert wurden.

Neutralisierung war die Taktik, die gegenüber der kommunistischen Welt Verwendung fand. Die USA versuchten nicht, die Sowjetunion oder ein Regime in ihren Satellitenstaaten in Ost- und Mitteleuropa zu stürzen – und zwar, weil im Grunde absehbar war, dass sie dies angesichts der militärischen Lage gegen den erwarteten Widerstand der sowjetischen Regierung nicht erfolgreich durchführen könnten. Stattdessen traf die US-Regierung mit dem Jalta-Abkommen ein stillschweigendes Übereinkommen mit der UdSSR, dass sie einen solchen Sturz nicht einmal versuchen würden, wenn die UdSSR im Gegenzug zusicherte, keine Ausdehnung ihrer Zone anzustreben. Diese Übereinkunft schloss jedoch nicht Ostasien ein, wo hauptsächlich auf Drängen der kommunistischen Regime in China und Nordkorea keine sowjetischen Truppen standen. So versuchten die USA tatsächlich, diese Regime sowie das von Vietnam zu stürzen, es gelang ihnen jedoch nicht. Und diese gescheiterten Versuche hinterließen eine tiefe Narbe im öffentlichen Bewusstsein der USA.

Die Vereinigten Staaten waren jedoch in der Lage, ihren Willen dem Rest der Welt aufzuzwingen, und taten das ohne Gewissensbisse. Man denke an den Iran 1953, Guatemala 1954, den Libanon 1956, die Dominikanische Republik 1965 und Chile 1973. Der aktiv von der US-Regie-

rung unterstützte Putsch General Pinochets in Chile gegen die frei gewählte Regierung von Salvador Allende fand am 11. September statt. Ich weiß nicht, ob Osama bin Laden und seine Anhänger sich dieser Übereinstimmung der Daten bewusst waren oder nicht, aber jedenfalls ist es ein symbolisches Zusammentreffen, das vielen Menschen, insbesondere in Lateinamerika, auffallen wird. Es verweist auch auf eine weitere metaphorische Bedeutung der Twin Towers. Sie waren eine phantastische technische Leistung. Aber technische Leistungen können kopiert werden und werden kopiert. In Malaysia wurden die Twin Towers bereits architektonisch reproduziert, und in Shanghai wird jetzt ein noch größerer Wolkenkratzer gebaut. Auch Symbole können kopiert werden. Jetzt haben wir zwei Jahrestage am 11. September, an denen Opfer trauern.

In den 1970er Jahren änderten sich zwangsläufig die Methoden der US-Außenpolitik. Chile war der letzte große Fall, bei dem die USA so kaltlächelnd eine andere Regierung nach Belieben formen konnten. (Grenada und Panama zähle ich nicht mit, denn beides waren sehr kleine Länder ohne ernstzunehmende militärische Verteidigung.) Ursache dieser Veränderung war das Ende der ökonomischen Vorherrschaft der USA in der Weltwirtschaft in Kombination mit ihrer militärischen Niederlage in Vietnam. Die geopolitischen Gegebenheiten hatten sich geändert. Die US-Regierung konnte sich nicht mehr darauf konzentrieren, ihre Macht zu erhalten oder gar auszuweiten; statt dessen wurde die Verhinderung eines zu schnellen Zerfalls ihrer Macht zu ihrem obersten Ziel – sowohl im wirtschaftlichen als auch im militärischen Bereich.

In der Weltwirtschaft spürten die USA nicht nur den heißen Atem ihrer Konkurrenten Westeuropa und Japan im Nacken, sondern waren auch mit dem offensichtlichen Erfolg der »Entwicklungspolitik« in großen Teilen der übrigen Welt konfrontiert, einer Politik, die ausdrücklich den Zweck verfolgte, die Möglichkeiten der Kernzonen-Länder einzuschränken, auf Kosten – wie man meinte – der Länder der Peripherie Kapital zu akkumulieren. Wir dürfen nicht vergessen, dass die 1970er von den Vereinten Nationen zum »Jahrzehnt der Entwicklung« erklärt worden waren. Damals sprach man viel von einer zu schaffenden »neuen internationalen Wirtschaftsordnung« und in der UNESCO von einer »neuen internationalen Informationsordnung«. Die 1970er waren die Zeit zweier berühmter Ölpreiserhöhungen der OPEC, die bei der amerikanischen Bevölkerung Wellen der Panik auslösten.

Die USA begegneten all diesen Vorstößen mit uneindeutigem Unbehagen oder offener Opposition. Eine weltweite Gegenoffensive wurde



gestartet. Sie beinhaltete die aggressive Durchsetzung des Neoliberalismus und des so genannten Washington-Konsenses, das Hervorgehen der Welthandelsorganisation aus dem GATT-Vertrag (General Agreement on Tariffs and Trade – Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen), die Treffen in Davos und die Ausbreitung des Begriffs der Globalisierung mit seiner Begleitidee TINA (there is no alternative – es gibt keine Alternative). Im Grunde genommen liefen all diese Bemühungen in Kombination auf eine Rücknahme der »Entwicklungspolitik« überall in der Welt hinaus, und insbesondere in den peripheren Zonen der Weltwirtschaft. Kurzfristig, das heißt in den 1980ern und 1990ern, schien diese von der US-Regierung angeführte Gegenoffensive erfolgreich zu sein.

Dieser Politik an der Spitze der Weltwirtschaft entsprach eine beharrliche Welt-Militär-Politik, die man als »Antiproliferations-Politik« bezeichnen kann. Als die USA 1945 erfolgreich die ersten Atombomben herstellten, waren sie entschlossen, ihr Monopol auf diese gewaltigen Waffen aufrechtzuerhalten. Sie waren bereit, es mit ihrem treuen Juniorpartner Großbritannien zu teilen, aber sonst mit niemandem. Wie wir wissen, ignorierten die anderen »Großmächte« diesen Anspruch natürlich einfach. Zuerst erlangte die Sowjetunion die Fähigkeit zum Bau von Atomwaffen, dann Frankreich und dann China. Später Indien und dann Pakistan. Später auch Südafrika, dessen Apartheidregime das jedoch erst nach seiner Ablösung zugab und jegliche Kapazitäten auf diesem Gebiet sorgfältig abbaute, ehe es die Macht an die demokratischere Nachfolgeregierung der Schwarzafrikanischen Mehrheit abtrat. Und auch Israel wurde zur Atommacht, obwohl es dies offiziell immer noch abstreitet. Dann gibt es noch die »Fast«-Atomkräfte, sollten sie tatsächlich noch zur »Fast«-Kategorie gehören – Nordkorea, der Iran, der Irak (dessen Anlagen Israel in den 1980ern bombardierte, um ihn in der »Fast«-Kategorie zu halten), Libyen und möglicherweise Argentinien. Dazu kommen noch die ehemaligen Sowjetrepubliken, die die Möglichkeit zum Bau von Atomwaffen erbten – die Ukraine, Weißrussland und Kasachstan. Außerdem müssen die anderen tödlichen Technologien berücksichtigt werden, biologische und chemische Waffen. Ihr Bau sowie ihre Lagerung und ihr Einsatz sind so viel leichter, dass wir nicht sicher sind, wie viele Länder gewisse oder auch beträchtliche Fähigkeiten auf diesen Gebieten haben.

Die USA verfolgen eine einfache, geradlinige Politik. Sie wollen auf Biegen und Brechen, mit Gewalt oder durch Bestechung allen anderen den Zugang zu solchen Waffen verwehren. Offensichtlich war diese Politik nicht erfolgreich, aber die Bemühungen der letzten Jahre haben den

Prozess der Weitergabe zumindest verlangsamt. Doch die Politik der USA hat noch einen weiteren Haken. Sie versuchen, die Weitergabe von Waffentechnologie mit Hilfe internationaler Übereinkommen zu beschränken, versuchen aber gleichzeitig, sich selbst nicht oder nur minimal durch solche Übereinkommen einschränken zu lassen. Die US-Regierung hat erklärt, sie werde sich von solcherlei Beschränkungen lossagen, wann immer sie dies für nötig hielte, während sie jede andere Regierung, die dies anstrebt, lauthals verdammt.

Als politische Taktik scheint die Nichtweitergabe von Waffentechnologie zum Scheitern verurteilt, nicht nur langfristig, sondern auch mittelfristig. Bestenfalls können die USA in den nächsten 25 Jahren die Verbreitung etwas drosseln. Aber hier liegt auch eine moralische und politische Frage. Die USA trauen sich selbst, aber niemand anderem. Die US-Regierung möchte die nordkoreanischen Militärstützpunkte inspizieren, um festzustellen, ob dort die Normen verletzt werden. Sie hat aber weder den Vereinten Nationen noch sonst jemandem das Recht eingeräumt, US-Stützpunkte zu inspizieren. Die USA trauen sich zu, solche Waffen klug und zur Verteidigung der Freiheit einzusetzen (wobei dieser Begriff offenbar identisch ist mit nationalen Interessen der USA). Sie gehen davon aus, dass alle anderen die Absicht haben könnten, diese Waffen gegen die Freiheit einzusetzen (auch hier ist der Begriff offenbar identisch mit den nationalen Interessen der USA).

Ich persönlich traue keiner Regierung den klugen Einsatz solcher Waffen zu. Ich wäre froh, wenn sie alle verboten würden, aber ich glaube nicht, dass dies im heutigen zwischenstaatlichen System wirklich durchsetzbar wäre. Daher enthalte ich persönlich mich des Moralisierens über diese Frage, denn damit setzt man sich dem Vorwurf der Scheinheiligkeit aus. Und auch wenn zynische Neorealisten (zu denen ich vermutlich auch zu zählen bin) sagen würden, alle Regierungen seien scheinheilig, steht einem das Moralisieren schlecht zu Gesicht, wenn man sich auf der Grundlage der eigenen relativen Tugendhaftigkeit Unterstützung in anderen Ländern sichern möchte.

## 4. Amerika: Ideale contra Privilegien

*Nabezulegen, die universelle Zivilisation sei bereits verwirklicht, würde bedeuten, die heutige Realität bewusst nicht wahrzunehmen und, noch schlimmer, das Ziel zu trivialisieren und das künftige Zustandekommen echter Universalität zu verhindern.*

Chinua Achebe<sup>62</sup>

*Der Gegensatz zwischen Globalisierung und regionalen Traditionen ist falsch: Globalisierung lässt die regionalen Traditionen unmittelbar wieder aufleben und kommt durch sie buchstäblich erst zur vollen Entfaltung; deswegen bilden nicht regionale Traditionen das Gegenteil von Globalisierung, sondern Universalität.*

Slavoj Zizek<sup>63</sup>

Die Geschichte von USA und Weltmacht kann nun recht einfach zusammengefasst werden. Ich glaube nicht, dass Amerika und die Amerikaner Ursache alles Elends und aller Ungerechtigkeiten sind. Ich glaube aber, sie sind deren Hauptnutznießer. Und das ist das Grundproblem der USA als Nation in einer Welt der Nationen.

Wir US-Amerikaner, insbesondere unsere Politiker und Publizisten, sprechen gerne von unseren Idealen. Ein Auszug aus dem Werbetext für den »Bestseller« von Fernsehmoderator Chris Matthews, *Now, Let Me Tell You What I Really Think*, lautet: »Wenn man mal darüber nachdenkt, wird einem schnell klar, wir Amerikaner sind anders. Das Wort ›Freiheit‹ steht nicht nur in unseren Dokumenten; es ist in unseren Cowboy-Seelen.«<sup>64</sup> »Cowboy-Seelen« – besser hätte ich es nicht sagen können. Unsere Ideale sind vielleicht etwas Besonderes. Aber die Menschen, die uns daran erinnern, sprechen nicht gern über unsere Privilegien, die vielleicht auch etwas Besonders sind. Ja, wer über sie spricht, wird angeprangert. Aber Ideale und Privilegien gehören zusammen. Sie stehen vielleicht in scheinbarem Konflikt miteinander, aber sie setzen einander voraus.

Ich bin niemand, der die amerikanischen Ideale verunglimpft. Ich finde sie wunderbar, sogar erfrischend. Ich halte sie in Ehren, ich berufe mich auf sie, ich fördere sie. Beispielsweise den Ersten Zusatzartikel zur

---

<sup>62</sup> Chinua Achebe, *Home and Exile*. New York: Anchor Books, 2000, S. 91.

<sup>63</sup> Slavoj Zizek, *On Belief*. New York: Routledge, 2001, S. 152.

<sup>64</sup> *New York Times*, 28. November 2001, E 8.

US-Verfassung<sup>65</sup> – dessen richtigerweise bei allen einschlägigen Zeremonien als Verkörperung der amerikanischen Ideale gedacht wird. Wir sollten uns jedoch zwei Dinge an diesem Ersten Zusatzartikel ins Gedächtnis rufen. Er gehört nicht zur ursprünglichen Verfassung, was bedeutet, dass er nicht als Grundprinzip angesehen wurde. Und Meinungsumfragen haben oft gezeigt, dass eine Mehrheit der amerikanischen Öffentlichkeit die darin festgesetzten Garantien selbst in so genannten normalen Zeiten insgesamt oder teilweise verändern, schmälern oder sogar löschen würde. Wenn wir uns im »Krieg« befinden, wie dem »Krieg gegen den Terrorismus«, kann man sich nicht auf die Verteidigung dieser Ideale durch die US-Regierung oder die US-amerikanische Öffentlichkeit verlassen. Man kann nicht einmal darauf zählen, dass der Oberste Gerichtshof in einem »Notfall« an ihnen festhält. Die Verteidigung wird größtenteils einer oft zaghaften Organisation überlassen, die bestenfalls von einer Minderheit der amerikanischen Öffentlichkeit unterstützt wird, der American Civil Liberties Union – und wenn bei Parlamentswahlen ein Mitglied dieser Organisation antritt, wird er oder sie häufig aufgrund der Mitgliedschaft nicht gewählt. Also, ich bin für Redefreiheit und Religionsfreiheit und all die anderen Freiheiten, aber manchmal muss ich mich fragen, ob Amerika das auch ist.

Der Grund dafür ist nicht, dass der amerikanischen Öffentlichkeit ein Voltairescher Zug fehlte, sondern dass wir manchmal fürchten, unsere Privilegien könnten unterhöhlt werden oder verschwinden. In solchen Fällen stellen die meisten Menschen Privilegien über Ideale. Auch in dieser Hinsicht sind US-Amerikaner nicht außergewöhnlich. Sie sind schlicht mächtiger und privilegiierter. Amerikanern steht es freier, Ideale zu haben, denn ihnen steht es freier, sie zu ignorieren. Sie haben die Macht, sich über ihre Cowboy-Seelen hinwegzusetzen.

Die Frage, vor der Amerikaner stehen, ist eigentlich folgende: Werden wir, wenn die US-Hegemonie allmählich dahinschwindet – und in meinen Augen tut sie das zweifellos –, die Ideale verlieren, weil wir weniger Macht haben werden, uns über sie hinwegzusetzen? Werden unsere Cowboyseelen Stacheldraht um unsere landesweite Ranch ziehen, um unsere Privilegien vor der Gefahr des Niedergangs zu schützen, als könnten sie nicht durch den Stacheldraht entkommen? Ich möchte hier noch eine

---

<sup>65</sup> Der erste Zusatzartikel, der im Jahre 1789 in Kraft trat, legt fest, dass der Kongress keine die Pressefreiheit einschränkenden Gesetze erlassen darf (Editor. Anm.).

weitere von den Twin Towers abgeleitete Metapher einführen. Türme können nach ihrer Zerstörung wieder aufgebaut werden. Aber werden wir sie in derselben Weise wieder aufbauen – mit derselben Zuversicht, dass wir nach den Sternen greifen und es richtig machen, mit derselben Sicherheit, dass sie als ein Leuchtfeuer für die Welt betrachtet werden? Oder werden wir sie anders wieder aufbauen, nach sorgfältiger Reflektion darüber, was wir wirklich brauchen, und was für uns wirklich möglich und wünschenswert ist?

Und wer sind »wir«? Den Darstellungen von Generalstaatsanwalt John Ashcroft zufolge, die viele Mitglieder der US-Regierung, der Presse und der allgemeinen Öffentlichkeit unterstützen, umfasst das »wir« nicht mehr jeden in den USA, nicht einmal jeden legalen Bewohner des Landes, sondern nur US-amerikanische Staatsbürger. Und wir mögen uns fragen, ob das »wir« in naher Zukunft nicht vielleicht noch weiter eingegrenzt wird. Wie Slavoj Žižek feststellt, ist Globalisierung nicht das Gegenteil von Regionalismus, sondern kommt durch Regionalismus zur Entfaltung, insbesondere durch Regionalismus der Mächtigen. Es ist gar nicht vorstellbar, dass das »Wir« *Homo sapiens sapiens* umfasst. Ist also *Homo so sapiens*?

## 5. Amerika: Von Gewissheit zu Ungewissheit

*Darwins Revolution sollte man in ihrem Kern als Austausch des Wesens gegen die Variation als zentrale Kategorie der natürlichen Realität betrachten... Was kann verwirrender sein als eine genaue Umkehrung, eine »große Wende« unseres Realitätsbegriffs: In Platons Welt ist Variation zufällig, während Wesenhaftigkeiten eine höhere Realität zukommt; in Darwins Umkehrung schätzen wir die Variation als eine bestimmende (und konkrete irdische) Realität, während der Durchschnitt (unsere beste operationale Annäherung an »Wesen«) zu gedanklichen Abstraktionen wird.*

Stephen J. Gould<sup>66</sup>

*Die Natur ist tatsächlich beteiligt an der Hervorbringung unvorhersehbarer Neuheiten, und das Mögliche ist reichhaltiger als das Wirkliche.*

Ilya Prigogine<sup>67</sup>

Präsident Bush hat dem amerikanischen Volk für seine Zukunft Gewissheit versprochen. Doch gerade diese Gewissheit zu bieten, steht absolut nicht in seiner Macht. Die nahe und noch mehr die etwas fernere Zukunft der USA sowie der Welt ist vollkommen ungewiss. Gewissheit mag wünschenswert erscheinen, wenn man an seine Privilegien denkt. Sie erscheint weniger wünschenswert, wenn man die Abnahme oder sogar das völlige Verschwinden der Privilegien kommen sieht. Und wenn es gewiss wäre, dass die Osama bin Ladens dieser Welt sich in allen Lagern durchsetzen, wem wäre diese Gewissheit lieb und teuer?

Ich kehre zu der vorhin bereits erwähnten Frage zurück, einem der Rätsel, vor denen Amerikaner jetzt stehen: Was muss man tun, was kann man tun, damit ein Ereignis wie das vom 11. September nicht wieder geschehen wird, geschehen kann? Wir bekommen zur Antwort, die Ausübung übermächtiger Gewalt, hauptsächlich militärischer Gewalt, durch die US-Regierung werde dies garantieren. Unsere Führungsriege ist umsichtig genug, uns darauf hinzuweisen, dass dies einige Zeit dauern wird, aber sie zögert nicht, mittelfristige Versicherungen abzugeben. Momentan scheint es, als sei die US-Bevölkerung bereit, es darauf ankommen zu lassen. Wenn die US-Regierung unmittelbar nach dem 11. September kritisiert wurde, dann meist, weil ihre Zurschaustellung militärischer Macht

---

<sup>66</sup> Full House: *The Spread of Excellence from Plato to Darwin*. New York: Three Rivers Press, 1996, S. 41.

<sup>67</sup> Ilya Prigogine, *The End of Certainty: Time, Chaos, and the New Laws of Nature*. New York: Free Press, 1997, S. 72.

angeblich viel zu zurückhaltend gewesen sei. Wichtige Gruppierungen drängten die US-Regierung, viel weiter zu gehen – militärisch gegen den Irak vorzugehen, und manche würden noch hinzufügen gegen den Iran, Syrien, Sudan, Palästina, Nordkorea. Warum nicht als nächstes Kuba? Manche meinen sogar, zögerliche Generäle sollten in den Ruhestand versetzt werden, um jüngeren, energischeren Kriegstreibern Platz zu machen. Es gibt Leute, die glauben, es sei ihnen bestimmt, Armageddon eiligst herbeizuführen.

Dagegen lassen sich zwei Argumente vorbringen. Das eine lautet, dass die USA einen solchen weltweiten militärischen Großbrand nicht gewinnen könnten. Das zweite, dass die USA die moralischen Konsequenzen eines solchen Versuchs, vor allem die für sich selbst, nicht gerne tragen würden. Glücklicherweise muss man nicht zwischen Realismus und Idealismus wählen. Es ist keine Schmälerung unserer moralischen Werte, dass sie durch grundlegenden gesunden Menschenverstand unterstützt werden.

Nach dem Bürgerkrieg brauchten die USA etwa achtzig Jahre, um ihr offenkundiges Schicksal auf sich zu nehmen. Die ganze Zeit war man sich nicht sicher, ob man eine isolationistische oder eine imperiale Macht sein wollte. Und als man 1945 schließlich die Hegemonie im Weltsystem erreicht hatte, als man (in Shakespeares Worten) nicht nur Größe erworben hatte, sondern Größe dem Land auch zugefallen war, war die amerikanische Bevölkerung nicht so ganz auf die Rolle vorbereitet, die sie jetzt spielen musste. Wir haben dreißig Jahre gebraucht, um zu lernen, in der Welt »unsere Verantwortung zu übernehmen«, und als wir das gerade einigermaßen gelernt hatten, hatte unsere Hegemonie ihren Höhepunkt schon überschritten.

Während der letzten dreißig Jahre haben wir lauthals darauf bestanden, dass wir immer noch die Hegemonialmacht seien und alle dies weiterhin anerkennen müssten. Als echte Hegemonialmacht muss man das nicht verlangen. Wir haben die letzten dreißig Jahre verschwendet. Die Vereinigten Staaten müssen jetzt lernen, mit der neuen Realität zu leben – damit, dass sie nicht mehr die Macht haben, unilateral zu entscheiden, was für alle gut ist. Möglicherweise sind sie nicht einmal mehr in der Position, unilateral zu entscheiden, was für sie selbst gut ist. Sie müssen sich mit der Welt einigen. Nicht mit Osama bin Laden müssen wir einen Dialog führen. Wir müssen mit unseren nahen Freunden und Verbündeten anfangen – mit Kanada und Mexiko, mit Europa, mit Japan. Und sobald wir uns beigebracht haben, ihnen Gehör zu schenken und zu glauben,

dass auch sie Ideale und Interessen haben, dass auch sie Ideen und Hoffnungen und Ziele haben, dann und vielleicht nur dann werden wir bereit sein zum Dialog mit dem Rest, das heißt der Mehrheit der Welt.

Dieser Dialog wird, haben wir ihn erst begonnen, nicht leicht sein und vielleicht nicht einmal angenehm. Denn man wird von uns den Verzicht auf einige unserer Privilegien verlangen. Man wird die Umsetzung unserer Ideale verlangen. Man wird verlangen, dass wir lernen. Vor fünfzig Jahren appellierte der große afrikanische Dichter und Politiker Léopold-Sédar Senghor an die Welt, zum »rendez-vous du donner et du recevoir«<sup>68</sup> zu kommen. Amerikaner wissen, was sie in einem solchen Rendezvous zu geben haben. Aber ist ihnen klar, was sie bekommen wollen?

Dieser Tage werden wir aufgefordert, zu spirituellen Werten zurückzukehren, als hätten wir diese je beachtet. Aber worin bestehen sie? In der christlichen Tradition (Matthäus 19; 24) heißt es: »Es ist leichter, dass ein Kamel durch ein Nadelöhr geht, als dass ein Reicher ins Reich Gottes kommt.« Und in der jüdischen Tradition sagt uns Hillel: »Was dir zuwider ist, das tu auch deinem Nächsten nicht.« In der muslimischen Tradition schließlich heißt es im Koran (52; 37): »Oder haben sie die Himmel und die Erde geschaffen? Wahrlich, sie sind nicht fest überzeugt davon (dass Allah sie erschaffen hat).« Sind das unsere Werte?

Es gibt nicht die eine amerikanische Tradition, den einen amerikanischen Wertekanon. Es gibt und gab schon immer viele Amerikas. Wir alle erinnern uns jeweils der von uns bevorzugten Amerikas und wenden uns ihnen zu. Das Amerika der Sklaverei und des Rassismus ist eine tiefverwurzelte amerikanische Tradition und noch sehr stark in uns. Das Amerika des Individualismus, der Pistolenhelden und Desperados im unbesiedelten Westen ist eine amerikanische Tradition und noch sehr stark in uns. Das Amerika der Räuberbarone und ihrer philanthropischen Kinder ist eine amerikanische Tradition und noch sehr stark in uns. Und das Amerika der Wobblies und der Haymarket Riots, ein Ereignis, das überall auf der Welt außer in Amerika gefeiert wird, ist eine amerikanische Tradition und noch sehr stark in uns.

Die schwarze Feministin und ehemalige Sklavin Sojourner Truth, die 1851 vor dem Nationalen Frauenkongress sagte: »Ain't I a woman?« – »Bin ich keine Frau?« ist eine amerikanische Tradition. Aber das waren auch die Bürgerrechtlerinnen und Bürgerrechtler des späten 19. Jahrhun-

---

<sup>68</sup> Verabredung des Gebens und Nehmens, nach einem Zitat des französischen Dichters karibischer Herkunft Aimé Césaire, geb. 1913.



derts, die sich mit der Begründung für das Wahlrecht der Frauen einsetzen, damit würden die Stimmen der Schwarzen und Immigranten ausgeglichen. Das Amerika, das Einwanderer willkommen heißt, und das Amerika, das sie ablehnt, sind beide amerikanische Traditionen. Das Amerika, das sich in patriotischer Entschlossenheit vereint, und das Amerika, das gegen militärische Gefechte Widerstand leistet, sind beides amerikanische Traditionen. Das Amerika der Gleichheit und das der Ungleichheit sind amerikanische Traditionen. Es gibt dort kein Wesen. Es gibt dort kein dort. Wie Gould uns erinnert, ist es die Variation, nicht das Wesen, was den Kern der Wirklichkeit bildet. Und die Frage ist, ob die Variationsbreite unter uns sich verringern, wachsen oder gleich bleiben wird. Momentan scheint sie mir außergewöhnlich groß zu sein.

Osama bin Laden wird bald vergessen sein, aber die Art von politischer Gewalt, die wir Terrorismus nennen, wird uns in den kommenden dreißig bis fünfzig Jahren sehr stark begleiten. Terrorismus ist natürlich eine sehr ineffektive Weise, die Welt zu verändern. Er ist kontraproduktiv und führt zu Gegengewalt, die die unmittelbaren Akteure häufig auslöscht. Nichtsdestotrotz wird er weiterhin vorkommen. Ein Amerika, das sich weiterhin durch die unilaterale Versicherung auf die Welt bezieht, es repräsentiere die Zivilisation, ob in Form von isolationistischem Rückzug oder aktivem Interventionismus, kann mit der Welt nicht in Frieden leben und wird daher mit sich selbst nicht in Frieden leben. Was wir der Welt antun, tun wir uns selbst an. Kann das Land der Freiheit und Privilegien, selbst inmitten seines Niedergangs, lernen, ein Land zu sein, das alle überall als Gleiche behandelt? Und können wir als Gleiche unter Gleichen im Weltsystem agieren, wenn wir nicht als Gleiche unter Gleichen innerhalb unserer eigenen Grenzen agieren?

Was sollen wir jetzt tun? Ich kann meine Wünsche äußern, aber ich kann ebenso wenig wie Sie voraussagen, was wir tun werden. Ja, es ist unser Glück, dass wir keiner dieser Zukunftsprojektionen gewiss sein können. Das bewahrt uns die Möglichkeit zur moralischen Entscheidung. Das bewahrt uns das Mögliche, das reichhaltiger ist als das Wirkliche. Das bewahrt uns unvorhersehbare Neuheiten. Wir sind in eine schreckliche Ära eingetreten, eine Ära der Konflikte und Übel, die wir uns nur schwer vorstellen können, an die wir uns aber traurigerweise schnell gewöhnen können. Es ist leicht zuzulassen, dass unsere Empfindsamkeit sich im Überlebenskampf verhärtet. Es ist viel schwerer, unsere Cowboyseelen zu retten. Aber am Ende des Weges liegt die Möglichkeit, bei weitem nicht Gewissheit, einer wesentlich rationaleren Welt, einer egali-

tärerem Welt, einer demokratischeren Welt – einer Universalität, die das Ergebnis von Geben und Nehmen ist, einer Universalität, die das Gegenteil ist von Globalisierung.

Die letzte Metapher, die ich den Twin Towers zuschreibe, ist, dass diese Gebäude eine Entscheidung waren, sind und sein werden. Wir haben entschieden, sie zu bauen. Wir entscheiden, ob wir sie wieder aufbauen oder nicht. Es gibt sehr sehr viele Faktoren, die bei diesen Entscheidungen zum Tragen kommen, gekommen sind und kommen werden. Wir bauen Amerika wieder auf. Die Welt baut die Welt wieder auf. Können wir inmitten der Unsicherheit, dass die Welt, die wir bisher geschaffen haben, nur eine von Tausenden alternativer Welten ist, die wir hätten schaffen können, und die Welt, die wir in den kommenden dreißig bis fünfzig Jahren schaffen werden, vielleicht besser ist und vielleicht nicht, den Widerspruch zwischen unseren Idealen und unseren Privilegien vielleicht verringert und vielleicht nicht, können wir da unsere moralische Haltung bewahren?

In-sh'allah.



**Teil 3**

**Worauf steuern wir zu?**



# Kapitel 10

## Linke Politik I:

### Noch einmal Theorie und Praxis

Ich habe einmal folgenden jugoslawischen Aphorismus gelesen: »Das einzige absolut Gewisse ist die Zukunft, denn die Vergangenheit verändert sich ständig.«<sup>69</sup> Die Weltlinke lebt heute damit, dass zwei Vergangenheiten fast vollkommen und noch dazu recht plötzlich verschwunden sind, und ist sehr deswegen verunsichert. Die erste verschwundene Vergangenheit ist der Verlauf der Französischen Revolution. Die zweite ist der Verlauf der Russischen Revolution. Beide verschwanden mehr oder weniger gleichzeitig und gemeinsam in den 1980er Jahren. Was ich damit meine, möchte ich gerne genau erklären.

Die Französische Revolution ist natürlich ein Symbol. Sie steht für eine Geschichtstheorie, die zweihundert Jahre lang sehr viele Anhänger hatte, und zwar weit über die Grenzen der Weltlinken hinaus. Die weltweite liberale Mitte vertrat sie größtenteils ebenfalls und heute tut das sogar die globale Rechte teilweise. Man könnte sagen, sie war während eines großen Teils der letzten beiden Jahrhunderte die vorherrschende Sicht im Weltsystem. Ihre Prämisse war der Glaube an Fortschritt und die wesenhafte Rationalität der Menschheit. Die Theorie lautete, die Geschichte sei als lineare Aufwärtsbewegung zu verstehen. Die Welt sei auf dem Weg zu der guten Gesellschaft, und die Französische Revolution bildete und symbolisierte in diesem Prozess einen großen Sprung nach vorn.

Diese Theorie existierte in sehr vielen Varianten. Manche Menschen, insbesondere in den USA, wollten dabei die Französische Revolution gegen die Amerikanische austauschen. Andere, besonders in Großbritannien, gegen die Englische. Manche Menschen wollten alle politischen Revolutionen aus der Geschichte löschen und diese Theorie zu der einer ständigen Kommerzialisierung der weltweiten ökonomischen Prozesse machen, oder der stetigen Verbreitung von Wahlen oder der Erfüllung

---

<sup>69</sup> Diesen Aphorismus fand ich als Motto eines Artikels von E. M. Simonds-Duke: »Was the Peasant Uprising a Revolution? The Meanings of a Struggle over the Past«, *Eastern European Politics and Societies* 1, Nr. 2 (Frühling 1987); S. 187.

einer angeblichen historischen Mission des Staats (an sich). Aber wie immer die Details aussahen, all diese Varianten hatten die Vorstellung von der Unvermeidlichkeit und der Unumkehrbarkeit historischen Fortschritts gemeinsam.

Es war eine hoffnungsvolle Theorie, denn sie versprach ein Happyend. Wie schrecklich die Gegenwart auch sein mochte (zum Beispiel als das Schicksal es mit Nazideutschland gut zu meinen schien oder als der rassistische Kolonialismus ganz besonders repressiv war), wir Gläubigen (die meisten von uns waren Gläubige) suchten Trost in unserem angeblichen Wissen, wonach »die Geschichte auf unserer Seite« war. Es war eine ermutigende Theorie, selbst für die in der Gegenwart Privilegierten, denn sie stellte in Aussicht, letztlich hätten alle die gleichen Privilegien (ohne dass die momentanen Nutznießer Verluste erleiden würden), und die Unterdrückten würden daher aufhören, ihre Unterdrücker mit Beschwerden zu belästigen.

Das einzige Problem an dieser Geschichtstheorie war, dass sie den Empirietest offenbar nicht ganz unbeschadet bestand. Das ist der Punkt, an dem die Russische Revolution ins Spiel kam. Sie war eine Art letztwillige Verfügung der Französischen Revolution. Ihre Botschaft war, die durch die Französische Revolution symbolisierte Geschichtstheorie sei unvollständig, denn sie gelte nur, wenn das Proletariat (oder die Volksmassen) unter der Ägide einer engagierten, als Partei oder als Partei/Staat organisierten Gruppe von Kadern vorangebracht würde. Diese letztwillige Verfügung nannte man Leninismus.

Der Leninismus war eine Geschichtstheorie, für die nur die Weltlinke Partei ergriff, und eigentlich auch sie bestenfalls teilweise. Dennoch wäre es töricht abzustreiten, dass der Leninismus schließlich Einfluss über einen beträchtlichen Teil der Weltbevölkerung erlangte, insbesondere von 1945 bis 1970. Die leninistische Version der Geschichte war womöglich noch entschiedener optimistisch als das Standardmodell der Französischen Revolution, denn der Leninismus bestand darauf, es bedürfe für die Behauptung, die Geschichte entwickle sich wie geplant, nur eines schlichten materiellen Belegs. Leninisten insistierten, jeder Staat, in dem eine leninistische Partei die alleinige Macht innehatte, befinde sich selbstverständlich auf dem Weg des historischen Fortschritts und könne darüber hinaus nie zur Umkehr gezwungen werden. Das Problem war, dass leninistische Parteien meist nur in wirtschaftlich schlechter gestellten Regionen der Welt an die Macht kamen und die Bedingungen in solchen Ländern nicht immer glänzend waren. Dennoch war der Glaube an den Leninismus ein

mächtiges Gegenmittel gegen alle Sorgen, die möglicherweise aufgrund der bestürzenden, unmittelbar vorhandenen Bedingungen oder Ereignisse in von einer leninistischen Partei regierten Ländern existierten.

Ich brauche nicht zu schildern, wie sehr in den letzten zwanzig Jahren alle Fortschrittstheorien unter Generalverdacht gerieten, und die leninistische Variante ganz besonders. Ich sage nicht, sie hätte keine Anhänger mehr, denn das wäre nicht wahr, aber diese machen keinen bedeutenden Prozentsatz der Weltbevölkerung mehr aus. Damit hat eine beträchtliche geokulturelle Verschiebung stattgefunden und, wie gesagt, besonders die Weltlinke erschüttert, die vieles (wenn nicht alles) auf die Richtigkeit dieser Geschichtstheorie gesetzt hatte, zumindest in der Version der Französischen Revolution.

Wie kam es zu dieser Verschiebung? Heutzutage hört man viele Erklärungen. Der politischen Mitte und der globalen Rechten zufolge hat die Weltlinke die Geschichtstheorie missverstanden, und diese trifft zwar schon irgendwie zu, aber nur, wenn man die gute Gesellschaft als eine definiert, in der ein unbehinderter Fluss der sämtlichen nichtstaatlichen Produktionsfaktoren und insbesondere ein freier Kapitalfluss vorherrschen. Diese Utopie nennt man Neoliberalismus, und sie ist heute bei Politikern und vielen so genannten öffentlichen Intellektuellen recht beliebt. Sie ist jedoch ebenso sehr Trugbild wie bewusster Irrglaube, hat den Höhepunkt ihres Einflusses bereits überschritten und ist die vielen Reden nicht wert, die über sie geführt worden sind. 2010, das wette ich, werden wir uns an diese flüchtige verrückte Fantasie kaum noch erinnern.

Eine zweite Erklärung, aus Teilen der Weltlinken, lautet, die ursprüngliche Theorie treffe durchaus zu, die Weltlinke habe aber zeitweilige Rückschläge erlitten, die schon bald ins Gegenteil verkehrt würden. Dazu müssten wir die Theorie (und die Praxis) nur energisch wiederholen. Angesichts der Tatsache, dass ein solch massiver »zeitweiliger Rückschlag« nirgends in der Theorie vorhergesagt war und keine detailliertere Erklärung existiert, handelt es sich bei diesen Ausführungen offenbar um das Wunschdenken einiger, die den Kopf in den Sand stecken. Ich sehe nicht, wie der Leninismus als ideologische Haltung und organisatorische Realität wiederbelebt werden sollte, selbst wenn wir das wollten. Und die Französische Revolution erweckt heute nur die Leidenschaft einer kleinen Gruppe von Wissenschaftlern.

Laut einer dritten Erklärung ist der Zusammenbruch dieser Geschichtstheorie tatsächlich sowohl Ursache als auch Folge der Krise des kapitali-



stischen Weltsystems. Dies habe ich selbst in mehreren neueren Arbeiten dargelegt.<sup>70</sup> Nach meinem Dafürhalten war die Geschichtstheorie, für die die Weltlinke – also die von mir antisystemisch genannten Bewegungen in ihren drei historischen Varianten, Kommunismus, Sozialdemokratie und nationale Befreiungsbewegungen – weitgehend eingetreten ist, selbst ein Produkt des kapitalistischen Weltsystems. Demzufolge trugen diese Bewegungen, obwohl sie natürlich große Massen von Menschen zum Kampf gegen das System mobilisierten, paradoxerweise zur kulturellen Untermauerung der relativen politischen Stabilität des Systems bei. Gerade der Glaube an die Unvermeidlichkeit des Fortschritts war außerordentlich entpolitisierend, und zwar besonders, wenn eine antisystemische Bewegung die Staatsmacht innehatte. Darüber hinaus wurde die Diskrepanz zwischen dem, was diese Bewegungen versprochen hatten, und dem, was nach ihrer Erlangung der Staatsmacht im Rahmen des existierenden Weltsystems realisierbar war, in meinen Augen zwangsläufig zu groß. Dies führte bei der breiten Basis zur Desillusionierung über diese Bewegungen, was wiederum in einer Vielzahl von Staaten deren Machtverlust zur Folge hatte.

Der entscheidende Moment war die Weltrevolution von 1968, in der die so genannte alte Linke (also die historischen antisystemischen Bewegungen) von den Beteiligten an den diversen lokalen Unruhen dieser Weltrevolution herausgefordert wurde. Eine der wichtigsten bleibenden Folgen von 1968 war die Ablehnung der Theorie des unvermeidlichen und unumkehrbaren Fortschritts, die diese Bewegungen gepredigt hatten. Daraufhin begann die Weltbevölkerung, sich von den historischen antisystemischen Bewegungen selbst abzuwenden und den staatlichen Strukturen, die diese Bewegungen als wesentlichen Mechanismus von Veränderung und Fortschritt aufgebaut hatten, letztlich ihre Legitimation abzuerkennen. Doch diese breite Zuwendung zur Staatsfeindlichkeit diente nicht wirklich den Interessen des kapitalistischen Systems, wenn seine Gefolgschaft sie auch bejubelte. Denn tatsächlich erklärte die Staatsfeindlichkeit *alle* staatlichen Strukturen für illegitim, nicht nur bestimmte Regime. Damit unterminierte sie die politische Stabilität des Weltsystems, statt sie zu stärken, und verschärfte seine Systemkrise, die natürlich noch viele weitere Ursachen hatte.

---

<sup>70</sup> Siehe *After Liberalism*. New York: New Press, 1995, *Utopistics*. New York: New Press 1998 (deutsch: *Utopistik. Historische Alternativen des 21. Jahrhunderts*, Wien: Promedia, 2002), und *The End of the World as We Know It: Social Science for the Twenty-first Century*. Minneapolis: University of Minnesota Press, 1999.

In meinen Augen ist die Situation der Weltlinken momentan die folgende: 1. Nach fünfhundert Jahren seines Bestehens ist das kapitalistische Weltsystem *erstmal*s in einer echten Systemkrise und wir befinden uns in einem Zeitalter des Übergangs. 2. Sein Ausgang ist zwar gänzlich ungewiss, aber ebenfalls zum ersten Mal seit fünfhundert Jahren gibt es eine wirkliche Perspektive grundlegenden Wandels, der einen Fortschritt bedeuten *könnte*, dies aber nicht notwendigerweise tut. 3. Das Hauptproblem für die Weltlinke zu diesem Zeitpunkt ist, dass die im 19. Jahrhundert entwickelte Strategie für die Veränderung der Welt in Trümmern liegt und die Linke infolgedessen unsicher, schwach und aus einem allgemeinen Zustand der Niedergeschlagenheit heraus agiert. Gestatten Sie mir, jeden dieser drei Punkte näher zu erläutern.

## Systemkrise

Eine der unglücklichen Folgen der Konfusion in der Weltlinken ist der Verdacht, unter den heute jedes auf eine Krise des Kapitalismus abhebende Argument gestellt wird. Gebranntes Kind scheut das Feuer – und wir haben uns schon so viele Male verbrannt. Das Grundproblem, wenn ich so sagen darf, ist, dass die meisten Hauptvertreter der Weltlinken in den vergangenen zweihundert Jahren Braudels Ausführungen über die Vielheit gesellschaftlicher Zeiten nicht gelesen hatten und ein zyklisches Auf und Ab ständig mit strukturellen Krisen verwechselten. Das geschieht leicht, insbesondere in einer Geokultur wie der des modernen Weltsystems, die der »Neuheit« einen Ehrenplatz einräumt, weil sie vollkommen an den linear aufwärts gerichteten Verlauf der Geschichte glaubt. Der Linken widerstrebt es besonders, irgendein von zyklischen Prozessen ausgehendes Argument anzunehmen, weil sie fälschlicherweise in jedem dieser Argumente das sah, das von einer, wie ich es nenne, »ewigen Zyklizität von Geschichte« ausgeht. Diese Theorie hatten konservative Denker tatsächlich überall als Argument gegen jegliche Bewegung für gesellschaftlichen Wandel vorgebracht. Doch die Auffassung von Zyklen innerhalb von Strukturen (auf die ich mich beziehe) ist nicht nur zu unterscheiden von der ewiger Zyklizität, sondern praktisch ihr Gegenteil; Strukturen bestehen keineswegs ewig, nur lange, und gerade aufgrund der Zyklen innerhalb von Strukturen kann keine Struktur ewig bestehen. Es gibt also keine ewigen Zyklen, und es existiert tatsächlich ein Zeitpfeil, auch wenn er nicht linear ist.

Daher ist es in meinen Augen methodisch für die Analyse jedes historischen Gesellschaftssystems (und die kapitalistische Weltwirtschaft ist ein historisches Gesellschaftssystem) wesentlich, sorgfältig zu unterscheiden zwischen den zyklischen Rhythmen, die seinen *systemischen* Charakter ausmachen und es in die Lage versetzen, für die Zeit seiner Existenz ein gewisses Gleichgewicht aufrechtzuerhalten, und den säkularen, aus diesen zyklischen Rhythmen erwachsenden Trends, die den *historischen* Charakter des Systems ausmachen und durch die die internen Widersprüche jedes bestehenden Systems früher oder später außer Kontrolle geraten, sodass das System in eine Krise gerät. Mit Hilfe dieser Methode lassen sich drei entscheidende Momente jedes historischen Systems ausmachen: seine Entstehung (die erklärt werden muss, jedoch gewöhnlich auf den Zusammenbruch eines anderen historischen Systems folgt), der relativ lange Abschnitt des »quasi-normalen« Funktionierens eines historischen Systems (dessen Regeln und Grenzen beschrieben und analysiert werden müssen), und seine finale Krise (die man als Moment der historischen Entscheidung mit notwendig unbestimmtem Ergebnis sehen muss).

Ich glaube, eine Reihe von Trends haben heute zumindest einen Punkt erreicht, an dem sie das grundlegende Funktionieren des Systems gefährden. Ich werde hier kurz zusammenfassen, was ich an anderer Stelle ausführlich dargelegt habe.<sup>71</sup> Der Kapitalismus als historisches System definiert sich dadurch, dass er die endlose Akkumulation von Kapital strukturell ins Zentrum rückt und zur Hauptsache macht. Das bedeutet, wer die endlose Akkumulation von Kapital betreibt, wird von den Institutionen, die das Grundgerüst des Kapitalismus bilden, belohnt, wer das nicht tut, wird bestraft.

Aber wie akkumuliert man Kapital? Die entscheidende *Voraussetzung* ist das Erzielen von Profiten aus wirtschaftlichen Operationen, je mehr, desto besser. Und Profit ist eine Funktion der Differenz zwischen realen Kosten und möglichen Preisen. Ich sage mögliche Preise, denn natürlich kann kein Verkäufer den Preis für eine Ware unendlich steigern, wenn er sie verkaufen will. Es gibt immer Grenzen. Ökonomen nennen dies die Elastizität der Nachfrage. Innerhalb der Grenzen dieser Elastizität hängt der tatsächliche Profit von drei Kostenfaktoren ab: den Kosten der Arbeit, der Rohstoffe und Infrastruktur und der Steuern.

---

<sup>71</sup> Siehe Kapitel 3.

Nehmen wir an, wir würden diese Kosten weltweit als prozentualen Anteil am gesamten Verkaufspreis messen und hypothetische Durchschnittshöhen erhalten. Diese Operation hat noch nie jemand durchgeführt, und vielleicht ist sie nicht machbar. Aber man kann sie sich vorstellen und erhält so einen Näherungswert. Ich würde erwarten, dass im Laufe von fünfhundert Jahren und quer durch die gesamte kapitalistische Weltwirtschaft alle drei Kosten als prozentualer Anteil am produzierten Gesamtwert stetig angestiegen sind. Und dies resultiert in einem weltweiten Profitdruck, der immer stärker wird und die Möglichkeit der Kapitalisten, Kapital anzuhäufen, gefährdet.

Tatsächlich diskutieren Kapitalisten dieses Problem ständig, aber sie verwenden eine andere Terminologie. Sie sprechen von der »Effektivität der Produktion« und meinen damit im Grunde die Senkung des Kostenanteils am Gesamtwert. Faktisch sprechen sie davon, mit Hilfe von weniger Menschen dieselbe Menge Güter zu produzieren oder billigere Rohstoffe zu erwerben (was häufig heißt, die Rohstoffe mit Hilfe von weniger Menschen zu gewinnen). Es stimmt, im Wettkampf zwischen Kapitalisten erzielt der effektiver arbeitende Produzent wahrscheinlich mehr Profit als sein Konkurrent. Aber meine Frage lautet anders: Ist die Produktion, weltweit und in allen Sektoren, heute »effektiver« als vor hundert, zweihundert oder dreihundert Jahren?

Ich bezweifle nicht nur, dass die weltweite Produktion aus der Sicht des Produzenten heute »effektiver« ist, sondern behaupte, die Kurve hat ständig nach unten gezeigt. Alle so genannten Triumphe effektiver Produktion sind schlicht Versuche, die Geschwindigkeit des Absinkens zu drosseln. Die gesamte neoliberale Offensive der letzten zwei Jahrzehnte lässt sich als gigantischer Versuch werten, den Anstieg der Produktionskosten zu verlangsamen – hauptsächlich durch Absenkung der Lohnkosten und Steuerlasten und an zweiter Stelle durch Senkung der Kosten für Rohstoffe über technische Fortschritte. Außerdem glaube ich, dieser gesamten Offensive war nur in begrenztem Maße Erfolg beschert – wie schmerzvoll sie auch für diejenigen war, die sie mit voller Wucht zu spüren bekamen – und selbst die begrenzten Steigerungen werden sich bald ins Gegenteil verkehren.

Worum geht es sonst bei dem ständigen Gejammer über die drohende Inflation, das Alan Greenspan und seine Kollegen in Deutschland und Großbritannien so häufig anstimmen? Nach dem, was sie schreiben, könnten höhere Arbeitslöhne oder noch höhere Ausgaben der Regierungen (und dadurch noch höhere Steuern) möglicherweise dieses schreckliche

Monster Inflation auf den Plan rufen. Zumindest sie machen sich offenbar keine Illusionen darüber, was die Kapitalakkumulation gefährdet. Denn schließlich ist eine leichte Inflation für das reibungslose Funktionieren der kapitalistischen Weltwirtschaft normal und findet schon seit langer, langer Zeit statt. Aber normale Inflation ist tatsächlich die Folge des steigenden Lohn- und Steuerniveaus und daher genau das Phänomen, um das es mir geht.

Warum steigen die Preise für diese drei Faktoren zwar langsam, aber stetig, trotz der entschiedensten Bemühungen von Kapitalisten, sie zu senken? Ich möchte die Gründe für jede dieser Kostensteigerungen kurz skizzieren. Löhne steigen, weil Arbeiter sich organisieren. Das ist ein uralter Gemeinplatz, aber nichtsdestotrotz zutreffend. Die Organisationsformen sind vielfältig. Wann immer die Zusammenschlüsse der Arbeiterschaft für Kapitalisten zu teuer wurden, und insbesondere in Kondratieffschen B-Phasen mit ihrer schärferen weltweiten Konkurrenz, haben Kapitalisten versucht, »wegzulaufen« – aus der Stadt aufs Land, von Standorten mit einer gut organisierten Arbeiterschaft an Standorte mit einer weniger gut organisierten.

Betrachtet man den Prozess über fünfhundert Jahre hinweg, sieht man, dass er die Form einer regelmäßigen (aber nicht im Geringsten stetigen) Verlagerung der Produktion in Regionen angenommen hat, die neu in die kapitalistische Weltwirtschaft integriert wurden. Das hat einen schlichten Grund. In den ländlichen Gebieten dieser Regionen findet man eine weniger kommerzialisierte Arbeiterschaft vor, die man dazu bringen kann, für Löhne unterhalb des weltweiten Standards zu arbeiten, und zwar, weil diese Löhne für sie zu diesem Zeitpunkt einen realen Zuwachs ihres Gesamteinkommens bedeuten. Der Haken daran ist: Wenn diese nun entwurzelten Arbeiter erst einige Zeit in den (normalerweise städtischen) Gebieten ihrer neuen Arbeitsstelle verbracht haben (sagen wir fünfundzwanzig bis fünfzig Jahre), dann verändern sich ihre Vergleichsmöglichkeiten und sie erlernen die Verhaltensweisen der neuen Arbeitswelt und beginnen nun ihrerseits sich zu organisieren und höhere Löhne zu fordern.

Der arme Kapitalist ist gezwungen, erneut wegzulaufen. Das Problem heute ist, dass nach fünfhundert Jahren nur noch wenige Gebiete übrig sind, zu denen man Zuflucht nehmen kann. Es ist sehr schwierig geworden, den Prozess der steigenden Löhne zu verlangsamen. Heute hat ein potenzieller Lohnarbeiter selbst in den elenden *barrios* der großen städtischen Zentren in den Ländern des Südens viel mehr reale Einkommensal-

ternativen als seine auf dem Lande lebenden Großeltern; und wer sich ihre oder seine Dienste für den so genannten formellen Wirtschaftssektor sichern will, muss daher mehr dafür bezahlen.

Im Bereich der Rohstoffgewinnung hat sich derselbe Prozess der Erschöpfung vollzogen wie bei der Ausnutzung der Regionen mit niedrigen Löhnen. Hauptsächlich haben Kapitalisten die Kosten für Rohmaterialien niedrig gehalten, indem sie für einige davon nicht bezahlten, sondern sie auf Kosten der Allgemeinheit erwarben. Das nennt man Externalisierung von Kosten. Diesen Mechanismus wendet ein Produzent hauptsächlich auf drei Weisen an: Er beseitigt unbearbeitete Abfälle außerhalb seines Geländes, bezahlt also auch nicht für die Bearbeitung, er kauft Rohstoffe zu einem Preis, der die Kosten des Abbaus und der Anlieferung deckt, aber nicht die der Erneuerung der Rohstoffe, er nutzt Infrastruktur, die auf Kosten der Allgemeinheit aufgebaut wurde. Diese Gepflogenheiten sind ein nicht unwesentlicher Teil der Reduzierung von Produktionskosten und damit der Steigerung der Profitrate.

Die ersten beiden dieser drei Arten der Kostenreduzierung sind davon abhängig, dass man neue Gebiete zur Abfallentsorgung ausfindig macht und neue Quellen von Rohstoffen, deren frühere Quellen erschöpft sind. Durch die stetige Ausweitung der in die kapitalistische Weltwirtschaft integrierten Regionen und die stetige Steigerung ihrer Nutzungsrate gehen die Ersatzstandorte der Erde allmählich zur Neige. Um dieses Problem geht es der Ökologiebewegung, die auch auf die Tatsache hingewiesen hat, dass kostengünstige Formen der Abfallbeseitigung durch Produzenten und durch die Allgemeinheit einen enormen Schaden im Ökosystem verursacht haben, das dringend einer teuren Reparatur bedarf. Die dritte Form der Kostenexternalisierung, die Nutzung von auf Kosten der Allgemeinheit errichteter Infrastruktur, macht eine stetige Steigerung der Besteuerung notwendig. Auf diesen Punkt komme ich noch zurück. Die einzige langfristige Lösung dieser Probleme ist die Internalisierung von Kosten, die angesichts der Grenzen der Nachfrageelastizität einen langfristigen Profitdruck bedeutet.

Schließlich sind die Steuern gestiegen, woran wir von allen Seiten ständig erinnert werden. Es spielt keine Rolle, dass die Steuern ungleichmäßig verteilt sind. Sie sind für fast alle gestiegen, einschließlich der Produzenten, und zwar aus dem einfachen Grund, den Politikwissenschaftler die Demokratisierung der Welt nennen und dessen Folge die Ausweitung des Wohlfahrtsstaats war. Die Menschen haben mehr staatliche Leistungen im Bildungsbereich, im Gesundheitswesen und im Bereich des ga-

rantierten Lebenseinkommens gefordert. Außerdem haben sich die Forderungen stetig erhöht und geographisch ausgebreitet, sodass sie mehr und mehr Teile der Welt umfassten. Das ist der Preis der relativen politischen Stabilität, und es gibt kein Anzeichen dafür, dass der Druck von unten in irgendeiner Weise nachlässt.

Ein letzter Punkt. Dieser wachsende Druck auf die Profitrate ist durchaus nicht allein das Ergebnis der Forderungen von Menschen, die keine Produzenten sind. Kapitalisten sind teilweise selbst verantwortlich für diesen Kostenanstieg. Sie (oder zumindest einige von ihnen) haben einen gewissen Lohnanstieg befürwortet, als Mittel zur Schaffung einer effektiven Nachfrage. Sie (oder zumindest einige von ihnen) haben die Internationalisierung gewisser Kosten befürwortet, um künftige Produktionsmöglichkeiten zu sichern. Sie (oder zumindest einige von ihnen) wollten den Wohlfahrtsstaat, um die Arbeiterklasse zu beschwichtigen. Außerdem haben sie andere Arten von Staatsausgaben (und daher Besteuerung) befürwortet, um die Arbeiterklasse zu unterdrücken. Und schließlich sind sie (oder zumindest einige von ihnen) für all diese Maßnahmen eingetreten, um finanziellen Druck auf ihre schwächeren Konkurrenten auszuüben.

Resultat all dessen ist jedoch letztlich ein massiver Anstieg der Kosten, was wiederum zu einem weltweiten Druck auf den Profit führt. Der Wahnsinn unserer momentanen Spekulationsmanie, am intensivsten in der Hochburg des Systems, den USA, ist keine Widerlegung dieser Hypothese, sondern ein zusätzlicher Beleg für sie. Ich kann dies jedoch hier nicht weiter verfolgen, wenn ich die Aussichten für einen grundlegenden Wandel und die Strategie der Weltlinken diskutieren will.

## Systemischer Übergang

Was bedeutet es, wenn man sagt, ein System trete in eine Systemkrise ein? Es bedeutet, die säkularen Trends erreichen Asymptoten, die sie nicht überschreiten können. Es bedeutet, die Mechanismen, die bislang zur Rückholung des Systems in ein relatives Gleichgewicht dienten, können nicht mehr funktionieren, da sie es notwendig machen würden, das System zu nah an die Asymptote heranzuführen. Es bedeutet, um mit Hegel zu sprechen, dass sich die Widersprüche des Systems nicht mehr beherrschen lassen. Es bedeutet, wie es die Wissenschaften der Komplexität formulieren, das System hat sich weit von seinem Gleichgewicht entfernt und tritt in eine Zeit des Chaos ein, seine Vektoren werden sich gabeln

und schließlich wird ein neues System oder neue Systeme geschaffen. Es bedeutet, der »Lärm« im System, bei weitem kein Element, das man ignorieren kann, tritt in den Vordergrund. Es bedeutet, das Ergebnis ist seinem Wesen nach unsicher und kreativ.

Diese Beschreibung von Krisen in Systemen trifft auf jedes System zu, von dem des gesamten Universums bis hinunter zu dem der subatomaren Welten, von physikalischen Systemen über biologische zu historischen Gesellschaftssystemen. Am vollständigsten und mit der größten Komplexität trifft sie auf historische Gesellschaftssysteme zu, denn sie sind die komplexesten aller Systeme mit Ausnahme des Kosmos selbst. Ein solches Modell zu verwenden, bedeutet nicht, gesellschaftliche Phänomene auf physikalische zu reduzieren, sondern genau das Gegenteil. Es bedeutet, physikalische Phänomene zu interpretieren, als seien sie gesellschaftliche, mit Handelnden, Phantasie, Selbstorganisation und kreativer Aktivität.

Ich fand es schon immer merkwürdig, dass man diese Beschreibung als mechanistisch bezeichnet hat und, noch seltsamer, als pessimistisch. Sie ist eine Form der Analyse, die dem, was wir in Gesellschaftstheorien der letzten Jahrhunderte »mechanisch« genannt haben, direkt entgegensteht. Und sie ist nicht im Geringsten pessimistisch, sondern vielmehr notwendig neutral in ihren Vorhersagen. Weder gute noch schlechte Ergebnisse werden vorhergesagt. Es können überhaupt keine Ergebnisse vorhergesagt werden, da alternative Ergebnisse von unendlich vielen unbekanntem und unkenntlichen Entscheidungen abhängen.

Wir stellen uns unter einer chaotischen Periode des systemischen Übergangs vielleicht eine vor, in der der »freie Wille« mehr oder weniger unangefochten herrscht, nicht (wie im Normalfall) behindert von der Zwangsjacke der Gewohnheit und strukturellen Einschränkungen. Die Französische und die Russische Revolution waren beide unglaubliche Anstrengungen, die Welt zu verändern, und nahmen die mobilisierten Energien vieler, vieler Menschen in vielen Teilen der Welt und über eine lange Zeit in Anspruch, und doch veränderten sie so viel weniger, als ihre Akteure beabsichtigt hatten. Und viele der Veränderungen, die man meinte vollzogen zu haben, wurden später wieder umgekehrt oder unterminiert. An ihren Hoffnungen und Erklärungen gemessen, lassen sie sich nicht als denkwürdige Erfolge bezeichnen, trotz der Tatsache, dass sie unauslöschliche Spuren hinterließen auf allem, was seither geschehen ist.

Die Politik des Übergangs unterscheidet sich von der einer quasi-normalen Zeit. Es ist die Politik, Vorteile und Positionen in einem Augen-



blick wahrzunehmen, in dem politisch alles möglich ist, und die meisten Handelnden extreme Schwierigkeiten haben, mittelfristige Strategien zu formulieren. Ideologische und analytische Verwirrung wird zu einer strukturellen Realität statt einer zufälligen Variablen. Das Alltagsleben ist in wirtschaftlicher Hinsicht extremeren Umschwüngen unterworfen, als wir es gewöhnt sind, und wir haben keine einfachen Erklärungen dafür mehr parat. Vor allem wirkt das gesellschaftliche Gefüge weniger verlässlich, und die Institutionen, auf die wir uns zur Gewährleistung unserer unmittelbaren Sicherheit verlassen, scheinen ins Wanken zu geraten. Dadurch breitet sich allem Anschein nach asoziale Kriminalität aus, und diese Einschätzung verursacht Angst und spiegelt sich in der Verbreitung privater Sicherheitsmaßnahmen und -kräfte wider. Wenn uns dies heute bekannt vorkommt, dann deshalb, weil es momentan in unterschiedlichen Ausprägungen überall im Weltsystem geschieht.

Es stellt sich also die Frage, wie verschiedene politische Kräfte in einer solchen Situation reagieren werden. Am leichtesten ist die Reaktion der Oberschicht des Weltsystems vorauszusagen. Sie besteht natürlich aus einer komplizierten Mischung und ist kein organisiertes Gremium. Aber vermutlich kann sie in zwei Hauptgruppen unterteilt werden. Die Mehrheit wird die allgemeine Verwirrung teilen und sich auf ihre traditionelle kurzfristige Politik verlegen, vielleicht mit einer höheren Dosis an Repressivität, da von einer Politik der Zugeständnisse nicht die kurzfristige Beruhigung zu erwarten ist, die hervorgebracht werden soll.

Und dann gibt es die kleine Minderheit innerhalb der Oberschicht, die einsichtig und intelligent genug ist, den Zusammenbruch des momentanen Systems zu erkennen, und die sicherstellen will, dass ihre privilegierte Position innerhalb eines wie immer gearteten neuen Systems erhalten bleibt. Die einzige Strategie für eine solche Gruppe ist die von di Lampe-dusa – alles zu ändern, damit alles bleibt, wie es ist. Diese Gruppe wird feste Entschlossenheit zeigen und über eine Menge Ressourcen verfügen. Sie können Intelligenz und Fähigkeiten mehr oder weniger ganz nach ihren Wünschen anwerben. Und das werden sie tun. Vielleicht tun sie es bereits.

Ich weiß nicht, was diese Gruppe sich ausdenken wird, oder mit welchen Mitteln ihre Mitglieder die von ihnen favorisierte Form des Übergangs versuchen werden zu vollziehen. Ich weiß aber, was immer es ist, es wird attraktiv aussehen und trügerisch sein. Der trügerischste Aspekt ist, dass solche Vorschläge vielleicht im Gewand radikaler, progressiver Veränderungen daherkommen. Es wird der ständigen analytischen Kritik be-

dürfen, um ihre wahren Konsequenzen ans Tageslicht zu bringen und die positiven und negativen Elemente zu unterscheiden und abzuwägen. Bei einer langen Liste relativ unbedeutender Vorschläge zu diversen speziellen Arten von Problemen ist dies schon geschehen, etwa zu Ökologie oder Genmanipulation, und diese Liste könnte fortgeführt werden.

Auf der anderen Seite des virtuellen Schlachtfelds werden all diejenigen stehen, die den Umbau zu einer demokratischeren und egalitäreren Welt anstreben. Ich verwende diese beiden Kriterien als minimale, aber tatsächlich wesentliche Definition für die Weltlinke. Würden die ungleichen Gruppen, die diese Zielvorstellung teilen, sich effektiv organisieren, so wäre es in diesem Moment tatsächlich gut möglich, einen entscheidenden Wandel in Richtung ihrer Hoffnungen zu erreichen. Aber wie ich bereits gesagt habe, agieren sie derzeit unsicher, schwach und aus einem allgemeinen Zustand der Niedergeschlagenheit heraus. Unsicherheit kann ich verstehen, obwohl es möglich ist, sie zu überwinden. Aber die Weltlinke hat keinen zwingenden Grund, schwach oder deprimiert zu sein, auch wenn mir klar ist, dass die Schocks der letzten dreißig Jahre diese Reaktionen hervorgerufen haben.

Wir wissen nicht, wer sich in diesem Kampf um die Überwindung der systemischen Gabelung durchsetzen wird, die Befürworter eines neuen historischen Gesellschaftssystems, das die wesentliche Eigenschaft der hierarchischen Verteilung von Privilegien mit dem momentanen teilt, oder die eines relativ demokratischen und egalitären Systems. Wir wissen es nicht und können es nicht wissen. Wenn wir handeln, müssen wir das mit einem ungewissen Ergebnis vor Augen tun. Es gibt keinen fahrenden Zug, auf den man aufspringen könnte. Es gibt nur einen harten Kampf, in dem wir versuchen müssen, das Primat der materialen Rationalität durchzusetzen. Und damit wende ich mich nun den möglichen Vorgehensweisen zu.

## Eine Strategie für die Weltlinke

Was ist an der im 19. Jahrhundert entwickelten Strategie der Weltlinken verkehrt? Vieles muss verkehrt gewesen sein, denn die Strategie war nicht erfolgreich. Ihr Kernstück war das Konzept der »zwei Schritte«: zuerst die Staatsmacht erringen, dann die Welt verändern. Diese Abfolge war insofern sinnvoll, als die Kontrolle über die Staatsmaschinerie anscheinend die einzige Möglichkeit war, die gesammelte wirtschaftliche und

kulturelle Macht der privilegierten Schichten zu überwinden und sicherzustellen, dass neue Arten von Institutionen aufgebaut – und gegen Angriffe behauptet – werden konnten. Jeder andere Weg zum gesellschaftlichen Wandel schien utopisch (im abwertenden Sinne eines Hirngespinnsts), und diese Ansicht schien durch die Tatsache bestätigt zu werden, dass man sich bei diversen anderen Versuchen, eine Veränderung herbeizuführen, mit aggressiven Gegenangriffen und letztlich Unterdrückung konfrontiert sah.

Damit war die Zwei-Stufen-Strategie allem Anschein nach die einzige, die funktionieren würde. Und doch scheiterte sie. Rückblickend wissen wir, was geschehen ist. Die Zwei-Stufen-Strategie scheiterte, weil die neuen Regime nach dem Erreichen der ersten Stufe – und in einer sehr großen Zahl von Ländern wurde sie tatsächlich erreicht – offenbar nicht in der Lage waren, die zweite Stufe zu erreichen. Genau das ist die Quelle der Desillusionierung über die alte Linke. Aber warum kamen die Regime mit der zweiten Stufe nicht weiter? Lange Zeit wurde die Ansicht vertreten, die Führung eines Regimes, das die Welt nicht in der versprochenen Weise veränderte, habe in gewisser Weise »Verrat« an der Sache begangen und »sich verkauft«. Die Vorstellung einer Führungsspitze, die sich verkauft, scheint mir ebenso analytisch steril und politisch unbrauchbar zu sein wie die vom falschen Bewusstsein der Massen. Sicherlich stellen manche politischen Führer ihre persönlichen Ambitionen über ihre erklärten Prinzipien, ebenso wie manche gewöhnlichen Menschen anscheinend tatsächlich nicht an dieselben Prinzipien glauben, wie viele (oder sogar die meisten) ihrer Mitmenschen. Die Frage ist jedoch, warum sich diese Menschen durchsetzen.

Das grundlegende Problem ist kein ethisches oder psychologisches, sondern ein strukturelles. Die Staaten haben in einem kapitalistischen Welt-system viel Macht, aber sie sind schlicht nicht allmächtig. Die Machthaber können nicht einfach alles tun, was sie wollen, und weiter an der Macht bleiben. Tatsächlich sind sie recht stark eingeschränkt durch alle möglichen Institutionen und insbesondere durch das zwischenstaatliche System.

Das ist eine strukturelle Realität, mit der sich die an die Macht gekommenen Bewegungen eine nach der anderen konfrontiert sahen. Wie Bäume in einem Sturm haben sich diese Regime entweder verbogen oder sind gebrochen. Keines ist aufrecht stehen geblieben oder hätte aufrecht stehen bleiben können. Und es war in vielfacher Hinsicht gefährlich naiv, das von ihnen zu erwarten.

Nicht dass innerhalb der Linken niemand vor den Gefahren der Zwei-Stufen-Strategie gewarnt hätte. Doch diejenigen, die auf die Gefahren hinwiesen, konnten die Mehrheit nie von der Existenz einer wirksamen Alternative überzeugen. Die Tatsache, dass die Mächtigen der Welt die Waffen kontrollierten (über staatliche Armeen und Polizeikräfte), schien der Mehrheit der Linken jede wirklich grundlegende Veränderung ohne das Erringen der Staatsmacht durch die Bewegungen unmöglich zu machen. Und darin hatten sie vermutlich Recht. Es gab tatsächlich keine Alternative, solange sie innerhalb des kapitalistischen Weltsystems operierten, das damals noch im Wesentlichen stabil war.

Aber das ist noch nicht alles. Die Analyse der Linken enthielt mehrere Voreingenommenheiten, die sie zu dieser Staatsorientierung drängten. Die erste war, Homogenität sei in irgendeiner Weise besser als Heterogenität, und daher Zentralisierung besser als Dezentralisierung. Dies beruhte auf der falschen Gleichsetzung von Gleichheit und Identität. Natürlich hatten viele Denker auf die Falschheit dieser Annahme hingewiesen, darunter Marx, der Gerechtigkeit von Gleichheit unterschied. Aber eiligen Revolutionären schien der zentralisierende, homogenisierende Weg der leichteste und schnellste. Er erforderte keine schwierigen Berechnungen bei der Abwägung komplexer Entscheidungszusammenhänge. Faktisch argumentierten sie, man könne Äpfel und Birnen nicht zusammenzählen. Das Problem ist nur, dass die reale Welt gerade aus Äpfeln und Birnen besteht. Wer in diesen unklaren Bereichen nicht rechnen kann, kann keine realen politischen Entscheidungen treffen. Die zweite Voreingenommenheit war praktisch das Gegenteil der ersten. Die Vorliebe für die Einheitlichkeit von Bemühung und Ergebnis hätte logischerweise zur Schaffung einer einzigen Weltbewegung und zum Eintreten für einen Weltstaat führen müssen, doch aufgrund der faktischen Realität eines Multi-staatensystems, in dem einige Staaten sichtlich mächtiger und privilegierter waren als andere, sahen die Bewegungen im Staat einen Mechanismus zur Verteidigung der kollektiven Interessen im Weltsystem, ein Instrument, das für die große Mehrheit innerhalb jedes Staats relevanter war als für die wenigen Privilegierten. Auch in diesem Fall hatten viele Denker vor dem Irrglauben gewarnt, irgendein Staat innerhalb des modernen Weltsystems würde oder könnte kollektive Interessen über die einer privilegierten Minderheit stellen; aber schwachen Mehrheiten in schwachen Staaten schien in ihrem Kampf gegen Marginalisierung und Unterdrückung keine andere Waffe greifbar als eine Staatsstruktur, von der sie dachten (oder eher hofften), sie könnten sie selbst kontrollieren.

Die dritte Voreingenommenheit war die merkwürdigste von allen. Das Motto der Französischen Revolution hatte aus drei Teilen bestanden, »Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit«. Doch seitdem haben in der Praxis die meisten Menschen die »Brüderlichkeit« stillschweigend weggelassen, da sie angeblich reine Sentimentalität war. Und die liberale politische Mitte bestand darauf, der »Freiheit« gegenüber der »Gleichheit« den Vorrang einzuräumen. Ja, eigentlich meinten die Liberalen, »Freiheit« (in rein politischer Hinsicht definiert) sei das einzig wichtige, »Gleichheit« dagegen stelle eine Gefahr für die »Freiheit« dar und müsse daher zurückgenommen oder ganz entfernt werden.

Diese Analyse war ein Schwindel, und die Weltlinke fiel auf ihn herein. Die Weltlinke, und insbesondere ihre leninistische Variante, reagierte auf diesen liberalen Diskurs der Mitte, indem sie ihn ins Gegenteil verkehrte und darauf beharrte, der (ökonomischen) Gleichheit müsse der Vorrang gegeben werden gegenüber der (politischen) Freiheit. Das war die vollkommen falsche Antwort. Die richtige lautet, es ist absolut unmöglich, die Freiheit von der Gleichheit abzuspalten. Niemand kann sich »frei« entscheiden, wenn seine oder ihre Entscheidungen durch eine ungleiche Position eingeschränkt sind. Und niemand kann »gleich« sein, wenn er oder sie nicht das Maß an Freiheit hat, das andere haben, also nicht dieselben politischen Rechte genießt und dasselbe Maß der Partizipationsmöglichkeit an realen Entscheidungen.

Doch das ist alles längst verschüttete Milch. Die Linke traf ihre Entscheidung und musste damit leben. Als Folge davon ist die Weltlinke heute, wie uns sehr bewusst ist, in großen Schwierigkeiten. Ich meine jedoch, das sollte man nicht isoliert betrachten. Die Fehler der Linken, die gescheiterte Strategie, waren fast unvermeidliche Ergebnisse der Operationen des von der Linken bekämpften kapitalistischen Systems. Und das weitverbreitete Eingeständnis dieses historischen Scheiterns der Linken ist Teil des Chaos, das von der allgemeinen Krise des kapitalistischen Weltsystems ausgelöst wurde.

Gerade durch ihr Scheitern gestern und sein Eingeständnis heute wird es der Weltlinken morgen möglich sein, ihre Ziele zu erreichen. *Möglich, aber keineswegs gewiss!* Eine neue Art von historischem System wird innerhalb der nächsten fünfzig Jahre entstehen. Die weltweite Schlacht um seine Form hat bereits begonnen. Also was können wir tun?

Ich glaube, als erstes können wir innerhalb der Linken Analysen erstellen. Das sage ich nicht, weil ich mich an Sozialwissenschaftler wende, also an Menschen, deren Lebenswerk vermutlich aus Gesellschaftsanaly-

sen besteht, sondern weil unsere früheren schlechten Analysen eines der Probleme der Welt, und insbesondere der Weltlinken ausmachen und offenbar unsere heutigen Dilemmata mit verursacht haben. Ich kann hier nur eine Reihe von Themen wiederholen, mit denen ich schon länger haarsieren gehe. Zunächst ist die Entscheidung für die Analyseeinheit wichtig. Nach meinem Dafürhalten ist die relevante Analyseeinheit das moderne Weltsystem, eine kapitalistische Weltwirtschaft. Das zweite, was wir tun können, ist dieses System in der *longue durée* zu analysieren, die jedoch entschieden *nicht* ewig ist. Das bedeutet, wir müssen in jedem historischen System, beispielsweise der kapitalistischen Weltwirtschaft, zyklische Rhythmen von säkularen Trends unterscheiden, und mit Hilfe dieser Unterscheidung wiederum die Phasen der Entstehung, des quasi-normalen Funktionierens und der strukturellen Krise des gesamten Systems erkennen.

Das dritte, was wir tun können, ist, die systemischen Prozesse in ihrer Komplexität zu verstehen, ihre langfristige Tendenz also, sich weit von ihrem Gleichgewicht wegzubewegen und an Punkte der Gabelung mit unbestimmtem Ergebnis zu kommen. Das vierte ist die gesonderte Reflektion über die institutionelle Rolle innerhalb der kapitalistischen Weltwirtschaft von a) den antisystemischen Bewegungen und b) den Strukturen des Wissens. Und als fünftes sollten wir im Zuge dieser ganzen Analyse die Kategorien, die uns größtenteils das 19. Jahrhundert vermacht hat, aus unserem Denken löschen (was etwas anderes ist, als sie zu überdenken), sodass wir das Nötige tun und über die Geokultur des momentanen Weltsystems nachdenken können.

Analyse ist natürlich immer ein notwendiger Bestandteil der Praxis. Aber sie ist besonders dringend und zentral, wenn wir mit einer strukturellen Krise konfrontiert sind, denn gerade dann werden anerkannte Denkkategorien zur größten Behinderung für eine sinnvolle Vorgehensweise. Analyse allein ist jedoch nie Handlung. Handlungen erfordern Organisation. Die Weltlinke hat während der letzten zweihundert Jahre geglaubt, dies bedeute ein sehr koordiniertes Vorgehen, vorzugsweise mit einer einzigen hierarchischen Struktur, und hielt dies für die effektivste, vielleicht die einzig effektive, Form der Handlung.

Ich glaube, diese Annahme hat sich als falsch erwiesen. Die sozialen Komponenten, die potenziell die Weltlinke ausmachen, sind zu vielfältig, stehen zu vielen verschiedenen unmittelbaren Problemen gegenüber, stammen aus zu vielen unterschiedlichen kulturellen Orten, als dass ein demokratisches zentralistisches System, selbst ein wahrhaft demokratisches,

funktionieren könnte. Das ist in den letzten Jahren in zwei neu aufgekomenen Schlagwörtern eingestanden worden, die in eine andere Richtung weisen. Eines ist der US-amerikanische Ausdruck »Regenbogenkoalition«, der in anderen Teilen der Welt kopiert wurde. Er wurde in dem Gedanken aufgebracht, dass die politische Haltung vieler Menschen in ihrer gesellschaftlichen Position und ihrer Identität wurzelt oder stark davon beeinflusst ist. Das andere Schlagwort hatte im Frankreich der letzten Jahre seinen Ursprung, »pluralistische Linke«. Auch dieser Ausdruck wird kopiert. Er bezieht sich weniger auf die Realität verschiedener Identitäten als auf die der Vielzahl politischer Traditionen und Prioritäten.

Wie immer wir die bisherigen Ansätze zur Entwicklung eines neuen Stils linker Koalition einschätzen mögen, im Kern scheint mir die Idee absolut korrekt zu sein und auch nötig, wenn wir einen signifikanten politischen Fortschritt erzielen wollen. Wir werden kollektiv gestärkt und nicht geschwächt, wenn Menschen sich in Formen und Strukturen organisieren, die ihnen etwas bedeuten; Voraussetzung ist dabei nur, dass die entstandenen Gruppen zum Dialog und zur Bildung schlagkräftiger Koalitionen bereit sind. Es geht hier um viel mehr als parlamentarische Politik. Dieses Zusammenwirken kann und sollte auf allen Ebenen von der weltweiten bis zur lokalen funktionieren. Aber vor allem darf es nicht nur Kuhhandel geben, vielmehr müssen diese Bewegungen ständig miteinander debattieren und gemeinsam Analysen erstellen. Es geht um Schaffung und Unterstützung einer Kultur der gleichwertigen politischen Handlungsweise im Gegensatz zu einer hierarchischen. Das wird nicht leicht sein.

Doch wofür sollten sich solche Koalitionen einsetzen? Ich glaube, der Akzent sollte auf drei Hauptrichtungen der Theorie und Praxis liegen. Die erste nenne ich »Liberale zwingen, Liberale zu sein«. Die Achillessehne von Liberalen der politischen Mitte ist, dass sie ihre eigene Rhetorik nicht umsetzen wollen. Eine zentrale Figur ihrer Rhetorik ist die individuelle Entscheidung. Doch in vielen grundlegenden Fällen lehnen Liberale individuelle Entscheidungen ab. Einer der offensichtlichsten und wichtigsten ist das Recht auf freie Wahl des Wohnsitzes. Einwanderungskontrollen sind antiliberal. Vom Geldbeutel abhängige Entscheidungen – etwa die Wahl des Arztes oder der Schule – sind antiliberal. Patente sind antiliberal. Ich könnte noch mehr aufzählen. Tatsache ist, dass die kapitalistische Weltwirtschaft auf der Grundlage der Nichterfüllung liberaler Rhetorik überlebt. Die Weltlinke sollte die liberale Mitte systematisch, regelmäßig und ständig auf die Probe stellen.

Aber den rhetorischen Bluff zu entlarven ist natürlich nur der Anfang. Wir müssen ein eigenes positives Programm haben. Zwischen 1960 und 1999 kam es zu einem wahren Paradigmenwechsel in den Programmen linker Parteien und Bewegungen auf der ganzen Welt. 1960 legten ihre Programme den Akzent auf wirtschaftliche Strukturen. Sie traten für die eine oder andere Form, das eine oder andere Maß der Vergesellschaftung der Produktionsmittel ein, üblicherweise die Verstaatlichung. Sie sprachen, wenn überhaupt, wenig von Ungleichheiten, die nicht auf Klassenunterschiede zurückzuführen waren. Heute machen fast all diese Parteien und Bewegungen oder ihre Nachfolgegruppierungen Vorschläge zum Umgang mit der Ungleichbehandlungen der Geschlechter und der von Angehörigen verschiedener Rassen und Volksgruppen. Viele dieser Programme sind erschreckend unzulänglich, aber zumindest hält man es für notwendig, das Thema anzusprechen. Andererseits gibt es heute praktisch keine Partei oder Bewegung, die sich als links bezeichnet und eine weitere Vergesellschaftung oder Verstaatlichung der Produktionsmittel befürwortet, und eine ganze Reihe von ihnen tritt tatsächlich für eine Bewegung in die Gegenrichtung ein. Eine atemberaubende Kehrtwendung. Manche begrüßen sie, manche kritisieren sie. Die meisten nehmen sie einfach hin.

Diese umwälzende Akzentverschiebung hat einen enormen Vorteil. Nie zuvor hatte sich die Weltlinke mit ausreichender Entschlossenheit dem größten Problem für fast alle Menschen gewidmet, nämlich der alltäglichen Realität vielfacher Ungleichheiten. Gleichheit bedeutet sehr wenig, wenn sie nur Gleichheit unter Wohlhabenden ist. Das kapitalistische Weltsystem hat zu der größten geographischen Polarisierung von Reichtum und Privilegien geführt, die es auf unserem Planeten je gab. Und erste Priorität der Weltlinken muss es sein, die Kluft radikal und so schnell wie möglich zu verkleinern. Aber das ist nicht die einzige Kluft, der wir uns widmen müssen, denn außerdem gibt es noch all die, über die wir schon lange, lange gesprochen haben: Klasse, Rasse, Ethnizität, Geschlecht, Generation. Kurz, wir müssen Gleichheit als etwas betrachten, auf das wir tatsächlich zuarbeiten können.

Aber wie? Wer Gleichheit zum Ziel erklärt, hat sie noch nicht erreicht. Denn selbst wenn überall guter Wille herrschte – und natürlich kann man davon nicht ausgehen, sondern eher vom Gegenteil – wäre es nicht leicht, gerechte Lösungen zu finden. Das ist der Punkt, an dem wir meiner Meinung nach Webers Begriff der materialen Rationalität wieder aufgreifen, ja wiederbeleben sollten. Worum es Weber ging, war das Rationale im



Hinblick auf kollektive, weithin anwendbare Wertsysteme im Gegensatz zu dem Rationalen im Hinblick auf einzelne, eng gesetzte Zielvorstellungen eines Individuums oder einer Organisation. Weber selbst war in seiner Haltung der »materialen Rationalität« gegenüber ambivalent. Mal schienen seine Darlegungen ihr den Vorzug zu geben, mal seine Befürchtungen zu unterstreichen, ideologische Organisationen (sprich die deutsche sozialdemokratische Partei) könnten ihre Ansichten allen anderen aufdrängen.<sup>72</sup> Die meisten Gefolgsleute Webers haben nur diese letztere Haltung wahrgenommen und die erstere ignoriert. Aber wir können diesen wichtigen Begriff und die durch ihn vermittelten Einsichten in unserer eigenen Weise gebrauchen.

Mir scheint, Weber wollte darauf hinweisen, dass Debatten in einer Welt mit vielerlei Akteuren und vielerlei Wertesystemen Lösungen beinhalten können, die mehr sind als das Ergebnis schlichter Berechnungen (bei der Stimmzählung) und mehr als ein Gerangel, in dem jeder seiner eigenen Laune folgt. Es kann material rationale Weisen geben, gesellschaftliche Entscheidungen zu treffen. Zu wissen, wie sie aussehen, erfordert eine lange Zeit der klaren, aktiven und offenen Debatte und ein gemeinsames Bemühen, Prioritäten kurz- und langfristig auszubalancieren.

Nehmen wir einen bekannten Streitpunkt, das Problem der Prioritäten im Generationenkonflikt. Zu jeder Zeit existiert ein gegebener gesellschaftlicher Überschuss, der unter vier Generationen aufgeteilt werden kann: Kindern, Erwachsenen im erwerbsfähigen Alter, den Älteren und den noch Ungeborenen. Was sind die richtigen Proportionen bei der Verteilung kollektiver Ausgaben? Sicherlich gibt es keine leichte oder offensichtliche Antwort. Aber es ist eine Frage, die wohlüberlegte, demokratisch getroffene Entscheidungen erfordert (das heißt, dass alle, jedenfalls alle Lebenden, sich daran in entscheidender Weise beteiligen können). Momentan, in unserem bestehenden System, haben wir nicht wirklich eine Verfahrensweise hierfür, nicht einmal innerhalb eines einzigen Staats, von einem weltweiten Vorgehen ganz zu schweigen. Können wir eine solche Verfahrensweise entwerfen? Das müssen wir. Wenn wir das nicht können, verzichten wir für immer auf das traditionelle Ziel der Weltlinken, eine relativ demokratische, relativ egalitäre Welt zu errichten. Ich bin nicht bereit, dieses Ziel aufzugeben. Daher bin ich im Prinzip optimis-

---

<sup>72</sup> Ich habe dies diskutiert in »Social Science and Contemporary Society: The Vanishing Guarantees of Rationality«, in *The End of the World as We Know It*, S. 137-56.

tisch, dass die Menschheit eine solche Verfahrensweise entwerfen kann. Aber wir dürfen nicht vergessen, es ist nicht nur schwierig, sondern viele, viele mächtige Menschen wollen kein solches Verfahren etabliert sehen.

Was wir über diese vielen Probleme der Ungleichheit und ihre mögliche Überwindung sagen können, ist, dass sie heute wenigstens und endlich ernsthaft diskutiert werden. Sie stehen auf der Tagesordnung der Weltlinken. Auch wenn wir bislang noch keine sehr guten Antworten entwickelt haben, arbeiten wir doch offenbar daran, und das unter viel weniger gegenseitigen Verleumdungen, als man hätte befürchten können und als vor zwanzig oder dreißig Jahren zu hören waren.

Aber der große Pluspunkt beim Thema Ungleichheit geht mit einem großen Minuspunkt auf Seiten der Wiederaufnahme unserer grundlegenden wirtschaftlichen Anstrengungen einher. Wenn der Kapitalismus zusammenbricht, haben wir dann noch eine Alternative, die die traditionellen sozialistischen Zielvorstellungen repräsentiert – ein sozial rationales System, das den kollektiven Nutzen und die Verteilungsgerechtigkeit maximiert? Sollten solche Vorschläge heute von der Weltlinken gemacht werden, so habe ich nichts von ihnen gehört. Zwischen dem einen Ende des linken Spektrums, wo man »neue« Ideen ausruft, bei denen es sich schlicht um verwässerte Versionen einer Verwaltung des kapitalistischen Systems der politischen Mitte handelt, und dem anderen Ende, wo man nostalgisch die Patentrezepte von gestern herbetet, herrscht anscheinend eine echte Armut an ernstzunehmenden Ideen.

Die Weltlinke muss sich mit der systematischsten und effektivsten Kritik der historischen sozialistischen Rhetorik auseinandersetzen, dem Vorwurf, der nichtprivate Besitz von Produktionsmitteln führe zu Verschwendung, Desinteresse an technologischer Effizienz und Korruption. Diese Kritik traf auf das zu, was wir heute den »realexistierenden Sozialismus« nennen. Das ist von den Regimen, die überlebt haben (oder zumindest den meisten von ihnen) eingeräumt worden, aber ihre Reaktion bestand darin, in ihren Ländern viel Raum für Privatbesitz zu schaffen und das Ganze »Marktsozialismus« zu nennen. Das löst vielleicht augenscheinlich manche kurzfristigen wirtschaftlichen Schwierigkeiten, den zugrundeliegenden Problemen, um die es der sozialistischen Weltbewegung in erster Linie ging – ungeheure Ungleichheit und unmäßige soziale Verschwendung –, stellt man sich so tatsächlich überhaupt nicht.

Ich denke, es gibt vielleicht noch einen anderen Weg, einen, der tatsächlich teilweise ausprobiert wurde und recht vielversprechend zu sein scheint. Ich glaube, man könnte die meisten Vorteile von Privatbesitz er-

halten und gleichzeitig die meisten seiner negativen Seiten eliminieren, indem man die Produktion in mittelgroße, dezentralisierte, miteinander konkurrierende, keinen Gewinn anstrebende Strukturen verlegte. Der springende Punkt ist, dass sie keinen Gewinn anstrebten, das heißt, niemand würde »Dividenden« oder »Gewinnausschüttungen« erhalten, und jeglicher Überschuss würde entweder in die Organisation zurückfließen oder von der Allgemeinheit als Steuern eingezogen werden, um woanders reinvestiert zu werden.

Wie könnten solche Strukturen funktionieren? Nun, eigentlich wissen wir das, denn es gibt Parallelen. Die meisten großen Universitäten und Krankenhäuser in den USA arbeiten schon seit zweihundert Jahren nach solchen Prinzipien. Was immer sich über ihre Funktionsweise sagen lässt, sie sind jedenfalls nicht »ineffektiv« oder »technologisch rückständig« im Vergleich mit den wenigen vergleichbaren, Gewinn anstrebenden Institutionen. Ganz im Gegenteil. Mir ist bewusst, dass momentan versucht wird, solche Strukturen in Gewinn anstrebende Institutionen umzuwandeln, aber bei Krankenhäusern waren die Ergebnisse nicht sehr gut, und in Universitäten ist der Schritt zur profitorientierten Institution noch nicht ernsthaft versucht worden. Natürlich sind Krankenhäuser und Universitäten in den meisten Ländern staatlich finanziert, aber traditionell wurde ihnen normalerweise genug Autonomie zugestanden, um sie als Beispiele für Dezentralisierung anführen zu können. Diese staatlich finanzierten, keinen Gewinn anstrebenden Strukturen sind jedenfalls nicht merklich weniger effizient als ihre privaten Gegenstücke.

Warum also sollte dies bei stahlverarbeitenden Firmen, Computertechnologie-Giganten oder Herstellern von Luftfahrt- und Biotechnologie nicht funktionieren? Zweifellos gäbe es viele Details, die man diskutieren müsste, insbesondere das Maß der Besteuerung für solche Non-profit-Unternehmen, aber an sich scheint mir dieser Weg eine durchführbare, vielversprechende Alternative zu sein, die auch dem Engagement für einen weltweit höheren Lebensstandard für alle entspräche. Zumindest scheint es mir etwas zu sein, was wir ernsthaft diskutieren und eine Idee, die wir ausarbeiten sollten.

Was wir in erster Linie im Auge behalten sollten, ist, dass das Grundproblem weder Besitz ist, noch Kontrolle über wirtschaftliche Ressourcen. Das Grundproblem ist die Rückholung der weltweiten wirtschaftlichen Prozesse aus dem Warenstatus. Rückholung aus dem Warenstatus, das muss unterstrichen werden, bedeutet nicht Entmonetarisierung, sondern die Eliminierung der Kategorie des Profits. Der Kapitalismus war

das Programm, alles zur Ware zu machen. Bis jetzt ist es nicht vollständig erfüllt, aber weit vorangeschritten, mit allen uns bekannten negativen Folgen. Der Sozialismus sollte das Programm sein, alles aus dem Warenstatus zurückzuholen. Wenn wir diesen Weg beschreiten, ist es vielleicht in fünfhundert Jahren nicht vollständig erfüllt, aber möglicherweise weit vorangeschritten.

In jedem Fall müssen wir die möglichen Strukturen des historischen Systems diskutieren, das wir errichten wollen, da das bestehende System zusammenbricht. Und wir sollten versuchen, die alternativen Strukturen jetzt und in den kommenden fünfzig Jahren aufzubauen, in der Zeit des Übergangs. Wir müssen diesen Punkt energisch verfolgen, wenn auch nicht dogmatisch. Wir müssen Alternativen ausprobieren, als Gedankenexperimente und als reale Experimente. Was wir nicht tun dürfen, ist das Problem ignorieren. Denn wenn wir das tun, wird die Rechte der Welt ihrerseits neue nichtkapitalistische Alternativen entwickeln, die uns in eine neue hierarchische, unegalitäre Weltordnung einbinden werden. Und dann wird es für eine lange Zeit zu spät sein, die Dinge zu verändern.

Gestatten Sie mir eine letzte Anmerkung, die offensichtlich ist, aber ausgesprochen werden muss. Sozialwissenschaftler sind Spezialisten. Natürlich sind wir nicht die einzige Sorte von Spezialisten. In gewissem Sinne besteht die Welt aus einer endlosen Reihe von Spezialisten, von denen manche eine längere Ausbildungszeit hatten als andere. Wie beziehen sich Spezialisten auf Nichtspezialisten? Wie sollten sie das tun? Die Weltlinke definierte dies gewöhnlich als das Problem, wie linksorientierte Intellektuelle aus der Mittelschicht sich auf die Arbeiterklasse beziehen sollten. Und meistens favorisierten wir die Theorie, nach der sie »organische Intellektuelle« sein müssten, was hieß, sie müssten Teil von sozialen Bewegungen sein und mit ihnen, für sie und letztlich unter ihnen arbeiten. Der Zusammenbruch der Bewegungen hat in Bezug auf die ganze Idee einen schalen Geschmack in den Mündern einstiger und mutmaßlicher organischer Intellektueller hinterlassen.

Man kann das Problem jedoch noch anders sehen. Denken wir daran, wie sich ein Klient auf einen Rechtsanwalt oder ein Patient auf einen Arzt bezieht. Wie wir wissen, ist das hauptsächlich eine Frage der Klasse. Der Klient aus der Arbeiterklasse fühlt sich vielleicht ungebildet und hilflos gegenüber dem Fachmann und akzeptiert sein Urteil, manchmal vielleicht dankbar, manchmal mit großem Groll, aber akzeptieren tut er es normalerweise. Eine wohlhabende oder in anderer Weise mächtige Person behandelt den Rechtsanwalt oder Arzt vielleicht wie einen Untergebenen,

dessen Hauptfunktion es ist, einer vorgesetzten Person technischen Rat zu geben.

Kann der Spezialist den Nichtspezialisten in irgendeiner Weise als Gleichgestellten behandeln? Offensichtlich hat der Spezialist ein spezialisiertes Wissen. Das ist ja der Sinn der vielen verschiedenen Ausbildungsprogramme. Und es ist ebenso offensichtlich, dass der Spezialist viele für die Lösung bestimmter Probleme relevante Dinge weiß, derer sich der Nichtspezialist nicht bewusst ist. Deswegen konsultiert der Nichtspezialist den Spezialisten, um von der Expertise des Spezialisten zu profitieren. Aber es ist auch offensichtlich, dass der Nichtspezialist viele andere Dinge weiß – über seine Bedürfnisse und Wünsche, über andere Probleme, mit denen er oder sie konfrontiert ist – derer sich der Spezialist nicht bewusst ist, oder über die der Spezialist, wenn er sich ihrer bewusst ist, kein spezielles Wissen hat.

Irgendwann muss ein abschließendes Urteil darüber gefällt werden, ob eine bestimmte vom Spezialisten empfohlene Vorgehensweise material rational ist. Ich gehe natürlich davon aus, dass sie formal rational ist, dass sie also zur Erreichung des eng definierten Zieles, das dem Spezialisten vor Augen stand, führen wird. Aber wer wird diese Entscheidung fällen? Und wie? Verschiebt man dieses Problem aus dem Bereich einer Einzelperson, die zur Lösung eines persönlichen Problems einen Spezialisten aufsucht, in den eines Kollektivs, das zur Lösung eines kollektiven Problems eine Gruppe von Spezialisten konsultiert, wird sofort klar, dass es auch hier keine einfache Antwort gibt. Aber ich glaube, auch hier stehen wir vor einem Rätsel, dessen Lösung nur schwierig ist, nicht unmöglich. Keines der beiden Extreme ist akzeptabel: weder dass die Spezialisten ihre Lösung dem Kollektiv aufzwingen, noch, dass die politischen Entscheidungsträger das Wissen und die Empfehlungen der Spezialisten ignorieren. Wir müssen in irgendeiner Form systematisch eine öffentliche Debatte über diese Fragen und das Ausbalancieren von vielerlei Bedürfnissen und Interessen einrichten. Damit sind wir wieder beim Problem der materialen Rationalität.

Dieses ganze Programm für die Linke wäre schwierig genug, wären wir nur allein und in aller Ruhe damit konfrontiert. Aber während wir uns mit diesen Problemen herumschlagen, werden wir ständig attackiert von denjenigen, die uns am Erreichen unserer grundlegenden Ziele hindern wollen und über mächtige Mittel verfügen. Und wir werden uns mit diesen Problemen nicht in Zeiten der Ruhe befassen, sondern in Zeiten des Chaos. Es ist das Chaos des Übergangs, das uns unsere Chance eröff-

net, aber gleichzeitig verwirrt uns diese chaotische Atmosphäre und drängt uns dazu, uns vom langfristigen Wiederaufbau eines historischen Gesellschaftssystems ab- und der kurzfristigen Lösung dringlicher Probleme zuzuwenden.

Schließlich stehen diejenigen von uns, die sich in den USA befinden, vor einem weiteren Hindernis, das C. Wright Mills 1959 klar gesehen und das sich seitdem nicht grundlegend verändert hat: »Intellektuelle von [unserer] Art, die in Amerika und Großbritannien leben, sind mit einigen entmutigenden Problemen konfrontiert. Als Sozialisten der einen oder anderen Art sind wir eine sehr kleine Minderheit in einer intellektuellen Gemeinschaft, die selbst eine Minderheit darstellt. Das Problem, mit dem wir am unmittelbarsten konfrontiert sind, ist das der nationalistischen Selbstgefälligkeit und politischen Selbstzufriedenheit der vorherrschenden intellektuellen Kreise unserer eigenen Länder. Wir stehen einer wirklich starken Teilnahmslosigkeit in Bezug auf Politik im Allgemeinen und in Bezug auf die größeren Probleme der heutigen Welt gegenüber.«<sup>73</sup>

Kurz, und ich sage das zum letzten Mal, es wird nicht leicht werden. Aber es ist mit Sicherheit der Mühe wert.

---

<sup>73</sup> C. Wright Mills, *Letters and Autobiographical Writings*, edited by Kathryn Mills with Pamela Mills. Berkeley: University of California Press, 2000, S. 232.

# Kapitel 11

## Linke Politik II: Ein Zeitalter des Übergangs

1999 hielt ich einen Vortrag beim *Caucus for a New Political Science* über linke Politik heute.<sup>74</sup> Darin fasste ich die momentane Situation der Weltlinken folgendermaßen zusammen:

1. Nach fünfhundert Jahren seines Bestehens ist das kapitalistische Welt-system *erstmal*s in einer echten Systemkrise und wir befinden uns in einem Zeitalter des Übergangs. 2. Sein Ausgang ist zwar gänzlich ungewiss, aber ebenfalls zum ersten Mal seit fünfhundert Jahren gibt es eine wirkliche Perspektive grundlegenden Wandels, der einen Fortschritt bedeuten *könnte*, dies aber nicht notwendigerweise tut. 3. Das Hauptproblem für die Weltlinke zu diesem Zeitpunkt ist, dass die im 19. Jahrhundert entwickelte Strategie für die Veränderung der Welt in Trümmern liegt und die Linke infolgedessen unsicher, schwach und aus einem allgemeinen Zustand der Niedergeschlagenheit heraus agiert.

Von diesen drei Prämissen möchte ich ausgehen und fragen, welche Schlussfolgerungen sich daraus für eine linke Strategie der nächsten zehn bis zwanzig Jahre ergeben.

Zunächst ist festzuhalten, dass wir keineswegs auf Weltniveau besiegt worden sind. Der Zusammenbruch der Sowjetunion war keine Katastrophe für die Weltlinke. Ich bin nicht einmal sicher, ob ich ihn als Rückschlag bezeichnen würde. Er befreite uns nicht nur kollektiv von dem Albatros einer nicht länger nützlichen leninistischen Strategie und Rhetorik, sondern erschwerte auch die Lage der liberalen Mitte, indem er ihr die faktische strukturelle Unterstützung durch die leninistischen Bewegungen entzog. Diese hatten den verbreiteten Radikalismus lange Zeit mit den Versprechungen eines »glänzenden Morgens« durch den Glauben an die Weiterentwicklung der leninistischen Gegenwart gezügelt.<sup>75</sup>

---

<sup>74</sup> Siehe Kapitel 10.

<sup>75</sup> Dies erläutere ich im Detail in *After Liberalism*. New York: New Press, 1995.

Ich glaube auch nicht, dass die globale Offensive des Neoliberalismus und der so genannten Globalisierung unsere Chancen zunichte gemacht hat. Zum einen ist vieles davon ein Hype, der die nächste Deflation nicht überleben wird. Zum anderen wird sie ihr Gegengift selbst hervorbringen bzw. hat es schon hervorgebracht. Und schließlich ist der Weltkapitalismus tatsächlich strukturell eher in schlechter Verfassung, als dass er in der Blüte einer »new economy« stehen würde.

Ich möchte auch hier meine Position nur zusammenfassen, ohne sie eigens zu begründen. Zusätzlich zu den durch den Zusammenbruch des Leninismus und das Ende des Kalten Krieges verursachten politischen Schwierigkeiten nähert sich der Kapitalismus drei strukturellen Asymptoten an, die seine Fähigkeit zur Akkumulation von Kapital unwiderruflich beschneiden: 1. Durch die Verstärkung der Welt gerät der Kapitalismus ans Ende seiner Möglichkeiten, den steigenden Anteil der Arbeitskosten am weltweit geschaffenen Gesamtwert zu begrenzen. 2. Die ökologischen Grenzen der Vergiftung und Nichterneuerung von Ressourcen begrenzen die Möglichkeit des Kapitals, die Kosten für Rohstoffe durch weitere Kostenexternalisierung zu reduzieren. 3. Die zunehmende Demokratisierung der Welt, die sich am wachsenden öffentlichen Druck ablesen lässt, die Ausgaben für Gesundheit, Bildung und lebenslange Einkommensgarantien zu erhöhen, führt zu einem stetig steigenden Anteil der Steuern am weltweit geschaffenen Gesamtwert.

Natürlich ist das Kapital ständig bemüht, diese strukturellen Belastungen zu reduzieren. Darum ging es der neoliberalen Offensive der letzten zwanzig Jahre. Aber die Langzeitkurve zeigt immer steiler nach oben. Es gelingt zwar regelmäßig, den Druck zu reduzieren, aber immer in einem geringeren Maße, als ihn der nächste Aufwärtsschwung erhöht. Um dagegen anzukämpfen, predigt man TINA (there is no alternative – es gibt keine Alternative) zur Schwächung des gegen den Neoliberalismus gerichteten politischen Willens. Auch das ist nichts Neues. Um die relative politische Stabilität im Großbritannien des späten 19. Jahrhunderts zu erklären, schrieb Gareth Stedman Jones sie der »augenscheinlichen Unvermeidlichkeit des Kapitalismus« und seiner »augenscheinlichen Unverwundbarkeit« zu.<sup>76</sup> Der Erste Weltkrieg machte diesen Einschätzungen für lange Zeit ein Ende. Jetzt werden sie wiederbelebt, oder zumindest strebt die Rechte ihre Wiederbelebung an.

---

<sup>76</sup> *Languages of Class*. Cambridge, England: Cambridge University Press, 1982, S. 74.



Wenn wir eine linke Strategie für das 21. Jahrhundert entwickeln wollen, müssen wir uns zunächst daran erinnern, wie die bisherige linke Strategie aussah. Die in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts entwickelte und im letzten Drittel des 20. Jahrhunderts mehr oder weniger verworfene Strategie (symbolisiert durch 1848 und 1968) der zwei Stufen war sehr klar: zuerst die Macht im Staat übernehmen und dann die Welt verändern. Drei Dinge sollten an dieser Strategie beachtet werden: 1. Sie war damals vermutlich die einzig mögliche, da Bewegungen mit anderen Strategien durch die Staatsmacht schlicht zerschlagen werden konnten. 2. Sie wurde von *allen* großen Bewegungen übernommen: von beiden Teilen der sozialistischen Weltbewegung, den Sozialdemokraten und den Kommunisten, sowie von den nationalen Befreiungsbewegungen. 3. Die Strategie scheiterte an ihrem Erfolg. Alle drei Arten von Bewegungen kamen zwischen 1945 und 1970 fast überall an die Macht, und keine davon war in der Lage, die Welt zu verändern, was zu der bis heute anhaltenden gründlichen Desillusionierung über diese Strategie sowie zu der sozio-psychologisch aus ihr resultierenden ernsthaften Staatsfeindlichkeit führte.<sup>77</sup>

Seit 1968 haben verschiedene alte und neue Bewegungen eine Vielzahl alternativer Strategien ausprobiert. Überdies hat sich das Verhältnis der antisystemischen Bewegungen untereinander insofern verbessert, als die einst mörderischen gegenseitigen Verurteilungen und verbissenen Kämpfe erheblich nachgelassen haben, eine positive Entwicklung, die wir bislang unterschätzt haben. Ich möchte nun einige Anregungen dazu aufzählen, wie wir die Idee einer alternativen Strategie weiterentwickeln könnten.

### *1. Den Geist von Porto Alegre ausweiten*

Worin besteht dieser Geist? Ich würde ihn folgendermaßen definieren. Er besteht im Zusammenkommen der nichthierarchisch organisierten Weltfamilie der antisystemischen Bewegungen, um a) für intellektuelle Klarheit, b) für militante Aktionen zur allgemeinen Mobilisierung für unmittelbare soziale Interessen und c) für Bestrebungen nach einer längerfristigen, grundlegenden Veränderung einzutreten.

---

<sup>77</sup> Für eine detailliertere Version dieser Analyse siehe Giovanni Arrighi, Terence K. Hopkins und Immanuel Wallerstein, *Antisystemic Movements*, London: Verso, 1989, sowie den Essay von denselben Autoren, »1989: A Continuation of 1968«, *Review* 15, Nr. 2, Frühling 1992: S. 221-42.

Drei Elemente tragen wesentlich zum Geist von Porto Alegre bei. Er besteht aus einer losen Struktur, die mehr oder weniger dem entspricht, was Jesse Jackson »Regenbogenkoalition« genannt hat. Er ist eine Struktur, die auf Weltebene und in größerem Maßstab als nur pro forma Bewegungen des Südens und des Nordens zusammengebracht hat. Er ist sowohl intellektuell (es wird kein globaler Konsens mit dem Geist von Davos angestrebt) als auch politisch militant (in dem Sinne, wie es die Bewegungen von 1968 waren). Natürlich muss man abwarten, ob eine lose strukturierte Weltbewegung in irgendeiner bedeutungsvollen Art und Weise zusammenhalten und mit welchen Mitteln sie die Taktik des Kampfes entwickeln kann. Aber gerade die Tatsache, dass es eine lose Verbindung ist, macht es schwer, sie zu unterdrücken und bestärkt die Kräfte der Mitte in ihrer zögerlich neutralen Haltung.

## 2. *Defensive Wahltaktiken verwenden*

Wenn die Weltlinke sich in lose strukturierten, außerparlamentarischen Kämpfen engagiert, stellt sich sofort die Frage nach unserer Haltung zu Wahlen. Scylla und Charybdis halten sie einerseits für wesentlich, andererseits für irrelevant. Wahlsiege werden die Welt nicht verändern, dürfen aber auch nicht vernachlässigt werden. Sie sind ein wesentlicher Mechanismus, um die unmittelbaren Bedürfnisse der Weltbevölkerung gegen Angriffe auf errungene Sozialleistungen zu verteidigen. Für sie muss gekämpft werden, um den Schaden zu minimieren, den die Weltrechte über die Kontrolle der Regierungen anrichten kann.

Dies macht Wahltaktiken jedoch zu einer rein pragmatischen Angelegenheit. Sobald wir das Erringen der Staatsmacht nicht mehr für eine Methode zur Veränderung der Welt halten, sind Wahlen immer eine Frage des kleineren Übels, und worin dies besteht, muss in jedem Fall und zu jedem Zeitpunkt neu entschieden werden. Es hängt teilweise von dem jeweiligen Wahlsystem ab. Mit einem einfachen Mehrheitswahlrecht ist anders umzugehen als mit einem System mit Stichwahl oder einem Verhältniswahlrecht. Aber der allgemeine Leitfaden muss die Regenbogenkoalition sein, eine »pluralistische Linke«, nach einem in Frankreich geprägten Slogan, der in Lateinamerika *frente amplio* genannt wird. Es gibt in der Weltlinken viele verschiedene Partei- und Fraktionstraditionen. Zwar sind die meisten davon Relikte aus einer anderen Zeit, aber viele Menschen richten sich bei Wahlen noch nach ihnen. Da staatliche Wahlen eine pragmatische Angelegenheit sind, ist es wichtig, Bündnisse zu schließen, die diese Traditionen respektieren und auf die ausschlaggebenden

51% abzielen. Aber keine Freudentänze auf den Straßen, wenn wir gewinnen! Der Sieg ist lediglich defensive Taktik.

### *3. Die Demokratisierung unaufhörlich vorantreiben*

Die populärste Forderung an Staaten überall auf der Welt ist die nach »mehr« – mehr Bildung, mehr Gesundheit, mehr garantiertes Lebenszeiteinkommen. Sie ist nicht nur populär, sondern auch unmittelbar nützlich im Leben der Menschen. Und sie engt die Möglichkeiten der endlosen Kapitalakkumulation ein. Diese Forderungen sollten laut, ständig und an jedem denkbaren Ort propagiert werden. Es kann nicht zu viel davon geben. Natürlich wirft die Ausweitung dieser Funktionen eines »Wohlfahrtsstaats« Fragen nach der Effizienz von Ausgaben, nach Korruption und der Herausbildung übermächtiger und unkontrollierter Bürokratien auf. Wir sollten auf die Diskussion dieser Fragen vorbereitet sein, ihretwegen aber nicht in dem grundlegenden Verlangen nach mehr, viel mehr nachlassen.

Massenbewegungen sollten auch die von ihnen gewählten Regierungen links der Mitte bei diesen Forderungen nicht ausnehmen. Wir sollten uns nicht zurückhalten, nur weil diese Regierung uns freundlicher gesonnen ist als eine offen rechte. Freundlich gesonnene Regierungen unter Druck zu setzen, drängt rechte oppositionelle Kräfte in die linke Mitte. Sie nicht unter Druck zu setzen, drängt die Mitte-Links-Regierungen in die rechte Mitte. Auch wenn gelegentlich spezielle Umstände eine solche Handlungsweise ausschließen, ist die allgemeine Regel zur Demokratisierung: »Mehr, viel mehr«.

### *4. Die liberale Mitte dazu bringen, ihr theoretisches Programm zu erfüllen*

Dies ist auch bekannt unter dem Titel Beschleunigung des Liberalismus. Die liberale politische Mitte meint auffallend selten, was sie sagt bzw. praktiziert meist nicht, was sie predigt. Nehmen wir ein paar geläufige Themen, etwa das der Freiheit. Die liberale Mitte klagte die UdSSR regelmäßig für ihre Verweigerung der Ausreisefreiheit an. Aber die andere Seite der Ausreise- ist die Einreisefreiheit. Das Recht auf Ausreise hat keinen Wert, wenn man woanders nicht einreisen darf. Wir sollten für offene Grenzen eintreten.

Die liberale Mitte fordert regelmäßig freieren Handel, freieres Unternehmertum und die Nichteinmischung des Staates in unternehmerische Entscheidungen. Auf der anderen Seite sollten Unternehmer, die auf dem

Markt scheitern, nicht gerettet werden. Sie streichen die Gewinne ein, wenn sie erfolgreich sind, sie sollten die Verluste tragen, wenn sie scheitern. Es wird oft behauptet, die Rettung von Firmen erhalte Arbeitsplätze. Aber es gibt viel billigere Wege, Arbeitsplätze zu retten – Arbeitslosenversicherung, Umschulungen und sogar Beschäftigungsmaßnahmen. Bei keiner dieser Maßnahmen müssen die Schulden des gescheiterten Unternehmens übernommen werden.

Die liberale Mitte insistiert häufig, Monopole seien von Übel. Auf der anderen Seite müssten dann Patente abgeschafft oder stark eingeschränkt werden, und der Staat müsste sich aus dem Schutz einheimischer Industrien vor ausländischer Konkurrenz heraushalten. Wird davon die Arbeiterklasse in der Kernzone beeinträchtigt? Nicht wenn Geld und Energie darauf verwendet wird, eine stärkere Annäherung der weltweiten Lohnniveaus zu erzielen.

Die Details des Vorschlags sind komplex und müssen diskutiert werden. Es geht darum, die liberale Mitte nicht mit ihrer Rhetorik davonkommen zu lassen, die sie die Erfolge ihrer Vorschläge verbuchen lässt, ohne für deren Kosten gerade zu stehen. Außerdem kann die politische Mitte am besten durch einen Appell an ihre Ideale, nicht an ihre Interessen, neutralisiert werden, und die Versprechungen ihrer Rhetorik einzufordern, hat genau diesen Effekt.

Schließlich sollten wir immer im Kopf behalten, dass die ärmsten Schichten bestenfalls begrenzt von den Früchten der Demokratisierung profitieren, weil sie die meisten Schwierigkeiten haben, die bürokratischen Hürden zu überwinden. In diesem Zusammenhang komme ich auf den dreißig Jahre alten Vorschlag von Richard Cloward und Frances Fox Piven zurück, man sollte für »die explosionsartige Steigerung der Zahl der Wohlfahrtsempfänger« sorgen, also in den ärmsten Gebieten mobilisieren, um den Menschen dort zu ihren gesetzlich verbrieften Rechten zu verhelfen.<sup>78</sup>

---

<sup>78</sup> Frances Fox Piven und Richard A. Cloward schließen ihr Buch über öffentliche Wohlfahrt folgendermaßen: »Daher sind wir angesichts ausbleibender fundamentaler wirtschaftlicher Reformen der Ansicht, dass die explosionsartige Steigerung der Zahl der Wohlfahrtsempfänger die richtige Fürsorgeform darstellt, dass sie verteidigt und noch beschleunigt werden sollte. Selbst heute gibt es noch Hunderttausende verarmter Familien, die unterstützungsberechtigt sind, aber keinerlei Hilfestellung erhalten.« (*Regulierung der Armut: Die Politik der öffentlichen Wohlfahrt* [Frankfurt a. M., 1977], 405 [kursiv im Original]).

### 5. Antirassismus zum Maßstab für Demokratie machen

Demokratie bedeutet die Gleichbehandlung aller Menschen – in Bezug auf Macht, auf Verteilung, auf Chancen zur Selbstverwirklichung. Rassismus ist die Hauptmethode zur Unterscheidung zwischen denjenigen, die (mehr) Rechte haben, und denjenigen, die keine oder weniger Rechte haben. Rassismus definiert die Gruppen und bietet gleichzeitig eine fadenscheinige Rechtfertigung für diese Praxis. Rassismus ist weder auf staatlicher noch auf globaler Ebene eine Nebensache. Er stellt die Art und Weise dar, in der das universalistische Versprechen der liberalen Mitte systematisch, offen und kontinuierlich unterminiert wird.

Rassismus ist im existierenden Weltsystem allgegenwärtig. In jedem Winkel des Globus ist er ein zentrales Charakteristikum der lokalen, nationalen und Weltpolitik. In ihrer Rede vor der Mexikanischen Nationalversammlung am 29. März 2001 sagte Kommandantin Esther von der Zapatistischen Befreiungsarmee (EZLN): »Die Weißen [*ladinos*] und die Reichen machen sich über uns indigene Frauen lustig wegen unserer Kleidung, unserer Sprechweise, unserer Sprache, unserer Art zu beten und zu heilen und unserer Hautfarbe, die die Farbe der Erde ist, die wir bearbeiten.«<sup>79</sup>

Sie plädierte dann für ein Gesetz, das den indigenen Völkern Autonomie gewähren würde: »Wenn die Rechte und die Kultur der indigenen Völker anerkannt werden, ... wird die Stunde der indigenen Völker kommen. ... Und so wie es heute wir indigenen Frauen sind, werden es morgen die anderen sein, Männer und Frauen, tot, verfolgt oder eingesperrt wegen ihrer Andersartigkeit.«

### 6. Auf die Dekommodifizierung hinarbeiten

Der entscheidende Fehler des kapitalistischen Systems liegt nicht im Privateigentum, das bloß ein Mittel ist, sondern darin, dass ihm alles zur Ware wird. Das ist das entscheidende Element der Akkumulation von Kapital. Auch heute ist im kapitalistischen Weltsystem trotz aller Anstrengungen noch nicht absolut alles zur Ware geworden. Wir könnten aber durchaus den entgegengesetzten Weg einschlagen. Statt Universitäten und Krankenhäuser (ob staatlich oder privat) in profitbringende Institutionen umzuwandeln, sollten wir darüber nachdenken, wie wir Stahlwerke in Non-Profit-Unternehmen verwandeln können, das heißt, in sich

---

<sup>79</sup> <http://www.ezln.org/marcha/20010320.htm>

selbst erhaltende Strukturen, die niemandem Dividenden ausbezahlen. So sieht eine hoffnungsvollere Zukunft aus, die in der Tat schon jetzt beginnen könnte.

### *7. Niemals vergessen, dass wir im Zeitalter des Übergangs von unserem existierenden Weltsystem zu irgendeinem anderem leben*

Das bedeutet vielerlei. Wir dürfen uns nicht von der Rhetorik der Globalisierung oder der Schlussfolgerung von TINA beirren lassen. Neben den Alternativen, die es gibt, existiert nur ein Weg, der keine Alternative darstellt, nämlich unsere momentanen Strukturen fortzuführen.

Um das Nachfolgesystem wird ein gewaltiger Kampf ausbrechen, der zwanzig, dreißig, fünfzig Jahre andauern dürfte und dessen Ausgang seinem Wesen nach ungewiss ist. Die Geschichte ist auf niemandes Seite. Alles hängt davon ab, was wir tun. Andererseits eröffnet das eine Riesenchance für kreatives Handeln. Während des normalen Lebenszyklus eines historischen Systems haben selbst große Bemühungen um Veränderungen (so genannte Revolutionen) nur begrenzte Auswirkungen, denn das System übt großen Druck aus, um in sein Gleichgewicht zurückzukehren. Aber in der chaotischen Atmosphäre eines strukturellen Übergangs kommt es zu unkontrollierten Schwankungen, und selbst ein kleiner Stoß kann große Auswirkungen im Bezug auf den gewählten Weg an der Gabelung haben. Wenn der Einsatz sich je lohnt, dann jetzt.

Das Hauptproblem ist nicht die Organisation, so wichtig sie auch sein mag. Das Hauptproblem ist Klarheit. Den Kräften, die das System so verändern wollen, dass sich nichts ändert, sodass sich ein anderes, gleichermaßen oder sogar noch extremer hierarchisches und polarisierendes System herausbildet, stehen Geld, Energie und Intelligenz zur Verfügung. Sie werden die Pseudoveränderungen in eine attraktive Verpackung zu mogeln wissen. Und nur sorgfältige Analyse wird uns davor bewahren, in eine ihrer vielen Fallen zu gehen.

Sie werden ihre Vorschläge unter ein Motto stellen, das wir gar nicht ablehnen können – Menschenrechte zum Beispiel. Aber sie werden diesem Motto einen Inhalt geben, der neben ein paar äußerst wünschenswerten Elementen aus vielen anderen besteht, die die »Zivilisierungsmision« der Mächtigen und Privilegierten bei den unzivilisierten Anderen fortsetzen.

Wir müssen ihre Vorschläge sorgfältig auseinandernehmen und den Bluff entlarven. Wenn ein internationales Gerichtsverfahren wegen Völkermords wünschenswert ist, dann ist es nur wünschenswert, wenn das

entsprechende Gesetz für alle gilt, nicht nur für die Schwachen. Wenn atomare oder biologische Waffen gefährlich, ja barbarisch sind, gibt es keine vertrauenswürdigen Besitzer solcher Waffen.

Angesichts der ihr innewohnenden Ungewissheit der Welt ist die einzig plausible Strategie der Weltlinken in einem Moment des historischen Wandels das intelligente, kämpferische Eintreten für ihr grundsätzliches Ziel – eine relativ demokratische, relativ egalitäre Welt. Eine solche Welt ist möglich. Es ist keineswegs gewiss, dass wir sie erreichen werden. Aber es ist auch keineswegs unmöglich.

# Kapitel 12

## Die Bewegungen: Was heißt es heute, eine antisystemische Bewegung zu sein?

Ich habe den Begriff »antisystemische Bewegung« in den 1970er Jahren geprägt, um zwei historisch und analytisch verschiedene und in vielerlei Hinsichten rivalisierende Arten von Bewegungen in einer Formulierung zusammenfassen zu können – die so genannten »sozialen« und die »nationalen«. Unter sozialen Bewegungen verstand man hauptsächlich sozialistische Parteien und Gewerkschaften; diese versuchten, den Klassenkampf innerhalb jedes Staates gegen die Bourgeoisie oder die Arbeitgeber fortzusetzen. Nationale Bewegungen kämpften für die Schaffung eines Nationalstaats, entweder durch den Zusammenschluss getrennter politischer Einheiten, die sie als Teile einer Nation ansahen – wie beispielsweise in Italien – oder durch das Erlangen der Unabhängigkeit von Staaten, die für die fragliche Nationalität als imperial und repressiv galten – zum Beispiel in Kolonien in Asien und Afrika.

Beide Typen von Bewegung institutionalisierten sich in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts und gewannen im Laufe der Zeit an Stärke. Beide gaben ihren Zielen zumeist den Vorrang über jede andere Art von politischer Zielvorstellung – insbesondere über die Ziele ihres nationalen oder sozialen Rivalen. Dies führte regelmäßig zu heftigen gegenseitigen Verurteilungen. Die beiden Typen kooperierten selten politisch und wenn, dann meist zeitweilig und aus taktischen Erwägungen, nicht in einem wirklichen Bündnis. Dennoch weist die Geschichte dieser Bewegungen zwischen 1850 und 1970 eine Reihe von Gemeinsamkeiten auf.

Die meisten sozialistischen und nationalen Bewegungen erklärten wiederholt, sie seien »revolutionäre« Bewegungen, stünden also für grundlegende Veränderungen in sozialen Beziehungen. Zwar hatten beide Typen normalerweise einen – manchmal aus einer separaten Organisation bestehenden – Flügel, der für eine allmählichere Umgestaltung eintrat und sich daher der revolutionären Phrasen enthielt. Dennoch sahen die Mächtigen anfangs und oft viele Jahrzehnte lang in diesen Bewegungen insgesamt,



auch in ihren milderer Versionen, eine Bedrohung der Stabilität oder sogar des Bestands ihrer politischen Strukturen.

Die zweite Gemeinsamkeit ist, dass beide Varianten zuerst politisch recht schwach waren und schwer um ihre bloße Existenz kämpfen mussten. Sie wurden von ihren Regierungen unterdrückt oder verboten, ihre Anführer verhaftet und ihre Mitglieder oft systematisch von staatlichen oder privaten Kräften mit Gewalt traktiert. Viele frühe Versionen dieser Bewegungen wurden vollkommen zerschlagen.

Drittens fochten während der letzten dreißig Jahre des 19. Jahrhunderts beide Typen von Bewegung parallel ihre Strategie in einer Reihe von großen Debatten aus, in denen eine »staatsorientierte« Fraktion einer gegenüberstand, die den Staat schlechthin als Feind betrachtete und darauf drängte, statt dessen auf individuelle Veränderung zu setzen. Innerhalb der sozialen Bewegungen war dies die Debatte zwischen Marxisten und Anarchisten; innerhalb der nationalen Bewegungen die zwischen politischen und kulturellen Nationalisten.

Historisch setzte sich in diesen Debatten – und das ist die vierte Ähnlichkeit – die »staatsorientierte« Fraktion durch. Das überall ausschlaggebende Argument war, die unmittelbare Quelle echter Macht liege im Staatsapparat, und jeder Versuch, seine politische Bedeutung zu ignorieren, sei zum Scheitern verurteilt, denn der Staat würde jeden Vorstoß in Richtung Anarchismus oder kulturellen Nationalismus erfolgreich unterdrücken. Im späten 19. Jahrhundert formulierten diese Gruppen – und zwar sowohl die sozialen als auch die nationalen Bewegungen – die sogenannte Zwei-Stufen-Strategie: zuerst die Macht innerhalb der Staatsstruktur erlangen, dann die Welt verändern.

Die fünfte Gemeinsamkeit ist weniger offensichtlich, aber nicht weniger real. Die Argumentation der sozialistischen Bewegungen enthielt oft Elemente der nationalen Rhetorik, und der nationale Diskurs hatte oft eine soziale Komponente. Das Ergebnis war ein stärkeres Verschwimmen der beiden Positionen, als ihre Verfechter eingestanden. Es wurde häufig festgestellt, dass sozialistische Bewegungen in Europa oft stärker national integrativ wirkten als Konservative oder der Staat selbst, während die kommunistischen Parteien, die in China, Vietnam und Kuba an die Macht kamen, eindeutig als Bewegungen der nationalen Befreiung fungierten. Das hatte zwei Gründe. Erstens mussten beide Gruppen im Zuge der Mobilisierung versuchen, immer breitere Teile der Bevölkerung auf ihre Seite zu ziehen, und dafür war eine vielfältigere Gestaltung ihrer Rhetorik hilfreich. Zweitens war den Anführern beider Bewegungen un-

bewusst oft klar, dass sie in dem existierenden System einen gemeinsamen Feind und daher überhaupt mehr gemeinsam hatten, als ihre öffentlichen Erklärungen erkennen ließen.

Bei der Mobilisierung gingen beide Arten von Bewegung im Grunde recht ähnlich vor. In den meisten Ländern begannen beide als kleine Gruppen, vorwiegend zusammengesetzt aus einer Handvoll von Intellektuellen und ein paar Militanten aus anderen Schichten. Den erfolgreichen unter ihnen gelang es, durch langjährige Aufklärungskampagnen und gute Organisation, sich in konzentrischen Kreisen aus Militanten, Sympathisanten und passiven Unterstützern eine Basis in der Bevölkerung zu schaffen. Sobald der äußere Kreis der Unterstützer so groß wurde, dass die Militanten, in Mao Zedongs Formulierung, wie Fische im Wasser operieren konnten, wurden die Bewegungen ernsthaft Anwärter auf politische Macht. Wir dürfen natürlich nicht übersehen, dass die so genannten »sozialdemokratischen« Gruppierungen hauptsächlich in den Staaten der Kernzonen der Weltwirtschaft stark waren, während die so genannten nationalen Befreiungsbewegungen im Allgemeinen in den halbperipheren und peripheren Zonen florierten. Letzteres galt im Großen und Ganzen auch für kommunistische Parteien – aus einem offensichtlichen Grund. In den schwächeren Zonen erkannte man, dass es im Kampf um Gleichheit auf die Fähigkeit ankam, den Imperialmächten, ob sie direkt oder indirekt herrschten, die Kontrolle über die staatlichen Strukturen abzurufen. In den Kernzonen hatte man bereits einen starken Staat. Um hier Fortschritte im Kampf um Gleichheit zu erzielen, musste man der eigenen dominanten Schicht Macht abringen. Aber gerade weil diese Staaten stark und wohlhabend waren, war ein Aufstand keine erfolgversprechende Taktik, und diese Parteien versuchten es über Wahlen.

Die siebte Gemeinsamkeit ist, dass beide Bewegungstypen mit dem Problem zu kämpfen hatten, ob »Revolution« oder »Reform« die Hauptmethode der Veränderung sein sollte. Ein endloser Diskurs drehte sich um diesen Streitpunkt – aber für beide Sorten von Gruppierungen erwies sich letztlich, dass er auf einer falschen Deutung der Realität basierte. Revolutionäre waren in der Praxis nicht sehr revolutionär und Reformer nicht immer reformistisch. Der Unterschied zwischen den beiden Herangehensweisen wurde offensichtlich immer unklarer, während die Bewegungen ihre politische Marschroute weiter verfolgten. Die Revolutionäre mussten viele Zugeständnisse machen, um zu überleben. Die Reformer stellten fest, dass theoretisch legale Wege zur Veränderung in der Praxis oft fest verschlossen waren und Gewalt, oder zumindest die Androhung

von Gewalt, nötig war, um Blockaden aufzubrechen. So genannte revolutionäre Bewegungen kamen normalerweise eher aufgrund der kriegsbedingten Zerstörung existierender Autoritäten an die Macht als durch ihre eigenen Fähigkeiten zum Aufstand. Wie die Bolschewiken Berichten zufolge 1917 in Russland sagten: »Die Macht lag auf der Straße.« Egal, wie diese Bewegungen an die Macht gelangten, sobald sie sie innehatten, versuchten sie sie zu erhalten, und dies machte es oft nötig, ihr sowohl den Kampfgeist als auch die Solidarität mit verwandten Bewegungen in anderen Ländern zu opfern. Die anfängliche Unterstützung der Bevölkerung hing nicht davon ab, ob die Bewegungen durch das Gewehr oder die Wahlurne gewonnen hatten – ihre Machtübernahme nach einer langen Zeit des Kampfes wurde mit denselben Freudentänzen in den Straßen aufgenommen.

Schließlich hatten beide Bewegungen das Problem, die Zwei-Stufen-Strategie umzusetzen. Nach dem Erreichen der Stufe eins, ihrer Machtübernahme, erwarteten ihre Anhänger von ihnen die Einlösung des Versprechens für Stufe zwei: die Welt zu verändern. Wenn sie es vorher nicht gewusst hatten, stellten sie nun fest, dass die Staatsmacht eingeschränkter war als erwartet. Durch das zwischenstaatliche System aller Staaten war jeder Staat beschränkt und die Souveränität keiner einzelnen Nation absolut. Je länger die Bewegungen im Amt waren, desto mehr schienen sie die Verwirklichung ihrer Versprechen hinauszuschieben; die Kader einer militanten mobilisierenden Bewegung wurden zu den Funktionären einer machthabenden Partei. Ihre gesellschaftliche Position veränderte sich und ebenso, unvermeidlicherweise, ihre individuelle Psychologie. Offenbar entstand in jedem Staat, in dem eine Bewegung die Kontrolle übernahm, in irgendeiner Form das, was in der Sowjetunion als *Nomenklatura* bekannt wurde, also eine privilegierte Kaste höherer Funktionäre, mächtiger und reicher als die restliche Bevölkerung. Gleichzeitig wurden die gewöhnlichen Arbeiter im Namen der nationalen Entwicklung eindringlich zu größerer Anstrengung und immer größeren Opfern ermahnt. Die militanten, syndikalistischen Taktiken, die das tägliche Brot der sozialen Bewegung gewesen waren, wurden, sobald sie an der Regierung war, als »konterrevolutionär« heftig abgewehrt und meist unterdrückt.

Eine Analyse der Weltsituation in den 1960er Jahren zeigt, dass die beiden Arten von Bewegungen sich damals mehr ähnelten als je zuvor. Sie waren in den meisten Ländern an die Macht gelangt, hatten also fast überall Teil eins der Zwei-Stufen-Strategie abgeschlossen. Kommunistische Parteien herrschten von der Elbe bis zum Jalu und damit über ein

Drittel der Welt, nationale Befreiungsbewegungen waren in Asien und Afrika an der Macht, Volksbewegungen in Lateinamerika und sozialdemokratische Bewegungen oder ihre Pendanten in einem großen Teil der paneuropäischen Welt, zumindest im Wechsel mit anderen Parteien. Die Welt verändert hatten sie jedoch nicht.

Diese Kombination von Faktoren lag einem Hauptzug der Weltrevolution von 1968 zugrunde. Die Revolutionäre stellten an den einzelnen Orten unterschiedliche Forderungen auf, hatten aber fast überall zwei grundlegende Argumente gemeinsam. Zunächst lehnten sie sowohl die Hegemonie der USA als auch die Kollusion der Sowjetunion mit dieser Hegemonie ab. Zweitens verurteilten sie die alte Linke, denn sie sei »nicht Teil der Lösung, sondern Teil des Problems«. Dieser zweite gemeinsame Zug erwuchs aus der massiven Desillusionierung breiter Kreise von Unterstützern der traditionellen antisystemischen Bewegungen über das tatsächliche Verhalten der Bewegungen in Machtpositionen. Zwar erlebten die von ihnen regierten Länder ein gewisses Maß an Reformen – gewöhnlich war ein Zuwachs an Bildungs- und Gesundheitseinrichtungen sowie bei den Arbeitnehmerrechten zu verzeichnen. Aber beträchtliche Ungleichheiten blieben. Entfremdete Lohnarbeit war nicht verschwunden; im Gegenteil, ihr prozentualer Anteil an allen Tätigkeiten war gestiegen. Es gab einen geringen oder gar keinen Zuwachs an echten demokratischen Mitwirkungsmöglichkeiten, weder in der Regierung noch am Arbeitsplatz; oft eher das Gegenteil. Auf internationaler Ebene spielten diese Länder meist eine sehr ähnliche Rolle im Weltsystem wie zuvor. So war Kuba vor der Revolution ein Zuckerexporteur und blieb das auch danach, zumindest bis zum Ende der Sowjetunion. Kurz, es hatte sich nicht genug verändert. Die Klagen waren vielleicht ein wenig andere als zuvor, aber sie waren ebenso real und im Allgemeinen ebenso verbreitet. Die machthabenden Bewegungen beschworen die Menschen in ihrem Land, Geduld zu haben, denn die Geschichte sei auf ihrer Seite. Aber die Geduld der Bevölkerung war erschöpft.

Das abschließende Urteil der Weltbevölkerung über das Verhalten der klassischen antisystemischen Bewegungen in Machtpositionen war negativ. Man glaubte nicht länger an die ruhmreiche Zukunft oder die egalitärere Welt, die diese Parteien herbeiführen würden, und verlieh ihnen nicht länger eine Legitimation; und nachdem man das Vertrauen in die Bewegungen verloren hatte, glaubte man auch nicht mehr an den Staat als Mechanismus der Veränderung. Zwar stimmten bei Wahlen immer noch große Teile der Bevölkerung für solche Parteien, aber dies war kein Bekenntnis

zu einer Ideologie oder zu Erwartungen mehr, sondern nur noch ein defensives Votum für das kleinere Übel.

Nichtsdestotrotz findet seit 1968 eine ausgedehnte Suche nach einer besseren Art von antisystemischer Bewegung statt – einer, die tatsächlich eine demokratischere, egalitärere Welt herbeiführen wird. Es gab vier verschiedene Versuche hierzu, von denen manche noch andauern. Der erste bestand im Aufkommen unterschiedlicher Maoismen. Von den 1960ern bis etwa zur Mitte der 1970er Jahre entstand eine große Zahl verschiedener, konkurrierender Bewegungen, normalerweise klein, aber manchmal beeindruckend groß, die sich als maoistisch bezeichneten, was bedeutete, dass sie in irgendeiner Weise durch das Vorbild der Kulturrevolution in China inspiriert waren. Ihr Standpunkt war im Grunde genommen, die alte Linke sei gescheitert, weil sie nicht die reine Lehre der Revolution gepredigt habe, wie diese Bewegungen es nun taten. Aber sie alle verliefen aus zwei Gründen im Sande. Erstens stritten sie untereinander verbittert über die reine Lehre und entwickelten sich daher schnell zu winzigen, isolierten sektiererischen Gruppen oder – wenn sie sehr groß waren, wie etwa in Indien – zu neueren Versionen der Bewegungen der alten Linken. Zweitens – und von der Tragweite her wichtiger – zerfiel der Maoismus in China mit dem Tod Mao Zedongs und die Quelle ihrer Inspiration versiegte. Sofern solche Bewegungen heute noch existieren, sind sie ohne Bedeutung.

Eine zweiter, langlebigerer Anwärter auf den Status antisystemisch waren die neuen sozialen Bewegungen – die Grünen und andere Umweltaktivisten, Feministinnen, die Kampagnen rassistischer oder ethnischer »Minderheiten« wie die der Schwarzen in den USA oder der Beurs, der Immigranten der zweiten und dritten Generation, in Frankreich. Diese Bewegungen erhoben Anspruch auf eine lange Geschichte, aber tatsächlich traten sie in den 1970er Jahren entweder zum ersten Mal in Erscheinung oder sie entstanden zu diesem Zeitpunkt neu in militanterer Form. Auch sie waren in der paneuropäischen Welt stärker als in anderen Teilen des Weltsystems. Gemeinsam war ihnen allen zum einen die energische Ablehnung der Zwei-Stufen-Strategie, der internen Hierarchien und der Prioritäten der alten Linken – der Vorstellung, die Bedürfnisse von Frauen, »Minderheiten« und der Umwelt seien sekundär und auf »nach der Revolution« zu verschieben. Zum anderen waren sie alle dem Staat und staatsorientierten Aktionen gegenüber äußerst misstrauisch.

Bis zu den 1980er Jahren hatten sich all diese neuen Bewegungen intern in das aufgespaltete, was die deutschen Grünen *Fundis* und *Realos*

nannten. Wie sich herausstellte, lag darin eine Wiederholung der Debatten zwischen Revolutionären und Reformern vom Beginn des 20. Jahrhunderts. Letztlich zogen die *Fundis* in jedem Fall den kürzeren und verschwanden mehr oder weniger. Die siegreichen *Realos* nahmen mehr und mehr das Erscheinungsbild einer Art sozialdemokratischer Partei an, der klassischen Variante recht ähnlich, allerdings mit mehr Gerede über Ökologie, Sexismus und Rassismus oder alle drei Themen. Auch heute spielen diese Bewegungen in bestimmten Ländern noch eine Rolle, aber sie wirken kaum antisystemischer als die der alten Linken – insbesondere da letztere aus 1968 die eine Lehre zogen, dass auch sie die Themen Umwelt, Kampf der Geschlechter, sexuelle Orientierung und Rassismus in ihre programmatischen Erklärungen aufnehmen müssten.

Der dritte Kandidat für den Status antisystemisch waren die Menschenrechtsorganisationen. Natürlich existierten einige, wie Amnesty International, schon vor 1968, aber im Allgemeinen wurden sie erst in den 1980ern zu einer wichtigen politischen Kraft, nachdem Präsident Carter ihre Terminologie in seine Zentralamerika-Politik übernommen hatte und 1975 das Abkommen von Helsinki in Bezug auf die kommunistischen Staaten Ost- und Mitteleuropas unterzeichnet worden war. Beide Ereignisse verliehen den zahlreichen Organisationen, die sich jetzt mit Bürgerrechten befassten, die Legitimation durch das Establishment. In den 1990er Jahren führte die Konzentration der Medien auf ethnische Säuberungen, vor allem in Ruanda und auf dem Balkan, zu einer breiten öffentlichen Diskussion dieser Fragen.

Die Menschenrechtsorganisationen erhoben den Anspruch, im Namen der »bürgerlichen Gesellschaft« zu sprechen. Schon dieser Ausdruck offenbart ihre Strategie: Die bürgerliche Gesellschaft ist per definitionem *nicht* der Staat. Der Begriff stützt sich auf eine aus dem 19. Jahrhundert stammende Unterscheidung zwischen *le pays légal* und *le pays réel* – zwischen den Mächtigen und den Repräsentanten der Volksmeinung –, was zu der Frage führt: Wie kann die bürgerliche Gesellschaft die Kluft zwischen sich und dem Staat überwinden? Wie kann sie es schaffen, den Staat zu kontrollieren oder ihn dazu zu bringen, ihre Werte widerzuspiegeln? Die Unterscheidung setzt offenbar voraus, der Staat werde momentan von kleinen privilegierten Gruppen kontrolliert, während die »bürgerliche Gesellschaft« aus der allgemeinen aufgeklärten Bevölkerung bestehe.

Diese Organisationen erreichten, dass manche Staaten – vielleicht auch alle – die Anliegen der Menschenrechte in ihren politischen Grundsätzen berücksichtigten, aber dabei entwickelten sie sich eher zu Anhängseln von

Staaten als zu deren Gegnern, und im Großen und Ganzen wirken sie nicht sehr antisystemisch. Sie sind zu NGOs geworden, die größtenteils in den Kernzonen ihren Sitz haben, aber versuchen, ihre Politik in der Peripherie umzusetzen, wo sie oft eher als Vertreter denn als Kritiker ihrer Herkunftsstaaten angesehen werden. In jedem Fall konnten diese Organisationen selten die Unterstützung der Massen mobilisieren und versuchen daher eher, sich Macht und Position der militanten Elite ihrer Mitglieder im Kern der Bewegung zunutze zu machen.

Die vierten und jüngsten Anwärtler auf den Status antisystemisch sind die so genannten Antiglobalisierungsbewegungen – eine nicht so sehr von diesen Bewegungen selbst als vielmehr von ihren Gegnern verwendete Bezeichnung. In den Medien tauchte dieser Begriff vor der Berichterstattung über die Proteste bei der Ministerkonferenz der Welthandelsorganisation (WHO) in Seattle 1999 praktisch nicht auf. »Globalisierung« als rhetorische Phrase der neoliberalen Befürworter eines freien Handels von Gütern und Kapital war natürlich in den 1990er Jahren zu einer starken Kraft geworden. Ihr Brennpunkt in den Medien war das Weltwirtschaftsforum in Davos, und durch den Washington-Konsens, die Politik des Internationalen Währungsfonds (IWF) und die Stärkung der WHO wurde sie institutionell umgesetzt. Seattle sollte ein Schlüsselmoment in der Ausweitung der Rolle der WHO werden, und die großen Proteste, die die Veranstaltung tatsächlich störten, überraschten viele. Unter den Demonstranten befanden sich viele Nordamerikaner aus der alten Linken, Gewerkschaften, Bewegungen der neuen Linken und anarchistischen Gruppen. Ja, schon die Tatsache, dass der US-Gewerkschaftsbund AFL-CIO bereit war, in einer so militanten Aktion auf derselben Seite zu stehen wie Umweltaktivisten, war etwas Neues, besonders für die USA.

Im Anschluss an Seattle führte die anhaltende Serie überall auf der Welt stattfindender Demonstrationen gegen die vom neoliberalen Programm inspirierten zwischenstaatlichen Tagungen zur Bildung des Weltsozialforums (WSF), dessen erstes Treffen 2001 in Porto Alegre abgehalten wurde. Das zweite fand 2002 statt und bestand aus über 50.000 Delegierten von über tausend Organisationen. Seitdem gab es eine Reihe von regionalen Treffen in Vorbereitung der WSF-Versammlung von 2003 in Porto Alegre, an der fast 100.000 Menschen teilnahmen.

Dieser neue Kandidat für die Rolle einer antisystemischen Bewegung unterscheidet sich in verschiedenen Aspekten von den früheren. Zunächst und vor allem versucht das WSF alle früheren Typen zusammenzubringen – die alte Linke, neue Bewegungen, Menschenrechtsgruppierungen

und andere, schwerlich in diese Kategorien einzuordnende – und umfasst Gruppen, die auf ausschließlich lokaler, regionaler, nationaler und internationaler Ebene organisiert sind. Grundlage für die Teilnahme ist ein gemeinsames Ziel, der Kampf gegen die sozialen Missstände infolge des Neoliberalismus, und ein allgemeiner Respekt für die jeweiligen unmittelbaren Prioritäten der anderen. Entscheidend ist, dass das WSF Bewegungen des Nordens und des Südens in einer einzigen Grundstruktur zusammenbringen will. Bisher ist das einzige Motto: »Eine andere Welt ist möglich.« Noch bemerkenswerter ist, dass das WSF dies erreichen will, ohne eine über allem stehende Struktur zu schaffen. Momentan gibt es nur ein internationales Koordinationskomitee, bestehend aus gut hundert Leuten, die eine Vielzahl unterschiedlicher Bewegungen und geographischer Orte repräsentieren.

Aus den Reihen der alten Linken wurde zwar bemäkelt, das WSF sei eine reformistische Fassade, doch blieben die Beschwerden bislang minimal. Bisher stellen die Mäkler nur Fragen und klagen nicht an. Natürlich ist bereits häufig bemerkt worden, dass dieser Erfolg auf etwas Negativem basiert, auf der Ablehnung des Neoliberalismus als Ideologie und institutionelle Praxis. Viele treten dafür ein, dass das WSF dazu übergeht, ein klareres, positiveres Programm zu vertreten. Ob es das tun kann, ohne das hohe Maß an Einigkeit zu verlieren und ohne eine über allem stehende (unvermeidlicherweise hierarchische) Struktur, ist die große Frage der nächsten zehn Jahre.

Ich habe bereits an anderer Stelle die Position vertreten, das moderne Weltsystem befinde sich in einer strukturellen Krise, und wir seien in ein »Zeitalter des Übergangs«, eine Zeit der Gabelung und des Chaos, eingetreten. Wenn das richtig ist, stellen sich antisystemischen Bewegungen heute logischerweise ganz andere Fragen als im 19. und dem größten Teil des 20. Jahrhunderts. Die staatsorientierte Zwei-Stufen-Strategie ist irrelevant geworden, was das Unbehagen der meisten noch existierenden Nachkommen ehemaliger antisystemischer Bewegungen erklärt, wenn es um die Proklamierung langfristiger oder unmittelbarer politischer Ziele geht. Die wenigen, die so etwas versuchen, stoßen bei ihrer Anhängerschaft in spe auf Skepsis oder, noch schlimmer, auf Gleichgültigkeit.

In einem Zeitalter des Übergangs sind zwei Dinge schon für den Gedanken an eine antisystemische Strategie entscheidend. Erstens werden die Machthabenden nicht mehr versuchen, das existierende (zur Selbsterstörung verurteilte) System zu erhalten, sondern sicherzustellen, dass das neu entstehende System die schlechtesten Eigenschaften des existie-



renden übernimmt – Hierarchie, Privilegien und Ungleichheiten. In ihrer Sprache ist das Ende der existierenden Strukturen vielleicht noch nicht erkennbar, dennoch basiert die von ihnen verwendete Strategie auf dieser Voraussetzung. Natürlich ist ihr Lager nicht einig, wie der Konflikt zwischen den so genannten Mitte-Rechts-Traditionalisten und den ultrarechten militaristischen Falken demonstriert. Aber sie kämpfen schwer um Unterstützung für Veränderungen, die keine sein werden, für ein neues System, so schlimm wie – oder schlimmer als – das heutige. Der zweite entscheidende Punkt ist, dass in einer Zeit des systemischen Übergangs extreme Ungewissheit herrscht und es unmöglich ist zu wissen, zu welchem Ergebnis sie führen wird. Die Geschichte ist auf niemandes Seite. Jeder von uns kann die Zukunft beeinflussen, aber wir wissen nicht und können nicht wissen, wie andere ihrerseits versuchen werden sie zu beeinflussen. Die Grundstruktur des WSF spiegelt dieses Dilemma wider und unterstreicht es.

Eine Strategie für die Zeit des Übergangs sollte daher vier Bestandteile umfassen – alle leichter gesagt als getan. Der erste ist ein Prozess der konstanten offenen Debatte über die Veränderungen und das von uns erhoffte Ergebnis. Das war noch nie leicht, und die historischen antisystemischen Bewegungen waren nie sehr gut darin. Aber die Atmosphäre ist heute viel günstiger als je zuvor, und die Aufgabe ist dringend und unvermeidlich – was die Rolle der Intellektuellen in diesem Zusammentreffen unterstreicht. Die Struktur des WSF hat sich bisher dazu geeignet, diese Debatte zu fördern; wir werden sehen, ob es seine Offenheit bewahren kann.

Der zweite Bestandteil sollte selbstverständlich sein: Eine antisystemische Bewegung darf die kurzfristige defensive Taktik nicht vernachlässigen, was auch die Beteiligung an Wahlen einschließt. Die Weltbevölkerung lebt in der Gegenwart, und ihre unmittelbaren Bedürfnisse müssen berücksichtigt werden. Jede Bewegung, die sie vernachlässigt, verliert die für ihren langfristigen Erfolg wesentliche breite passive Unterstützung. Aber die defensive Taktik darf nicht mit einer Verbesserung des scheiternden Systems begründet und gerechtfertigt werden, sondern mit der kurzfristigen Verhinderung einer Verschlimmerung seiner negativen Auswirkungen. Diese beiden Motive sind psychologisch und politisch sehr verschieden.

Der dritte Bestandteil muss die Aufstellung mittelfristiger vorläufiger Ziele sein, die allem Anschein nach in die richtige Richtung weisen. Ich denke, eines der nützlichsten – in materieller, politischer und psychologi-

scher Hinsicht – ist der Versuch, eine selektive, aber immer weitergehende Dekommodifizierung herbeizuführen. Wir werden heute von neoliberalen Ansätzen mit der Aufforderung bombardiert, das, was bislang selten oder nie zum privaten Verkauf stand, zur Ware zu machen – den menschlichen Körper, Wasser, Krankenhäuser. Dem müssen wir uns nicht nur widersetzen, sondern wir müssen in die Gegenrichtung lenken. Ganze Industrien, insbesondere scheiternde Industrien, sollten aus dem Warenstatus zurückgeholt, dekommodifiziert, werden. Das heißt nicht, dass sie »verstaatlicht« werden sollen – denn dadurch werden sie zumeist schlicht in anderer Art und Weise zur Ware gemacht. Es heißt, dass wir auf dem Markt operierende Strukturen schaffen sollten, die statt Profit Leistung und Überleben zum Ziel haben. Das ist möglich, wie wir aus der Geschichte von Universitäten und Krankenhäusern wissen – nicht allen, aber den besten. Warum sollte ein solches Vorgehen nicht auch für Stahlwerke möglich sein, die von der Verlagerung bedroht sind?

Schließlich müssen wir den konkreten Inhalt unserer langfristigen Forderungen entwickeln, die, wie ich annehme, in einer relativ demokratischen und relativ egalitären Welt bestehen. Ich sage »relativ«, weil das realistisch ist. Es wird immer eine Kluft existieren – aber sie muss nicht breit sein, auf verkrusteten Strukturen basieren oder erblich sein. Ist es das, was früher Sozialismus oder sogar Kommunismus genannt wurde? Vielleicht, aber vielleicht auch nicht. Das bringt uns zurück zum Thema der Debatte. Wir müssen unsere Grundannahmen über die bessere (nicht die perfekte) Gesellschaft aufgeben. Wir müssen sie diskutieren, skizzieren, mit alternativen Strukturen experimentieren, um sie zu realisieren; und zwar gleichzeitig mit der Durchführung der ersten drei Teile unseres Programms für eine chaotische Welt im systemischen Übergang. Und wenn dieses Programm unzulänglich ist, und das ist es wahrscheinlich, dann sollte gerade diese Unzulänglichkeit Gegenstand der Debatte werden, die den ersten Programmpunkt bildet.

# Kapitel 13

## Geopolitische Klüfte des 21. Jahrhunderts: Wie sieht die Zukunft der Welt aus?

In diesem ersten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts und vermutlich auch noch in mehreren der kommenden Jahrzehnte spalten drei verschiedene geopolitische Klüfte die Welt, die miteinander interagieren, aber separate Dynamiken haben. Die meisten Analytiker der heutigen globalen Situation unterscheiden die kennzeichnenden Charakteristika der jeweiligen Klüfte nicht und kommen so zu der irrigen Annahme, es existiere nur eine Kluft oder zumindest sei nur eine wirklich wichtig. Diese drei Klüfte sind: 1. der Kampf unter den Ländern der so genannten Triade – USA, Europäische Union und Japan –, von denen jedes in den kommenden Jahrzehnten der Ort der größten Kapitalakkumulation zu sein bestrebt ist, 2. der Kampf zwischen Nord und Süd oder zwischen den Kernzonen und den übrigen Gebieten der Weltwirtschaft angesichts der ständigen wirtschaftlichen, sozialen und demographischen Polarisierung des Weltsystems, 3. der Kampf zwischen dem Geist von Davos und dem von Porto Alegre um die Eigenschaften des von uns allen zu errichtenden Weltsystems.

Die ersten beiden Konflikte lassen sich geographisch festmachen und betreffen per se, wenn auch nicht ausschließlich, zwischenstaatliche Beziehungen. Der dritte Konflikt besteht *nicht* zwischen Staaten, sondern zwischen zwei über die ganze Welt verteilten Gruppen/Bewegungen/Schichten. Um die Frage nach einer möglichen Zukunft der Welt beantworten zu können, muss man sich die Prozesse sowie die wahrscheinliche Entwicklung dieser Konflikte in den nächsten fünf und zwanzig bis fünfzig Jahren vergegenwärtigen und überlegen, wie sie miteinander interagieren werden.

## Die Kluft der Triade

Der Begriff der Triade kam in den 1970er Jahren auf.<sup>80</sup> Ihren ersten institutionellen Ausdruck fand sie in der Trilateralen Kommission.<sup>81</sup> Die Kommission selbst verdankt ihre Existenz zwei ökonomischen Realitäten: der wirtschaftlichen Erstarkung von Westeuropa und Japan, durch die diese Länder in den 1960er Jahren die USA »einholen« konnten, und den Problemen der Weltwirtschaft in den 1970ern, die von der nach OPEC-Entscheidungen radikalen Ölpreiserhöhung angekündigt, aber nicht verursacht wurden. Aufgrund der ersten neuen ökonomischen Realität waren Westeuropa und Japan nicht mehr in entscheidender Weise wirtschaftlich abhängig von Entscheidungen der US-Regierung, sodass die USA nicht mehr so unbekümmert mit diesen Ländern umgehen konnten. Aufgrund der zweiten sanken die Profitraten weltweit, sodass es nun scharfe Konkurrenz zwischen den drei Mitgliedern der Triade gab, von denen jedes (zwangsläufig auf Kosten der anderen) versuchte, seine Verluste zu minimieren.<sup>82</sup>

Die Trilaterale Kommission stellte den politischen Versuch dar, die zutage tretenden Spannungen zwischen den drei Partnern der Triade zu verringern. Er war bestenfalls teilweise erfolgreich.<sup>83</sup> Der Zeitraum von 1940/45 bis 1967/73, der »*les trentes glorieuses*« genannt wird, »die dreißig glorreichen Jahre«, war eine Kondratieffsche A-Phase. Es war eine Zeit der allgemeinen Expansion der Weltwirtschaft, ja, einer in der Geschichte der kapitalistischen Weltwirtschaft beispiellosen Expansion, und auf dieser Welle des Erfolgs konnten wahrlich alle mitschwimmen. Nach 1973 jedoch begann eine Kondratieffsche B-Phase, in der die Profite aus der Produktion niedriger waren als in der vorangegangenen A-Phase, was die Umsiedlung von Industrieunternehmen, eine Akzentverschiebung auf

---

<sup>80</sup> Siehe Kenichi Ohmae, *Triad Power: The Coming Shape of Global Competition*. New York: Free Press, 1985.

<sup>81</sup> Frühe Dokumente finden sich in *The Trilateral Countries in the International Economy of the 1980s*. New York: Trilateral Commission, 1982.

<sup>82</sup> Zu den 1970ern als einem Zeitabschnitt »des verlangsamten Wachstums, der intensivierte strukturellen Veränderung und erhöhten politischen Instabilität« siehe Folker Fröbel, »The Current Development of the World-Economy: Reproduction of Labor and Accumulation of Capital on a World Scale«, *Review* 5, Nr. 4 (Frühling 1982): S. 507-55.

<sup>83</sup> Siehe meinen Artikel »Friends as Foes«, *Foreign Policy*, Nr. 40 (Herbst 1980): S. 119-31.

Spekulationen als Quelle von Profit, weltweit erhöhte Arbeitslosenzahlen und sowohl global als auch staatsintern eine starke Verschärfung der ökonomischen Polarisierung zur Folge hatte.

In dieser B-Phase drückte sich die Konkurrenz zwischen den drei Hauptstandorten der Akkumulation in dem Bemühen um einen »Export der Arbeitslosigkeit« in die jeweils anderen Länder aus, um den eigenen nationalen Wohlstand auf möglichst hohem Level zu erhalten oder zu vergrößern.<sup>84</sup> Es war eine Situation, in der es nicht allen drei gleichzeitig gut gehen konnte. Grob zusammengefasst kann man sagen, Europa ging es in den 1970ern am besten von den dreien, Japan in den 1980ern und den USA in den 1990ern. Keines der drei Länder erlebte einen erheblichen Rückgang seines Lebensstandards (was in anderen Teilen der Weltwirtschaft durchaus geschah), aber die Unterschiede zwischen den Mitgliedern der Triade waren in jedem Jahrzehnt recht bedeutend. Die Medien stellten es in den 1970ern so dar, als seien die Ölstaaten plus Deutschland unschlagbar. In den 1980ern wurde Japan als Weltmeister gefeiert, um in den 1990ern von den Vereinigten Staaten abgelöst zu werden. Das war im Grunde Medienrummel, auch wenn viele Politiker ihm anscheinend Glauben schenkten und ihre Taktik entsprechend ausrichteten.

Tatsache ist, dass die grundlegende Stärke aller drei Standorte seit einiger Zeit in etwa gleich ist. Alle drei haben die technische Kompetenz (das so genannte menschliche Kapital) und die finanzielle Basis (sprich angehäuften Reichtum), um sich an der Produktion in Bereichen, in denen ein hohes Profitniveau momentan am wahrscheinlichsten ist, zu beteiligen. Auch haben alle drei um die ganze Welt reichende Handelsnetzwerke, um sich die Möglichkeit zu sichern, auf dem Weltmarkt zu kaufen und zu verkaufen. Sie versuchen alle drei, sich durch die Förderung geeigneter Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten Vorteile zu verschaffen, und jedes von ihnen hat die wissenschaftliche Gemeinde, um dies erfolgreich tun zu können. Ich will nicht behaupten, ihre Ressourcen seien vollkommen identisch, halte aber die feststellbaren Unterschiede nicht für ausschlaggebend und meine, die momentan zurückliegenden Mitglieder der Triade könnten sie relativ kurzfristig überwinden.

---

<sup>84</sup> Allem öffentlichen Geschwätz über die Vorteile des freien Handels zum Trotz agierten alle drei Mitglieder der Triade häufig wahrhaft protektionistisch. Stanley Fischer, der stellvertretende Geschäftsführer des IWF in den 1990er Jahren, nannte diese protektionistische Politik »skandalös« (»Rich Nations Are Criticized for Enforcing Trade Barriers«, *New York Times*, 30. September 2002).

Unter der Voraussetzung, dass diese lange Kondratieffsche B-Phase zu Ende gehen wird (selbst wenn es immer noch zu einem weiteren dramatischen Rückgang der Wirtschaft kommen kann), was ist dann entscheidend für die Führungsposition einer dieser drei Arenen im Kampf darum, in den nächsten dreißig Jahren der vorherrschende Ort der Akkumulation zu sein? Ich glaube nicht, dass die Antwort in der schwer fassbaren Kategorie der Produktivität liegt, die sich bei den Experten so großer Beliebtheit erfreut. Ein Produktivitätsvorsprung (selbst wenn er genau gemessen wird, was sehr schwierig ist) ist zu oft ein vergängliches Phänomen. Ich glaube auch nicht, dass die Antwort in der Unternehmenskultur zu finden ist, da der Akkumulationsdrang meiner Ansicht nach auf wundersame Weise kulturelle Hindernisse überwinden kann. Und schließlich glaube ich nicht, dass die Macht der Gewerkschaften eine große Rolle spielt. Zum einen werden die in diesem Punkt bestehenden Unterschiede zwischen den drei Standorten in meinen Augen übertrieben. Und zum anderen halte ich die Macht der Gewerkschaften nicht für den Hauptgrund für unterschiedliche Personalkosten in der Produktion.

Was sind dann die für die Konkurrenz innerhalb der Triade relevanten Unterschiede? Mir scheint, es sind im Wesentlichen zwei: erstens die Prioritäten der Staaten im Hinblick auf Forschung und Entwicklung und damit die Investitionen in Innovationen und zweitens die Möglichkeit der Oberschicht (im weitesten Sinne), den Zugang zum Reichtum an Konsumgütern zu kontrollieren. In diesen beiden Bereichen unterscheiden sich die USA tatsächlich auffallend von der EU und Japan. Die Unterschiede lassen sich nicht an den Schwankungen der vielen wirtschaftlichen Indizes bemessen, die man uns jährlich vorrechnet. Sie stellen grundlegende, mittelfristige, politisch-kulturelle Realitäten dar, die sich entscheidend auf die Vorgänge im Bereich der Produktion und Finanzen auswirken.

Die USA sehen sich selbst als die alleinige Supermacht im Weltsystem des 21. Jahrhunderts. Dieses Selbstbild basiert hauptsächlich auf ihrer überwältigenden militärischen Stärke, die die Stärke jedes anderen Landes und selbst vieler anderer Länder zusammengenommen weit übersteigt. Meine Überzeugung, dass sich hinter dieser oberflächlichen Stärke die ständig abnehmende reale politische Macht der USA im Weltsystem verbirgt, ist hier nicht Thema.<sup>85</sup> Das Selbstverständnis der USA – und insbesondere das der Eliten, die über die US-Politik entscheiden – erklärt, ja, bestimmt

---

<sup>85</sup> Siehe Kapitel 1.

die Prioritäten der US-Regierung im wirtschaftlichen Bereich. Und natürlich nehmen Regierungen, obwohl laut offizieller Linie das Gegenteil der Fall ist, großen Einfluss auf die Akzentuierung der wirtschaftlichen Entwicklung, direkt durch ihre Macht als Konsumenten und indirekt durch die von ihnen erlassenen Steuern und Vorschriften.

Eine Supermacht, deren einziger bedeutsamer Anspruch auf Überlegenheit in der Weltarena vom Militär gestützt wird, muss (und wird) den Akzent auf ständige Investitionen im militärischen Bereich legen. Doch dieser ist aus der Sicht der langfristigen wirtschaftlichen Entwicklung nebensächlich. Sicherlich kann das hier Erforschte oder Erfundene immer wieder auch auf andere Bereiche übertragen und dort angewendet werden. Aber wie real diese positiven Nebenwirkungen auch sein mögen, so wäre der Nutzen größer, wenn dasselbe Geld für langfristige produktive Unternehmen verwendet würde.

Eine Methode der USA zur Aufrechterhaltung ihrer militärischen Überlegenheit ist, alle anderen von ähnlichen Aktivitäten abzuhalten, insbesondere, was die allerneueste Technologie angeht. Dies trifft nicht zuletzt auf Westeuropa und Japan zu. Natürlich zeigen sich weder Westeuropa noch Japan sehr daran interessiert, in diesem Bereich als ernstzunehmende Konkurrenz der USA aufzutreten. Mit anderen Worten, sie sind jetzt und in den kommenden Jahrzehnten bei weitem nicht zur Verwendung eines so großen Prozentsatzes ihres nationalen Budgets für Militärausgaben bereit. Die Kombination des Drucks der USA und der Schwerpunktsetzung Westeuropas und Japans bedeutet, dass letztere faktisch nicht militärisch mit den USA konkurrieren, und in der nächsten Zeit werden sie das auch nicht. Auf der anderen Seite haben sie aber durchaus die Absicht, bei allen Arten rein wirtschaftlicher Innovationen eifrig zu konkurrieren. Dass der nichtmilitärischen Entwicklung in Westeuropa und Japan eine viel höhere Priorität eingeräumt wird, wird sich vermutlich im Laufe der nächsten zwanzig oder dreißig Jahre hübsch bezahlt machen.

Dieser Vorteil Westeuropas und Japans gegenüber den Vereinigten Staaten wird noch vergrößert durch Unterschiede in den Produktionskosten. Was beim Thema Lohnkosten üblicherweise verglichen wird, ist das Einkommen gewöhnlicher Arbeiter (ungelernt oder Facharbeiter), wobei zu dem direkten Einkommen das indirekte über so genannte Sozialabgaben addiert wird. Fügt man dieser Summe die Regierungsausgaben für die Umverteilung hinzu (für Bildung, Gesundheitswesen und lebenslange Einkommensgarantien), sind die Unterschiede zwischen den Mitgliedern der Triade nicht sehr groß, wie jeder, der in diese Länder reist und den tat-

sächlichen Lebensstandard von Arbeitern vergleicht, eindeutig feststellen wird.

Aber es gibt eine zweite Gruppe, die für ihre Dienste bezahlt wird – die Oberschicht und die Kader, die entweder direkt für diverse produktive Unternehmen arbeiten oder im Non-Profit-Bereich oder als so genannte Selbständige tätig sind. Wie immer wir das Geld nennen, das diese Personen erhalten, aus der Sicht der Investoren eines Unternehmens stellt es vom Verkaufsgewinn bezahltes Einkommen dar und damit einen die Profitraten senkenden Faktor. Hier sind die Unterschiede riesig und größtenteils durch die kulturellen Unterschiede zwischen einer ehemaligen Hegemonialmacht und den Anwärtern auf künftige Hegemonie erklärlich. In den USA sind die tatsächliche Bezahlung von Topmanagern und Kadern sowie das reale Einkommen der im Non-Profit-Bereich oder selbständig Tätigen schlicht viel höher als in Westeuropa oder Japan. Und zwar nicht nur aufgrund der höheren Einkünfte der Einzelnen, sondern auch, weil diese Personen einen viel höheren prozentualen Anteil an der gesamten arbeitenden Bevölkerung ausmachen.

Die in letzter Zeit in den Medien viel besprochenen Skandale in US-amerikanischen Großunternehmen sind nur die Spitze eines großen Eisbergs, der sich im Lauf der Zeit notwendig darin auswirken wird, dass die Profitraten von Unternehmen mit Sitz in den USA deutlicher absinken werden als die ihrer Langzeitkonkurrenten. Diese Kluft können die USA nur verringern, indem sie entweder die Zahlungen an die 10 bis 20% starke Bevölkerungsspitze absenken oder für eine Erhöhung der Zahlungen in Westeuropa und Japan sorgen. Die Zahlungen in den USA kurzfristig zu reduzieren, scheint mir politisch praktisch unmöglich zu sein. Eine Regierung, die sich in diese Richtung vorwage, verlöre prompt die Unterstützung wichtiger Kreise.

Daher besteht die eigentliche Alternative der USA in dem Versuch, die Zahlungen in Westeuropa und Japan zu erhöhen. Wenn die US-Regierung Japan oder Deutschland die Notwendigkeit predigt, ihre veralteten Regierungsgrundsätze zu »reformieren«, drängt sie diese Länder dazu, bei der Einkommensverteilung der Oberschicht den Vereinigten Staaten nachzueifern und damit ihren langfristigen Vorteil in dieser Hinsicht zu eliminieren. Das ist eine bessere Erklärung für die ablehnende Haltung der beiden Länder diesen Ratschlägen gegenüber als der Hinweis auf mysteriöse kulturelle Eigenheiten. Anders als die Länder im Süden (selbst relativ starke wie Brasilien) können Europa und Japan nicht durch ein Vorgehen des IWF dazu gezwungen werden, ihre wirtschaftlichen Struk-



turen zu »reformieren«. Zum einen sind ihre Schulden, selbst wenn ihre Regierungen das Schuldenniveau anheben, um den Problemen der Rezession zu begegnen, größtenteils intern und damit nicht dem internationalen Druck ausgesetzt – wie etwa die Argentinien.<sup>86</sup> Die Regierungen Westeuropas und Japans mindern die Notlage Arbeitsloser durch im Vergleich zur US-Regierung großzügigere Bezüge ab und dadurch, dass sie zulassen, dass die Deflation ihren Lauf nimmt.<sup>87</sup>

Wir haben heute keine integrierte Weltwirtschaft. Wir haben im Wesentlichen eine triadische Weltwirtschaft mit drei Hauptzonen.<sup>88</sup> Und diese triadische Teilung wird vermutlich in den kommenden Jahrzehnten stärker werden.<sup>89</sup>

Was wir also haben, ist eine geopolitische Kluft der Triade, in der die Vereinigten Staaten in den kommenden zwanzig oder dreißig Jahren wahrscheinlich am schlechtesten abschneiden werden. Der Nutzen der militärischen Schlagkraft der USA wird in dieser zugrundeliegenden ökonomischen Verschiebung immer weiter abnehmen. In dieser Situation besteht die echte Konkurrenz zwischen Europa und Japan, und beide werden versuchen, die USA auf ihre Seite zu ziehen.

Ich halte ein Wirtschaftsbündnis zwischen den USA und Japan weiterhin für wahrscheinlicher als eines zwischen den USA und Euro-

---

<sup>86</sup> »Man schätzt, dass 95% der japanischen Staatsverschuldung bei Gläubigern im Land bestehen. Japan muss nicht seine Zahlungsunfähigkeit erklären, sondern kann schlicht die Druckerpresse einschmeißen« (»Weltreport – Japan« *Financial Times*, 30. September 2002, 1).

<sup>87</sup> Die Berichte über die wirtschaftliche Situation in Japan, seit »die Blase geplatzt ist«, in der *Financial Times* (»Japan 2000«, 30. September 2002) stellen fest, »Japan steht weiterhin tief unter Schock. Aber aus der Sicht der meisten Einzelpersonen, zumindest derjenigen, die sich nicht in die wachsende Zahl der Arbeitslosen eingereicht haben, waren die Zeiten kaum jemals besser.«

<sup>88</sup> Tietung Su (»Myth and Mystery of Globalization«, *Review* 25, Nr. 4 [2002]) hat eine sorgfältige Studie der Welthandelsnetzwerke von 1928, 1938, 1960 und 1999 erstellt. Er stellt fest, dass das Muster von 1999 dem von 1938 viel ähnlicher ist als den von 1928 oder 1960, das heißt, dass es trotz des Zuwachses des Handelsvolumens viel stärker segmentiert ist. »Für den Moment lässt sich sagen, Globalisierung, jedenfalls die Globalisierung des Handels, ist so real wie die Sterne, die wir nachts sehen, Illusionen einer vergangenen Realität, oder vielleicht einer künftigen.«

<sup>89</sup> John Ravenhill, »A Three Bloc World? The New East Asian Regionalism« (*International Relations of the Asia-Pacific* 2, Nr. 2 [2002]: S. 167–95) erörtert differenziert das Maß, in dem Ostasien sich auf eine regionale Struktur zubewegt, langsamer als Europa, aber stetig.

pa.<sup>90</sup> Aber in jedem Fall werden die USA wahrscheinlich nicht der führende Partner sein, so schwer es Amerikanern (und vielleicht anderen) fallen mag, sich ein solches Szenario heute vorzustellen.

## Die Kluft zwischen Nord und Süd

Wie die Kluft der Triade sich entwickeln wird, hängt sehr stark davon ab, welche Form die anderen beiden geopolitischen Klüfte annehmen werden. Im Nord-Süd-Konflikt bilden die drei Mitglieder der Triade den Norden. Daher haben sie in diesem Konflikt gemeinsame geopolitische Interessen, aber natürlich treten sie mit unterschiedlichen politischen Taktiken für sie ein und haben verschiedene »spezielle« Beziehungen zu diversen Teilen des Südens. Momentan stellen die USA in Nord-Süd-Konflikten den führenden Protagonisten des Nordens, sowohl aufgrund ihrer militärischen Stärke als auch ihres großen Einflusses im IWF und der Weltbank.

Der Süden ist ebenso wenig wie der Norden ein einheitlicher Block. Politisch ist der Süden in zweierlei Hinsicht geteilt. Manche der im Süden an der Macht befindlichen Regime sind im Grunde Schützlinge des Nordens, praktisch seine bezahlten Agenten, andere sind das nicht. Aber unabhängig von den einzelnen Regimen gibt es auch objektive Unterschiede zwischen relativ starken halbperipheren Zonen und dem, was gelegentlich die Vierte Welt genannt wird (das heißt die schwächsten, ärmsten und kleinsten Staaten). Ja, es gibt im Süden einige sehr große Staaten, die tatsächlich oder potenziell reale geopolitische Macht besitzen – beispielsweise Russland, China, Indien, Brasilien, Indonesien und Korea.

Dennoch ist die Kluft zwischen Nord und Süd real und Teil der Grundstruktur der kapitalistischen Weltwirtschaft. Ökonomisch findet eine anhaltende Polarisierung statt, die trotz ihres gelegentlichen Abflauens insgesamt exponentiell zunimmt. Der Norden erhält diese Struktur durch sein Monopol auf fortschrittliche Produktionsabläufe, seine Kontrolle über die Weltfinanzinstitutionen, seine weltweite Dominanz im wissenschaftlichen Bereich und in den Medien sowie vor allem durch seine mili-

---

<sup>90</sup> Su (»Myth and Mystery of Globalization«) stellt bereits für 1999 eine große »Überschneidung« zwischen dem US-amerikanischen und dem japanischen Block fest, was Handelsbeziehungen angeht, aber wenig sowohl mit dem deutschen als auch mit dem französischen.

tärische Stärke aufrecht. Wenn die Konflikte innerhalb der Triade normalerweise verhalten wirken, dann nur, weil der Stärke jedes Einzelnen die der anderen gegenübersteht. Nord-Süd-Konflikte sind selten ähnlich verhalten. Der Norden regiert mit eiserner Faust, auch wenn sie manchmal im Samthandschuh steckt.

Wie geht der Süden mit dieser Realität um – einer wachsenden sozio-ökonomischen Kluft in Kombination mit der eisernen Faust des Nordens? In der Zeit von 1945 bis 1970 bestand die Haupttaktik des Südens darin, dass er auf Entwicklung setzte. Bestimmende Theorie für die Aktionen der Bewegungen und Regime des Südens war, dass eine »nationale Entwicklung« möglich und letztlich in zwei Stufen zu verwirklichen sei: 1. dem Aufbau eines der nationalen Entwicklung verschriebenen Landesregimes und 2. der Anwendung der korrekten politischen Taktiken.

Es gab natürlich große Unstimmigkeiten darüber, wie die Schritte umgesetzt werden sollten. Diese Debatte fand zu einem sehr großen Teil innerhalb dessen statt, was wir die nationalen Befreiungsbewegungen nennen.

Aber letztlich war die Debatte ziemlich irrelevant. Erstens bestand ein geokultureller Konsens, dass Entwicklung möglich sei, nicht nur im Süden, sondern auch im Norden. Es gab zwei Versionen der Geschichte – eine liberale Version, die hauptsächlich die USA und Europa verbreiteten, und eine so genannte sozialistische, die hauptsächlich von der Sowjetunion verbreitet wurde. Aber beide Versionen erklärten, eine »modernisierende« Regierung (die Sowjetunion nannte es eine »sozialistische« Regierung) könnte den notwendigen gesellschaftlichen Rahmen schaffen, um wirtschaftliche Entwicklung durch angemessene Handlungen der Regierung und mit Hilfe von außen zu etablieren. Beide Versionen stellten die Umkehrung der Polarisierung im Weltsystem als Endergebnis solcher »Entwicklungsstrategien« in Aussicht. Beide Versionen scheiterten nach und nach überall, sie schienen bestenfalls in wenigen Ländern zu funktionieren. Dass die Entwicklungspolitik manchen Ländern weiterhin, den meisten aber nicht, beruhte weniger auf der von den Staaten jeweils verfolgten politischen Taktik, sondern hatte zwei Gründe. Aufgrund der Funktionsweise der kapitalistischen Weltwirtschaft kann stets nur eine kleine Minderheit von Staaten zum gleichen Zeitpunkt ihre relative Position in der Rangfolge verbessern. Wenn ein Staat erfolgreich war (wie Korea und Taiwan), dann eher infolge seiner geopolitischen Lage (in Bezug auf die Situation des Kalten Krieges) als durch irgendeinen anderen Einzelfaktor.

Die Zeit nach 1970 war eine Zeit der Desillusionierung über die »Entwicklungsstrategie« – sowohl auf Seiten der Kernzonen, die begannen, stattdessen den Neoliberalismus zu predigen, als auch auf Seiten des Südens, der begann, alternative Wege zur Verringerung der zunehmenden Polarisierung zu suchen. Im Wesentlichen entwickelte der Süden in der Zeit nach 1970 drei Strategien für den Kampf gegen den Norden: 1. die Erklärung radikaler Andersartigkeit, unter Verwendung einer dem modernen Weltsystem fremden Rhetorik, 2. direkte Konfrontation durch vom existierenden Weltsystem abgeleitete Instrumente und Rhetoriken, 3. Bevölkerungstransfer.

Radikale Andersartigkeit bedeutete die Ablehnung der Grundwerte des Westens im modernen Weltsystem, also im Grunde der Werte der Aufklärung mit ihrer Theorie des unvermeidlichen, auf der Ausbreitung von Säkularismus und Bildung basierenden Fortschritts. Natürlich hatte es immer und überall auf der Welt Menschen gegeben, die diese Werte ablehnten. Aber diese hatten lange Zeit vor allem Rückzugsgefechte geführt – indem sie sich nicht drängen ließen und dem Druck standhielten – und zwar im Großen und Ganzen erfolglos. Neu und entscheidend war in der Zeit nach 1970 die Herausbildung dessen, was man »moderne« Bewegungen der radikalen Andersartigkeit nennen könnte. Man nennt sie auch fundamentalistisch oder integralistisch, besonders wenn sie den Anspruch erheben, religiöse Glaubensvorstellungen zu verkörpern. Aber wir sollten in Bezug auf solche Bewegungen einige Dinge festhalten.

Erstens wandten sie sich ursprünglich nicht so sehr gegen den »Westen« im Allgemeinen als vielmehr gegen die historischen antisystemischen Bewegungen in ihren eigenen Ländern, die für das Ideal des Entwicklungsgedankens Partei ergriffen hatten. Das Hauptargument der Bewegungen der radikalen Andersartigkeit lautete, die nationalen Befreiungsbewegungen hätten es versäumt, ihr Versprechen einer Veränderung der sozialen Welt und der Überwindung der Polarisierung des Weltsystems wahr zu machen. Die Bewegungen der radikalen Andersartigkeit schrieben dieses Scheitern der Tatsache zu, dass die nationalen Befreiungsbewegungen trotz ihrer Behauptung, sie seien antisystemisch, in Wirklichkeit die Werte der vorherrschenden Geokultur predigten, damit unvermeidlich in die Machtstrukturen der Welt eingebunden und deswegen nicht in der Lage gewesen seien, die von ihnen versprochenen Veränderungen umzusetzen.

Zweitens erboten die Bewegungen der radikalen Andersartigkeit sich als Agenten der bürgerlichen Gesellschaft gegen die gescheiterten Staaten

des Südens. Sie griffen ein, wo und wann immer diese Staaten nicht in der Lage waren, ihren bedürftigen Bürgern elementare Hilfe zukommen zu lassen, also praktisch ständig. Die Bewegungen der radikalen Andersartigkeit boten den Notleidenden materiellen sowie spirituellen Trost, während die nationalen Befreiungsbewegungen sich auf den Lorbeeren des Ruhmes aus vergangenen nationalen Kämpfen ausruhten und oft der neuen *Nomenklatura* die Taschen füllten.

Drittens waren die Bewegungen der radikalen Andersartigkeit stark mit dem technologischen Fortschritt der modernen Welt verwoben und nutzten – und das effektiv – sämtliche moderne Infrastruktur der Kommunikation, Technologie und Waffentechnik. Es ist oft bemerkt worden, dass diese Bewegungen viele ihrer Mitglieder unter Universitätsstudenten im Ingenieurwesen und den Naturwissenschaften rekrutieren konnten.

Schließlich führten diese Bewegungen der radikalen Andersartigkeit eine Theologie ein, die selten traditionell war, im Sinne derjenigen, die seit Jahrhunderten gepredigt und befolgt wurde. Sie verwendeten alte Texte und interpretierten sie in einer Weise um, die sie am besten in die Lage versetzte, in der modernen Welt überlebensfähige und florierende politische Strukturen hervorzubringen. Aber um ihre unbeirrbar Andersartigkeit zu demonstrieren, mussten diese Bewegungen natürlich auf theoretischer und persönlicher Ebene ihre absolute Opposition allem gegenüber zum Ausdruck bringen, was der Westen verkörperte.

Die bemerkenswerteste dieser Bewegungen der radikalen Andersartigkeit war die von Ayatollah Khomeini im Iran. Sie entthronte einen führenden Verbündeten des Nordens in einem wohlhabenden großen Staat. Sie brandmarkte die Vereinigten Staaten als den Großen Satan und die Sowjetunion als Satan Nummer zwei. Sie widersetzte sich internationalem Recht, indem sie die US-Botschaft besetzte, und sie überlebte. Eine Zeit lang brachte sie die USA regelrecht auf die Palme, sodass die USA die arabische Welt im Allgemeinen und Saddam Hussein im Besonderen zu dem Versuch anspornten, das iranische Regime zurückzudrängen und letztlich zu stürzen. Dass diese Bewegung sich nicht weit über die Landesgrenzen ausdehnen konnte, ist hauptsächlich der Tatsache zuzuschreiben, dass sie ihre Ansprüche auf eine spezielle religiöse Tradition gründete, die nur in wenigen anderen Ländern Anhänger hat.

Dies zeigte jedoch, dass eine Bewegung der radikalen Andersartigkeit im Süden auf breite Resonanz stoßen und große politische Stärke demonstrieren kann. Sie wurde, formal betrachtet, zum Modell für weitere sol-

cher Bewegungen. Nicht dass Bewegungen wie die Aum-Sekte oder Al Qaida bewusst der Bewegung Khomeinis nachgebildet wären. Aber sie verwenden teilweise dieselben Techniken der sozialen Organisation und dieselbe Art von Rhetorik. Heute gibt es viele solcher Bewegungen, manche stark, manche winzig, die meisten im Süden, aber viele auch im Norden. Sie stehen für einen kontinuierlichen (und größtenteils unvorhersehbaren) Druck auf die Stabilität, auf die der Norden für den Erhalt seiner privilegierten Position angewiesen ist. Sie repräsentieren eine Kraft, deren Wirkung im Laufe der nächsten fünf und zwanzig bis fünfzig Jahre bei den chaotischen Kämpfen eines Weltsystems in einer strukturellen Krise zu- statt abnehmen sollte. Solche Bewegungen sind Ausdruck des politischen Chaos und werden nicht vor dem abgeschlossenen Übergang unseres bestehenden Weltsystems in sein Nachfolgesystem verschwinden. In der Zwischenzeit bereiten sie dem Norden kontinuierlich militärische Kopfschmerzen.

Das zweite Instrument des Südens, die Strategie der direkten Konfrontation, ist vollkommen verschieden von der Strategie der radikalen Andersartigkeit. Man sollte meinen, Konfrontation sei das normalste Vorkommnis in zwischenstaatlichen Beziehungen. Aber tatsächlich haben die schwächeren Nationen des Südens, eben weil sie schwächer sind, eine Konfrontation mit dem Norden gewöhnlich vermieden. Viele Konfrontationen wurden durch den Norden provoziert, wenn man dem Süden etwas aufzwingen oder ein Ereignis dort verhindern wollte. Was ich jetzt meine, ist aber die Möglichkeit einer vom Süden ausgehenden direkten Konfrontation.

Das Musterbeispiel ist Saddam Hussein und die Besetzung Kuwaits durch den Irak. Mir scheint, sie lässt sich am besten verstehen, indem man weder davon ausgeht, Hussein sei irgendwie verrückt gewesen, noch glaubt, er sei schlicht der bössartige Eroberer eines Nachbarn. Ich denke, Saddams Kalkulation war eine Bismarcksche – kühne Schachzüge, um die Schwäche des Nordens bloßzulegen, den Süden (in diesem Fall speziell die arabische Welt) militärisch zu stärken und künftige Verschiebungen in der Balance der Weltmacht vorzubereiten.

Als der Irak am 2. August 1990 in Kuwait einmarschierte, bestanden in Saddam Husseins Kopf, wie ich glaube, zwei Möglichkeiten. Entweder die Welt (sprich der Norden plus Saudi-Arabien) würde nicht reagieren, und er würde sein riskantes Spiel gewinnen. Oder die Welt würde reagieren, und es käme zu einem Waffenstillstand, der der vorher herrschenden Situation gleichen würde. Er glaubte nicht, dass er den Krieg und die Macht

verlieren könnte und zusehen müsste, wie westliche Truppen den Irak besetzten. Wie wir wissen, traf die zweite Möglichkeit ein – ein Waffenstillstand, der der zuvor herrschenden Situation glich. Dem Irak wurden natürlich Inspektionen und die Anordnung zur Zerstörung von Massenvernichtungswaffen aufgeholt. Wie wir wissen, war dieses Vorgehen der Vereinten Nationen teilweise erfolgreich und teilweise nicht.

Wir müssen fragen, warum die US-geführten Kräfte 1991 nicht gegen Bagdad marschierten. Es gab eine Reihe von Gründen, die die US-Regierung offenbar davon überzeugten, dass dies keine weise Entscheidung wäre. 1. Es wäre teuer, militärisch gesprochen, und würde vermutlich zu erheblichen Opferzahlen führen, die wiederum für die amerikanische Öffentlichkeit nicht akzeptabel wären und das so genannte Vietnam-Syndrom wiederbeleben würden. 2. Es wäre vielleicht nicht möglich, das Regime durch eines auszutauschen, das die Situation stabilisieren und das Land zusammenhalten könnte. Und weder die Türkei noch Saudi-Arabien wollten den Zerfall des Iraks, denn beide fürchteten die Folgen, wenn ein kurdischer Staat im Norden des Iraks und ein schiitischer im Süden entstünde. 3. Ein sich in die Länge ziehender Krieg würde vermutlich unmittelbar eine größere Zahl von Regimen im gesamten Mittleren Osten destabilisieren. 4. Ein neu eingesetztes Regime wäre möglicherweise nur in der Lage zu überleben, solange eine zwischenzeitliche Besatzungsarmee von US-geführten Truppen im Land wäre, was signifikante interne Probleme für die USA bedeuten könnte. Die Summe all dieser Überlegungen ergab, dass die USA schlicht nicht stark genug waren, um auf Bagdad zuzumarschieren.

Der Analyse der Falken zufolge, die seit dem 11. September in der US-amerikanischen Weltpolitik tonangebend ist und das vielleicht noch mehrere Jahre sein wird, waren all diese Überlegungen im Grunde nicht stichhaltig. Auf jeden Fall können wir sicher sein, dass der Impuls zur Aneignung von Atomwaffen der Taktik der stärkeren Staaten des Südens zugrunde liegt. Sie wissen, dass sie mit der atomaren Kapazität der USA nicht konkurrieren können. Aber sie wollen sich Waffen verschaffen, die genug Schaden anrichten können, um zur Abschreckung zu dienen. Der Versuch der USA, den Zugang zu atomaren Waffen einzudämmen, hat bestenfalls aufschiebende Wirkung, wird aber letztlich nicht erfolgreich sein. Er hat schon nicht funktioniert, als die Vereinigten Staaten viel mächtiger waren, als sie es heute sind, und es ist zu erwarten, dass innerhalb der nächsten zehn Jahre ein weiteres Dutzend von Ländern zu neuen Atommächten wird.

Das letzte Element in der Schatzkiste der strategischen Instrumente des Südens wird zwar nicht bewusst eingesetzt, könnte aber durchaus das wirkungsvollste der drei sein. Der sozioökonomischen Polarisierung des Weltsystems entspricht eine demographische, die erst in den letzten fünfzig Jahren akut geworden ist. Die Geburtenraten der Staaten im Norden sind schlicht zu niedrig, um ihren Bedarf an Beschäftigten zu erfüllen und die Zahl der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter ausreichend hoch zu halten, um die Programme zur finanziellen Umverteilung (hauptsächlich Renten und Krankenversorgung) für den ständig steigenden prozentualen Anteil der Bevölkerung über fünfundsechzig Jahren aufrechtzuerhalten. Der Norden braucht Einwanderer, und zwar dringend.

Gleichzeitig ist der Süden voller Menschen mit einer gewissen Bildung und Ausbildung, die in ihren Heimatländern keine angemessene Arbeit finden können und daher bereit und bestrebt sind, in den Norden zu emigrieren. Im Norden sind diese Einwanderer jedoch trotz des dringenden Bedarfs in großen Teilen der Bevölkerung politisch unpopulär, denn man glaubt, die Einwanderer stellen eine Gefahr für das Niveau von Arbeitsplätzen und Löhnen dar und verhielten sich in den Einwandererländern unsozial. Dieser widersprüchliche Druck führt dazu, dass die Regierungen des Nordens in der Frage, wie willkommen Einwanderer sind, immer wieder uneindeutig sind. Mal reden sie so, mal so. Aus der Sicht potenzieller Einwanderer ermutigt dies zur Einreise über illegale Kanäle.

Diese Situation, die sich in den kommenden Jahrzehnten noch verschlimmern wird, hat eine große Welle der vielfach illegalen Einwanderung aus dem Süden in den Norden zur Folge. Obwohl gesetzliche Barrieren existieren und ständig verstärkt werden, sind sie nicht in der Lage, die Flut aufzuhalten. Sobald die illegalen Einwanderer jedoch da sind und Teil des existierenden sozialen Netzwerks werden, entsteht sowohl Druck, ihren Status zu legalisieren als auch, dies nicht zu tun. Das bedeutet, der Norden erzeugt im Laufe der Zeit eine große Schicht von im Land lebenden Personen mit eingeschränkten politischen, wirtschaftlichen und sozialen Rechten. Wie eingeschränkt, hängt von dem jeweiligen Staat des Nordens ab, aber die Schicht existiert überall und wird anwachsen. Sie wird, so ist zu erwarten, zur Quelle großer sozialer Spannungen innerhalb des Nordens werden und nicht nur seine Stabilität beeinträchtigen, sondern auch seine Fähigkeit, im Kampf mit dem Süden seine Interessen zu verfolgen.



## Die Kluft Davos – Porto Alegre

Das Weltwirtschaftsforum wurde 1971 gegründet und läuft üblicherweise unter dem Namen Davos, denn dort versammelt es sich seither jedes Jahr (außer 2002).

Seinem Selbstverständnis nach ist es »eine unabhängige Organisation mit dem Ziel einer Verbesserung des Zustands der Welt... durch die Schaffung von Partnerschaften zwischen und unter Menschen in geschäftlichen, politischen, intellektuellen und anderen gesellschaftlichen Führungspositionen, um Schlüsselfragen der globalen Agenda zu definieren, zu diskutieren und voranzubringen.« Das Weltsozialforum versammelt sich erst seit 2001 einmal im Jahr und läuft üblicherweise unter dem Namen Porto Alegre, der brasilianischen Stadt, in der sein erstes Treffen stattfand. Seinem Selbstverständnis nach ist es »ein offener Treffpunkt, wo Gruppen und Bewegungen der bürgerlichen Gesellschaft, die sich dem Neoliberalismus und einer von Kapital oder Imperialismus in irgendeiner Form dominierten Welt widersetzen und sich stattdessen am Aufbau einer globalen Gesellschaft mit dem Menschen im Mittelpunkt beteiligen wollen, zusammenkommen, um ihre Gedanken weiterzuführen, ihre Ideen demokratisch zu diskutieren, Vorschläge zu formulieren, ihre Erfahrungen frei auszutauschen und ein Netzwerk für wirksame Aktionen zu bilden«. Davos brüstet sich mit »über tausend der führenden globalen Unternehmen« unter seinen Mitgliedern.

Porto Alegre brüstet sich damit, über tausend der »größten Spanne sozialer Bewegungen« zusammenzubringen. Der Unterschied in der sozialen Basis ist offensichtlich. Der Geist von Davos und der Geist von Porto Alegre sind einander diametral entgegengesetzt. Davos entstand als Treffpunkt für die Mächtigen und Mächtigen der Welt, die eine gewisse Koordinierung ihrer Vorgehensweise sowie die Erstellung eines normativen weltweiten Programms, ein zu verbreitendes Evangelium, anstreben. Porto Alegre entstand, um Davos in Frage zu stellen – seine zugrundeliegende Philosophie, seine speziellen Programme, seine Zukunftsvision. Das Motto von Porto Alegre ist: »Eine andere Welt ist möglich.« Anders als welche? Offensichtlich die von Davos imaginierte und umgesetzte. Natürlich stellen diese Strukturen beide Foren dar, öffentliche Arenen, in denen man hofft, von der Öffentlichkeit wahrgenommen zu werden und sie überzeugen zu können. Doch Davos ist auch ein Ort, an dem die Konflikte der Triade benannt, debattiert und vielleicht abgemildert werden können, an dem der Norden seine Ziele verfolgen

kann, hoffentlich mit dem Einverständnis einiger politischer, wirtschaftlicher und intellektueller Führer des Südens. Porto Alegre andererseits versucht, alle Arten von Bewegungen zusammenzubringen – internationale, regionale, nationale und lokale, aber vor allem sowohl Bewegungen aus dem Süden als auch aus dem Norden. Hier strebt man eine Umstrukturierung des Weltsystems an. Man versucht, in Streitpunkten zwischen Nord und Süd im Allgemeinen auf der Seite des Südens zu sein, aber auch das interne Leben des Nordens ist diesem Forum ein Anliegen. Es vertritt keine Position in Bezug auf die Konflikte der Triade und hat sie bislang weitgehend ignoriert. Sowohl der Geist von Davos als auch der Geist von Porto Alegre sind Bewegungen der Veränderung. Davos tritt kein bisschen stärker für den Status quo ein als Porto Alegre. Beide bauen auf die Prämisse, dass große strukturelle Veränderungen so möglich wie wünschenswert sind und unmittelbar bevorstehen. Aber ihre Vorstellungen darüber, wie diese aussehen sollten oder können, ist grundlegend verschieden, ja, einander diametral entgegengesetzt. In meiner Sprache, allerdings nicht immer explizit in ihrer, repräsentieren sie Reaktionen auf ein Weltsystem in einer strukturellen Krise, ein Weltsystem, das daher chaotische Gabelungen durchläuft, ein Weltsystem, in dem es gilt, echte politische und moralische Entscheidungen zu treffen, und in dem die realistische Möglichkeit einer Einflussnahme auf das Ergebnis durch diese Entscheidungen besteht.

## Wie sieht die Zukunft der Welt aus?

Die Kluft zwischen dem Geist von Davos und dem von Porto Alegre kennt keine geographische Lokalisierung. Sie ist eindeutig die fundamentalste Kluft der drei, denn sie bezieht sich auf die Zukunft der Welt, nicht auf die der nächsten fünfundzwanzig bis fünfzig, sondern der nächsten fünfhundert Jahre. Wie diese Kluft sich jedoch tatsächlich entwickeln wird, das wird entschieden davon beeinflusst, was im Laufe der nächsten Jahrzehnte mit den beiden anderen Klüften geschieht – der Kluft der Triade und der zwischen dem Norden und dem Süden.

Da die Zukunft ihrem Wesen nach unbestimmt ist, kann man bestenfalls vorhersagen, an welchen Orten starke, plötzliche Veränderungen im Laufe der kommenden zehn Jahre am wahrscheinlichsten sind:

- Es ist durchaus möglich, dass im Gefolge des zweiten Irakkriegs atomare Waffen eingesetzt und als Mittel zur Kriegführung banalisiert

werden. Wenn das geschieht, ist eine rapide Beschleunigung ihrer Verbreitung zu erwarten.

- Der Dollar als die einzige echte Leitwährung der Welt könnte ein plötzliches Ende finden. Momentan hat er eine Basis in dem Glauben, die wirtschaftliche Stabilität der USA sei größer als die der anderen Mitgliedsstaaten der Triade. Dies verschaffte den Vereinigten Staaten einen großen wirtschaftlichen Vorteil. Aber angesichts des gewaltigen Schuldenbergs der USA könnte jeglicher Bruch in diesem Glauben den schnellen Abzug ausländischen Geldes aus den US-amerikanischen Institutionen zur Folge haben, sodass auf einen Schlag ein System mit drei Leitwährungen entstünde.
- Obwohl der Euro stark ist und die Länder, die sich dagegen bislang gewehrt haben (Großbritannien, Schweden und Dänemark), wahrscheinlich bald der Währungsunion beitreten, hat Europa zwei schwer zu lösende, miteinander zusammenhängende Probleme. Es muss eine irgendwie geartete verantwortliche politische Struktur schaffen und wird von Bewerbern um eine Mitgliedschaft bedrängt. Der Druck, der aus diesen beiden Problemen entsteht, geht nicht unbedingt in die gleiche Richtung. Ohne eine existenzfähige politische Struktur wird Europa für den Kampf innerhalb der Triade geschwächt sein. Europas Interessen, den Beitritt der Ost- und Mitteleuropäischen Staaten zuzulassen, und seine Interessen an engeren Beziehungen zu Russland lassen sich nicht ohne weiteres miteinander vereinbaren. Auch dann, wenn es ihm nicht gelingt, gute Beziehungen zu Russland aufzubauen, wird Europa im Kampf innerhalb der Triade geschwächt.
- Sowohl Russland als auch China sind Großmächte, die schwächer sind, als sie sein könnten oder sein wollen. Für beide liegen die Probleme darin, vereinigte Staaten zu bleiben, die Basis ihrer produktiven Unternehmen zu erweitern und ihre Streitkräfte zu verstärken. Wenn sie in diesen Bereichen Erfolg haben, wird sich die Geopolitik der Welt recht plötzlich verändern. Wenn sie scheitern, werden die chaotischen Folgen überall auf der Erde nachhallen.
- Der Wille zur Vereinigung Koreas ist genauso stark, wie es der zur Vereinigung Deutschlands war. Die beiden Situationen sind nicht identisch, und der Fall Korea ist von den koreanischen Beobachtungen der Ereignisse in Deutschland beeinflusst. Aber neue Generationen gelangen an die Macht, und die Vereinigung Koreas steht definitiv in der einen oder anderen Form auf dem Programm. Ein wiedervereinigtes Korea wäre ein starker Akteur in Ostasien und ermöglichte eventuell

einen ostasiatischen Dreierbund zwischen China, Korea und Japan, selbst wenn Korea nur dabei wäre, um die unvermeidlichen Spannungen zwischen China und Japan abzufedern. Ein wiedervereinigtes Korea würde die militärische Rolle der USA in Ostasien radikal einschränken.

- Saudi-Arabien und Pakistan waren auf vielerlei Weisen Säulen der bestehenden Strukturen im Nahen und Mittleren Osten. Beiden Ländern gelang es historisch, die Bedürfnisse einer modernen, prowestlichen Elite mit einer sehr islamistischen Bevölkerung in Einklang zu bringen, indem sie mehrdeutige Beziehungen zu den USA unterhielten. Bin Ladens Aktionen zielen ganz klar auf die Zerstörung dieser Regime ab, und scheinbar hat Bin Laden George Bush für seine Sache gewonnen, denn er hat ihn dazu gebracht, die beiden Regime zu einem Abrücken von ihrer Uneindeutigkeit zu drängen. Die Auswirkungen des Zusammenbruchs eines dieser Regime, und erst recht der beider, würden sich in Wellen über die ganze islamische Welt ausbreiten, von Marokko bis Indonesien, von Usbekistan bis in den Sudan.
- Während der letzten paar Jahre gab es ein vernehmliches Donnergerollen der Rebellion überall in Lateinamerika – in Argentinien, Ecuador, Brasilien, um nur die offensichtlichsten Schauplätze zu nennen. Die Zügelung Lateinamerikas, das große Projekt der 1980er- und 90er Jahre, könnte ebenfalls plötzlich zusammenbrechen, im Hinterhof der Vereinigten Staaten, und möglicherweise zum schnellen Vorteil Europas und Japans.
- Viele dieser Veränderungen würden die Vertreter des Geistes von Porto Alegre stärken. Aber diese Bewegung ringt mit den Problemen einer sehr losen Struktur und eines fehlenden präzisen positiven Programms. Auch sie könnte auseinanderbrechen. Aber wenn sie das nicht tut, könnte sie sich um 2010 in einer sehr starken Position befinden.

So weit kann man darin gehen, die geopolitischen Klüfte des 21. Jahrhunderts aufzuzeigen. Wie sieht die Zukunft der Welt aus? Die Antwort ist ungewiss. Aber es scheint gewiss, dass wir alle, individuell und im Kollektiv, diese Zukunft stärker beeinflussen können, als wir glauben, gerade weil wir in einem Zeitalter des Übergangs, der chaotischen Gabelungen, der Entscheidungen leben.



# Nachwort

## Die Wiederwahl von G.W. Bush 2004: seine Anhänger und seine Agenda

George W. Bush wurde als Präsident der USA wiedergewählt, und er hat den Kreis der ihn unterstützenden Kräfte in beiden Häusern des Kongresses ausgeweitet. Was geschieht nun – in den USA, in der Welt? Wir müssen die Analyse mit einer Einschätzung von Bush beginnen. Bush ist der bei weitem rechteste Präsident der Vereinigten Staaten seit der Weltwirtschaftskrise. Und er ist der aggressivste reaktionäre Präsident in der Geschichte der USA überhaupt. Ich verwende den Begriff »reaktionär« in seiner klassischen politischen Bedeutung – jemand, der die Uhren zurückdrehen möchte. Bush hat bereits in seiner ersten Amtszeit deutlich gemacht, dass er nicht die Absicht hat, in der Durchsetzung seines Programms kompromisslerisch oder moderat vorzugehen. Er setzt lieber einen Bulldozer ein, um seine Ziele zu erreichen, er überläuft die Oppositionskräfte und selbst schwache Angehörige des eigenen Lagers. Er hat anlässlich seiner Wiederwahl erklärt, dass er an politischem Kapital gewonnen hat, und dass er dieses nutzen wird.

Innerhalb der Republikanischen Partei hat Bush drei unterschiedliche Anhängerschaften: die christliche Rechte, das Großkapital und die Militaristen. Sie alle sticht bereits der Hafer, und sie setzen Bush bei der Verfolgung ihrer Interessen unter Druck. Ihre Prioritäten sind allerdings recht unterschiedlich, und keiner dieser drei Kreise unterstützt die Belange der anderen mehr als nominell.

Die christliche Rechte ist vor allem um die innere Entwicklung in den Vereinigten Staaten besorgt. Sie konzentriert ihre Angriffe auf zwei aktuelle Fragen: gleichgeschlechtliche Ehe und Abtreibung. Sie will gleichgeschlechtliche Eheschließungen unmöglich machen. Um dies definitiv durchzusetzen, braucht sie eine Verfassungsänderung. Und sie möchte Abtreibungen verbieten, was voraussetzt, dass der Oberste Gerichtshof die so genannte Roe v. Wade-Entscheidung<sup>91</sup> aufhebt. Dazu bedarf es der

---

<sup>91</sup> Urteil des Obersten Gerichtshofs (Supreme Court) der USA von 1973, demzufolge das Grundrecht auf persönliche Freiheit und Schutz der Privatsphäre das Recht der Frau einschließt, in den ersten sechs Monaten über den Abbruch einer Schwangerschaft frei zu entscheiden. (Editor. Anm.)

personellen Neuzusammensetzung des Obersten Gerichtshofs, damit eine 5 zu 4-Entscheidung für eine derartige Aufhebung zustande kommen kann. Gegenwärtig sind drei Richter dazu bereit, aber einer von ihnen geht in den Ruhestand. Bush muss also drei neue Richter ernennen, um Roe v. Wade aufzuheben.

Aber das ist nur der Anfang der Agenda der christlichen Rechten. Sie möchten den gesamten Prozess der Liberalisierung der Sitten rückgängig machen, der eines der Kennzeichen des 20. Jahrhunderts war, nicht nur in den USA, sondern auch in Europa und im Großteil des Rests der Welt. In den USA wollen sie über das Verbot gleichgeschlechtlicher Ehen und von Abtreibung hinaus die Empfängnisverhütung untersagen, gleichgeschlechtlichen Sexualverkehr für gesetzwidrig erklären, die Scheidungsraten zumindest senken, und einige von ihnen wollen Frauen aus der Arbeitswelt entfernen und vielleicht sogar von Wahlen ausschließen. Zu ihrer Agenda gehört ferner, die Uhr in Richtung Rassismus zurückzudrehen, und die Vereinigten Staaten wieder zu einem Land zu machen, das gesellschaftlich und politisch von weißen Protestanten dominiert wird. Sie würden damit beginnen, Anti-Diskriminierungs-Bestimmungen aufzuheben, und von da aus zu Einwanderungsfragen übergehen und dann vielleicht zum Wahlrecht. Damit würde die gesamte gesellschaftliche Evolution in den USA seit dem Beginn des 20. Jahrhunderts rückgängig gemacht werden.

Das sind selbstverständlich die Bestrebungen der extremsten Gruppierung. Aber sie kontrolliert gegenwärtig den Großteil der politischen Strukturen der christlichen Rechten und sie spielt eine bedeutende Rolle in der Republikanischen Partei. Ihre politische Strategie besteht darin, Gerichte auf ihre Seite zu bekommen, damit die Legislative entsprechend verfahren kann, Leute zu ernennen, die jung genug sind, um die Entscheidungen zu institutionalisieren, und dann diese Legislative zu wählen.

Können sie das schaffen? Die christliche Rechte ist zweifellos in einer besseren Position als je zuvor, um Richter nach ihren Vorstellungen zu ernennen. Möglicherweise ist sie sogar zu einer Verfassungsänderung in der Lage, obgleich dies eine Zweidrittelmehrheit im Senat sowie die Bestätigung in drei Viertel der Staaten erfordert. Es wird nicht leicht sein, aber unmöglich ist das nicht, vor allem dann nicht, wenn Bush sein Gewicht in die Waagschale wirft.

Es erübrigt sich zu sagen, dass dafür politisch gekämpft wird und dass dies die weiterhin wichtige Minderheit der so genannten moderaten Republikaner in Bestürzung versetzt. Bush wird die christliche Rechte un-

terstützen, vorausgesetzt, sie bringt seine wirtschaftspolitischen Vorhaben nicht durcheinander, die für ihn selbst und natürlich für das Großkapital von größerer Bedeutung sind. Was wollen die Wirtschaftskonservativen? Auch sie wollen die Uhren zurückdrehen – in Fragen der Besteuerung, der Umwelt, gesetzlicher Maßnahmen, die gegen sie gerichtet sind, und der Kosten des Gesundheitssystems. Hinsichtlich der Besteuerung ist es einfach: Sie wollen die Steuerlast von den Reichen zu den Nicht-Reichen verschieben. Sie verfolgen dieses Ziel auf mehreren Wegen: durch Senkung der Spitzensteuersätze und der Dividendenbesteuerung sowie durch die so genannten Reformen der sozialen Sicherung und der Krankenversicherung. Das Nahziel ist, die umfassenden Steuersenkungen der ersten Bush-Administration zu perpetuieren und die Möglichkeit zu bieten, aus sozialen Sicherungsprogrammen auf eigene Rechnung auszusteigen. Das würde dazu führen, dass jüngere Jahrgänge von Besserverdienenden nicht mehr in die Rentenfonds einzahlen. Im Endeffekt könnte das zur Abschaffung der gesamten sozialen Sicherungssysteme (eine Er rungenschaft der Roosevelt-Administration aus dem Jahre 1935) und darüber hinaus der Einkommensbesteuerung (1913 in die Verfassung aufgenommen) führen. Öffentliche Einnahmen müssten dann durch eine Einheitssteuer oder durch Umsatzsteuern, die beide in hohem Maße regressive Wirkungen haben, sichergestellt werden.

An der Umweltfront wird der Großteil der Bush-Agenda auf dem Verordnungswege umgesetzt; gleichzeitig versuchen sie, das Gesetzgebungsverfahren für die Alaska-Pipeline zum Abschluss zu bringen. Sie setzen darauf, dass die neu zusammengesetzten Gerichte dieses Vorhaben nicht stoppen. Das gleiche gilt für ihre Bestrebungen, die Möglichkeiten für so genannte Gruppenklagen einzuschränken, die das Großkapital für seine Missetaten heranziehen. Hier wird Bush versuchen, ein Schadensersatzrecht zu erlassen, das die Höhe der finanziellen Bestrafung, die Gerichte verhängen können, begrenzt. Und selbstverständlich ist Bush verpflichtet, nichts gegen die unanständig hohen Profite der pharmazeutischen Unternehmen zu unternehmen, auch wenn er die Gesundheitsfürsorge zu »reformieren« versucht, wodurch die realen Unterstützungszahlungen sinken.

Auch dies wird politisch durchgefochten. Der entscheidende Druck auf die Bush-Administration kommt weniger von den Demokraten als vielmehr von intelligenteren Kapitalfraktionen, die sich Sorgen machen um den Verfall des Dollar und die monströse, sprunghaft ansteigende öffentliche Verschuldung, beides Entwicklungen, die zu einem Desaster auf



den Aktienmärkten führen können. Einige fordern bereits, dass die Regierung Einsparungen vornehmen soll. Der einzige Bereich, in dem kurzfristig spürbare Kürzungen vorgenommen werden können, ist der Militärhaushalt. Das bringt uns zur dritten Anhängerschaft, den Militaristen (einschließlich der Neokonservativen).

Die Militaristen wollen zu jenen noch nicht so lange zurückliegenden Tagen zurückkehren, als die Vereinigten Staaten die unangefochtene Hegemonialmacht der Welt waren und diktieren konnten, was (nahezu) global passiert. Diese Leute besetzten die Führungspositionen in der ersten Bush-Administration, und die Frage ist, ob sie diese Positionen auch in der zweiten Bush-Administration behalten. Der Irak-Krieg ist zweifellos nicht so verlaufen, wie Militaristen und Neokonservative sich das erhofft und prophezeit hatten. Zu Hause bekommen sie Probleme, nicht so sehr wegen der Antikriegsbewegung, sondern mit konservativen Kräften und jenen der Mitte, die den Irrsinn und die ökonomischen Kosten der Invasion beklagen. Unzweifelhaft ist auch, dass die Streitkräfte, die sonst immer hoch erfreut sind, wenn sie mehr Mittel für ihre Hardware bekommen, ziemlich mürrisch sind, erneut in einem Krieg festzustecken, von dem keineswegs sicher ist, dass sie ihn gewinnen. Sie fürchten den Rückschlag, den ein Truppenrückzug für die Streitkräfte zur Folge hätte. Die Führer erinnern sich an Vietnam; damals waren sie alle junge Offiziere.

Die Zivilisten unter den Militaristen preschen allem Anschein nach voran – Einmarsch in den Iran, Invasion auf Kuba. Auf diesem Feld wird die Bush-Agenda wahrscheinlich am wenigsten erfolgreich sein, falls es überhaupt dazu kommt. Abgesehen von der weltweit wachsenden Feindseligkeit gegenüber dem »Schurkenstaat« USA (Ungarn erklärte einen Tag nach der US-Wahl, dass es seine Truppen aus dem Irak zurückzieht), wird die Verzögerungstaktik der hohen Militärs eine Menge Unterstützung von Seiten des Großkapitals erfahren. Seine Vertreter bestürzt über den anhaltenden finanziellen Aderlass in Folge der Kriege, was die Aussichten verschlechtert, die gewünschten ökonomischen Veränderungen durchzusetzen.

Was wir von Bush erwarten können, ist Vollgas voraus. Aber er riskiert, über Entscheidungen im eigenen Lager wie auch über die weltweite Peinlichkeit eines erzwungenen Rückzugs aus dem Irak ins Straucheln zu geraten. Die Folge könnte eine deutliche Stärkung der Antikriegsbewegung in den USA sein, was die Linke wieder mit Leben erfüllen würde, begleitet von einer Renaissance des Isolationismus, der historisch sowohl in der Linken als auch in der Rechten eine Basis hat. Langfristig

sind die Perspektiven der Bush-Agenda im Weltsystem also durchaus bescheiden. Doch was die innenpolitischen Fragen der USA betrifft, sind die kurzfristigen Aussichten recht gut. Wir bekommen möglicherweise ein Gerichtswesen, das das gesellschaftliche Leben zurückwirft. Und wenn das der Fall ist, könnte die vieldiskutierte Polarisierung des politischen Lebens in ernsthaften inneren Konflikten eskalieren. Die Vereinigten Staaten sind die großen Verlierer der Wahl 2004; die Welt könnte der Gewinner sein.

November 2004

# Register

- 1968, Revolutionen von  
und antisystemische  
Bewegungen 42, 72,  
101, 103, 112, 200, 224  
und geopolitischer  
Status quo 23, 50f.,  
89, 235  
und Kommunismus  
72  
und sozialdemokrati-  
sche Parteien 72
- affirmative action 127
- Afghanistan 28, 41, 55,  
107  
islamistische  
Bewegungen 106  
Sowjetischer  
Einmarsch 39, 54
- AFL-CIO 238
- Afrika  
Bürgerkriege 71  
nationale Befreiungs-  
bewegungen 235
- Afrikanischer National-  
kongress 105
- Ägypten 104
- Al Qaida 27f., 253
- Algerien  
Front de Libération  
Nationale 104  
nationale Befreiungs-  
bewegung 41, 50
- Alleanza Nazionale 73
- Allende, Salvador 183
- alte Linke, Desillusio-  
nierung über die 25,  
51, 72, 101, 210, 235
- American Civil Liberties  
Union (ACLU) 187
- American Council of  
Trustees and Alumni  
(ACTA) 179
- amerikanischer Traum  
9f.
- Amnesty International  
237
- Antiglobalisierungs-  
bewegung 238
- Antiproliferations-  
Politik 184, 254
- Antisemitismus 75f., 91,  
109
- antisystemische  
Bewegungen  
Desillusionierung  
45, 64, 72, 108, 200,  
210, 235  
kommunistische  
Bewegungen 100,  
200, 224, 232, 234  
nationale Befreiungs-  
bewegungen 100,  
200, 224, 231, 234  
sozialdemokratische  
Bewegungen 100, 200,  
224, 233  
soziale Bewegungen 231,  
234  
und kapitalistische  
Weltwirtschaft  
171, 200, 213  
und religiöser Funda-  
mentalismus 99  
Wachstum 100, 102  
Zwei-Stufen-Strategie  
100, 210, 211, 232,  
234, 239
- Arafat, Jassir 28
- Arbeitslosigkeit 52, 77,  
244
- Argentinien 184, 248
- Ashcroft, John 188
- Asien, Nachkriegstei-  
lung 21
- Atomenergie-  
Kommission 178
- Atomproliferation 184,  
254, 258
- Aum Shinryko 253
- Auschwitz 43
- außereuropäische Zonen  
44
- Baku, Kongress in 41
- Balkanregion 56, 145,  
237
- Baltische Staaten 71
- Bandungskonferenz 104,  
118
- Barak, Ehud 91
- Begriff des Bürgers 82f.,  
138, 143, 146
- Belgien 22, 37
- Berliner Blockade 21,  
40, 49
- Besteuerung  
und Demokratisierung  
205, 223  
und kapitalistische  
Weltwirtschaft  
61f., 153,  
202f., 205f.6  
und Umverteilung  
143, 205
- Bildung 62, 141f., 205,  
223
- Bill of Rights 175
- bin Laden, Osama 177,  
183, 189, 190
- binäre Unterscheidun-  
gen 164
- Blair, Tony 174
- Bob Jones University 91
- Brasilien 247
- Braudel, Fernand 201
- Breschnew-Doktrin 71
- Bürgerkrieg 71, 90

- bürgerliche Freiheiten  
nach dem 11. September 179  
und Demokratie 137, 147  
und Diktatur 138
- Bush, George H.W.  
Außenpolitik 27
- Bush, George W.  
Außenpolitik 27  
Wahlkampf 2000 91  
war on terrorism 27, 189  
Wiederwahl 2004 261ff.
- Carter, Jimmy 237
- Central Intelligence Agency (CIA) 27
- Cheney, Lynne 179
- Chile 182f.
- China 22, 28  
als Atommacht 184  
als geopolitische Macht 249, 258  
Geopolitik nach 1945 182  
kommunistische Machtübernahme 50, 118, 232  
Kulturrevolution 51, 236  
Popularität des Kommunismus (nach 1945) 37  
und Kolonialismus 97
- Chomsky, Noam 180
- Christentum 79f.
- Chronosophie 117f., 130, 166f.
- Churchill, Winston 20
- Clinton, Bill 27
- Cloward, Richard 227
- CNN 92
- Colley, Linda 181
- Comuneros 80
- Containment, Doktrin des 38f., 182
- Cultural Studies 115, 129
- Davos Weltwirtschaftsforum 25, 184, 225, 238, 242, 256
- de Gaulle, Charles 91, 117
- Dekolonialisierung 24, 41
- Dekommodifizierung 228, 241
- Democrazia Cristiana 72
- Demokratie  
als Möglichkeit 149  
als Rhetorik 145  
als Verwirklichung 147
- Definitionen 137
- Entwicklung 136  
und bürgerliche Freiheiten 137, 147, 151  
und paneuropäische Welt 137  
und Umverteilung 143  
und Wahlrecht 140
- Demokratisierung der politischen Mechanismen 58  
und Ausgabendruck 226  
und Bürgerrecht 45  
und Di-Lampedusa-Prinzip 150
- Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte (Marx) 131
- Der Wohlstand der Nationen (Smith) 85
- Deutschland  
Christlich-demokratische Union 72  
Sozialdemokratische Partei 216  
und globales System 20, 35f.
- wirtschaftliche Expansion 19
- Dezentralisierung 211, 218
- Di-Lampedusa-Prinzip 150, 208
- Diktatur und bürgerliche Freiheiten 138
- Dominikanische Republik 182
- Downsizing 54
- Dritte Internationale 100
- Dritte Welt  
und Ablehnung des Abkommens von Jalta 23, 50  
und antisystemische Bewegungen 104
- Du Bois, W. E. B. 40
- Dulles, John Foster 38
- Einkommen 153, 204, 206
- Einwanderung 255
- Elfter September 2001 9ff., 173
- Herausforderung an die Macht der USA 27  
und Bürgerrechte 179
- Endlösung 75, 81
- Erdöl 106, 109, 111
- Erkenntnis 154, 213
- Erster Weltkrieg 19
- Esther, Kommandantin 228
- ethnische Säuberung 43, 71, 237
- Ethnisierung 26
- Euro 56
- Europa  
Einigung 56  
Nachkriegsaufteilung von 21  
paneuropäische Dominanz 40, 118  
Wirtschaft 42, 243  
Europäische Union

- (EU) 69  
 Erweiterung 258  
 Österreichische Wahl  
 1999 69, 70, 78  
 Stärke des Euro 258  
 Umverteilung 246  
 Wirtschaft 242, 246  
 EZLN 228
- Falken  
 Militarismus 26, 28,  
 240  
 und US-Außenpolitik  
 19, 27, 254
- Fini, Gianfranco 74
- Finnland 22, 37
- Finsternis zur Mittags-  
 zeit (Koestler) 35
- Fontaine, André 116
- Ford, Gerald 27
- Frankreich  
 als Atommacht 184
- Front National (FN) 73  
 Gaullistenpartei 72  
 Popularität des  
 Kommunismus  
 (nach 1945) 22  
 und Rassismus 87
- Französische Revolution  
 198f., 207  
 Begriff des Bürgers  
 81f., 143  
 Erbe 212  
 und Demokratie 136
- Freiheitliche Partei  
 Österreichs (FPÖ)  
 69f.
- Fundamentalismus 251  
 christlicher 98  
 islamischer 98  
 religiöser 99
- G-7 53
- Galilei, Galileo 158
- Gandhi, Mahatma 152
- Gastarbeiter 77
- GATT 184
- Gaullistenpartei 72
- Geisteswissenschaften  
 83
- Geokultur 63, 83
- George H. W. Bush  
 Interventionen von  
 außen 24
- Geschichte  
 als lineare Aufwärts-  
 bewegung 197, 201  
 ewige Zyklizität 201,  
 231
- Gesundheitswesen 62,  
 205, 246
- Gewerkschaften 58,  
 231, 245
- Giscard d'Estaing, Valéry  
 53
- Glasnost 25
- Gleichheit 151, 215
- Globalisierung  
 als Anti-Demokrati-  
 sierung 143, 188  
 und kapitalistische  
 Weltwirtschaft 47,  
 74, 229  
 und Neoliberalismus  
 184, 223, 238
- Golfkrieg 26, 56, 253
- Gorbatschow, Michail  
 25
- Gould, Stephen J. 189,  
 192
- Gramsci, Antonio 160f.,  
 165, 171
- Greenspan, Alan 203
- Grenada 24, 183
- Griechenland 22
- Großbritannien 35, 174
- Grünen, die 236
- Guatemala 182
- Gulag 43
- Haider, Jörg 69, 74, 76,  
 78, 82, 88f., 137
- Halbwachs, Maurice  
 159
- Helsinki, Abkommen  
 von 237
- Huntington, Samuel 95
- Hussein, Saddam  
 Besetzung Kuwaits  
 26, 55, 253  
 Militärmacht 252  
 US-Unterstützung  
 252
- Ideologie  
 Liberalismus der poli-  
 tischen Mitte 20, 24,  
 159, 161, 197, 212,  
 214, 226  
 linke 197ff., 209,  
 211ff., 215, 219, 222  
 Mitte-Rechts 240  
 Neoliberalismus 53,  
 143, 184, 199, 223,  
 238, 239, 251  
 rechte 197, 199, 219,  
 223, 225  
 ultrarechte 240
- Imperialismus 104, 120,  
 144
- Indien  
 als Atommacht 184  
 als geopolitische  
 Macht 249  
 Muslimische Liga 104  
 Popularität des Kom-  
 munismus (nach  
 1945) 22
- Indochina 37
- Indonesien 71, 249, 259
- Inflation 203
- Inquisition 155, 158
- Integralismus 251
- Internationaler Wäh-  
 rungsfonds (IWF)  
 25, 49, 56, 238, 247
- Irak  
 Baath-Partei 104  
 Besetzung des 26, 28,  
 264  
 Besetzung Kuwaits  
 26, 253  
 und Atomprolifera-  
 tion 184

- und Islam 98
- Iran 264
  - Geopolitik nach 1945 182
- Islam 94, 95, 98
  - Dämonisierung 109
  - Fundamentalismus 98
  - Integralismus 98
  - Katholische Kirche 98
  - Islamische Revolution 53
  - und Atomproliferation 184
- Islamistische Bewegungen 107
  - Senussi 106
  - Staatsfeindlichkeit 107
  - Wahhabiten 106
  - Popularität des Kommunismus (nach 1945) 22
- Israel
  - als Atommacht 184
  - Österreichische Wahl 1999 91
  - Staatsgründung 104
  - und Geopolitik des Westens 109
  - und Islam 106
  - Zionistische Bewegung 105
- Italien
  - Alleanza Nazionale 73
  - Democrazia Cristiana 72
  - Popularität des Kommunismus (nach 1945) 22, 37
- Jackson, Jesse 180, 225
- Jalta-Konferenz
  - Ablehnung der Entscheidungen 23, 41, 54
  - Auflösung der Entscheidungen 55
- und Asien nach 1945 21, 40
- und Geopolitik nach 1945 20, 38f., 49f., 71, 182
- Japan
  - Japanisch-russischer Krieg 41, 118
  - Nachkriegsstatus 21
  - Popularität des Kommunismus (nach 1945) 22, 37
  - Technologie 29
  - Umverteilung 246
  - US-Wirtschaftshilfe 22
  - Wirtschaft 29f., 50, 242ff., 246, 248
  - Japanisch-Amerikanischer Sicherheitsvertrag 49
- Johannes Paul II. 174
- Jones, Bob III 92
- Jones, Gareth Stedman 223
- Judentum 94, 111
- Jugoslawien 26
- junk bonds 54
- Kalter Krieg
  - Berliner Blockade 21, 40
  - Ende 114, 223
  - und geopolitischer Status quo 21, 38
  - »Die Zivilisation verteidigen: Wie unsere Universitäten Amerika im Stich lassen und was man dagegen tun kann« (ACTA) 180
- Kapitalismus
  - als historisches System 202
  - Einschränkung des Marktes 163
  - Monopole 163, 227
- und Staat 139, 163
- kapitalistische Weltwirtschaft
  - Besteuerung 61, 205
  - Gleichgewicht der 57
  - historischer Charakter 202
  - Inflation 204
  - Irrwege der 43
  - Kondratieff-Zyklus 48, 65, 77, 243
  - Lohnkosten 61, 246
  - Reallohniveau 62
  - Rolle der Intellektuellen 167, 168
  - Schichtung 148
  - strukturelle Krise der 130, 150, 153f., 201, 213
  - systemischer Charakter 202
  - und antisystemische Bewegungen 171, 213
  - und Imperialismus 120
  - und Korruption 139
  - und Materialkosten 61
  - und Rassismus 75, 81, 151
  - und Reallohniveau 58
  - und Religion 96
- Kasachstan 184
- Kemalismus 104
- Kennan, George 38
- Khomeini, Ruholla 53, 107, 252
- King, Larry 92
- Klassenkampf 131
- Klestil, Tomas 70, 90
- Koestler, Arthur 35
- Kommodifizierung 129 *Siehe auch* De-kommodifizierung
- Kommunismus
  - als antisystemische

- Bewegung 200  
 Popularität (nach 1945) 37  
 Zusammenbruch des Kommunismus 26, 42, 47  
 Konservatismus  
   Demokratisierung 143  
   Umverteilung 143  
   Wiederauferstehung 25  
 Korea  
   als geopolitische Macht 249  
   Nachkriegsstatus 21  
   Vereinigung 258  
   Koreakrieg 21, 40, 49  
 Korruption  
   und kapitalistische Weltwirtschaft 138f.  
   und Regierung 139  
   und Zynismus 138, 140  
 Kosten, Externalisierung der 60, 153, 205, 223  
 Kosten, Internalisierung der 205  
 Krieg gegen den Terrorismus 187  
 Kuba 264  
 nationale Befreiungsbewegung 41, 50, 232  
   und der Zusammenbruch der UdSSR 71  
 Kultur 115, 129  
 Kuwait 26, 55f., 253  
 Las Casas, Bartolomé de 79f.  
 Lateinamerika 22, 259  
 Law and Order (Fernsehsendung) 178  
 Leninismus 198f., 222f.  
 Libanon 24, 182  
 Liberalismus  
   der politischen Mitte 20, 24, 59, 161, 197, 212, 214, 226f.  
   im 19. Jahrhundert 44  
   und Reform 100, 103  
   Zusammenbruch in den USA 26, 45  
 Libyen  
   Senussi Bewegung 106  
   und Atomproliferation 184  
   und Islam 98  
 Lieberman, Joseph 179  
 Luce, Henry 35  
 Lueger, Karl 82  
 Luxemburg, Rosa 45  
 Mao Zedong 117, 131, 233, 236  
 Maoismus 236  
 Marktsozialismus 117  
 Marshallplan 39  
 Marx, Karl 131, 211  
 Matthews, Chris 186  
 Menger, Karl 86  
 Menschenrechte 144, 229  
 Menschenrechtsorganisationen 237  
 Mills, C. Wright 221  
 Mittlerer Osten 95  
 Monopole 139, 227  
 Multikulturalismus 115  
 Muslimische Liga 104  
 Nasser, Gamal Abdel 104  
 Nation, historische 85  
 nationale Befreiungsbewegungen 41, 50, 100, 200, 250  
 nationale Entwicklung 250  
 Nationaler Frauenkongress 191  
 Nationalismus 131, 174  
 Nationalismus, amerikanischer  
   Isolationismus 26  
   Nationalismus,  
   arabischer  
   Baath 104  
   Front de Libération Nationale (FLN) 104  
   Nasserismus 104  
   Neo-Destur-Partei 104  
   palästinensische Befreiungsbewegung PLO 105  
   Nationalismus, japanischer 132  
   Nationalismus, jüdischer 104  
   Nationalismus, türkischer  
   Kemalismus 104  
 Nationalsozialismus 20, 75, 88, 109, 198  
 NATO (Nordatlantisches Verteidigungsbündnis) 40, 49, 56, 145  
 Naturwissenschaften 82f.  
 Naturwissenschaften, Wertneutralität 158  
 Neo-Zapatistas 79  
 Neokolonialismus 42  
 Neoliberalismus  
   und kapitalistische Weltwirtschaft 223  
 Neoliberalismus  
   Gegen-Entwicklungs politik 183  
   und Globalisierung 223, 238  
   und kapitalistische Weltwirtschaft 199  
   und Margaret Thatcher 53, 143  
   und Produktionskosten 203  
 Neutralisierung 182  
 New York Times 29  
 Nichteinmischung 121

- nichtstaatliche Organisationen (NGOs) 238  
Niederlande 85  
Niederländisch-Indien 37  
Nixon, Richard 117  
Nkrumah, Kwame 42  
Non-Profit-Strukturen 218, 228, 241  
Nord-Süd-Konflikt 131, 249, 250  
Nordkorea 29, 97  
  Geopolitik nach 1945 182  
  und Atomproliferation 184f.  
Now, Let Me Tell You What I Really Think (Matthews) 186  
Oberster Gerichtshof 187, 261f.  
Office of Homeland Security 178  
Ökologiebewegung 61, 205  
OPEC 52, 183, 243  
Oppenheimer, J. Robert 178  
Ostasien  
  geopolitische Macht von 258  
  Nachkriegs-Weltordnung 182  
  und Zusammenbruch der UdSSR 71  
  und Stagnation der Weltwirtschaft 54  
Österreich  
  Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) 69, 73, 89  
  Österreichische Volkspartei (ÖVP) 69f., 74, 90  
  Sozialdemokratische Partei Österreichs (SPÖ) 69  
  Wahl von 1999 69, 73  
Pakistan 184, 259  
palästinensische Autorität 28  
Palästinensische Befreiungsbewegung PLO 105  
Panama 24, 183  
paneuropäische  
  Dominanz  
  Revolutionen gegen die 40  
  und nationale Befreiungsbewegungen 41  
  und Russische Revolution 41  
paneuropäische Zonen 44, 72  
  und Demokratie 137  
  und Rassismus 75f., 78  
  und Atomproliferation 184  
Parteien  
  konservative 72  
  Mitte-links 72  
Partikularismus Siehe auch Universalismus der absteigenden Teile  
  der Mittelschicht 125  
  der dominanten Elite 128  
  der saft- und kraftlosen Snobs 127  
  der ständigen Unterschicht 126  
  Minderheiten 124  
Patente 214, 227  
Perestroika 25  
Philippinen 37  
Pinochet, Augusto 182  
Piven, Frances Fox 227  
pluralistische Linke 171, 214, 225  
Polanyi, Karl 69, 86  
Polarisierung 142, 215, 242, 244, 249  
Polen 21, 54  
Postmoderne 161  
Prigogine, Ilya 45  
Princeton University 180  
Produktivität 245  
radikale Andersartigkeit 251ff.  
Ranke, Leopold von 84  
Rassism 68, 75f., 228, 262  
  und außereuropäische Welt 87  
  und Demokratie 151  
  und historischer Diskurs 84  
  und paneuropäische Zonen 76, 78, 87  
  und politikwissenschaftlicher Diskurs 87  
  und soziologischer Diskurs 87  
  und wirtschaftswissenschaftlicher Diskurs 85  
Rationalität 90, 128, 168, 197  
Reagan, Ronald 25, 143  
  Außenpolitik 27  
  Intervention im Ausland 24  
  Reagan-Regierung 54  
Recht auf Einmischung 145  
Regenbogenkoalition 133, 171, 214, 225  
Republikanische Partei 72, 261  
Ricardo, David 85  
Rollback 38  
Roosevelt, Franklin D. 20, 263  
Ruanda 90, 121, 237



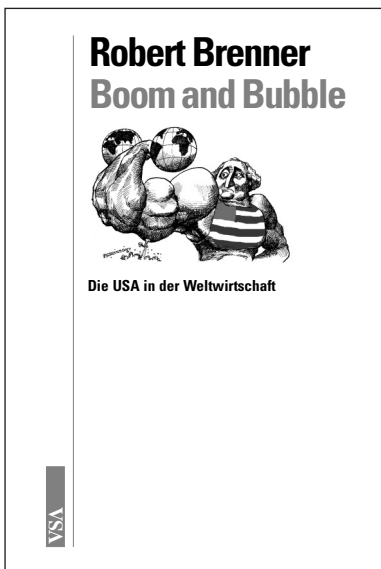
- Runciman, W. G. 158  
 Russische Revolution  
 41, 197, 207  
 Russland 28. Siehe auch  
 Sowjetunion  
 als geopolitische  
 Macht 249, 258  
 Japanisch-Russischer  
 Krieg 41, 118
- Said, Edward 95  
 Saudi-Arabien 28, 52, 56  
 Gefährdung 259  
 und Schiiten 254  
 und Wahhabiten-  
 Bewegung 106
- Scharon, Ariel 28  
 Schmoller, Gustav von  
 86
- Schuldenkrise 54  
 Schumpeter, Joseph  
 Alois 65, 69  
 Seattle-Protteste 238  
 Senghor, Léopold-Sédar  
 191  
 Senussi-Bewegung 106  
 Sepúlveda, Juan Ginés de  
 80  
 Sharansky, Natan 91  
 Smith, Adam 85, 162  
 Sokrates 155  
 Solidarność 54  
 Somalia 24  
 Souveränität  
 gegenseitige Anerken-  
 nung 144, 163f., 234
- Sowjetunion 20, 36.  
 Siehe auch Russland  
 Ablehnung des  
 Marshallplans 39  
 als Atommacht 184  
 Breschnew-Doktrin  
 71  
 Einmarsch in Afghanis-  
 tan 39, 54  
 Geopolitik nach 1945  
 39, 182, 250
- Nachkriegsideologie  
 22, 36  
 und Kolonialismus 97  
 und Rassismus 76  
 und UN 20  
 Zusammenbruch 25f.,  
 71, 222  
 Sozialdemokratische  
 Bewegungen 100f.,  
 200  
 Sozialdemokratische  
 Partei Österreichs  
 (SPÖ) 69
- Sozialwissenschaften 83  
 Entwicklung 84f.  
 und öffentliches  
 Leben 120  
 und Rassismus  
 84f., 87, 90, 92  
 und Weltsystem 134  
 Wertneutralität 156  
 staatliche Strukturen,  
 Versagen der 62, 64,  
 73
- Staatsfeindlichkeit 107,  
 200, 224  
 Staatswissenschaften 86  
 Stalin, Josef 20, 40, 161  
 Standortverlagerung 59,  
 241  
 Südafrika 87, 105, 184  
 Südkorea 22, 54  
 Syrien 104, 190
- Taiwan 22, 54, 250  
 Taliban 28, 107  
 Tenet, George 27  
 Terrorismus 178, 192  
 Krieg gegen den 27, 179,  
 187  
 Terroristen 178, 179  
 Thatcher, Margaret 25,  
 53, 114  
 The Great Transformati-  
 on (Polanyi) 86  
 TINA 115, 184, 223,  
 229  
 Treitschke, Heinrich von  
 159
- Trevor-Roper, H.R. 85  
 Triade 23, 242ff., 248,  
 250, 256ff.  
 Trilaterale Kommission  
 53, 243  
 Truth, Sojourner 191  
 Tschechische Republik  
 71  
 Tschechoslowakei 21f.,  
 51  
 Tunesien 51, 104  
 Türkei  
 Kemalismus 104  
 und Kurden 254  
 Twin Towers (World  
 Trade Center) 172f.,  
 176, 180, 183, 188, 193
- UdSSR. Siehe Sowjet-  
 union  
 Ukraine 184  
 Umverteilung 141ff.,  
 150, 205, 235, 246  
 UNESCO 183  
 Unesco 76  
 Ungarn  
 Post-Kommunismus  
 71  
 Revolution 1956 21,  
 50
- Universalismus  
 122. Siehe auch  
 Partikularismus  
 humanistisch-natur-  
 wissenschaftlicher  
 123f.  
 imperialistischer 124  
 religiöser 122, 124
- Unternehmertum 226  
 US-Verfassung 187  
 USA  
 affirmative action 127  
 Antiproliferations-  
 Politik 184  
 Arroganz 30  
 atomares Wettrüsten  
 21

- Atomenergie-  
Kommission 178
- Aufstieg zur Hegemonie 35f., 181, 190
- Außenpolitik 182, 264
- Bill of Rights 175
- Demokratische  
Grundsätze 175
- Effizienz 174
- Geopolitik nach 1945  
38
- Golfkrieg 26
- Hilfe 22
- kulturelles Überlegenheitsgefühl 175f.
- militärische Einschränkungen 56
- Militärmacht 29, 245
- Nachkriegsideologie 22
- Naher Osten 26
- Niedergang der Hegemonie 24, 40, 44, 50, 118, 183
- Office of Homeland Security 178
- Präsidentschaftswahl 2000 91
- Rassismus 87, 92
- Republikanische Partei 72
- Skandale in Großunternehmen 247
- Stärke des Dollar 258
- technologische Überlegenheit 174
- Umverteilung 246
- und Balkan 26
- und Vereinte Nationen 20
- Wirtschaft der 242, 243, 245
- wirtschaftliche Expansion 19
- wirtschaftliche Macht nach 1945 20, 36, 39, 48
- Vereinte Nationen  
Jahrzehnt der  
Entwicklung 183
- Sanktionen gegen Irak 254
- Sicherheitsrat 20  
und Stabilität der  
Weltordnung 49, 164
- UNESCO 183
- Vierte Welt 249
- Vietnam  
nationale Befreiungsbewegung 41
- Popularität des Kommunismus (nach 1945) 22
- Geopolitik nach 1945 182
- Vietnamkrieg  
Effekt auf die USA 50, 183
- und geopolitischer Status quo 22, 118
- Wahhabiten Bewegung 106
- Wahlrecht 140, 225  
und Bürgerrechte 144, 146, 164, 192
- und Umverteilung 141
- Warschauer Pakt 40
- Washington-Konsens 184, 238
- Weber, Max 88, 156f., 159, 165, 168, 171, 215
- Weißrussland 184
- Weltbank 42, 49, 249
- Welthandelsorganisation (WHO) 25, 184, 238
- Weltsozialforum (WSF) 238, 240, 256, 259
- Weltsystem  
Kolonialismus 97
- Polarisierung 142, 215, 242, 244, 249
- Rassismus 81  
seit 1492 81, 88  
seit 1945 75, 78  
seit 1989 71, 75  
seit 2000 89
- Umverteilung 142, 205
- und Erkenntnis 154  
und Kolonialismus 198
- und Religion 96, 111
- Versagen der staatlichen Strukturen 73, 109
- Weltstaat 211  
Zusammenbruch des 89
- Weltwirtschaft, Stagnation 51, 54
- Weltwirtschaftsforum 25, 184, 225, 238, 242, 256
- Wertneutralität  
in den Naturwissenschaften 158
- in den Sozialwissenschaften 156, 159, 161
- Widerstand 69f., 86, 88, 90, 92
- Wiederaufleben des Radikalismus 24
- Wien 68
- Wohlfahrtsstaat 141, 148, 205, 226
- Woodrow Wilson School 180
- Zionistische Bewegung 104
- Zizek, Slavoj 188
- Zweite Internationale 100
- Zweiter Weltkrieg 19
- Zynismus 140, 151

# Textnachweise

- Kapitel 1: »The Eagle Has Crash Landed«, *Foreign Policy*, July-August 2002.
- Kapitel 2: »The Twentieth Century: Darkness at Noon,« in R. Grosfoguel and A. M. Cervantes-Rodriguez, eds., *The Modern/Colonial/Capitalist World-System in the Twentieth Century*, Westport, CT: Greenwood Press, 2002. Reproduced with permission of Greenwood Publishing Group, Westport, CT.
- Kapitel 3: »Globalization or the Age of Transition? A Long-Term Trajectory of the World-System«, *International Sociology*, XV, 2, June 2000.
- Kapitel 4: © Immanuel Wallerstein.
- Kapitel 5: »Islam, the West, and the World«, *Journal of Islamic Studies*, X, 2, May 1999.
- Kapitel 6: © Immanuel Wallerstein.
- Kapitel 7: »Democracy, Capitalism, and Transformation«, in O. Enwezor et al., eds., *Democracy Unrealized*, Ostfildern-Ruit, Hatje Kantz, 2002.
- Kapitel 8: »Intellectuals in an age of Transition«, in W. Dunaway, ed., *Emerging Issues in the Twenty-first Century World-System*, Westport, CT: Greenwood Press, 2003. Reproduced with permission of Greenwood Publishing Group, Westport, CT.
- Kapitel 9: »America and the World: the Twin Towers as Metaphor«, in C. Calhoun et al., eds., *Understanding September 11*. New York: New Press, 2002.
- Kapitel 10: »A Left Politics for the Twenty-first Century, Or, Theory and Praxis Once Again«, *New Political Science*, XXII, 2, June 2000.
- Kapitel 11: »Left Politics in an Age of Transition«, *Monthly Review*, LIII, 8, Jan. 2002.
- Kapitel 12: »New Revolts Against the System«, *New Left Review*, No. 188, Nov.-Dec. 2002.
- Kapitel 13: © Immanuel Wallerstein
- Nachwort: © Immanuel Wallerstein

# VSA: Die USA im Weltsystem



Die Analyse der weltwirtschaftlichen Turbulenzen von einem der international bedeutendsten zeitgenössischen Marxisten.

350 Seiten; € 24,80  
ISBN 3-87975-886-7

Samir Amin

## **Für ein nicht-amerikanisches 21. Jahrhundert**

Der in die Jahre gekommene Kapitalismus

184 Seiten; € 14,80  
ISBN 3-89965-022-0

Prospekte anfordern!

VSA-Verlag  
St. Georgs Kirchhof 6  
20099 Hamburg  
Tel. 040/28 05 05 67  
Fax 040/28 05 05 68  
mail: [info@vsa-verlag.de](mailto:info@vsa-verlag.de)



David Harveys Plädoyer: Lasst uns nicht weiter von Globalisierung, sondern von Imperialismus reden – aber von einem Imperialismus ganz neuen Typs.

250 Seiten; € 22,80  
ISBN 3-89965-092-1

Leo Panitch/Sam Gindin

## **Globaler Kapitalismus und amerikanisches Imperium**

96 Seiten; € 10,80  
ISBN 3-89965-064-6

Im VSA-Vertrieb:

Leo Panitch/Colin Leys (Ed.)

## **The Empire Reloaded**

Socialist Register 2005

334 Seiten; € 22,80  
ISBN 3-89965-991-0

[www.vsa-verlag.de](http://www.vsa-verlag.de)

**VSA**

# VSA: Für eine andere Globalisierung



Bello entwickelt eine Vision für eine »deglobalisierte« Welt.

176 Seiten; € 14.80

ISBN 3-89965-091-3

Bernhard Walpen

## **Die offenen Feinde und ihre Gesellschaft**

Eine hegemonietheoretische Studie  
zur Mont Pèlerin Society

496 Seiten; € 39.80

ISBN 3-89965-097-2



»In Callinicos' Buch gehen einsichtsreiche Analyse und politische Perspektive eine anregende Liaison ein.«

(Ingo Schmidt, Wissenschaftlicher  
Beirat von Attac)

Aus dem Englischen von David Paenson

160 Seiten; € 14.80

ISBN 3-89965-066-2

Adelheid Biesecker/Martin Büscher/  
Thomas Sauer/Eckhard Stratmann-  
Mertens (Hrsg.)

## **Alternative Weltwirtschaftsordnung**

Perspektiven nach Cancun

176 Seiten; € 14.80

ISBN 3-89965-063-8

Prospekte anfordern!

VSA-Verlag

St. Georgs Kirchhof 6

20099 Hamburg

Tel. 040/28 05 05 67

Fax 040/28 05 05 68

mail: [info@vsa-verlag.de](mailto:info@vsa-verlag.de)

**VSA**

[www.vsa-verlag.de](http://www.vsa-verlag.de)